Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

23. Oktober 1978
Jg. 6 Nr. 43

Bezirksausgabe für Kiel/Holstein. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Massendemonstrationen in Zimbabwe

z.hef. Tausende Zimbabwer demonstrierten am 11. Oktober in Salisbury gegen das Siedlerregime und seine angebliche „Beendigung der Rassendiskriminierung“, meldet die libysche Nachrichtenagentur JANA. Am Tag zuvor hatte Smith unter Beifall der imperialistischen Presse die „Aufhebung der Rassenschranken“ verkünden lassen. Die Schulen und Krankenhäuser seien jetzt „gemischtrassig“. Tatsächlich ändert sich nichts: Ab jetzt gilt als Aufnahmekriterium für die „weißen“ Schulen und Krankenhäuser nicht mehr die Hautfarbe, sondern die Zahlungsfähigkeit, und die Gebühren sind *hoch*. – Das Land sei jetzt von allen zu kaufen. Tatsächlich dürfen Zimbabwer schon seit einem Jahr Farmen auch im „weißen Gebiet“ kaufen – aber nur *ganze* Farmen, die ungefähr 500 mal soviel kosten, wie ein Landarbeiter im Jahr verdient. Parallel zu diesen „Reformen“ wurde das Kriegsrecht weiter ausgedehnt.

Puerto Ricaner kämpfen gegen US-Besatzungstruppen

z.gek. Die vom UN-Entkolonialisierungsausschuß kürzlich erhobene Forderung nach Unabhängigkeit für Puerto Rico spiegelt nur die Kämpfe der Puerto Ricaner selbst für die Verjagung der US-Imperialisten wider. Dafür steht der Kampf der Bewohner von Vieques, einer Insel mit 9600 Einwohnern, die von der US-Marine besetzt und von der gesamten NATO als Schießplatz verwendet wird. Im Februar haben die Fischer der Insel den Kampf aufgenommen, weil ihr traditioneller Fischfang durch die dauernden Bombardements geschädigt wurde. Sie sperrten mit 20 Booten eine Bucht für die Kriegsschiffe. Als im Mai neue Manöver angekündigt wurden, kündigten Fischer aus ganz Puerto Rico an, daß sie zu Hilfe kommen würden. Das Manöver wurde abgesagt. In ganz Puerto Rico at sich seitdem der „Kreuzzug für die Rückeroberung Viecques“ organisiert, der den völligen Abzug der Besatzertruppen fordert.

Freilassung von guadeloupischen Gewerkschaftern erkämpft

z.jon. Die drei am 20.9. von der französischen Kolonialmacht auf Guadeloupe verhafteten Gewerkschaftsfunktionäre Chicate, Montout und Gayadine sind nach 6-tägigen Demonstrationen und Streiks der guadeloupischen Arbeiter und Bauern wieder freigelassen worden (s. KVZ 41/78). Einem Aufruf der Gewerkschaften und Organisationen, die für die nationale Unabhängigkeit Guadeloupes

Kriegsrecht weiter ausgedehnt.

Puerto Ricaner kämpfen gegen US-Besatzungstruppen

z.gek. Die vom UN-Entkolonialisierungsausschuß kürzlich erhobene Forderung nach Unabhängigkeit für Puerto Rico spiegelt nur die Kämpfe der Puerto Ricaner selbst für die Verjagung der US-Imperialisten wider. Dafür steht der Kampf der Bewohner von Vieques, einer Insel mit 9600 Einwohnern, die von der US-Marine besetzt und von der gesamten NATO als Schießplatz verwendet wird. Im Februar haben die Fischer der Insel den Kampf aufgenommen, weil ihr traditioneller Fischfang durch die dauernden Bombardements geschädigt wurde. Sie sperrten mit 20 Booten eine Bucht für die Kriegsschiffe. Als im Mai neue Manöver angekündigt wurden, kündigten Fischer aus ganz Puerto Rico an, daß sie zu Hilfe kommen würden. Das Manöver wurde abgesagt. In ganz Puerto Rico at sich seitdem der „Kreuzzug für die Rückeroberung Viecques“ organisiert, der den völligen Abzug der Besatzertruppen fordert.

Freilassung von guadeloupischen Gewerkschaftern erkämpft

z.jon. Die drei am 20.9. von der französischen Kolonialmacht auf Guadeloupe verhafteten Gewerkschaftsfunktionäre Chicate, Montout und Gayadine sind nach 6-tägigen Demonstrationen und Streiks der guadeloupischen Arbeiter und Bauern wieder freigelassen worden (s. KVZ 41/78). Einem Aufruf der Gewerkschaften und Organisationen, die für die nationale Unabhängigkeit Guadeloupes

eintreten, folgend, streikten am 22. und 23.9. in der gesamten Kolonie die Industriearbeiter, die Bauarbeiter, die Lehrer, das Personal der Hotels und des Flughafens, die Handelsangestellten, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, für die Freilassung der verhafteten Patrioten und gegen den „Bananenplan“ der Kolonialmacht, der die Vertreibung von Tausenden von Bauern und Landarbeitern beinhaltet. Die Gewerkschaften im Handel und im öffentlichen Dienst haben für den 19.10. zu treiks aufgerufen. Sie fordern u.a. höhere Löhne, uneingeschränkte gewerkschaftliche Rechte und das Land denen, die es bebauen.

Kampuchea: Entwicklung des Getreideanbaus in Grenzgebieten

z.rua. In der letzten Woche hat Vietnam, angestachelt von den Sozialimperialisten, erneut das Demokratische Kampuchea angegriffen. Die Volksmassen Kampucheas erfüllt Verachtung und Zorn gegen diese Aggression, die sie daran hindert, alle Kraft in den Aufbau der nationalen Wirtschaft zu legen. Den vietnamesischen Angriffen zum Trotz haben sie beschleunigt die Produktion in den Grenzgebieten entwickelt. Sie pflanzen in den von den vietnamesischen Angriffen zerstörten Gebieten neue Reisfelder an. Im Kampf gegen die Folgen der größten Flutkatastrophe seit Jahrzehnten wurden in den letzten Wochen 42000 ha. Reisfelder verpflanzt, um die Nahrungsmittelversorgung weiterhin sicherzustellen. In den drei Jahren seit seiner Befreiung hat das Volk von Kampuchea die Selbstversorgung bei Getreide erreicht und kann mehrere zehntausend Tonnen Reis exportieren.

Unterstützung des gerechten Krieges der Völker des südlichen Afrika bis zum vollständigen Sieg!

z.lup. Am 19. Oktober hat der Chef des südafrikanischen Kolonialregimes Botha die Zustimmung Südafrikas zu dem „Kompromißvorschlag“ bekanntgegeben, der zuvor mit den Außenministern der fünf westlichen Mitglieder des Sicherheitsrates ausgehandelt wordan sei. Diese hatten sich zum Frontbesuch in Namibia aufgehalten. Ein sauberer „Kompromiß“ ist das der dabei herausgekommen ist. Noch im Verlauf dieses Jahres sollen freie Wahlen unter südafrikanischer Besatzung durchgeführt werden, die einen der beiden Flügel der Turnhallenallianz an die Macht bringen sollen. Diese ist von Südafrika aus als Marionettenorganisation, bestehend aus weißen Siedlern und einigen afrikanischen Verrätern, aufgebaut worden. Am 1. Januar 1979 soll dann die „Unabhängigkeit“ Namibias ausgerufen werden. Eine feine „Unabhängigkeit“ wird das sein, die da ausgerufen wird. Von der Walvis Bay war in dem „Kompromiß“ nicht die Rede. Sie bildet einen integralen Bestandteil Namibias und ist als solche wiederholt von der UNO anerkannt worden. Sie wird von Südafrika „beansprucht“. Über 90% des verschifften Außenhandels verläuft über die Walvis Bay, und die fischverarbeitende Industrie ist ebenfalls dort konzentriert. Ein Vasallenstaat, den die Imperialisten mittels Südafrika beherrschen, nach dem Vorbild der Transkei, soll bei dieser „Unabhängigkeit“ herauskommen. In diesem Bantustan will dann das südafrikanische Regime die regierenden politischen Kräfte „von der Notwendigkeit überzeugen, innerhalb von echs Monaten Wahlen unter UNO-Aufsicht durchzuführen“, wie Botha versicherte.

Der amerikanische Außenminister Vance hat sogleich erklärt, dieses Konferenzergebnis sei „ein Schritt nach vorne“. Wie der Weg aussehen soll, der durch diesen Schritt eingeleitet wird, ist offensichtlich. Namibia hat etwa 800000 Einwohner. Mit einer 100000 Mann starken Kolonialistenschicht wird das Land vom Imperialismus beherrscht. Südafrika hat eine über 50000 Mann starke Söldnerarmee stationiert. Die Tatsache, daß mit diesen Kräften die Kolonialherrschaft gegenüber dem bewaffneten Befreiungskampf unter Führung der SWAPO nicht aufrechterhalten werden kann, ist Ausgangspunkt der imperialistischen Manöver. Es ist die finstere Entschlossenheit zu bewaffneter Intervention zwecks Sicherung dieser „Übergangsregelung“, die hinter den Worten Vances steht. Das wird auch im großen und ganzen der Inhalt des persönlichen Schreibens von Carter gewesen sein, das Vance dem Kolonialregime am 17. Oktober ausgehändigt hatte.

Etwa zum gleichen Zeitpunkt hatte Carter Ian Smith, der sich zur Zeit in den USA aufhält, eingeladen. Direkt im Anschluß an diese Einladung hat das rhodesische Kolonialregime das unabhängige Mozambique überfallen und kurz darauf Sambia. In Sambia seien rhodesische Kolonialtruppen bis 20 Kilometer an die Hauptstadt Lusaka vorgedrungen, wurde berichtet.

Kissinger hat erklärt, die Regelungen der „Inneren Lösung“ stimmten im großen und ganzen mit seinen Vorschlägen von 1976 und den anglo-amerikanischen Vorschlägen überein. Man müsse dieser Lösung eine Chance geben, wenngleich nicht sogleich offiziell anerkennen, wozu die Zeit noch nicht reif sei. Der ehemalige Außenminister kennt natürlich die politische und militärische Lage des rhodesischen Kolonialregimes, das der bewaffnete Befreiungskampf bereits an die Wand gedrückt hat und dessen unvermeidliche Niederlage bloß noch offene Intervention aufgehalten werden kann. Darum geht es gerade, um *offene* Intervention, denn unter der Hand findet diese ohnehin statt. Eines der Geschäfte, die Smith in den USA treibt, besteht darin, eine stattliche Anzahl von Söldnern für die Aufstockung der Kolonialarmee zu rekrutieren.

„Unsere Politik in Südafrika sollte nicht mißverstanden werden“, hatte der amerikanische Außenminister Vance im Juni in einer Rede über die amerikanische Afrika-Politik vor der Handelskammer in Atlantic City gedroht. „Es ist nicht unsere Absicht, die Weißen aus der Heimat ihrer Vorfahren vertrieben zu sehen“. Solange es Imperialismus und vor allem imperialistische Supermächte gibt, ist die Herrschaft über Südafrika einer der Schlüsselpunkte ihrer strategischen Rivalität um die Weltherrschaft, und sie werden stets alles daransetzen, ihre Herrschaft über Südafrika zu sichern bzw. zurückzuerobern. Für den US-Imperialismus sind die Bastionen der Kolonialherrschaft im südlichen Afri-

Fortsetzung Seite 2

VW USA: Mindestens 2 Dollar mehr die Stunde muß Schmücker zahlen!



800 Stück Tagesproduktion war die Zielprojektion, die der VW-Konzern für seine Niederlassung in New Stanton, Pennsylvania, bis Ende 1978 aus den Knochen der Arbeiter pressen wollte. Die für diesen Monat geplante, „für die Rentabilität unerläßliche“ Einführung der zweiten Schicht hat Schmücker sich aus dem Kopf schlagen müssen. Der Streik in der zweiten Oktoberwoche war bereits die dritte große Kampfaktion der amerikanischen VW-Arbeiter seit Öffnung des Werkes vor einem halben Jahr. Nicht nur der um mindestens 2 Dollar niedrigere Stundenlohn im Vergleich zu den Tarifen in der US-Automobilproduktion hat die Kampfmaßnahmen der Arbeiter zur Entfaltung gebracht, sondern die Verbindung dieses elenden Hungersolds mit unerträglicher Akkordschinderei und Überstundenarbeit. Im September haben die Arbeiter die Wiedereinstellung von drei Entlassenen erzwungen, die sich gegen die Kasernenhofmethoden zur Wehr gesetzt hatten. Wenig später haben sie die Herabsetzung der Bandgeschwindigkeit von 52,3 auf 48 Autos pro Stunde durchgesetzt. Der Streik ist in der letzten Woche ausgesetzt worden; Neuverhandlungen haben begonnen. Wie Luchse verfolgen die ausländischen Konkurrenten des VW-Konzerns die Aussichten für ihre eigenen Profitpläne in den USA.

Siemens-Kapitalisten auf einem „großen Sprung nach vorn“

Siedlern und einigen afrikanischen Verrätern, aufgebaut worden. Am 1. Januar 1979 soll dann die „Unabhängigkeit“ Namibias ausgerufen werden. Eine feine „Unabhängigkeit“ wird das sein, die da ausgerufen wird. Von der Walvis Bay war in dem „Kompromiß“ nicht die Rede. Sie bildet einen integralen Bestandteil Namibias und ist als solche wiederholt von der UNO anerkannt worden. Sie wird von Südafrika „beansprucht“. Über 90% des verschifften Außenhandels verläuft über die Walvis Bay, und die fischverarbeitende Industrie ist ebenfalls dort konzentriert. Ein Vasallenstaat, den die Imperialisten mittels Südafrika beherrschen, nach dem Vorbild der Transkei, soll bei dieser „Unabhängigkeit“ herauskommen. In diesem Bantustan will dann das südafrikanische Regime die regierenden politischen Kräfte „von der Notwendigkeit überzeugen, innerhalb von echs Monaten Wahlen unter UNO-Aufsicht durchzuführen“, wie Botha versicherte.

Der amerikanische Außenminister Vance hat sogleich erklärt, dieses Konferenzergebnis sei „ein Schritt nach vorne“. Wie der Weg aussehen soll, der durch diesen Schritt eingeleitet wird, ist offensichtlich. Namibia hat etwa 800000 Einwohner. Mit einer 100000 Mann starken Kolonialistenschicht wird das Land vom Imperialismus beherrscht. Südafrika hat eine über 50000 Mann starke Söldnerarmee stationiert. Die Tatsache, daß mit diesen Kräften die Kolonialherrschaft ge-

unabhängige Mozambique überfallen und kurz darauf Sambia. In Sambia seien rhodesische Kolonialtruppen bis 20 Kilometer an die Hauptstadt Lusa-

tervention, denn unter der Hand findet diese ohnehin statt. Eines der Geschäfte, die Smith in den USA treibt, besteht darin, eine stattliche Anzahl von

bzw. zurückzuerobern. Für den US-Imperialismus sind die Bastionen der Kolonialherrschaft im südlichen Afri-

Fortsetzung Seite 2

VW USA: Mindestens 2 Dollar mehr die Stunde muß Schmücker zahlen!



800 Stück Tagesproduktion war die Zielprojektion, die der VW-Konzern für seine Niederlassung in New Stanton, Pennsylvania, bis Ende 1978 aus den Knochen der Arbeiter pressen wollte. Die für diesen Monat geplante, „für die Rentabilität unerläßliche“ Einführung der zweiten Schicht hat Schmücker sich aus dem Kopf schlagen müssen. Der Streik in der zweiten Oktoberwoche war bereits die dritte große Kampfaktion der amerikanischen VW-Arbeiter seit Öffnung des Werkes vor einem halben Jahr. Nicht nur der um mindestens 2 Dollar niedrigere Stundenlohn im Vergleich zu den Tarifen in der US-Automobilproduktion hat die Kampfmaßnahmen der Arbeiter zur Entfaltung gebracht, sondern die Verbindung dieses elenden Hungersolds mit unerträglicher Akkordschinderei und Überstundenarbeit. Im September haben die Arbeiter die Wiedereinstellung von drei Entlassenen erzwungen, die sich gegen die Kasernenhofmethoden zur Wehr gesetzt hatten. Wenig später haben sie die Herabsetzung der Bandgeschwindigkeit von 52,3 auf 48 Autos pro Stunde durchgesetzt. Der Streik ist in der letzten Woche ausgesetzt worden; Neuverhandlungen haben begonnen. Wie Luchse verfolgen die ausländischen Konkurrenten des VW-Konzerns die Aussichten für ihre eigenen Profitpläne in den USA.

Siemens-Kapitalisten auf einem „großen Sprung nach vorn“

Ausdehnung der Akkordarbeit / Expansion auf dem Weltmarkt

z.kla. Anfang Oktober referierte der oberste Betriebsführer der Siemens AG, Dr. Bernhard Plettner, vor Jubilaren über das am 30.9. abgeschlossene Geschäftsjahr der Siemens AG. Von 400 Mio. DM Umsatz nach der Restaurierung des Kapitalismus in Westdeutschland und Westberlin mit der Währungsreform haben die Siemens-Kapitalisten ihren Umsatz auf 25 Mrd. DM im Geschäftsjahr 1976/1977 gesteigert. In dem jetzt abgeschlossenen Geschäftsjahr 1977/1978 rechnet Betriebsführer Plettner mit einem Umsatz von 26 bis 27 Mrd. DM. Erstmals seit vier Jahren haben die Siemens-Kapitalisten die Zahl der von ihnen ausgebeuteten Arbeiter und Angestellten wieder erhöht, und zwar um 2000. Damit lassen die Siemens-Kapitalisten jetzt in 129 Ländern von 320000 Beschäftigten ihren Reichtum vermehren. Und dies, obwohl, so Vorstandsvorsitzender Plettner, „das Geschäftsklima auf den Märkten zunehmend rauher wird“. Diese Meldungen aus den Etagen der Siemens-Betriebsführung ließen dann auch sogleich die Siemens-Aktie an der Frankfurter Börse um 2,50 DM steigen.

Dennoch, volle Zufriedenheit äußert Betriebsführer Plettner keineswegs. Es müsse noch, so Plettner, „ein großer Sprung nach vorn“ getan werden. Was die Siemens-Kapitalisten wurmt, ist folgendes: Mittlerweile vereinigen sie zwar das fünftgrößte Kapital in der Welt-Elektroindustrie in ihren Händen, aber dennoch haben sie nur einen Anteil von 3% am Weltmarkt. Und dies angesichts der Tatsache, daß die Kapitalisten ein weiteres sprunghaftes Anwachsen des Weltelektromarktes von im vergangenen Jahr 800 Mrd. DM Volumen auf 1980 900 Mrd. DM errechnet haben. (Zum Vergleich: 1960 hatte dieser Markt lediglich einen Umfang von 200 Mrd. DM.) Was den Betriebsführer, weiterhin den „Einsatz aller Mitarbeiter“ fordern läßt, ist, daß die Siemens-Kapitalisten mit 600 Mio. DM Umsatz auf dem mit 26%-Anteil größten Elektromarkt der Erde, den USA, noch relativ schwach vertreten sind. Die sich gern selbst als Konzernstrategen bezeichnenden Vorstandsmitglieder des Siemens-Konzerns haben einen Plan entworfen, um dies zu ändern. Vor allem die Unternehmensbereiche Bauelemente und Energietechnik müßten gefördert werden. Bei dem hauptsächlich den Bereich Energietechnik ausmachenden Kraftwerksbau aber kommen die Siemens-Kapitalisten nicht so voran, wie sie es gern hätten. In Westdeutschland und Westberlin hatte die Wucht der Bewegung gegen das Kernenergieprogramm der Bundesregierung dazu geführt, daß die 100%ige Siemens-Tochter KWU nur noch auf zwei Baustellen arbeiten kann. Und auch das Exportgeschäft will nach dem für die Siemens-Kapitalisten so verheißungsvollen Beginn mit dem Bau der Kernkraftwerke in Brasilien sich nicht so recht entwickeln. Die Völker der Dritten Welt setzen sich gegen die Knechtung durch die imperialistischen Konzerne zur Wehr. Der Iran hat jetzt vier Projekte wieder zurückgezogen, und in Indien sind die Machenschaften der Siemens-Kapitalisten bei Bestechungsversuchen von Regierungsmitgliedern aufgeflogen. Um so mehr konzentrieren sich die Siemens-Kapitalisten auf die Entwicklung der Bauelementeproduktion. 42% der gesamten Investitionen 1976/77 konzentrierten die Siemens-Kapitalisten auf den Aufbau von Fertigungseinrichtungen neuer Produkte aus diesem Bereich. Und nicht ohne Erfolg für sie. Mittlerweile sind die Siemens-Kapitalisten führend auf dem europäischen Markt beim Anbieten von Mikroprozessoren. Mit allen Mitteln versuchen sie hier, den Vorsprung der US-Konzerne aufzuholen, der bisher verhinderte, daß die Siemens-Kapitalisten in großem Maßstab auf dem US-Elektromarkt Fuß fassen konnten. Dieser Vorsprung der US-Konzerne besteht vor allem darin, daß sie massenweise billigste Arbeitskraft im Akkord in der Produktion der mikroelektronischen Bauelemente ausbeuten.

Und entsprechend sehen auch die Maßnahmen der Siemens-Betriebsführung aus, um diesen Vorsprung einzuholen. 790000 Überstunden haben sie im 1. Halbjahr 1978 aus den 97000 „gewerblichen Arbeitnehmern“ herausgepreßt. In dem Münchener Werksbereich Balanstraße, wo die Bauelementefertigung konzentriert ist, beuten die Siemens-Kapitalisten bei 4600 Beschäftigten 2500 Frauen aus bei Löhnen von 7,03 DM bis 7,54 DM wobei mittlerweile 50 Prozent im Akkord arbeiten und die anderen 50 Prozent Zeitlohn mit Prämie bekommen. Im Westberliner Fernschreiberwerk, von den Siemens-Kapitalisten als beispielhaft gepriesen, werden jetzt 17jährige Mädchen in Schichtarbeit bei einem Lohn von 6,77 DM ausgebeutet. Praktisch in Akkordarbeit, indem über jede junge Arbeiterin eine Leistungskurve angelegt wird, wobei ein Absinken unter 100% den Rausschmiß bedeutet. Den gleichen „großen Sprung nach vorn“ wollen die Siemens-Kapitalisten erreichen mit der Konzentration der Produktion der Relais-Fertigung im Mariendorfer Werk in Westberlin, die jetzt abgeschlossen ist. Eine große Anzahl 17- und 18jähriger Mädchen haben die Siemens-Kapitalisten mit Anzeigen wie „Ihre Fingerfertigkeit ist Geld wert“ frisch von der Schule angeworben. Für die Siemens-Kapitalisten machen sich solche Ausbeutungsmethoden bezahlt. Während der Auftragseingang im Konzerndurchschnitt um 7,5% stieg, verzeichneten die Siemens-Kapitalisten in den Bereichen Bauelemente und Fernschreib- und Signaltechnik ein Auftragsplus über 11%. Die Arbeiter bezahlen diese Prozente teuer: 8,4% mehr Arbeitsunfälle im ersten Halbjahr 1978 bei Siemens, davon 11 tödlich, Ruinierung der Gesundheit der jungen Arbeiterinnen – daher rührt der „erfolgreiche Konzernabschluß“.

Unterstützung des gerechten Krieges der Völker des südlichen Afrika bis zum vollständigen Sieg!

Fortsetzung von Seite 1

ka Instrumente der ökonomischen Erpressung und militärischen Bedrohung der unabhängigen Staaten Afrikas, vor allem aber strategische Stützpunkte für die Sicherung der Kap-Route, dem entscheidenden Handelsweg nach Europa. Während der US-Imperialismus seine angestammten Interessen im südlichen Afrika mit aller Macht sichein und ausbauen will, setzt der Sozialimperialismus alles daran, einen Fuß in die Tür zu kriegen und militärisch an der Lösung der Konflikte beteiligt zu werden, um es dann mit der anderen Supermacht auszutragen. Gelingt es ihm, in Zimbabwe und Namibia Fuß zu fassen, dann ist ein entscheidender Schritt getan, um über die Kontrolle der Kap-Route Europa von einer wichtigen Flanke her einzukreisen, auf das sich das Ringen der beiden Supermächte konzentriert. In der Sicherheitsratssitzung über Namibia hat der Sozialimperialismus ,,Bedenken" gegenüber den westlichen Plänen angemeldet und erklärt, daß die Zusammensetzung der UNO-Friedenstruppe, die den Übergang kontrolliert, eine noch ungelöste Frage sei. Gleichzeitig setzt er alle Mittel ein, um auf die Befreiungsbewegung Druck auszuüben, um sie abhängig zu machen. So hat er 1976 der SWAPO umfangreiche ,,Waffenhilfe" angeboten unter der Bedingung, daß diese schrittweise ihre Beziehungen zur Volksrepublik China löst. Das ist eine der Umschreibungen für die Forderungen nach sozialimperialistischer Kontrolle.

Nach seiner Rückkehr aus Pretoria erklärte Genscher, Südafrika habe sich im Prinzip mit der Resolution des UN-Sicherheitsrates einverstanden erklärt. Er wolle aber keinen übertriebenen Optimismus verbreiten, denn die Außenminister seien natürlich Realisten und sähen, daß es noch ,,Schwierigkeiten" gebe. Die Hauptschwierigkeit ist natürlich die Entschlossenheit des Volkes von Namibia, die Unabhängigkeit seines Landes zu erkämpfen. Für den BRD-Imperialismus besteht eine weitere Schwierigkeit darin, daß das südafrikanische Regime das mühevoll eingefädelte Manöver der fünf Westmächte hat platzen lassen und der BRD-Imperialismus in der Gefahr steht, vom US-imperialistischen Oberherrn ausgebootet zu werden. Vor dem Sicherheitsrat hatte Genscher das Interesse des BRD-Imperialismus an ,,Partnerschaft mit einem freien Namibia" verkündet. Schon jetzt tummeln sich dort zahlreiche westdeutsche Monopole, und Schmidt erklärte wiederholt, die BRD stehe Aufforderungen nach Unterstützung der erforderlichen peace-keeping-operations aufgeschlossen gegenüber. Daran, daß das Gelände von früheren Kolonialfeldzügen her bekannt ist, hat er dabei auch gedacht, wenn auch nicht ausgesprochen.

Zu einer selbständigen Intervention ohne den US-Imperialismus ist der BRD-Imperialismus aber ebensowenig wie seine westeuropäischen Partner in der Lage. Der aber will die Beute nicht teilen und stellt jetzt wiederholt klar, wer in der Allianz das Sagen hat.

Bevor Smith die Einladung von Carter erhalten hatte, ließ das Regime der ,,Inneren Lösung" die ,,Zimbabwe Times" verbieten, die vor allem von englischen Konzernen finanziert und herausgegeben wird. Zu dem Gespräch mit Smith hat Carter Vertreter Großbritanniens und der Patriotischen Front *zugeladen*. Ähnlich wie in Camp David soll eine rein *amerikanische* Lösung bei diesem Unternehmen herauskommen und das amerikanische Kommando bei der offenen Intervention, auf die alle Manöver hinauslaufen, geklärt sein.

Gegenüber solchen imperialistischen Manövern, die alle darauf hinauslaufen sollen, die Länder des südlichen Afrika aus Brennpunkten der Weltrevolution in Schlachtfelder zu verwandeln, auf denen die Supermächte in Vorbereitung des Krieges um Europa ihr Ringen um die Weltherrschaft austragen, beziehen die Befreiungsbewegungen einen klaren und prinzipienfesten Standpunkt. Die SWAPO hat wiederholt erklärt, daß sie den bewaffneten Befreiungskampf bis zur vollständigen Unabhängigkeit und dem Abzug aller südafrikanischen Truppen zu Ende führen wird. Die ZANU hat schon immer erklärt, daß sie ausschließlich mit der britischen Kolonialmacht verhandelt und daß die Unabhängigkeit Zimbabwes niemals Verhandlungsgegenstand sein wird, sondern lediglich die Modalitäten der Übergabe der Macht. Sie hat die Einladung Carters durch Smith mit der Erklärung beantwortet, daß sie jegliche weitere Teilnahme des US-Imperialismus an Verhandlungen ausschließt.

Es ist in dieser Lage von Bedeutung, die Unterstützung des gerechten Krieges gegen das rhodesische Kolonialregime bis zum vollständigen Sieg fortzusetzen und die Sammlung der Mittel für eine Druckausrüstung für die ZANU erfolgreich durchzuführen.

Antarktisforschung: 100 Mio. DM für Rohstoffsuche – neuer Einsatzbereich für die Bundeswehr

z.alb. Anfang dieses Jahres ist die Bundesrepublik dem Antarktisvertrag beigetreten. Die Bundesregierung hat diesen Schritt mit ihrem natürlichen Interesse als ,,Kulturnation" an ,,ausschließlich friedlicher Nutzung der Antarktis sowie der Freiheit ihrer wissenschaftlichen Erforschung" begründet. Um die ,,internationale Zusammenarbeit" im Rahmen dieses Vertrages voll auszuschöpfen, hat das Kabinett jetzt beschlossen, Mitglied in der Konsultativkonferenz zu werden.

Der Antarktisvertrag wurde 1959 zwischen 12 Staaten – ,,Anliegern" wie Argentinien, Chile, Südafrika, Australien, Neuseeland auf der einen Seite und imperialistischen Staaten mit ,,Forschungstradition" auf der anderen (Großbritannien, Frankreich, USA, UdSSR, Japan, Norwegen, Belgien) – ausgehandelt und trat 1961 in Kraft. Seitdem haben sich 7 weitere Staaten angeschlossen. Die Gründerstaaten und von den neuen Mitgliedern die kapitalkräftigen, die ,,durch die Ausführung erheblicher wissenschaftlicher Forschungsarbeiten in der Antarktis wie die Einrichtung einer wissenschaftlichen Station oder die Entsendung einer wissenschaftlichen Expedition ihr Interesse an der Antarktis bekundet" haben (Art. IX) haben dabei als regelmäßig tagende Konferenz besondere Rechte, wie das Recht, allgemeine Empfehlungen für Maßnahmen auszuarbeiten, etwa ,,zur Nutzung der Antarktis für ausschließlich friedliche Zwecke", ,,zur Erhaltung und zum Schutz der lebenden Schätze in der Antarktis", also bezüglich der Verfügung über Rohstoffe und die tierischen und pflanzlichen Reichtümer. Die Mitglieder der Konsultativkonferenz müssen sich untereinander ihre Forschungsergebnisse frei zugänglich machen und jederzeit Beobachter der anderen Mitglieder zulassen. Das ermöglicht den BRD-Imperialisten rascheres Aufholen. An die beschlossenen Empfehlungen ist kein Land gebunden, wenn es ihnen nicht offiziell zustimmt. Das alles sind verlockende Bedingungen für eine imperialistische Macht wie die BRD, die erst 1975/76 die ,,Reihe bedeutender Forschungsunternehmen in der Antarktis" dort wieder aufgenommen hat, wo sie 1938/39 endete: bei der Krillforschung (ein sehr eiweißreiches Krebstier). Von dieser jüngeren imperialistischen *Vergangenheit* zeugt noch der antarktische Küstenstreifen ,,Neu-Schwabenland". Mit

der imperialistischen *Gegenwart* knüpft die Bundesregierung an ältere Traditionen an. Sie plant die Errichtung einer Forschungsstation, die ständig von 30 Wissenschaftlern besetzt sein soll, auf dem Filchner Eisschelf – 1911 von der Zweiten Deutschen Südpolarexpedition entdeckt. Es ist eine riesige schwimmende Eistafel in einer 8 Millionen qkm großen Festlandsbucht am südlichen Teil des Atlantischen Ozeans, in günstiger Nähe also zu Südamerika und Südafrika, zudem in unmittelbarer Nachbarschaft zu der Antarktischen Halbinsel, auf der sich Forschungsstationen Argentiniens, Großbritanniens, Chiles und der USA drängeln und bereits reiche Vorkommen von Gold, Kupfer, Mangan, Molybdän, Eisen ,,erforscht" haben. Den Nachteil einer auch im arktischen Sommer nicht oder selten eisfreien Zufahrt zum Filchner Eis will die Bundesregierung durch den Bau eines Polarschiffes ausgleichen – zusammen mit der Einrichtung eines Polarforschungsinstituts in der BRD ein 100-Mio.-Projekt, das zur Unterhaltung jährlich 40 Mio. verschlingen wird. Unter den ,,Forschungsproblemen", die derart bearbeitet werden sollen, finden sich so interessante wie ,,Erforschung der Gebirgs- und Gesteinsformation der Antarktis", also Rohstoffbohrungen, ausgehend von ,,Nebenstationen" auf dem Festland; ,,Vorgänge in der oberen Atmosphäre", also Luftraumbeobachtung; ,,Werkstoffragen und Übertragung neuer Techniken auf neue Anwendungsgebiete", wie reagiert eine Maschine etwa auf sibirische Kälte; und ,,Einfluß von Klima und Isolation auf die menschliche Gesundheit"; ,,Physiologische Fragen des Lebens unter extremen Bedingungen", wofür die geeigneten Versuchspersonen in ausreichender Anzahl bereitzustellen sind. Artikel I des Antarktis-Vertrages sieht vor: ,,Die Antarktis wird nur für friedliche Zwecke genutzt. Es werden unter anderem alle Maßnahmen militärischer Art wie die Einrichtung militärischer Stützpunkte... verboten". Absatz 2 erlaubt jedoch ,,militärisches Personal und Material" ,,für die wissenschaftliche Forschung". Ein neuer Einsatzbereich für die Bundeswehr.

Das Fahrrad – eine bürgerliche Kampagne –

r.rav. In Bielefeld läuft derzeit eine ,,Aktion zur freiwilligen Überprüfung der Verkehrstauglichkeit" von Fahrrädern an. Polizei, Verkehrswacht, TÜV, Jugendamt und Schulbehörde ergänzen sich dabei gegenseitig. Es gehe darum, der ,,besorgniserregenden Entwicklung" der Fahrradunfälle entgegenzutreten, wie Regierungsdirektor Ciesinger und Polizeidirektor Zallmann mitteilten. Also erteilt die Polizei Unterricht: Eltern sollten ihre Kinder möglichst erst nach der Radfahrausbildung im 4. Schuljahr selbständig in den Verkehr lassen, und die Älteren müssen ihre nachlassende Sehschärfe und Reaktionsgeschwindigkeit berücksichtigen.

Des weiteren ist die Einführung von Fahrradführerscheinen und Kontrollnummernschildern geplant. Alle Fahrradfahrer sind aufgerufen, ihre Räder ,,kostenfrei und ohne Gefahr irgendwelcher Sanktionen jeder beliebigen Polizeidienststelle vorzuführen, die bei einwandfreiem Zustand eine Plakette ausgibt". (Neue Westfälische, 4.9.1978) Der TÜV, der extra Prüfzeiten nur für Fahrräder einrichtet, stellt dann den Fahrradführerschein aus. 1600 dieser sogenannten Fahrradpässe, die u.a. auch die Rahmennummern enthalten, sind bereits in Bielefeld ausgestellt worden. Zusätzlich will die Polizei Kontrollen auf Schulhöfen und auf den Abstellplätzen in Betrieben und Jugendzentren durchführen.

Natürlich beruhe alles auf dem Prinzip der Freiwilligkeit. Obendrein werde allen sich der Prüfung Stellenden noch technische und verkehrsrechtliche Tips gegeben. Ist das etwa nichts? Ganz nebenbei kann die Bourgeoisie die Überwachung der Volksmassen ausdehnen und verfeinern. Der stellvertretende Polizeipräsident projektiert sogleich, es nicht bei einer einmaligen Aktion zu lassen: die Bestätigung der Verkehrssicherheit könne nur durch laufende Nachkontrollen verlängert werden.

Der Bielefelder Kreisverband der FDP prüft derweilen mittels Radtouren die Radfahrwege in Bielefeld. Kreisvorsitzender Krüger bemängelt, daß die Radwege schlecht asphaltiert und uneben seien. ,,Liberale waren schon immer eine Idee nachdenklicher, kritischer und wachsamer", denn ,,wir wollen nicht jedermanns Liebling sein", ist im Fenster des Parteibüros zu lesen. Freilich, der Polizeipräsident wird diese bürgernahe Kampagne der FDP begrüßen.

Wofür das Fahrrad taugt? Viele Arbeiter benutzen es als Fortbewegungsmittel. Aber die Bourgeoisie wird sich kaum der Illusion hingeben, das Auto des Arbeiters durch ein Fahrrad zu ersetzen. Das Fahrrad taugt ihr – außer gelegentlich als Abmagerungskur – als ideologisches Vehikel. Der Ausbau von z.B. 24 km Wegenetz für Fußgänger und Radfahrer in Paderborn wie auch ein Fahrrad als Patenschaftsgeschenk an das Minensuchboot ,,Paderborn" sind gewisse Investitionen. Der Kampf der Massen gegen die Zerstörung der Natur durch die kapitalistische Produktionsweise soll auf eine polizeipräsidentengenehme Idylle heruntergebracht werden. Damit auch vor allem für den Lohnkampf kein Platz mehr da ist.

Einheit der arabischen Staaten stärkt Front gegen die Supermächte
Für November planen 19 arabische Staaten Gipfelkonferenz

Einheit der arabischen Staaten stärkt Front gegen die Supermächte

Für November planen 19 arabische Staaten Gipfelkonferenz

z.ere. Die Rivalität der beiden Supermächte im Gebiet des östlichen Mittelmeeres führt zu einem unerträglichen Druck auf die arabischen Länder. Die US-Imperialisten wähnen sich ihres geplanten Beutezuges noch nicht sicher und drängen bei ihren Verhandlungen mit Ägypten und Israel auf Eile. Bis zum 19. November sollen die Verhandlungen abgeschlossen sein, aus denen sie mit einem Freibeuterbrief herauskommen wollen, der ihnen die schamlose Ausbeutung und Unterdrückung der arabischen Völker sichert.

Großspurig ließen die Sozialimperialisten wissen, daß sie ,,viele Freunde" in diesem Gebiet hätten und gegenüber den Eriegnissen, die dort geschehen, ,,nicht indifferent" seien. Und gerade weil sie nicht indifferent seien, fühlten sie sich *bedroht*. Der ,,Nahe Osten" liege, worauf dieser den Imperialistenhirnen entsprungene Begriff schon hindeuten mag, in ,,unmittelbarer Nähe" der Grenze zur UdSSR und ihrer Verbündeten im Warschauer Pakt. Die Luftlinie von Baku, am Kaspischen Meer gelegen, bis Bagdad beträgt nicht mehr als 900 km, ein Steinwurf also, nicht viel weiter als vom litauischen Kaunas bis Hamburg.

Die Sozialimperialisten wollen sich ihren Anteil an der Beute nicht entgehen lassen. Nach Berichten der Athener Presse haben sich die neuen Zaren südlich der griechischen Insel Kythera und außerhalb der griechischen Territorialgewässer einen *schwimmenden* Marinestützpunkt errichtet, etwa 400 km nördlich der libyschen Küste gelegen. Noch in diesem Oktober sollen zwei sowjetische Kriegsschiffe der griechischen Hafenstadt Piräus einen ,,Freundschaftsbesuch" abstatten.



Protestversammlung in Israel gegen die Aggressionspolitik des US-Imperialismus und des israelischen Zionismus

Die Politik der Supermächte im Gebiet des östlichen Mittelmeeres zielt auf Spaltung der arabischen Nation sowie die Wiederherstellung und den Ausbau des jeweiligen militärischen Einflusses.

Gegen die Versuche der Spaltung und Verunsicherung einigten sich mittlerweile 19 arabische Staaten sowie die palästinensische Befreiungsorganisation PLO auf einen Vorschlag der irakischen Regierung, Anfang November in Bagdad eine arabische Gipfelkonferenz einzuberufen. Wie Radio Amman meldete, müsse das ,,arabische Gipfeltreffen mehr sein als eine bloße Reaktion auf die wichtigen Ereignisse", die stattgefunden haben. Es sei notwendig, daß die Gipfelkonferenz eine klare arabische Strategie unter ,,Mitwirkung aller Beteiligten" formuliere, es ferner ermögliche, eine ,,geschlossene arabische Position zu schaffen und gemeinsame Bemühungen um gemeinsame panarabische Fragen in die Wege zu leiten."

In einer anderen Erklärung heißt es, daß auf dieser Konferenz ein ,,Maximum an arabischer Solidarität" erlangt werden soll, um alle die ,,arabische Nation umgebenden Gefahren" zu beseitigen.

Ägypten hat inzwischen ebenfalls seine Bereitschaft erklärt, an der Konferenz teilzunehmen, unter Ausweitung des Themenkreises auf die Lage im Libanon sowie die Verlagerung des Treffens nach Kairo, dem Sitz der Arabischen Liga. Diskutiert werden soll die Schaffung eines Fonds von neun Milliarden Dollar zur Stützung der ägyptischen Wirtschaft und zur Finanzierung arabischer Rüstungsprojekte.

Um der Rivalität der beiden Supermächte zu entgehen, hat die libysche Regierung die Türkei aufgefordert, aus der NATO auszutreten und sich zu einer ,,engagierten Hinwendung zur arabischen Welt" zu bewegen. Mit Jugoslawien vereinbarte die libysche Regierung ein Abkommen, das den Bau einer Rüstungsfabrik in Libyen vorsieht, in der Munition und Ersatzteile für die von der libyschen Armee benutzten sowjetischen Waffen produziert werden sollen. Ende letzten Monats verhandelte eine chinesische Militärdelegation mit Ägypten über die Ausweitung der militärischen Kooperation beider Länder.

Die Bemühungen um Einheit der arabischen Nation gegen die Supermächte finden große Unterstützung unter den Völkern im Gebiet des östlichen Mittelmeeres. In einem jugoslawischen Rundfunkkommentar wird z.B. darauf hingewiesen, daß die Krise im arabischen Raum ,,nicht auf der Suche nach einem Einflußgleichgewicht" der beiden Supermächte oder durch eine ,,separate Aktion" beigelegt werden kann.

Bei der Anfang November beginnenden Gipfelkonferenz kommt es deshalb bedeutend darauf an, ,,einen gemeinsamen Aktionsplan zu entwickeln und alle Mittel und Kräfte unter der konstruktiven Beteiligung aller arabischen Länder auszuschöpfen und so die arabischen Ressourcen in den Dienst der arabischen Rechte zu stellen".

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 4 13080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer

Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730238 / Redakteur: Martin Fochler

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045 / Redakteur: Helga Rosenbaum

Bezirksredaktion Kiel/Holstein, Schubstraße 12, 2300 Kiel, Telefon 0431/731471 / Redakteur: Brigitte Balzer

Druck: Kühl-Druck, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/730234, Telex 4 13080 kuehl d – Gedruckt in Hamburg

Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730234 – Jahresabonnement (incl. Porto): 36 DM

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 43: 32000

Carters Energiesparprogramm verabschiedet? Weit gefehlt

Preisfreigabe für US-Erdgas / Die OPEC ist so nicht zu knacken / Gier auf das Erdöl Mexikos

z.gek. Die Einnahmen der OPEC-Staaten aus Ölexporten werden in diesem Jahr auf 20Mrd. Dollar, und zwar erheblich wertlosere Dollar, zusammenschrumpfen, vermerken die US-Imperialisten befriedigt. Nach ihrer Rechnung beträgt der Inflationsverlust je „Öldollar“ für die OPEC-Staaten seit Mitte 1977, dem Datum der letzten Ölpreiserhöhung, netto 12%, die die US-Imperialisten über die einfache Betätigung ihrer Notenpresse einkassiert haben.

Man kann ihnen ihre diebische Freude insoweit abnehmen. Richtig gute Laune will trotzdem nicht aufkommen. Sowenig wie es ihnen gelingt, mittels Camp David die arabische Nation in zwei feindliche Lager aufzuspalten, sowenig hat Carters Dollarstrategie die Front der OPEC-Staaten auseinandertreiben können. Überdies hat der Bergarbeiterstreik in den Kohlerevieren der Appalachen vom letzten Winter einen Eckpfeiler aus Carter Energieprogramm weggebrochen, die vorgesehene Verdoppelung der eigenen Kohleproduktion in den USA zu erheblich gesenken Produktionskosten. Der Energieminister Carters (und vorige Kriegsminister) Schlesinger hat in einem Interview vor kurzem zugeben müssen, daß „wir weit hinter unserem Ziel von 1,2Mrd. Tonnen Kohle in 1985 zurückbleiben werden, und das wird zusätzliche Ölimporte bedeuten“. (US News & World-Report, 16.10.)

In dieser Lage, nach Camp David und vor der nächsten OPEC-Konferenz, die über eine neue Preiserhöhung beschließen wird, hat Carter unter Einsatz seiner neuaufpolierten Autorität als Präsident knirschend und krachend ein Stück Energiegesetzgebung durch den Kongreß geschleust. Es war ein ziemliches Affentheater. Einige Senatoren, die Filibuster machten (Dauerreden hielten), mußten halbwegs mit Gewalt vom Podium geholt werden. Anderen dürfte die Gewissensentscheidung mit bewährten Schmiermitteln etwas erleichtert worden sein.

Das schließlich verabschiedete Gesetzeswerk ist ein Kompromiß zwischen verschiedenen widerstreitenden Bourgeoisinteressen, wobei die Energiemonopole den Löwenanteil einstecken dürften. Im einzelnen wurde beschlossen:

– Die staatlichen Preiskontrollen auf Erdgas werden stufenweise bis 1985 völlig aufgehoben. Bisher wurden die Preise für Erdgas, außer in den Bundesstaaten, wo das Gas selbst gefördert wird, staatlich reguliert, d.h. *unter* dem erzielbaren *Markt*preis gehalten, ähnlich wie Öl und Benzin, die zu ihrem ziemlich niedrigen *Produktions*preis verkauft werden, einen satten Extraprofit für die Gas- oder Ölgesellschaften natürlich eingerechnet. Der tatsächlich erzielbare Marktpreis, der sich aus dem Preis alternativer Energie, wie z.B. der Kohle, ergibt, wird auch nicht vom Staat, wie in den anderen imperialistischen Ländern, über die Steuern ausgeschöpft. Die Carter-Regierung hat den großen Gasgesellschaften, die das Monopol in den Städten haben, bereits in den letzten beiden Jahren eine Verdreifachung der Preise zugestanden und ihnen so ermöglicht, nach dem bitteren Winter des vorletzten Jahres von den Arbeiterhaushalten horrende Heizungsrechnungen zu kassieren. Dennoch waren diese erhöhten Gaspreise mit 1,50 Dollar pro Kubikfuß noch immer deutlich unter den erzielbaren Marktpreisen von 2,50 Dollar und mehr. Die jetzt beschlossene Freigabe der Preise gilt zunächst nur für Erdgas, das aus neuerschlossenen Feldern kommt. Bis 1985 werden diese aber in jedem Fall den Großteil des Gases auf dem Markt liefern. Diese Regelung bedeutet einen schweren zusätzlichen Tribut, der den Volksmassen (die großteils in den USA mit Gas heizen) durch die Energiemonopole auferlegt wird. Aber auch die übrigen Kapitalisten werden zahlen müssen. Daher eben der heftige Zank. Insgesamt sollen bis 1985 den Energiemonopolen rund 30Mrd. Dollar als Zusatzkapital in die Hände gespielt werden, um den „Energiekrieg“ zu führen.

– Die übrigen Maßnahmen sind demgegenüber zweitrangig. Sie umfassen u.a. die Bereitstellung von größeren Subventionen zur Verflüssigung oder Vergasung von Kohle (woran die US-Imperialisten jetzt mit der BRD und Japan zusammen arbeiten), sowie Beschränkungen für den Bau von Kraftwerken, die mit Öl oder Gas arbeiten. Aber was nützen solche Beschränkungen oder Subventionen, wenn die Kohle nicht wesentlich billiger gemacht werden kann?


Der Kampf der US-Bergarbeiter hat Carters Energieprogramm zu Fall gebracht

Der Lärm, der um die Verabschiedung dieser Gesetze gemacht wird, klingt hohl. Tatsache ist, daß die von Carter selbst als „Herzstück“ seines ursprünglich vorgeschlagenen Energiesparprogramms bezeichnete *Öl- und Benzinsteuer,* die die Öl- und Benzinpreise auf das Niveau der wirklichen Marktpreise angehoben hätte, nach wie vor *nicht* verabschiedet und tatsächlich in aller Stille zu Grabe getragen ist. „Die Maßnahmen, die der Kongreß verworfen hat, waren natürlich genau die, welche die größten Einsparungen im Energieverbrauch bringen sollten“, sagte Carters Energieminister Schlesinger in dem zitierten Interview. Seine Annahme ist, daß die USA im Jahr 1985 sogar statt wie jetzt knapp 8 Millionen Faß Öl pro Tag wenigstens 9-10 Millionen Faß, etwa ein Fünftel der Gesamtproduktion der OPEC-Staaten, für ihren Import beanspruchen müßten, um damit etwa die Hälfte ihres Verbrauchs zu decken.

Die US-Imperialisten fühlen sich dennoch wieder leichtsinniger, seit in Mexiko, das sie als „vor ihrer Haustür“ liegend betrachten, Ölvorkommen gefunden worden sind, die denen Saudi-Arabiens gleichkommen.

Sie rechnen darauf, über die drückenden Schulden und vielfachen Abhängigkeiten an dies Erdöl und Erdgas heranzukommen und es im Preis drükken zu können. Es mehren sich jetzt allerdings die Stimmen, die angesichts der großen Standfestigkeit der mexikanischen Regierung in den Preisverhandlungen über die geplanten Erdgaslieferungen zu Realismus mahnen:

„Da Mexiko Öl hat und die Vereinigten Staaten es kaufen wollen, wird weithin angenommen, man brauche nur die Pipelines anzuschließen. Wer das denkt, sollte vielleicht einmal über Parallelen zwischen Mexiko und Irak nachdenken, ein anderes Land mit großen Reserven. Die Irakis haben ihre Produktion stetig ausgedehnt – aber immer maßvoll und äußerst darauf bedacht, ausländischen Gesellschaften oder Kunden keinerlei Einfluß auf ihre Ölpolitik einzuräumen. ... Es wäre nicht überraschend, wenn Mexiko dem Beispiel des Irak folgte.“ (Washington Post, 17.10.)

Abzug der imperialistischen Flotten aus dem Indischen Ozean!

z.pek. In der Generaldebatte der UN-Vollversammlung haben die Küstenstaaten des Indischen Ozeans die militärische Anwesenheit der beiden Supermächte in diesem Gebiet angegriffen und die Forderung nach Auflösung aller fremden Militärstützpunkte bekräftigt. Der Außenminister Somalias erklärte: „Die Supermächte betreiben aktiv den Ausbau ihrer militärischen Präsenz im Indischen Ozean. Ihre Streitkräfte in diesem Gebiet werden verstärkt und ihre militärischen Stützpunkte und Einrichtungen ständig ausgebaut. Diese Aktivitäten sind ein Bruch der UNO-Deklaration über den Indischen Ozean als einer Zone des Friedens und bedeuten eine ernste Bedrohung des Friedens und der Sicherheit in der Welt.“

Seit der UN-Deklaration von 1971, in der festgelegt wurde, daß „der Indische Ozean, einschließlich des Luftraums darüber und des Meeresbodens darunter, für alle Zeiten zu einer Zone des Friedens“ erklärt wird, haben die Länder des Indischen Ozeans einen zähen Kampf um die formelle Anerkennung ihrer Forderungen durch die beiden Supermächte und den Abzug ihrer Flotten geführt. 1972 haben sie das *Ad-hoc-Komitee über den Indischen Ozean* eingerichtet und darüber ein Aktionsprogramm für die Durchsetzung der Dekkaration über den Indischen Ozean festgelegt und die beiden Supermächte aufgefordert, in Verhandlungen über die Auflösung ihrer Stützpunkte und den Abzug ihrer Kriegsflotten mit dem Komitee einzutreten.

Sowohl die USA als auch die UdSSR haben diese Forderungen abgelehnt und verstärken in gegenseitiger Rivalität ihre Flottenpräsenz im Indischen Ozean. Gegenüber den Ländern dieser Region berufen sich dabei beide auf die jeweils andere Supermacht, die man im Zaum halten müsse. Seit Anfang 1977 verhandeln die US- Imperialisten und Sozialimperialisten über ein „Abkommen zur *Stabilisierung* der Seestreitkräfte im Indischen Ozean“.

Also das gerade Gegenteil der von den Ländern der Dritten Welt erkämpften UNO-Deklaration. Dabei wollen sie sich gegenseitig „das Einfrieren ihrer militärischen Präsenz auf dem Stand der letzten Jahre“ genehmigen. Anfang Oktober haben sie sich über din „Rahmenabkommen“ verständigt, bloß, so berichtet die „Süddeutsche Zeitung“, „sei man sich über die Anzahl der Flotteneinheiten, die beide Seiten im Indischen Ozean stationieren wollen, noch nicht einig“. Neben diesen Unverschämtheiten stellen die beiden Supermächte auch noch Bedingungen für ihre „Bereitschaft zur Teilnahme an einer Konferenz über den Indischen Ozean“. Sie fordern, daß ihre „Freiheit der Seefahrt und des Überflugs, die uneingeschränkte Durchführung der Handelsschiffahrt, sowie ozeanographischer und anderer wissenschaftlicher Forschungen gewährleistet sein müssen“. Der Vorsitzende des Ad-hoc-Komitees über den Indischen Ozean, S. Amerasinghe (Sri Lanka), hat ihnen die passende Antwort gegeben: Er erklärte, daß die Durchführung von ozeanographischen und anderen Forschungsarbeiten Gegenstand der UN-Seerechtskonferenz ist und sich die Supermächte da besser nicht über die noch ausstehende Entscheidung hinwegsetzen sollten und im übrigen „weder die USA noch die Sowjetunion berechtigt sind, wegen solcher Gründe ihre Teilnahme an Verhandlungen zu verweigern“.

Mit ihren „gegenseitigen Verhandlungen über die Begrenzung der Seestreitkräfte im Indischen Ozean“ wollen die beiden Supermächte die Völker des Indischen Ozeans täuschen und ihre Kriegsflotten weiter verstärken. Die Sowjetunion hat ständig 20 Kriegsschiffe ihrer Pazifikflotte im Indischen Ozean stationiert und rüstet ihre Flotte gegenwärtig mit Vernichtungswaffen wie Cruise Missiles aus. Die US-Imperialisten halten den Stützpunkt Dhego Garcia in Mißachtung der Beschlüsse der Vereinten Nationen besetzt und haben dort einen Teil ihrer 7. Flotte staioniert, die in der waffentechnischen Ausrüstung ebenso wie die Flotte der Sozialimperialisten in den letzten Jahren gründlich modernisiert und umstrukturiert wurde. Das sind nicht die Vorstellungen der Länder des Indischen Ozeans über die Errichtung einer Zone des Friedens. Sie entlarven die Täuschungsmanöver der Supermächte. Um die UNO-Deklaration über den Indischen Ozean als Zone des Friedens gegen die Imperialisten durchzusetzen. bereiten sie für Juli nächsten Jahres eine internationale Konferenz über den Indischen Ozean vor.

Mißwirtschaft in der Landwirtschaft der UdSSR – Ausdruck der kapitalistischen Produktionsweise

Steigerung der Exporte landwirtschaftlicher Produktionsmittel auf Kosten der sowjetischen Landwirtschaft

z.rua. „Sich nach den Besten der Aussaat richten!... Entscheidend: Mitarbeit jedes einzelnen!... Tagesparole: Tempo und Qualität!... Landwirte! Kämpft um dynamische Hebung der Getreideproduktion!... Alle Feldarbeit komplex führen, jede Stunde vollständig nutzen!... Im Endspurt zum Finish! Jeder Halm muß geborgen werden!...“, so lauteten die tagtäglichen Schlagzeilen von der Frühjahrsaussaat bis zum Ernteabschluß in der „Freundschaft“, einer Zeitung aus Kasachstan, unter denen die Arbeiter und Bauern in Appellen und Beschlüssen zur Steigerung der Agrarproduktion getrieben werden sollten.

Bis zum 2.10. waren 117 Mio. ha. Getreide abgeerntet, 93% des Plans. In ihrer Sonntagsausgabe vom 15.10. gab die sowjetische Gewerkschaftszeitung „Trud“ bekannt, daß auch in diesem Jahr die Pläne für Fleisch und Milchprodukte nicht erfüllt werden. Es ist seit Jahren so und die Empörung der sowjetischen Volksmassen über die drastische Senkung ihrer Reproduktionsmittel wächst. Die Sozialimperialisten schieben die Schuld den sowjetischen Volksmassen selbst zu und versuchen, die einzelnen Teile aufeinanderzuhetzen.

Die Samenzüchter würden nicht genügend Saatgut bereitstellen, die Ackerbauern nicht in genügendem Maße die Erträge steigern und Düngemittel vergeuden und die Bewässerung der Felder vernachlässigen. Dadurch seien die Erträge in der Futtermittelversorgung, bei Getreide und Gemüse nicht entsprechend den Planvorgaben gesteigert worden und würden die Viehzüchter nicht die benötigten Futtermittel erhalten, die ihrerseits auch nicht die genügende Sorgfalt auf Mast und Zucht des Viehs aufbrächten. Schließlich die Transportarbeiter, die während des Arbeitstages immer noch Pausen machten statt rund um die Uhr zu arbeiten und damit schuld seien, daß die Agrarprodukte auf dem Weg zum Verbraucher verderben und die Bauarbeiter, die durch Schlendrian und Bummelantentum verantwortlich seien, daß die notwendigen Speicher und Kühlhäuser nicht fertiggestellt würden. Allesamt seien also faul und verantwortlich für die Nichterfüllung der Pläne und die schlechte Nahrungsmittelversorgung der sowjetischen Volksmassen.

Das ist eine freche Lüge. Die Mißwirtschaft, die die sowjetische Landwirtschaft kennzeichnet, ist Ausdruck der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise, die sich unter der Herrschaft der Sozialimperialisten in der UdSSR Bahn gebrochen hat.

1975, als die Sowjetunion von großer Trockenheit betroffen war, schoben die Sozialimperialisten die niedrigen Erträge, die weniger als die Hälfte der Planziffern ausmachten, aufs Wetter. Sicher, große Trockenheit erschwert die Bedingungen, um gute Erträge zu erzielen. Man kann diesen Mangel jedoch ausgleichen durch ausreichende Bewässerung und Düngung. Man kann durch ausreichende Bereitstellung von landwirtschaftlicher Maschinerie die schnelle Einbringung der Ernte garantieren und durch den Bau von Lager- und Kühlhäusern, durch eiweißreiche Viehnahrung die Viehbestände sichern und die Nahrungsmittelversorgung gewährleisten. Nicht so die Sozialimperialisten. In ihrer Absicht, auf dem Weltmarkt Fuß zu fassen, haben sie insbesondere 1975 die Exporte an landwirtschaftlicher Maschinerie und Düngemitteln gesteigert, während gleichzeitig den sowjetischen Bauern diese Mittel zur Sicherung der Agrarproduktion vorenthalten wurden.

Die Sowjetunion ist der weltgrößte Traktorproduzent. Sie produziert mehr Traktoren als die USA, BRD, Frankreich und Großbritannien zusammen. Die Produktionsergebnisse liegen jedoch unter den Planziffern. Sollten im 8. Planjahrfünft 625000 Traktoren jährlich produziert werden, so waren es nur 458000 Stück. Im 9. Planjahrfünft (1971-1975) wurde das Plansoll auf 575000 reduziert, produziert wurden jedoch nur 550400. Trotzdem wurden die Exporte gesteigert. Wurden 1974 noch 6200 Traktoren in die kapitalistischen Länder exportiert, waren es 1975 7500. Die Exporte in die Länder der Dritten Welt steigerten die Sozialimperialisten um mehr als 50% von 2100 auf 3300. Insgesamt 400000 Traktoren wurden bisher in 66 Länder exportiert, die Exporte in die Länder der Dritten Welt wurden seit 1961 um 35% gesteigert.

Ebenso verhält es sich bei den Landmaschinen. Von 1974 auf 1975 wurden die Exporte von 146,7 Mio. Rubel auf 176,3 Mio. Rubel gesteigert, die Exporte in die Länder der Dritten Welt wurden vervierfacht. Die Lastwagenexporte stiegen von 32500 auf 33500.

In der Düngemittelproduktion lag die Planerfüllung um 1,1 Mio. t. unter dem Soll. Die Exporte der UdSSR an Düngemitteln stiegen von 1974 auf 1975 von 7,618 Mio. t. auf 7,827 Mio. t. Ohnehin werden nur 50% der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der UdSSR gedüngt. Die staatlichen Investitionen für Bewässerungsanlagen wurden drastisch gekürzt. Seit 1975 liegen sie zwischen 15 und 22% unter den Planvorgaben.

Die Futtermittelproduktion sank von 109 Mio. t. 1974 auf 94 Mio. t. 1976. Die Produktion von Tränken ging von 5,56 Mio. t. (1971) auf 5,17 Mio. t. (1975) zurück, die von Melkmaschinen von 56100 auf 53300. Die Futtermittel für Schweine und Geflügel wurden reduziert, dadurch lag der Schweinebestand 1976 um 22% unter dem von 1975, der von Geflügel sank um 7%. Die gezüchteten Rinder weisen durchweg Untergewicht auf. Die Fleischproduktion sank 1976 gegenüber 1975 um 11%, die Milchproduktion um 1,9%, die Produktion von Eiern um 3,2%. Trotz des großen Defizits in der Fleischversorgung wurden die Importe von 515000 t 1975 auf 400000 t 1976 gedrosselt. Diese Tendenz wird fortgesetzt.

3,5 Mio. ha. landwirtschaftlicher Nutzfläche, das sind 1,5% der gesamten Nutzfläche der UdSSR, werden in privater Nebenwirtschaft bestellt. Der private Landbesitz ist für eine Fläche von 0,25 bis 0,50 ha. gestattet. 18% des Bestands an Schweinen, und 33% der Rinder wird hier gehalten. Produziert werden in den Nebenwirtschaften 31% der gesamten Fleisch- und Milchproduktion, 34% Gemüse, 39% Eier und 59% Kartoffeln. Die Sozialimperialisten machen seit Ende 1975 die Höhe der Aufkaufpreise, die vom Staat für die gelieferten Produkte gezahlt werden, von der Erfüllung der diktierten Planzahlen abhängig. Für jedes Prozent unter dem Soll werden die Aufkaufpreise gekürzt, bei Lieferungen über den Planziffern um bis zu 50% erhöht. Gleichzeitig werden den kleinen Bauern die Lieferungen von Saatgut und Düngemittel gekürzt. Absichtsvolle Maßnahmen, um sie vollends von ihrem Land freizusetzen und als Landarbeiter in die Produktion auf den agro-industriellen Komplexen aufzusaugen. Landarbeiter erhalten mit die niedrigsten Löhne in der UdSSR.

Lagen die Löhne der Industriearbeiter 1975 bei 169,5 Rubel im Monat, betrug der Lohn des Landarbeiters nur 134 Rubel. Weil sie weder von den Eträgen aus der privaten Nebenwirtschaft noch von den Landarbeiterlöhnen, die nach dem Akkordsystem gezahlt werden, leben können, verlassen vor allem die jungen Sowjetbürger das Land, um sich in den Städten als Industriearbeiter zu verkaufen. Um den Arbeitskräftebedarf in der Landwirtschaft zu decken, rekrutieren die Sozialimperialisten zwangsweise in Erntezeiten mittels Rationalisierung freigesetzte Industriearbeiter, Schüler und Studenten, die unter Bewachung von Armeeangehörigen die Ernte einbringen sollen. Dieser Zwang ist neben der Unerfahrenheit in der landwirtschaftlichen Produktion und der Verknappung Ausdruck der sozialimperialistischen Profitgier, die nicht die Entwicklung der Landwirtschaft, sondern deren Verödung bedeutet.

Arbeitszeitordnung: „Gesetzlich einfangen, was Praxis ist"

z.brp. Friedmann, Dr. und CDU/CSU-Bundestagsabgeordneter, fragt in der Bundestagssitzung vom 5. Oktober die Regierung, ob sie auf eine gesetzliche Begrenzung der Überstunden verzichten wird. Die Bundesregierung bereitet eine neue Arbeitszeitordnung vor, die Anfang 1979 in den Gesetzgebungsgang kommen soll. Die geltende Arbeitszeitordnung von 1938 und die Gewerbeordnung „begrenzen" die wöchentliche Arbeitszeit auf 72 Stunden. Ende September meldeten 40% der Kapitalisten, daß ihr Auftragsbestand zu klein ist und die Produktionsmittel nur zu 80% ausgelastet sind. (Handelsblatt, 13./14.10.78) Arbeiter mußten kurzarbeiten, vor allem in den Branchen Maschinenbau (16884), Textil/Bekleidung (14513), Metallerzeugung (12987), Bergbau (10963), Elektrotechnik (9621) und im Schiffbau (7292) (Bundesanstalt für Arbeit 4.10.78). Diese Kapitalisten hinken ihren Konkurrenten in der Plusmacherei hinterher, mit der Kurzarbeit wollen sie die Arbeit intensivieren. Kapitalisten anderer Industriebereiche wie die der Automobilindustrie und Bauwirtschaft, machen Extraprofite; diesen Vorsprung in der Ausbeutung der Arbeiter wollen sie ausbauen: Bei Opel werden Sonderschichten gefahren, bei Klöckner in Duisburg Überstunden. Die Kapitalisten planen hier Umbesetzungen, „weil das Kaltwalzwerk der Hütte durch den anhaltenden Automobilboom gut mit Aufträgen eingedeckt ist . . ., um die Aufträge zügig abwickeln zu können". (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.10.78)

Zurück in den Bundestag. Friedmann: „Im Fall einer Begrenzung der Überstunden (würden) bei einem Rückgang der Auftragslage in den Betrieben Entlassungen unvermeidlich und davon (würden) vor allem leistungsschwache und sozialschwache Arbeitnehmer betroffen". Nicht um die Arbeiter sorgt er sich, er sorgt sich vielmehr um die Bereitstellung der Arbeitskraft rund um die Uhr zu jedem Tag in der Woche. Buschfort, parlamentarischer Staatssekretär, beruhigt: „Es geht doch darum, was sich in der Praxis entwickelt hat, gesetzlich einzufangen. Wir werden wohl zunächst mit dem Gesetz die Rahmenbedingungen vorgeben müssen. Der Betriebsinhaber hat dann einen Freiraum, den er in Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat ausfüllen kann."

Die Wahlergebnisse in Bayern

z.ges. Die Wahlergebnisse in Bayern spiegeln die gleichen Entwicklungen wider wie in Hessen. Die CSU hat etwas Stimmen verloren. Die NPD hat kräftig Stimmen verloren. Die SPD hat etwas Stimmen gewonnen. Die FDP hat ebenfalls Stimmen gewonnen. Offensichtlich kann die Regierungskoalition von SPD und FDP ihren Einfluß nochmals festigen. Nur der Aufbau der Kommunistischen Partei und die Schaffung einer Front der Volksmassen gegen den bürgerlichen Staat und die Regierung kann das Wechselspiel der bürgerlichen Parteien in Regierung und Opposition durchbrechen.

meine Zeitung, 19.10.78)

Zurück in den Bundestag. Friedmann: „Im Fall einer Begrenzung der Überstunden (würden) bei einem Rückgang der Auftragslage in den Betrieben Entlassungen unvermeidlich und davon (würden) vor allem leistungsschwache und sozialschwache Arbeitnehmer betroffen". Nicht um die Arbeiter sorgt er sich, er sorgt sich vielmehr um die Bereitstellung der Arbeitskraft rund um die Uhr zu jedem Tag in der Woche. Buschfort, parlamentarischer Staatssekretär, beruhigt: „Es geht doch darum, was sich in der Praxis entwickelt hat, gesetzlich einzufangen. Wir werden wohl zunächst mit dem Gesetz die Rahmenbedingungen vorgeben müssen. Der Betriebsinhaber hat dann einen Freiraum, den er in Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat ausfüllen kann."

Die Wahlergebnisse in Bayern

z.ges. Die Wahlergebnisse in Bayern spiegeln die gleichen Entwicklungen wider wie in Hessen. Die CSU hat etwas Stimmen verloren. Die NPD hat kräftig Stimmen verloren. Die SPD hat etwas Stimmen gewonnen. Die FDP hat ebenfalls Stimmen gewonnen. Offensichtlich kann die Regierungskoalition von SPD und FDP ihren Einfluß nochmals festigen. Nur der Aufbau der Kommunistischen Partei und die Schaffung einer Front der Volksmassen gegen den bürgerlichen Staat und die Regierung kann das Wechselspiel der bürgerlichen Parteien in Regierung und Opposition durchbrechen.

Der KBW hat in Bayern zum erstenmal kandidiert. Unterschriftensammlung und Wahlkampf sind genutzt worden, um im ganzen Land Verbindungen herzustellen. In den Wahlen selber hat der KBW 2648 Zweitstimmen erhalten. Diese Stimmen verteilen sich auf das ganze Land und konzentrieren sich dort, wo sich die Arbeiterbevölkerung konzentriert.

In Bayern hat das Experiment der Bourgeoisie, mit Hilfe von irgendwelchen Grünen Listen die Kräfte des Aufbaus der Kommunistischen Partei in einem Meer von Opportunismus zu ertränken, einen neuen Fehlschlag erlitten. Die Grüne Liste, die diesmal eindeutig durch Konservative beherrscht war, hat gerade 1,8% erhalten. Der Arbeiterkampf hat sich bereits nach den Hessenwahlen bemüßigt gefühlt, vor Illusionen zu warnen.

Die KPD war in Bayern nicht mehr in der Lage selber zu kandidieren. Sie hat auch keinen opportunistischen Unterschlupf für die Wahlbeteiligung gefunden. Gegenüber ihr haben die Manöver der Bourgeoisie volle Wirkung gezeigt. Das ist schlecht. Gut ist dafür, daß verschiedne Mißverständnisse über den Charakter dieser Organisation jetzt kaum noch auftreten können.

Die DKP hat wie in den vorhergegangenen Wahlen Stimmen verloren. Die Schwäche der DKP ist einer der Gründe, warum sich die Bourgeoisie überhaupt auf das Betrugsmanöver mit grünen und sonstigen alternativen Listen einlassen muß. Für den Aufbau der Kommunistischen Partei enthalten die Wahlen in Bayern einen wichtigen Hinweis. Es ist jetzt Zeit, die strategische Schwäche zu überwinden, die das Hinterherhinken im Aufbau der Partei in Bayern bedeutete. Die Kräfte dafür sind da.

Betriebsräte lehnen die Genehmigung von Überstunden und Sonderschichten ab

r.brr. Mit Ärgernis registriert die bürgerliche Presse im Vorfeld der Lohnkämpfe, daß die Schwierigkeiten der Kapitalisten zunehmen, wenn es darum geht, den Belegschaften erneut mehr Überstunden und Sonderschichten aufzubürden. Die in dieser Frage zustimmungspflichtigen Betriebsräte lehnen die Genehmigung ab, so daß es für die Kapitalisten zumindest zu bedeutenden Verzögerungen der beabsichtigten Maßnahmen kommt. Dadurch kommt es zu Verlängerungen von Lieferzeiten, was mitunter heutzutage einem „Ausstieg aus dem Geschäft" gleichkommt.

Der Nachrichtendienst „Maschinenbau" der Kommunistischen Volkszeitung weist für die letzten drei Monate eine bedeutende Steigerung von Ablehnungen von Sonderschichten, Samstagsarbeit, Nacht- und Schichtarbeit sowie von Zeitaufnahmen durch Betriebsräte aus. In mindestens sieben Fällen kam es daraufhin zu wüsten Drohungen seitens der Betriebsführung.



Der 12400 KW-Viertaktdieselmotor, den die M.A.N-Kapitalisten produzieren lassen. Mit diesem Motor nehmen die M.A.N-Kapitalisten heute den zweiten Platz in der Verkaufsstatistik für Schiffshauptmotoren (Welt) ein. Der Motor wird auch in Dieselkraftwerke eingebaut.

In dem Baumaschinenkonzern Orenstein & Koppel, Werk Westberlin, lehnte es vor drei Wochen der Betriebsrat ab, für 250 Beschäftigte bis zu 13 Überstunden pro Woche zu genehmigen. Diese für die Betriebsführung unerwartete „Abfuhr" rief Aufregung bis in die Konzernspitzen hervor. Die Betriebsführung verlangte eine neue Sitzung mit dem Betriebsrat und sparte nicht mit Drohungen. Es würden größere Betriebsteile in andere Werke verlegt werden, der Betriebsrat hätte es zu verantworten, wenn jetzt die erwarteten Aufträge von der Bundesbahn ausbleiben würden, und er hätte es zu verantworten, wenn die Lieferfristen nicht eingehalten werden können und die Arbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren würden. Einige Mitglieder des Betriebsrates rückten im Verlauf der Sitzung von dem vormals gefaßten Beschluß ab, so daß es am Ende zu einer Neun- zu Sechs-Mehrheit für die Genehmigung der Überstunden kam.

Offenbar ermutigt durch dieses Ergebnis stellte die Betriebsführung daraufhin am Ende drohend fest, daß die Werke Hattingen und Westberlin sowieso in punkto Überstunden unter dem Konzerndurchschnitt liegen. Ein besonderer Dorn im Auge ist der Betriebsführung offensichtlich die Lohn- und Akkordkommission des Betriebsrates. Der Vorsitzende dieser Kommission wurde im Anschluß an die Sitzung persönlich ermahnt, die Arbeiter während der Zeitaufnahmen im Werk nicht gegen den Akkord aufzuhetzen. Wenige Wochen vorher war es durch die Lohn- und Akkordkommission zur Aufschiebung der Einführung des Gruppenakkords gekommen sowie zur Ablehnung von Zeitaufnahmen. Seitdem verschärfen sich die Auseinandersetzungen innerhalb des Betriebsrates über den Kurs, der gegenüber der Betriebsführung einzuschlagen ist.

Das Betriebsverfassungsgesetz legt den Betriebsräten in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben schwere Fesseln an, insbesondere mit der Friedens- und Schweigepflicht. Die Kämpfe der Arbeiterbewegung gegen dieses reaktionäre Gesetzeswerk waren nicht umsonst. Noch heute können sich klassenbewußte Betriebsräte darauf stützen. Weitere Verschärfungen des Gesetzes können so ohne weiteres nicht durchkommen.

Die Kapitalisten wissen sehr genau, daß sie es nicht einfach plötzlich mit forscheren Betriebsräten zu tun haben. Dahinter steht immer noch die Belegschaft. Der Betriebsratsvorsitzende von Ford-Köln wurde abgesetzt von den anderen Betriebsräten, als er acht Sonderschichten ohne Abstimmung mit den Arbeitern einfach genehmigt hatte. Der Betriebsratsvorsitzende von Opel-Rüsselsheim lehnte entsprechend dem Willen der Belegschaft die Sonderschichten ab. Sein Kompromißvorschlag, eine Sonderschicht zu genehmigen, wenn die Betriebsführung einen weiteren Urlaubstag gewährt, wurde auch abgelehnt.

Lohnbewegung Metall: „Mehrjährige Laufzeiten" in Sicht?

Sozialdemokraten suchen Kompromißformel / Kapitalisten rührig / Dürr liebäugelt mit mehrjährigen Laufzeiten / IG Metall beißt an!

z.maf. Die Lage in den Betrieben ist schon so, daß die Kapitalisten nicht hoffen dürfen, das kombinierte Steuerreform/Kindergeld-Manöver würde den erforderlichen Lohnkampf im Keim ersticken. Sich voll bewußt, daß die beginnende Lohnbewegung aus dem letzten Jahre noch Aufgaben nachzuholen hat, die bloß durch Aufstellen und Durchsetzen einer Festgeldforderung im Umfang von runden 135,- DM zu erledigen sind, versuchen die Kapitalisten eine öffentliche Meinung zu schaffen, die es ihnen erlaubt, abermals den Lohnstandard zu senken und, wo möglich, offene Kämpfe mit den Arbeitern zu vermeiden.

Vor zwei Wochen trat der ehemalige Bundesbankpräsident Klasen mit der Idee von 2%-Abschlüssen hervor. Die Gewerkschaften unternahmen gegen diese Erprobung nichts und haben mithin diese 2% als Ausgangsbasis geschluckt. Die vornehme Zurückhaltung gegenüber solchen Unverschämtheiten wie der 2%-Idee muß weiter Unverschämtheiten hervorrufen.

und Engagement der unmittelbar Beteiligten koste."

Alles Tugenden, von deren Vergießung die führenden Sozialdemokraten der IG Metall nicht viel halten. Dürr weiter:

„ ‚Wir müssen langfristiger denken und handeln', unterstrich Dürr, der jedoch hinzufügte, daß zu solchen mehrjährigen Tarifverträgen die Rahmenbedingungen und ihr Einfluß bei Veränderungen diskutiert werden müssen. Nachdrücklich betonte der Arbeitgebervorsitzende: ‚Indexklauseln oder ähnliches wollen wir nicht'."

An mehrjährigen Tarifverträgen ist nichts Angenehmes für die Arbeiter. Dürr will sondieren, und zwar die führenden Sozialdemokraten, denen er Ersparnis von Energie, Schweiß und Engagement verspricht und das Kompliment „zu langfristigem Denken und Handeln fähiger Mensch"; das ihn nichts kostet.

So stupide apathisch, wie die IG Metall den 2%-Stich Klasens hingenommen hat, so lebhaft reagiert sie jetzt

im Hauptvorstand der IG Metall so: Zuerst wird ein mehrjähriger Lohntarifvertrag abgeschlossen. Hat man diesen in der Tasche, kann man sich ganz auf die Arbeitszeitverkürzung konzentrieren. Irgend so was hintersinnig Ausgehecktes wird es sein.

1. Janssen sagt, längere Vertragsdauer müsse sich im Abschluß ausdrücken. Sehr wahr. Aber das Pro-

seln könnte nicht verzichtet werden. Aber woran sollen diese Sicherungsklauseln denn gebunden sein, wenn nicht an die Preissteigerungsrate. Und was da schon wenige Prozentteile Abweichung der tatsächlichen Preissteigerungsrate von der offiziell statistischen für ein Unglück bringen können.

An dieser Sorte Forderungen und Abschlüssen kann bloß eine Freude ha-

tistik für Schiffshauptmotoren (Welt) ein. Der Motor wird auch in Dieselkraftwerke eingebaut.

rend der Zeitaufnahmen im Werk nicht gegen den Akkord aufzuhetzen.

weiteren Urlaubstag gewährt, wurde auch abgelehnt.

Lohnbewegung Metall: „Mehrjährige Laufzeiten" in Sicht?

Sozialdemokraten suchen Kompromißformel / Kapitalisten rührig / Dürr liebäugelt mit mehrjährigen Laufzeiten / IG Metall beißt an!

z.maf. Die Lage in den Betrieben ist schon so, daß die Kapitalisten nicht hoffen dürfen, das kombinierte Steuerreform/Kindergeld-Manöver würde den erforderlichen Lohnkampf im Keim ersticken. Sich voll bewußt, daß die beginnende Lohnbewegung aus dem letzten Jahre noch Aufgaben nachzuholen hat, die bloß durch Aufstellen und Durchsetzen einer Festgeldforderung im Umfang von runden 135,- DM zu erledigen sind, versuchen die Kapitalisten eine öffentliche Meinung zu schaffen, die es ihnen erlaubt, abermals den Lohnstandard zu senken *und,* wo möglich, offene Kämpfe mit den Arbeitern zu vermeiden.

Vor zwei Wochen trat der ehemalige Bundesbankpräsident Klasen mit der Idee von 2%-Abschlüssen hervor. Die Gewerkschaften unternahmen gegen diese Erprobung nichts und haben mithin diese 2% als Ausgangsbasis geschluckt. Die vornehme Zurückhaltung gegenüber solchen Unverschämtheiten wie der 2%-Idee muß weiter Unverschämtheiten hervorrufen.

Das „Handelsblatt" veröffentlicht am 11.10.78 ausführlich nach einer dpa-Meldung:

„Für mehrjährige Tarifverträge hat sich der Vorsitzende des Verbandes der Metallindustrie Baden-Württembergs und das Präsidialmitglied von Gesamtmetall Heinz Dürr ausgesprochen."

Heinz Dürr hat im vorigen Jahre Franz Steinkühler von der IG Metall immerhin dahin gebracht, einen 5%-Abschluß vor den Arbeitern als Erfolg zu vertreten. Seither sonnt er sich im Rufe des Weichmachers. Und Dürr kennt seine Pappenheimer. Er lockt:

„Dürr vertrat am Dienstag in Stuttgart die Auffassung, daß das jährliche ‚Tarifritual' zu viel Energie, Schweiß und Engagement der unmittelbar Beteiligten koste."

Alles Tugenden, von deren Vergießung die führenden Sozialdemokraten der IG Metall nicht viel halten. Dürr weiter:

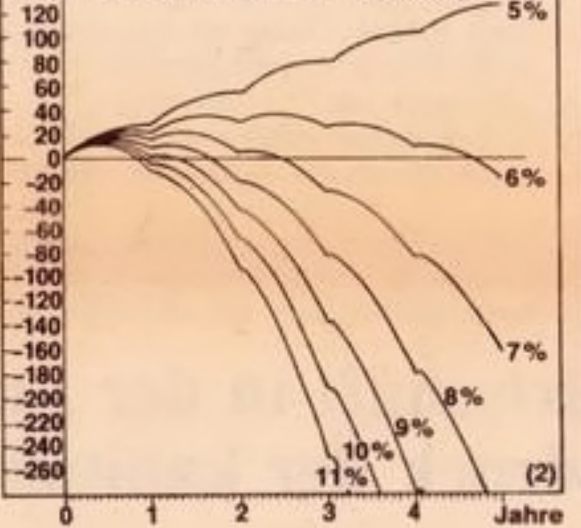
„ ‚Wir müssen langfristiger denken und handeln', unterstrich Dürr, der jedoch hinzufügte, daß zu solchen mehrjährigen Tarifverträgen die Rahmenbedingungen und ihr Einfluß bei Veränderungen diskutiert werden müssen. Nachdrücklich betonte der Arbeitgebervorsitzende: ‚Indexklauseln oder ähnliches wollen wir nicht'."

An mehrjährigen Tarifverträgen ist nichts Angenehmes für die Arbeiter. Dürr will sondieren, und zwar die führenden Sozialdemokraten, denen er Ersparnis von Energie, Schweiß und Engagement verspricht und das Kompliment „zu langfristigem Denken und Handeln fähiger Mensch"; das ihn nichts kostet.

So stupide apathisch, wie die IG Metall den 2%-Stich Klasens hingenommen hat, so lebhaft reagiert sie jetzt auf Dürr. Nur einen Tag später meldete die „Frankfurter Allgemeine Zeitung":

„Für die IG Metall sei die einjährige Laufzeit der Tarifverträge kein Dogma, hat das für die Tarifpolitik zuständige Mitglied des Hauptvorstandes der Gewerkschaft, Janssen, auf den Vorschlag Dürrs geantwortet. Die IG Metall sei grundsätzlich zu einem Gespräch darüber bereit. Allerdings müßte sich eine längere Vertragsdauer in der Lohnsteigerung niederschlagen. Auf Sicherungsklauseln könnte bei längerer Vertragsdauer nicht verzichtet werden."

Der „undogmatische" Janssen hat schon angebissen. Vielleicht denkt man



im Hauptvorstand der IG Metall so: Zuerst wird ein mehrjähriger Lohntarifvertrag abgeschlossen. Hat man diesen in der Tasche, kann man sich ganz auf die Arbeitszeitverkürzung konzentrieren. Irgend so was hintersinnig Ausgehecktes wird es sein.

1. Janssen sagt, längere Vertragsdauer müsse sich im Abschluß ausdrücken. Sehr wahr. Aber das Problem ist: Stets wird ein solcher Abschluß in den ersten Monaten erheblich besser aussehen. Die Lohnsteigerung eilt der Preissteigerung erheblich voraus. Dann holt die Preissteigerung die Lohnsteigerung ein. Das geht ebenso langsam und schleichend, wie die Tariferhöhung ja plötzlich wirkt. In der Praxis schaut es so aus. Der Überschuß, von dem man ja denken kann, man habe ihn erkämpft, wird für notwendige Reproduktionsmittel ausgegeben. Dann kommt die Preissteigerung. Dann kommen Schulden. In den USA, wo lange Laufzeiten gang und gäbe sind, sind die Arbeiter alle hoch verschuldet.

2. Janssen sagt, auf Sicherungsklauseln könnte nicht verzichtet werden. Aber woran sollen diese Sicherungsklauseln denn gebunden sein, wenn nicht an die Preissteigerungsrate. Und was da schon wenige Prozentteile Abweichung der tatsächlichen Preissteigerungsrate von der offiziell statistischen für ein Unglück bringen können.

An dieser Sorte Forderungen und Abschlüssen kann bloß eine Freude haben, wer die Entwaffnung der Arbeiterbewegung will. Die jährliche Kündigung stellt doch die Möglichkeit dar, aus den Erfahrungen der Praxis des Arbeiterlebens heraus die erforderliche Korrektur der ideologischen Manöver und statistischen Fälschungen zu vollstrecken. – So wie die Dinge liegen, wird man bei der Aufstellung der Lohnforderungen in der Lohnbewegung dieses Jahres gut daran tun, die Passage *„bei einjähriger Laufzeit"* einzufügen. Sonst kann es noch passieren, daß ein Abschluß, der vielleicht gar nicht mehr wert ist als Klasens 2%, ins Gerede gebracht wird als 8%iger, ja 12%iger Abschluß oder auch entsprechendes Festgeld.

Ehrenberg und Huber: Auf jeden Fall mehr als ein Praktisches Jahr

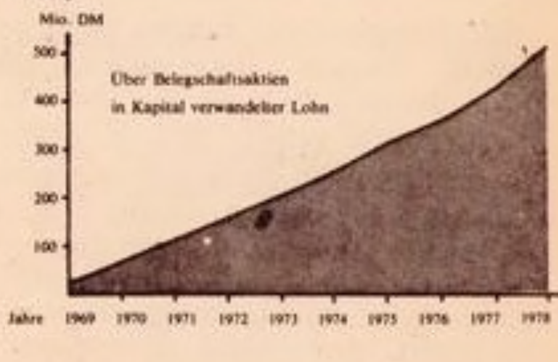
z.chk. Auf ihrer letzten Sitzung hat die „Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen" unter Federführung von Arbeitsminister Ehrenberg und Gesundheitsministerin Huber Maßnahmen gegen das „Schreckgespenst Ärzteschwemme" beschlossen. Schrecklich für die Bourgeoisie ist es, daß es ihnen trotz Anstrengungen nicht gelungen ist, den Wert der Arbeitskraft der Ärzte und darüber die Löhne aller Beschäftigten in den Krankenhäusern drastisch zu senken. Über weitere Spaltungsversuche wollen Ehrenberg und Huber einen Schritt weiter kommen: „Im Vordergrund unserer Anstrengungen muß die Ausbildungsqualität stehen." Und die soll hergestellt werden durch Ausweitung des Praktischen Jahres auf *mindestens* zwei Jahre, in denen die Medizinstudenten bei vollem Einsatz im Dienst ihre Arbeitskraft für BaFög vernutzen zu lassen. Um diese „Weiterentwicklung der Approbationsordnung" genau auszubaldowern, wurde eine Komission berufen, „ die ziemlich schnell arbeiten muß"(Huber).

Bourgeoisbunkerbau von den Massen finanziert

z.lij. Im Zuge der Kriegsvorbereitungen weisen Bourgeoisblätter wieder darauf hin, daß eigens für diejenigen, die den Krieg angezettelt haben werden und von ihren Villen aus beobachten werden, öffentliche Gelder zur Verbunkerung ihrer Partykeller bereitgehalten werden. Auf seiner ersten Seite ermuntert der Baden-Württembergische Staatsanzeiger (7.10.78) zum Zugreifen. Läßt der Bourgeois gleich 30 cm starke Wände und 40 cm dicke Decken aus Stahlbeton einziehen und mittels Lüftungsschleuse und Zugangsschleuse Schutzplätze für den erbberechtigten, siebenköpfigen Kern der Sippe errichten, gibt es 4900 DM aus Bundesmitteln und steuerliche Abschreibungen mit 8,5 % bis zum Jahresbetrag von 18050 DM.

Siemens: Über eine halbe Milliarde aus Lohn in Kapital verwandelt

z.kla. In diesem Jahr jährt sich das „Angebot der Siemens-Kapitalisten an die Belegschaft, sogenannte „Belegschaftsaktien" zu erwerben, zum zehnten Mal. In diesen zehn Jahren haben sich die Siemens-Kapitalisten auf diese Weise über eine halbe Milliarde D-Mark an Lohngeldern zurückgeholt und für die Profitmacherei verwendet. Jedes Jahr war dies gut ein Prozent der insgesamt ausgezahlten Lohn- und Gehalts summe der Siemens AG. 10% des derzeitigen Grundkapitals der Siemens AG haben sich die Siemens-Kapitalisten auf diese Weise finanzieren lassen. Gleichzeitig gibt die Betriebsführung dem Finanzkapital zu verstehen, daß es sich wegen des „Aktienbesitzes" um den schrankenlosen Zugriff auf die Arbeitskraft keine Sorge zu machen braucht: „Die Mobilität des Mitarbeiters wird durch den Aktienerwerb in keiner Weise eingeschränkt." (Siemens-Zeitschrift 7/78)



Streichung des Lohns bei Karenztagen

z.alb. Ärztliche Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen, die erst am zweiten oder dritten Tag der Krankheit ausgestellt werden, sind in der Regel rückwirkend „nicht beweiskräftig". Der Anspruch auf Lohn-

Auftragsboom in der Druckindustrie – Druckarbeiter bereiten Lohnkampf vor

r.dep. Die Druckkapitalisten lassen verlauten, daß sie zufrieden sind mit dem Jahr 1977 (so Sutter, Präsident des Bundesverbandes Druck).

Man könnte es ihnen glauben, denn ihre Profite sind 1977 enorm gestiegen, der Umsatz stieg auf 15,34 Mrd. DM, um 9,1%, preisbereinigt um 4,5%. Produziert im eigentlichen Druckbereich wurden Waren im Werte von 13,9 Mrd. DM (+11,9%). Für das erste Halbjahr 1978 rechnen sie mit 7,7 Mrd. DM Umsatz (7% mehr, preisbereinigt 3,2%). (Alle Zahlen aus: „Druckspiegel" und „Druck u. Papier") Die Kapitalisten sprechen von 29440 DM Lohnkosten pro Kopf und 90063 DM Umsatz pro Kopf.

Erreicht haben sie das, indem sie rund eine Milliarde (970 Mio. DM) investiert haben, davon für Erweiterung 21% (1970 52%), Rationalisierung 46% (1970 32%) und Ersatzbeschaffung 33% (1970 16%). Da bei Ersatzbeschaffung neue Maschinen gekauft werden, kann man den Ersatz getrost zu den Rationalisierungen zählen, die dann 79% ausmachen (1970 48%).

Doch zwei Dinge trüben das Kapitalistenglück, das für die Arbeiter verstärkte Ausbeutung bedeutet. Pessimistisch sind die Kapitalisten bezüglich der Exporte. Zwar betragen sie 993 Mio. DM, gegenüber Importen von 412 Mio. DM, aber gewachsen sind sie nur um 10%, die Einfuhr aber um 23%. Der Sozialdemokrat Ferlemann im Zentralorgan der IG Druck (Nr. 21) versucht, das herunterzuspielen: „Man sollte nicht mit aller Gewalt versuchen, eine negative Facette zu finden, wenn das Gesamtbild durchaus positiv ist." Die Druckarbeiter müssen aber diese Konkurrenz in Rechnung stellen. Im eigenen Land an der Überproduktion erstickend (fast jede dritte Illustrierte wird wieder eingestampft), tragen die Imperialisten ihre Konkurrenz aus mit Rationalisierungen, Verstärkung der Ausbeutung und Kapitalexport. Sich vor den Karren dieser Konkurrenz spannen zu lassen oder durch entschlossene Kampfmaßnahmen die Imperialisten zu spalten und diese Konkurrenz zu nutzen, das ist die Alternative, die Ferlemann vertuschen will.

Die Druckkapitalisten haben Angst vor der Bewegung der Arbeiter. Das zeigt auch der Beschluß der Delegiertenversammlung der Bundesvereinigung der Deutschen Zeitungsverleger (BDZV), der IG Druck einen „Sozialpakt" zur Vermeidung von Arbeitskämpfen vorzuschlagen. Wozu brauchen sie diesen „Friedens"-Vertrag?

Zwar stehen schon reichlich Bildschirmgeräte, aber entscheidende Lohnsenkungen sind noch nicht gelungen. Auch bei den Druckern ist zwar schon in vielen Großbetrieben die „neue Druckgeneration" mit 40000 Umdrehungen/Std. aufgestellt worden, aber entscheidende Festlegungen in der Ersetzung der Facharbeiter durch Hilfsarbeiter stehen für die Kapitalisten noch aus. Sie haben also große Pläne bei den anstehenden Manteltarifverhandlungen. Die verschleppen sie, während sie an vielen Punkten versuchen, den abgeschlossenen „Tarifvertrag Neue Technik" zu durchlöchern. Gruner&Jahr in Hamburg versucht z.B., Setzer in die Postion eines „Schlußredakteurs" zu hieven, um andersherum die Redakteure an die Bildschirme setzen zu können. Gleichzeitig zielt er darauf, Texterfassung von einfachen Schreibkräften machen zu lassen. Andere Kapitalisten streiten ab, daß die Digiset-Lichtsatzmaschine ein „Rechnergesteuertes Textsystem" laut Tarifvertrag ist, und wollen den Tarif für die Bedienung nicht anwenden. Die Sozialdemokraten sind da weich, haben sie doch selbst in der „Druck und Papier" (Nr. 18/78) das Terminal „26 xx" als „Video-Schreibmaschinenterminal" bezeichnet. Die Kapitalisten jubeln über solche Maschinen: „Schreibkraft erfaßt – Setzerei belichtet" und „Das fließende Erfassen auf der Standard-Schreibmaschinentastatur sowie die Befehlseingabe über dieselbe durch die ‚Zehn-Finger-Blind-Dame' ohne satztechnische Vorbildung, eben die kostengünstigere Texterfassung, die in den meisten Fällen sogar eine Zweiterfassung erübrigt, sind Herstellungsargument Nr. 1" (Druckspiegel 10/78, S.788).

Es kommt darauf an, die Einheit von Angestellten, Facharbeitern, Hilfsarbeitern und Redakteuren herzustellen gegen die mit der Rationalisierung angestrebte Steigerung der Ausbeutung und Lohndrückerei.

New Yorker Zeitungsarbeiter: Kein Kontrakt, keine Arbeit!

z.gek. Die Gewerkschaft der Drucker und die anderen, mit ihr zusammengeschlossenen Gewerkschaften haben sich geweigert, den Vertrag mit den beiden noch bestreikten Zeitungen, der New York Times und den Daily News, unterschriftsreif zu machen, nachdem die Zeitungen nicht bereit waren, ihre vor einer Woche mündlich gemachten Zugeständnisse klar schriftlich zu fixieren. Beide Zeitungen hatten erklärt, die 1508 Druckereiarbeiter komplett wiedereinzustellen und auf ihre Pläne, die Maschinenbesatzungen auf die Hälfte zu reduzieren, zu verzichten. Dafür hatten die Arbeiter, die den Streik unter äußerst harten Bedingungen führen mußten, zugestanden, daß im Lauf der nächsten sechs Jahre die in Rente gehenden Kollegen nicht ersetzt werden, so daß Maschinenbesatzungen von 11 oder 12 Mann sich um eine oder zwei Stellen verringern können. Im ganzen ist dies Ergebnis ein Erfolg der Streikenden, den die Kapitalisten jetzt offenbar mit direkter Betrügerei noch zunichte machen wollen. Es ist damit bereits klar, daß der Kampf gegen die Rationalisierungspläne der Zeitungs-Tycoone, was immer sie jetzt unterschreiben, mit unverminderter Schärfe weitergehen wird, zumal der Lohnabschluß (der im Streik selbst nicht mehr zur Debatte steht) mit 64 Dollar Erhöhung für alle gleich, über drei Jahre verteilt, reale Lohnsenkung bedeutet.

Langwierige Kämpfe gegen die Rationalisierungspläne der britischen Zeitungskapitalisten

Streik beim Daily Telegraph nach 13 Tagen beendet



Mitglieder der Druckergewerkschaft SOGAT bei der Papierfabrik Ellesmere Port streiken gegen die Entlassung kranker Arbeiter durch die Kapitalisten

z.mat.Liverpool. Am 20. Oktober erschien der Daily Telegraph nach einem Streik der Datenübermittler und der Setzer erstmalig wieder in vollem Umfang. Während des Streiks, der den Kapitalisten 13 Tage lang täglich den Verlust von über einer Million Exemplare und eine Umsatzeinbuße von insgesamt 1,55 Millionen Pfund gebracht hat, war die Londoner Ausgabe überhaupt nicht erschienen. Die Manchester Ausgabe war auf die Hälfte geschrumpft und enthielt teilweise leere Seiten. Der Wirtschaftsteil war vollständig entfallen. Auch in der Financial Times konnten sich die Bourgeois in der vergangenen Woche wegen eines anderen Streiks nicht über den Aktienindex und andere Börsennachrichten informieren. Die Times erschien am 19.10. in London ebenfalls nicht. Auch die Sunday Times wurde bestreikt.

Die Arbeiter der britischen Zeitungsverlage führen seit mehreren Jahren einen zähen und hartnäckigen Kampf gegen alle Versuche der Kapitalisten, die Einführung neuer Maschinerie zu Massenentlassungen und Lohnsenkungen zu nutzen. Auch der Streik beim Telegraph wurde aus diesem Grund geführt. Der Daily Telegraph wird in London und Manchester gedruckt. Immer mehr Teile des Satzes sollen aber in London hergestellt werden. Die Arbeiter in der Telefoto-Abteilung forderten deshalb am 28. September die Bezahlung zusätzlicher Arbeiten für die Übertragung von Bildern und Aktienkurstabellen nach Manchester. Als dies abgelehnt wurde, weigerten sie sich, die Maschinen zu bedienen. Die Arbeiter der Setzerei führten daraufhin eine Versammlung durch und beschlossen den Boykott aller Artikel, die mit den neuen Geräten übertragen werden.

Nach der ersten Streikwoche schrieb der Verleger des Daily Telegraph, Lord Hartwell, einen Brief „an alle Mitarbeiter", in dem er drohend behauptet: „Wenn die Arbeitsniederlegung fortgesetzt wird, wird das Schiff selber untergehen. Der Bankrott wird die Folge sein, lang ist es nicht mehr bis dahin." Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Zum vollständigen Streik kam es überhaupt erst, als sich die Betriebsleitung am 5. Oktober strikt weigerte, die Zeitung in unvollständiger Form erscheinen zu lassen, und die Produktion ganz einstellte, um den Streik zu brechen. Finanziell hat es der Daily Telegraph ganz offensichtlich im Kreuz. Worum es Lord Hartwell aber geht, ist die Durchsetzung der geplanten Rationalisierungsmaßnahmen mit allen Mitteln.

Der Daily Telegraph gehört zu den „besseren überregionalen" Tageszeitungen, liegt aber mit einem Verkaufspreis von 9 Pence weit unter den 15 Pence aller anderen vergleichbaren Zeitungen. Er wird allgemein als Zeitung der Konservativen Partei betrachtet, die ihn unterstützt. Von den über 2 Millionen Auflagen der Tageszeitungen der vier „besseren überregionalen" hat er allein eine Auflage von 1,05 Mio. erreicht, und damit fast die Auflage der Daily Mail, der kleinsten der vier überregionalen Boulevardzeitungen. Unter den 20 größten Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen nimmt der Daily Telegraph mit einem Jahresumsatz von etwa 50 Millionen Pfund den 9. Platz ein. Seine Position in der Konkurrenzschlacht auf einem schrumpfenden Markt (von 1974 bis 1976 sank die Zahl der verkauften Tageszeitungen von 14,7 Mio. auf weniger als 14 Mio.) hängt dabei ganz besonders davon ab, ob es ihm gelingt, eher als die Konkurrenz die neue Technologie einzuführen. Denn während die Konkurrenten inzwischen Aktienanteile bei verschiedenen Fernsehsendern und anderen Medien gekauft haben, beschränkt sich der Daily Telegraph nach wie vor auf die Herausgabe seiner Tageszeitung und der Wochen-Zeitung Sunday Telegraph

Die Anwendung der neuen Satz- und Drucktechnologie zur Rationalisierung und Lohnsenkung wird von allen britischen Zeitungsverlagen seit langem vorbereitet. Vor drei Jahren hat die Regierung einen Bericht anfertigen lassen, der die Erfahrungen mit dem Widerstand der Gewerkschaften in den USA auswertet. Aus dem eigenen Land wird in dem Bericht erfreut festgestellt und zur Nachahmung empfohlen: „Der Daily Mirror hat einen Streik über Vorschläge für neue Arbeitsabkommen durchgestanden".

Voraussetzung dafür ist die Schwächung und Spaltung der Arbeiterklasse. Von 41590 auf 37367 ist die Zahl der bei den überregionalen Zeitungen Beschäftigten in den Jahren 1970 bis 1975 gesenkt worden. Gleichzeitig nahm die Zahl der stunden- und schichtweise auf Abruf beschäftigten Arbeiter gewaltig zu. Die Zahl der wöchentlichen Arbeitsvermittlungen für Arbeit auf Abruf schwankt über's Jahr zwischen 600 und 1800. Die vertraglich beschäftigten Arbeiter werden durch Teilzeitarbeit zur Höchstleistung gepreßt. Zwischen 70 und 90% beträgt am Wochenende und in Nachtschichten der Anteil der Teilzeitarbeiter. Diese Bedingungen erlauben es den Kapitalisten, auch tariflich den Großangriff auf das Lohnniveau einzuleiten, der in der Rationalisierungswelle jetzt durchgesetzt werden soll. Der Anteil des tariflichen Grundlohns am tatsächlichen Lohn liegt heute bei 30%. Die restlichen 70% sind arbeitsplatzabhängig, ihnen gilt jetzt der Angriff. Die britischen Druckarbeiter haben in erbitterten Kämpfen ihre Einheit gegen die Pläne der Kapitalisten verteidigt und gefestigt. Die zwölf Druckergewerkschaften, die es 1945 gab, sind heute zu drei Gewerkschaften zusammengefaßt worden. Ihre Mitgliederzahl ist von 1964 bis 1974 von 300000 auf über 357000 gestiegen. Erfolgreich haben sie die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeitslosen und der auf Abruf beschäftigten Druckarbeiter aufgenommen. Noch steht nicht fest, ob das Ende des Streiks beim Daily Telegraph ein Sieg für die Kapitalisten ist. Sie mußten Verhandlungen über Lohnerhöhungen zustimmen und zulassen, daß das Verhandlungsergebnis den Datenübermittlern vorgelegt wird.

der britischen Zeitungskapitalisten

Streik beim Daily Telegraph nach 13 Tagen beendet



Mitglieder der Druckergewerkschaft SOGAT bei der Papierfabrik Ellesmere Port streiken gegen die Entlassung kranker Arbeiter durch die Kapitalisten

Druckindustrie: Manteltarifverträge für Angestellten gekündigt

z.ans. Die regionalen Manteltarifverträge für die Angestellten in der Druckindustrie sind jetzt gekündigt, für den 1.1.79 die gewerblichen. Ab 1.4.78 gilt der Vertrag „Neue Technik", der die Arbeit an den computergesteuerten Textsystemen als Angestelltentätigkeit regelt, die übrigen Anhänge zu dem gewerblichen Manteltarifvertrag sind seit 76 offen. Die Lohntarife gelten bis 31.3.79. In den anstehenden Verhandlungen müssen die Arbeiter und Angestellten gemeinsam Schranken setzen gegen die maßlose Verschärfung der Ausbeutung, die die Kapitalisten durch die Umstellung der Satzherstellung auf elektronisch gesteuerte Textsysteme und die Einführung der Datenverarbeitung vorangetrieben haben. Von 71-76 haben die Kapitalisten 4,9 % der Angestellten rausrationalisiert, für die übrigen den Zwang zu Überstunden-, Nacht- und Schichtarbeit gesteigert. In den gekündigten Manteltarifverträgen werden „Mehrarbeit" und 5-Tage-Woche abhängig gemacht von den „betrieblichen Erfordernissen" der Kapitalisten. Die IG-Druck fordert die 35-Stunden-Woche und bundeseinheitliche Manteltarifverträge, der Tarifvertrag „Neue Technik" solle „eingewoben" werden. Die Forderung vom Frühjahr nach Beschränkung der Bildschirmarbeit auf 4 Stunden haben die Gewerkschaftssozialdemokraten fallengelassen, erreicht werden müsse die Durchsetzung der 6stündigen Bildschirmarbeit mit anderer Tätigkeit. Für die Beschäftigten steht die Forderung nach wie vor. Die 35-Stundenwoche kann nur durchgesetzt werden, wenn der Kampf verbunden wird mit dem für Einhaltung des Normalarbeitstages, dessen Grundlage der Kampf für ausreichend Lohn ist.

Druckindustrie: Manteltarifverträge für Angestellten gekündigt

Mozambique stellt Schulbücher selbst her

z.diz. „Das Hauptmerkmal der Erziehung in unserem Land ist das Analphabetentum, das unter der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes verbreitet ist, genauso wie die verdummenden Praktiken, verursacht durch Kolonialismus und Aberglaube. Ohne die aktive Teilnahme der Massen am Kampf gegen das Analphabetentum wird es nicht möglich sein, es zu beseitigen, und ohne ein Verständnis für das Übel der Verdummung wird sie nichts dazu bringen, dagegen zu kämpfen", sagte Samora Machel 1970 auf der 2. Konferenz der FRELIMO über das Erziehungswesen, noch vor der Befreiung des Landes. 95% des Volkes waren damals Analphabeten, die Schulen waren in der Hand der portugiesischen Kolonialisten oder der katholischen Kirche. Die „Ausbildung" bestand in der Propaganda des portugiesischen Kolonialismus – nach der Befreiung mußten alle Schulbücher verboten werden. Seitdem hat sich die Zahl der Grundschüler auf 1,5 Millionen verdoppelt, 100 neue Schulen wurden gebaut. Gleichzeitig wurden zwei Schulbuchdruckereien aufgebaut, deren Kapazität heute 7,8 Millionen Exemplare pro Jahr beträgt. Im Rahmen des planmäßigen Aufbaus der Druckindustrie soll sie auf 15 Millionen Exemplare verdoppelt werden.

fortzahlung für diese Tage entfällt. Dieses Berufungsurteil des Hammer Landesarbeitsgerichts hat das „Handelsblatt" groß herausgebracht. Eine Aufforderung an die Kapitalisten, die „Karenztage-Regelung" auf diesem Wege zu beseitigen. Bisher konnten Angestellte bis zu zwei Tagen wegen Krankheit fehlen, ohne eine ärztliche Bescheinigung vorlegen zu müssen. Diese Tage wurden bezahlt. Bei längerdauernder Krankheit reichte eine am dritten Tag ausgestellte rückwirkende Krankmeldung. In Zukunft droht den Angestellten, wenn sie zur Wiederherstellung der ruinierten Arbeitskraft länger als zwei Tage brauchen, Lohnausfall für die Karenztage.

Einsatz von Zivildienstleistenden an Sonderschulen

z. kea. Mit Erlaß vom 4.8.1978 der niedersächsischen Landesregierung können jetzt auch Zivildienstleistende an "Schulen für Geistigbehinderte und Körperbehinderte (Sonderschulen)" eingesetzt werden. Am Annastift in Hannover ist ein solcher Einsatz bereits Praxis. Mit Hilfe der Zivildienstleistenden, die wie die Soldaten besonders entrechtet sind, soll der Zuchthaus- und Polizeicharakter der Sonderschulen und Behindertenwerkstätten noch ausgebaut werden. Gleichzeitig betreibt die Bourgeoisie mit einer enormen Steigerung der Zivildienstplätze die Spaltung der Beschäftigten in öffentlichen Diensten. Von 1976 auf 1977 wurden die Zivildienstplätze insgesamt um 85% erhöht. Beim Deutschen Roten Kreuz (DRK) war es eine Steigerung von 155%, bei der Deutschen Krankenhausgesellschaft von 199%.

Zivildienstplätze

	1976	1977
Insgesamt	18000	33360
Diakonisches Werk	4340	6900
Caritas	2700	4840
DRK	1890	4830
Deutsche Krankenhausgesellschaft	1280	3830
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband	2210	3340
Arbeiterwohlfahrt	1070	1890
Arbeiter Samariterbund	-	940
Jugendherbergsgesellschaft	490	700
Andere Dienststellen	4030	6090

Schmücker doch unbewaffnet in Großbritannien

z.hef.London. VW-Kapitalist Schmücker wird Ende des Monats Großbritannien besuchen. Hier soll ab Januar auf einem weiteren Gebiet die Expansion des VW-Kaptals fette Profite abwerfen. Die erste Vertriebsgesellschaft für VW/MAN-Nutzfahrzeuge in der Klasse 6 bis 9 Tonnen außerhalb der BRD wird gegründet. Sie soll sowohl British Leyland wie auch Bedford (General Motors) Konkurrenz machen. Je 13% des Aktienkapitals von 1,5 Mio. Pfund werden VW und MAN halten, 42% die bisherige MAN-Vertriebsgesellschaft (mit Barclay's Bank als einem der Hauptaktionäre) und 32% Lonrho. Schmücker wird sich als Gast des Lonrho-Kapitalisten Rowland in Großbritannien aufhalten. Neben der großkotzig-schmierigen Art verbindet ihn mit Rowland viel: Lonrho vertreibt VW in Großbritannien, besitzt die Hälfte am Wankelmotor, ist der größte Autoverkaufskonzern in Afrika, vertreibt dabei auch VW (z.B. in Nigeria) und ist im Besitz bedeutender Rohstoffquellen im südlichen Afrika.

Allerdings ist Schmückers Plan, im Mafia-Stil bei Rowland zu erscheinen, gescheitert. Die britische Polizei verweigerte die von Schmücker beantragte Mitnahme seiner Pistole und der zwei Maschinenpistolen seiner Leibwächter. Eine kleine Geste, daß VW Expansion auf *fremdem* Grund betreibt. Schließlich sind es die britischen Imperialisten, die Gewehre in Westdeutschland *haben*.

Heilig auch ohne Wunder

z.ulg.Rom. „Die gegenwärtige Gesetzgebung mit ihren Anforderungen verursacht enorme Verzögerungen bei den Selig- und Heiligsprechungsverfahren“, klagt Paolo Molinari S.J., nach eigener Aussage ein Spezialist auf diesem Gebiet, in dem Jesuitenorgan „civilta cattolica“. Es werden einfach zuviele Wunder verlangt. Für die Seligsprechung eines Gottesknechts, der im Bett gestorben ist, müssen nach geltendem Kanonischen Recht mindestens zwei beglaubigte Wunder nachgewiesen werden, bei Märtyrern reichen auch ein paar „göttliche Zeichen“. Bei der Heiligsprechung aber gibt's für niemand mehr Pardon. Zwei Wunder mindestens müssen her, die noch dazu nach vollbrachter Seligsprechung begangen worden sein müssen. Wer bringt das schon fertig. Von „menschlicher Wissenschaft“ werde die Kirche auf diese Weise abhängig und in der Auswahl der passenden Heiligen eingeengt, entrüstet sich der Jesuitenpater: „Es ist offensichtlich, daß auf Grund des kontinuierlichen und raschen Fortschritts der medizinischen Wissenschaft es immer schwieriger und in vielen Fällen sogar unmöglich sein wird, einen wissenschaftlichen Beweis des Wunders zu erbringen.“ Führwahr, aber den wackeren Streiter der ehrenwerten Gesellschaft Jesu ficht das Eingeständnis, daß die Religion im wesentlichen auf mangelnder Erkenntnis und Beherrschung der Natur beruht, nicht weiter an. Pater Molinari schlägt also vor, das Verfahren zu beschleunigen. Einmal der Märtyrertod oder „heroische Verwirklichung der christlichen Tugenden“. Päpstlich bescheinigt, soll künftig der „Ruf der Heiligkeit“ ausreichen, um den Geruch der Heiligkeit alsbald den Heiligenschein folgen zu lassen. Ist es nicht „göttliches Zeichen“ genug, wenn sich Leute finden, die an den Betrug glauben? „Warum sollte man also noch den Beweis eines weiteren göttlichen Zeichens verlangen und so die Erfordernisse göttlichen Eingreifens ohne Not vervielfachen?“ Der Grund für die Eile: „Die gegenwärtige Gesetzgebung beraubt die Kirche vieler pastoraler Möglichkeiten, den gläubigen Personen zum Vorbild zu geben, die mehr oder weniger zeitgenössisch und daher besonders geeignet sind, ein Beispiel ‚aktueller' Heiligkeit zu sein.“

Stets ein großer Gewinn – ein Nachruf

z.hev. Letzte Woche ist er zu Grabe getragen worden, er, Eduard von Schwartzkoppen. „Still und einfach wie er gelebt hat“, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ aufmerksam beobachtete. In die Martin-Luther-Kirche „zu Falkenstein“ gingen gerade die 100 Menschen rein, die zu seinesgleichen zählen. Mit Anzeigen ihrer Trauer bekundet haben die Berliner Handels-und Frankfurter Bank, die Deutsche Hypobank, Deutsche Babcock, Schering, AEG-Telefunken, Dyckerhoff und Widmann, Berlinische Lebensversicherung, Zuckerraffinerie Tangermünde, Kraftübertragungswerke Rheinfelden und – seine Familie. Diese

Einmal der Märtyrertod oder „heroische Verwirklichung der christlichen Tugenden“. Päpstlich bescheinigt, soll künftig der „Ruf der Heiligkeit“ ausreichen, um den Geruch der Heiligkeit alsbald den Heiligenschein folgen zu lassen. Ist es nicht „göttliches Zeichen“ genug, wenn sich Leute finden, die an den Betrug glauben? „Warum sollte man also noch den Beweis eines weiteren göttlichen Zeichens verlangen und so die Erfordernisse göttlichen Eingreifens ohne Not vervielfachen?“ Der Grund für die Eile: „Die gegenwärtige Gesetzgebung beraubt die Kirche vieler pastoraler Möglichkeiten, den gläubigen Personen zum Vorbild zu geben, die mehr oder weniger zeitgenössisch und daher besonders geeignet sind, ein Beispiel ‚aktueller' Heiligkeit zu sein.“

Stets ein großer Gewinn – ein Nachruf

z.hev. Letzte Woche ist er zu Grabe getragen worden, er, Eduard von Schwartzkoppen. „Still und einfach wie er gelebt hat“, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ aufmerksam beobachtete. In die Martin-Luther-Kirche „zu Falkenstein“ gingen gerade die 100 Menschen rein, die zu seinesgleichen zählen. Mit Anzeigen ihrer Trauer bekundet haben die Berliner Handels-und Frankfurter Bank, die Deutsche Hypobank, Deutsche Babcock, Schering, AEG-Telefunken, Dyckerhoff und Widmann, Berlinische Lebensversicherung, Zuckerraffinerie Tangermünde, Kraftübertragungswerke Rheinfelden und – seine Familie. Diese
stellte fest, er sei „friedlich und in festem Gottvertrauen“ gestorben. 75 Jahre alt ist der Sohn des Dr. Georg von Schwartzkoppen, Staatssekretär im Außenministerium, und der Marie-Louise, geb. v. Oertzen, geworden. Verheiratet war er mit Ilse, Komteß v. Rothkirch-Trach. „Die reichen Erfahrungen und der Weitblick dieses Bankiers von internationalem Ruf waren für unsere Gesellschaft stets ein großer Gewinn..., dem wir in Dankbarkeit über den Tod hinaus verbunden werden“, stellten die Kraftübertragungswerke Rheinfelden in ihrem Nachruf befriedigt fest. Dort war der Verblichene stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats. Ähnliche und zum Teil höhere Positionen hatte er in all den anderen genannten Banken und Monopolen inne. Die Schlüsselposition war die in der Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Über sie hatte er erstgradige Kontrolle weiterer 20 Banken, Handelsgesellschaften und Industriebetriebe, deren Kinder und Kindeskinder noch nicht einmal gerechnet. 65 sind's, die Kinder mitgezählt, und bei den Kindeskindern haben wir das Zählen aufgegeben. Vom Würfelzucker bis zur Elektrizität, von der Pille bis zum Flughafenbau, von der Kohle zur Chemie – ein wahrlich umfassendes Netz, in dessen Mitte auf dem Vorstandssessel der Berliner Handels- und Frankfurter Bank v. Schwartzkoppen wie eine Spinne hockte mit „Weitblick“, „Tatkraft“, „Güte“, „Klugheit“, „Noblesse“ und vor alle einem „gewinnenden Wesen“. Dabei war er allerdings erstaunlich von „ungewöhnlicher menschlicher Wärme“. Die Finanzbourgeoisie entwickelt einen ungewohnten Witz, wenn einer der ihren die materielle Wlet verläßt. Es ist die Vorfreude auf den Platz im Nest, wo nun ein anderer fett werden kann.

Ständiger Kampf gegen Refa-System der Schweißauspressung

r.peh. Die Zeiss-Kapitalisten nehmen den dritten Platz auf dem Weltmarkt ein beim Absatz feinoptischer Geräte.

Ihr Ziel ist, Konzerne aus Japan und der DDR, die auf dem ersten und zweiten Platz liegen, zu verdrängen. Im Göttinger Werk, in dem die Arbeiter Mikroskope produzieren, haben die Zeiss-Kapitalisten in den letzten Jahren eine Rationalisierungswelle großen Ausmaßes durchgeführt. Zur Zeit sind sie dabei, in der Endmontage die Produktion von Einzelstück-Fertigung auf ein fließbandähnliches System umzustellen. Die Betriebsführung hat angekündigt, für diesen Bereich die Vorgabezeit und die Lohngruppen zu überprüfen, was nichts anderes heißt, als die Akkordzeiten zu kürzen.

Bei Zeiss werden die Vorgabezeiten nach dem REFA-System ermittelt. Jeder Arbeitsgang wird analysiert, das heißt, wie sitzt oder steht der Arbeiter am günstigsten vor oder an der Maschine, um diesen Schalter oder Hebel auf dem kürzesten Weg zu bedienen usw. Diese Arbeitsplatzstudien dienen zu nichts anderem, als bei den danach folgenden Zeitaufnahmen zu den kürzesten Vorgabezeiten zu kommen.

Entspricht die ermittelte Zeit nicht der Kalkulation der Kapitalisten, so gehen sie kurzerhand folgendermaßen vor: Die Zeitaufnahme wird für ungültig erklärt. Sie geben vor, neue Erkenntnisse in der Arbeitsmethode gewonnen zu haben. Ein neues Verfahren wird ausgetüftelt und eine neue Zeitaufnahme angesetzt. Das wird so oft wiederholt, bis die Arbeitsvorbereitung auf ihre Kalkulation kommt. In der Optik-Fasserei haben sie in der letzten Zeit dieses Verfahren praktiziert. Haben sie dann die Arbeitsmethode so „vereinfacht“, daß Schrott produziert wird, wird der Akkordarbeiter dafür verantwortlich gemacht, da er für die Qualität seiner Arbeitsprodukte zuständig ist. Kommen sie selbst auf diesem Weg nicht auf die von ihnen kalkulierte Zeit, betrügen sie über das Schätzen des „Leistungsgrades“. Liegt die gestoppte Zeit sagen wir 10% über der kalkulierten, so können sie behaupten, daß der Arbeiter bei der Zeitaufnahme nicht seine normale Leistung gebracht hat, sondern eine entsprechend niedrigere. Dieses Leistungsgradschätzen ist einer der Eckpfeiler des REFA-Systems. In der REFA-Methodenlehre Band 2, Seite 127, heißt es dazu: „Dabei (beim Leistungsgradbeurteilen) wird davon ausgegangen, daß sich der Arbeitsstudienmann durch genaue Sachkenntnis des beobachteten Arbeitsablaufes unter den gegebenen Arbeitsbedingungen und durch Training eine Vorstellung davon machen kann, wie das Erscheinungsbild des beobachteten Bewegungsablaufes ... sein müßte, wenn es der Bezugsleistung entspräche. Mit diesem gedanklich vorgestellten Bild vergleicht er den tatsächlichen Ist-Bewegungsablauf. Den Unterschied zwischen dem vorgestellten und dem beobachteten Erscheinungsbild drückt er in Leistungsprozenten aus ...“ Das „gedanklich vorgestellte Bild“ des Arbeitsstudienmannes ist die Kalkulation der Kapitalisten, was sie aus den Arbeitern herauspressen wollen. Was bleibt da übrig von dem Geschwafel der Reformisten, daß Zeitaufnahmen nur korrekt durchgeführt werden müssen, dann würden auch für die Arbeiter akzeptable Vorgabezeiten herauskommen, und sie würden nach ihrer Leistung bezahlt werden.

Zum 1. Mai 1977 hat der Vertrauensleutekörper der IG Metall in der Firma Zeiss die Forderung nach dem Verbot der Akkordarbeit aufgestellt. Dieser Beschluß wurde mit großer Mehrheit gefaßt. Grundlage dafür war der ständige Kleinkrieg gegen die Verschärfung der Akkordarbeit. In der Optik-Poliererei haben die Arbeiter seit etwa acht Jahren durchgesetzt, daß keine Zeitaufnahmen gemacht werden.

Damals wurden für die Einzelflächen-Poliermaschinen Vorgabezeiten durchgesetzt, die den Forderungen der Arbeiter entsprachen. Durch Einführen von neuen Poliermethoden hat die Betriebsführung versucht, diese Vorgabezeiten außer Kraft zu setzen. Bis heute ist es ihnen nicht gelungen, neue Vorgabezeiten durchzusetzen, sie müssen für die Arbeiter, die nach der neuen Poliermethode arbeiten, den Durchschnittslohn zahlen. Das wird von den Arbeitern in den anderen Abteilungen als Vorbild angesehen und schafft gute Voraussetzungen, sich auf der Forderung nach Verbot der Akkordarbeit zusammenzuschließen.

Kirchliche Kindergärten – Mehr Gottesglaube und Unterdrückung

Eltern und Beschäftigte gegen die kirchlichen Maßnahmen

r.chs. Von den öffentlichen Kindergärten in Hannover-Stadt betreibt 26 die Arbeiterwohlfahrt, 5 die katholische Kirche, 12 die Stadt in eigener Verwaltung. Die Kindergärten in eigener Regie führt die Stadt in „Problemgebieten“. Rund 45 weitere stadteigene Kindergärten sind in Fremdverwaltung – unter der Fuchtel „freier Träger“, das ist vor allem der Stadtverband für Innere Mission der evangelisch-lutherischen Kirche. Insgesamt gibt es 64 evangelische Kindergärten, einige werden von Kirchengemeinden selbständig betrieben.

Tatsächlich besitzt die Stadt zwar fast die Hälfte der öffentlichenKindergärten, die (ideologische) *Aus*führung überläßt die Bourgeoisie jedoch gern der Kirche. Diese ist in der Durchsetzung von Rationalisierung und Entrechtung dank des staatlich geschützten „Tendenzschutzes“ gut vorangekommen. Die Wirkung auf den gesamten öffentlichen Dienst ist dabei die Absicht. Die Kirche bietet sich an und wird eingesetzt als Wegbereiter der Kriesgfähigmachung des öffentlichen Dienstes. Nicht mehr ausreichend erscheint es der Bourgeoisie, die Kinder in der Schule mit bürgerlicher Ideologie vollzustopfen; die Ausrichtung und Verstümmelung der Fähigkeiten soll im Kindergarten eingeleitet werden.

So sieht es in den kirchlichen Kindergärten heute aus: Laut Stellenplan ist für jede Gruppe mit 20 Kindern eine

Zuschüsse der Stadt Hannover zu den laufenden Kosten

	in 1000 DM	Kindergärten in eigener Verwaltung	in 1000 DM	Kindergärten in Fremdverwaltung	Anteil an den Personalkosten
1973	2219	14	4633	45	58%
1974	2859	13	6454	45	59%
1975	3781	11	7669	44	61%
1976	4176	12	8149	47	63%
1977 *	4862	-	10254	-	-
1978 *	5350	-	11885	-	-

* Haushaltsansätze (Alle Zahlen aus: Haushaltsplan der Stadt Hannover)

des erzieherisch tätigen Personals Praktikanten, deren Arbeitskraft für 200 DM monatlich vernutzt wird. Vertretungskräfte werden nicht bestellt, sie müssen z.B. bei Krankheit selbst gesucht werden, was sozusagen die Garantie dafür ist, daß die Zeit von den verbleibenden Erziehern überbrückt wird oder die Kindergruppe geschlossen werden muß. Solche Arbeitsbedingungen treiben den Krankenstand in die Höhe, ein geregelter Ablauf des Kindergartenbetriebes ist ausgeschlossen.

Ihre neuen Angriffe auf die Rechte von Eltern und Beschäftigten versuchte die Kirche mit einer Debatte über ein neues „religionspädagigisches Konzept“ zu bemänteln. Sie richten sich allesamt gegen das Koalitionsrecht der Arbeiterklasse und der Volksmassen.

Im März beschloß sie die Dienstan-

lutherischen Bekenntnisses Erziehungs- und Bildungsaufgaben in der Kindertagesstätte wahr. 2. Die Mitarbeiterin stellt ihre beruflichen Fähigkeiten und Erfahrungen in den Dienst der Kindertagesstätte. Sie weiß sich der Dienstgemeinschaft verpflichtet und nimmt am kirchlichen Leben teil.“

Der Versuch, die Beschäftigten darauf zu verpflichten, ist bisher an passivem Widerstand gescheitert. Der Plan war, alle diese Dienstanweisung unterzeichnen zu lassen; inzwischen wird versucht, durchzusetzen, daß wenigstens die Neueinstellungen auf dieser Grundlage vorgenommen werden. Doch auch hier bleiben die Erfolgsmeldungen aus.

Mit der laschen Handhabung seitens der Kirchenvorstände findet sich die Kirchenleitung nicht ab. Ihre Würdenträger bereiten die Zerschlagung des gewerkschaftlichen Zusammenschlus-

Jahres als Gesetz beschlossen von den Landeskirchen Hannover, Braunschweig und Oldenburg auf einer „Synode der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen“. Wenn hier nicht der Minister des Innern federführend war, dem die Kirchen untergeordnet sind!

	1. Weg *	2. Weg **	3. Weg ***
Partnerschaft	nein (einseitige Regelung von „oben“ durch Gesetz)	nein (Gegenüber von Arbeitnehmern und Arbeitgebern Arbeitskampf)	ja (die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission entscheidet nach gemeinsamer Beratung)
Parität	nein (einseitige Regelung von „oben“ durch Gesetz)	ja (Vertrag zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern)	ja (die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission besteht je zur Hälfte aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern)
Wahrung des Auftrags der Kirche (Autonomie)	ja	nein (Fremdverantwortung durch weltanschaulich neutrale Vereinigungen)	ja (kirchliche Arbeitnehmer und Arbeitgeber beschließen gemeinsam)
Gemeinsame Konfliktlösung	nein (einseitige Regelung von „oben“ durch Gesetz)	nein (z. B. Streik)	ja (verbindliche Schlichtung)
Geltung für alle Mitarbeiter	ja	nein (unmittelbar nur für Mitglieder der Verbände)	ja
Einseitiges Aufheben von Arbeitsbedingungen ausgeschlossen	nein (Änderungsgesetze von „oben“)	ja	ja (Verfahren wird in der Dienstvertragsordnung festgelegt)

* Kirchengesetze und Verordnungen
** Tarifverträge
*** Arbeits- und dienstrechtliche Kommission
(aus: Kirchliches Mitarbeiterrecht in Niedersachsen – der 3. Weg)

Die Reaktion hat vor, auf der Synode Ende Oktober mit „Richtlinien“ diesen Angriffen Nachdruck zu verlei-

r.chs. Von den öffentlichen Kindergärten in Hannover-Stadt betreibt 26 die Arbeiterwohlfahrt, 5 die katholische Kirche, 12 die Stadt in eigener Verwaltung. Die Kindergärten in eigener Regie führt die Stadt in „Problemgebieten“. Rund 45 weitere stadteigene Kindergärten sind in Fremdverwaltung – unter der Fuchtel „freier Träger“, das ist vor allem der Stadtverband für Innere Mission der evangelisch-lutherischen Kirche. Insgesamt gibt es 64 evangelische Kindergärten, einige werden von Kirchengemeinden selbständig betrieben.

Tatsächlich besitzt die Stadt zwar fast die Hälfte der öffentlichenKindergärten, die (ideologische) Ausführung überläßt die Bourgeoisie jedoch gern der Kirche. Diese ist in der Durchsetzung von Rationalisierung und Entrechtung dank des staatlich geschützten „Tendenzschutzes“ gut vorangekommen. Die Wirkung auf den gesamten öffentlichen Dienst ist dabei die Absicht. Die Kirche bietet sich an und wird eingesetzt als Wegbereiter der Kriesgfähigmachung des öffentlichen Dienstes. Nicht mehr ausreichend erscheint es der Bourgeoisie, die Kinder in der Schule mit bürgerlicher Ideologie vollzustopfen; die Ausrichtung und Verstümmelung der Fähigkeiten soll im Kindergarten eingeleitet werden.

So sieht es in den kirchlichen Kindergärten heute aus: Laut Stellenplan ist für jede Gruppe mit 20 Kindern eine
Erzieherin und eine Vorpraktikantin vorgesehen, in Ganztagsgruppen kann die zweite Kraft eine Kinderpflegerin sein. Im Durchschnitt sind rund 40%

Zuschüsse der Stadt Hannover zu den laufenden Kosten

	in 1000 DM	Kindergärten in eigener Verwaltung	in 1000 DM	Kindergärten in Fremdverwaltung	Anteil an den Personalkosten
1973	2219	14	4633	45	58%
1974	2859	13	6454	45	59%
1975	3781	11	7669	44	61%
1976	4176	12	8149	47	63%
1977 *	4862	-	10254	-	-
1978 *	5350	-	11885	-	-

* Haushaltsansätze (Alle Zahlen aus: Haushaltsplan der Stadt Hannover)

des erzieherisch tätigen Personals Praktikanten, deren Arbeitskraft für 200 DM monatlich vernutzt wird. Vertretungskräfte werden nicht bestellt, sie müssen z.B. bei Krankheit selbst gesucht werden, was sozusagen die Garantie dafür ist, daß die Zeit von den verbleibenden Erziehern überbrückt wird oder die Kindergruppe geschlossen werden muß. Solche Arbeitsbedingungen treiben den Krankenstand in die Höhe, ein geregelter Ablauf des Kindergartenbetriebes ist ausgeschlossen.

Ihre neuen Angriffe auf die Rechte von Eltern und Beschäftigten versuchte die Kirche mit einer Debatte über ein neues „religionspädagigisches Konzept“ zu bemänteln. Sie richten sich allesamt gegen das Koalitionsrecht der Arbeiterklasse und der Volksmassen.

Im März beschloß sie die Dienstan-
weisung Nr. 49 „für erzieherisch tätige Mitarbeiter in Kindertagesstätten“.

Im §1 heißt es: „1. Die Mitarbeiterin nimmt auf der Grundlage des evangelisch-

lutherischen Bekenntnisses Erziehungs- und Bildungsaufgaben in der Kindertagesstätte wahr. 2. Die Mitarbeiterin stellt ihre beruflichen Fähigkeiten und Erfahrungen in den Dienst der Kindertagesstätte. Sie weiß sich der Dienstgemeinschaft verpflichtet und nimmt am kirchlichen Leben teil.“

Der Versuch, die Beschäftigten darauf zu verpflichten, ist bisher an passivem Widerstand gescheitert. Der Plan war, alle diese Dienstanweisung unterzeichnen zu lassen; inzwischen wird versucht, durchzusetzen, daß wenigstens die Neueinstellungen auf dieser Grundlage vorgenommen werden. Doch auch hier bleiben die Erfolgsmeldungen aus.

Mit der laschen Handhabung seitens der Kirchenvorstände findet sich die Kirchenleitung nicht ab. Ihre Würdenträger bereiten die Zerschlagung des gewerkschaftlichen Zusammenschlus-
ses vor, was eine unbedingte Voraussetzung ist für die Durchsetzung der christlichen Reaktion: Sie nennen das „3. Weg“ – ebenfalls im März dieses

Jahres als Gesetz beschlossen von den Landeskirchen Hannover, Braunschweig und Oldenburg auf einer „Synode der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen“. Wenn hier nicht der Minister des Innern federführend war, dem die Kirchen untergeordnet sind!

	1. Weg *	2. Weg **	3. Weg ***
Partnerschaft	nein (einseitige Regelung von „oben“ durch Gesetz)	nein (Gegenüber von Arbeitnehmern und Arbeitgebern Arbeitskampf)	ja (die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission entscheidet nach gemeinsamer Beratung)
Parität	nein (einseitige Regelung von „oben“ durch Gesetz)	ja (Vertrag zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern)	ja (die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission besteht je zur Hälfte aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern)
Wahrung des Auftrags der Kirche (Autonomie)	ja	nein (Fremdverantwortung durch weltanschaulich neutrale Vereinigungen)	ja (kirchliche Arbeitnehmer und Arbeitgeber beschließen gemeinsam)
Gemeinsame Konfliktlösung	nein (einseitige Regelung von „oben“ durch Gesetz)	nein (z. B. Streik)	ja (verbindliche Schlichtung)
Geltung für alle Mitarbeiter	ja	nein (unmittelbar nur für Mitglieder der Verbände)	ja
Einseitiges Aufheben von Arbeitsbedingungen ausgeschlossen	nein (Änderungsgesetze von „oben“)	ja	ja (Verfahren wird in der Dienstvertragsordnung festgelegt)

* Kirchengesetze und Verordnungen
** Tarifverträge
*** Arbeits- und dienstrechtliche Kommission
(aus: Kirchliches Mitarbeiterrecht in Niedersachsen – der 3. Weg)

Die Reaktion hat vor, auf der Synode Ende Oktober mit „Richtlinien“ diesen Angriffen Nachdruck zu verlei-
hen. Auf Seiten der Eltern wie der Beschäftigten gibt es erste Beschlüssen gegen diese Pläne.

Fall des Dollar gleich Reallohnsteigerung?

z.hev. Das Argument ist nicht neu. Die westdeutsche Bourgeoisie behauptet, daß die Arbeiter durch die Kursverluste des Dollar große Vorteile hätten: „Die Aufwertung und der dadurch verursachte Minderanstieg des Preisniveaus erhöhen den realen Wert der Tarifabschlüsse“, so war es aus dem Munde der Sachverständigen in ihrem Sondergutachten vom 19. Juni 1978 zu vernehmen. Die Kapitalistenberater zogen den Schluß daraus, „eine Anpassung der Geldlöhne an für dauerhaft zu haltende Wechselkursänderung ist sicherlich unverzichtbar, wenn die internationale Wettbewerbssituation nicht leiden soll“. Auf deutsch: die Arbeiter in der BRD profitierten angeblich davon, daß die amerikanischen Waren jetzt billiger seien, wodurch sich allgemein der Preisanstieg verlangsame. Deshalb könnten sie ohne Kaufkraftverluste den Lohnkampf vergessen. Betrübt hatten die Sachverständigen feststellen müssen: „Die Lohnpolitik hat auf die Herausforderung, die von den Devisenmärkten ausging, nicht zu antworten vermocht.“ Die westdeutschen Arbeiter hatten sich einen Dreck um die internationalen Finanzmärkte und die internationale Konkurrenz der Imperialisten gekümmert und um den Lohn harte und ziemlich erfolgreiche Kämpfe geführt.

Rund 20% hat der Dollar in diesem Jahr gegenüber der DM eingebüßt und bewegt sich jetzt auf einen Kurswert von 1,80 DM zu. Erneuter Anlaß für die Kapitalisten, die alten Argumente für die diesjährige Lohnrunde wieder aufzupolieren. 5000 Bundesbürger hätten in den letzten zwölf Monaten US-Autos gekauft, weil sie so billig geworden seien. Mag sein, daß die Schlitten billiger geworden sind, aber unterhalten kann sie der Arbeiter nicht und kauft sie deshalb auch nicht. Das Brot, so sollte man annehmen, würde durch die Importe von Getreide aus den USA ebenfalls billiger. Hier aber wird der Preis von der EG auf rund 50% über den Weltmarktpreis angehoben – die Differenz kassieren die Imperialisten. Dort, wo man glauben sollte, daß sich der Kursrückgang des Dollar in einem Preisrückgang für Waren aus den USA niederschlagen könnte, bei den Pfirsichen aus Kalifornien, kassieren die Händler den Kursgewinn: „Wenn es der Wettbewerb zuläßt, wird unter den Handelspartnern etwaiger Währungsgewinn, aber auch -verlust geteilt.“ Die Händler nennen das „Risikoverteilung“. (Wirtschaftswoche 37/78).

In den Konsum der westdeutschen Arbeiter und Angestellten gehen nur äußerst wenig Waren aus den USA ein. Ganze 32 Tonnen Strickwaren, 72 Tonnen Schuhe und 33960 Tonnen Autos sind 1977 nach Angaben des Statistischen Bundesamts zum Beispiel importiert worden – gemessen am Gesamtverbrauch wahrlich ein Klacks. Kein Faktor, der ins Gewicht fällt, selbst wenn, was sie ja nicht tun, die Preise fallen würden.



Ganze 5000 Straßenkreuzer aus den USA, die in den letzten 12 Monaten in der BRD verkauft wurden, müssen für das Märchen der angeblichen Reallohnsteigerung durch Dollarkursverfall herhalten.

So enthüllt die Propaganda der Kapitalisten mit den angeblichen Vorteilen für die Kaufkraft des Arbeiterlohns einmal mehr ihre wahre Absicht: den Lohn zu drücken, um die Ausbeutung zu steigern und noch mehr Mittel für die Konkurrenzschlacht auf dem Weltmarkt herauszuholen. Den echten Genuß vom billigen Dollar haben eh nur die, die hier in der Bundesrepublik Dividende kassieren, in DM, und sie als Dollars in den USA verfressen. Äußerst profitabel wird dieser Vorgang, wenn mit dem herausgeschlagenen Profit Kapital in die USA exportiert und die Arbeiterklasse dort ausgebeutet wird. Die VW-Arbeiter wissen ein Lied davon zu singen.

Wissenschaftlich formulierten die Sachverständigen diesen Vorgang so: „Die vom Kursverfall des Dollar angeführte reale Aufwertung der D-Mark hat in der Bundesrepublik zusätzlichen Bedarf an Flexibilität bei Zinsen und Löhnen erzeugt, einen Bedarf, der nicht leicht zu befriedigen ist... Zusammen mit weiter ermäßigten Lohnsteigerungen wäre ein Sinken der Realzinsen der beste Weg der Anpassung an die von der Wechselkursbewegung der vergangenen Monate geschaffene Situation.“ Das Bedürfnis nach Lohnsenkung (hier: „weiter ermäßigte Lohnsteigerungen“) jedenfalls hat der Dollarkursverfall bei den Arbeitern und Angestellten nicht erzeugt. Es ist ein ausgesprochenes Bourgeois-Bedürfnis, das wegen des Klassenkampfes, den die Arbeiterklasse führt, eben „nicht leicht zu befriedigen“ ist.

Die Bresciani als Vorbild. Was den Stahlkapitalisten so passen würde


Weg mit den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen!

z.ges. Wenn die westdeutschen Stahlkapitalisten über die Lage sprechen, dann schwärmen sie neidvoll von den Konkurrenzbedingungen der „Bresciani“, der norditalienischen Stahlkapitalisten. Der nebenstehende Reallohnvergleich für Stahlarbeiter Italiens, Frankreichs, Englands und der USA mit den Stahlarbeitern in Westdeutschland zeigt den wirklichen Grund des Neides. Es scheint den italienischen Stahlkapitalisten in den letzten Jahren, mit den deutschen verglichen, noch besser gelungen zu sein, die Reallöhne zu drücken. Sie scheinen in dieser Hinsicht führend zu sein unter den Stahlkapitalisten der verglichenen Länder. Könnten die westdeutschen Kapitalisten in dieser Hinsicht gleichziehen, dann hätten sie wegen ihres Vorsprungs in der Produktivität und im Ausbeutungsgrad der Arbeit eine völlige Spitzenstellung gegenüber ihren Konkurrenten erobert. Dies streben sie an. Schon jetzt ist es ihnen gelungen, den amerikanischen Stahlkapitalisten, aber auch den britischen Stahlkapitalisten in der Lohndrückerei den Rang abzulaufen, wie der nebenstehende Reallohnvergleich ebenfalls zeigt.

Letztes Jahr hatten sich die westdeutschen Stahlkapitalisten monatelang auf den Standpunkt gestellt, überhaupt keine Lohnerhöhung zu zahlen. Die Gewerkschaft hatte 7% gefordert. Schließlich haben die Stahlkapitalisten 4% bezahlt. Die gleiche Haltung nehmen die Stahlkapitalisten gegenüber der Forderung nach der 35-Stunden woche ein und können es sich leisten, weil diese Forderung von der Sozialdemokratie ohnehin nur zwecks Verrechnung mit Lohnprozenten aufgestellt worden zu sein scheint. Jetzt hat die Tarifkommission für NRW und Klöcknerhütte Bremen durch Mehrheitsbeschluß eine Lohnforderung von 5% aufgestellt. Arbeitszeitverkürzung und Lohnforderung sollen gleichzeitig am 3. November verhandelt werden. Das droht auf eine doppelte Milchmädchenrechnung hinauszulaufen: Die Lebensbedürfnisse eines Stahlarbeiters werden nicht dadurch billiger, daß der Kapitalist seine Arbeitskraft weniger Zeit in Beschlag nehmen kann. Jetzt aber muß der Stahlarbeiter erleben, daß ihm eine Verkürzung der Arbeitszeit verrechnet wird auf die Forderung, bevor er nur eine Minute weniger ausgepreßt wird. Staatstragende Gewerkschaftsführungen sind wirklich ein großer Schaden für die Arbeiterbewegung. Sie erleichtern es den Kapitalisten, vom Leben der Arbeiter wie vom Lohn der Arbeiter Stück für Stück abzuzwacken. Auch darüber kann man in dem nebenstehenden Lohnvergleich Aufschluß erhalten. Offensichtlich schießen die Revisionisten in der italie-

Die Gewerkschaft hatte 7% gefordert. Schließlich haben die Stahlkapitalisten 4% bezahlt. Die gleiche Haltung nehmen die Stahlkapitalisten gegenüber der Forderung nach der 35-Stunden woche ein und können es sich leisten, weil diese Forderung von der Sozialdemokratie ohnehin nur zwecks Verrechnung mit Lohnprozenten aufgestellt worden zu sein scheint. Jetzt hat die Tarifkommission für NRW und Klöcknerhütte Bremen durch Mehrheitsbeschluß eine Lohnforderung von 5% aufgestellt. Arbeitszeitverkürzung und Lohnforderung sollen gleichzeitig am 3. November verhandelt werden. Das droht auf eine doppelte Milchmädchenrechnung hinauszulaufen: Die Lebensbedürfnisse eines Stahlarbeiters werden nicht dadurch billiger, daß der Kapitalist seine Arbeitskraft weniger Zeit in Beschlag nehmen kann. Jetzt aber muß der Stahlarbeiter erleben, daß ihm eine Verkürzung der Arbeitszeit verrechnet wird auf die Forderung, bevor er nur eine Minute weniger ausgepreßt wird. Staatstragende Gewerkschaftsführungen sind wirklich ein großer Schaden für die Arbeiterbewegung. Sie erleichtern es den Kapitalisten, vom Leben der Arbeiter wie vom Lohn der Arbeiter Stück für Stück abzuzwacken. Auch darüber kann man in dem nebenstehenden Lohnvergleich Aufschluß erhalten. Offensichtlich schießen die Revisionisten in der italie-
nischen und französischen Gewerkschaftsführung in punkto Staatserhaltung den Vogel ab, dicht gefolgt von der deutschen Sozialdemokratie, während das englische Gewerkschaftlertum und der amerikanische Syndikalismus die Kapitalisten vergleichsweise teuer zu stehen kommt.

Fünf Prozent sind also als Forderung aufgestellt. Daran wird sich angesichts der Kräfteverhältnisse kaum etwas ändern lassen. Aber doch kann bei dieser Forderung ganz verschiedenes rauskommen. Auf die Lohn- und Gehaltssumme der Beschäftigten der Stahlindustrie veranschlagt, bedeuten diese 5% rund 120 DM für jeden. Wird den Kapitalisten diese Rechnung aufgemacht und werden diese 120 DM für jeden durchgesetzt, dann müssen die westdeutschen Stahlkapitalisten ihrem sehnlichen Wunsch, Weltmeister in Schweißauspressung *wie* Lohndrückerei zu sein, weiter nachjagen und dann kann es auch gelingen, die Schranken des Normalarbeitstages fester und enger zu ziehen. Andersrum dagegen wird es den westdeutschen Stahlkapitalisten gelingen, den Lohnstandard noch mehr einzureißen und damit auch glänzende Bedingungen zu schaffen, um jede Schranke des Normalarbeitstages zu beseitigen. Es handelt sich also nicht um einen Rechentrick, sondern um eine lebenswichtige Frage, ob es gelingt, die 5% im Interesse der Arbeiter in Anschlag zu bringen oder ob die Kapitalisten ihre Wunschträume erfüllen können.



Die oben graphisch ausgeführte Rechnung deutet anhand von Preis-Lohnvergleichen an, welche Ergebnisse die wirtschaftlichen Kämpfe der Stahlarbeiter in den entsprechenden Ländern in den letzten Jahren hatten. Der Vergleich ist gezogen anhand der Preise für Hähnchen, Milch, Tomaten. Die zugrunde liegende Rechnung ist für jeden Monat nach der Gleichung durchgeführt ((Preis US-Hähnchen : US-Lohn) − (Preis BRD-Hähnchen : BRD-Lohn)) × BRD-Lohn = x / x drückt aus die DM-Summe, die dem Arbeiter in der BRD übrig bliebe oder die er sich vom Kapitalisten erkämpfen müßte, wollte er mit dem gleichen Lohnanteil die gleiche Menge Hähnchen kaufen. Die je verschiedenen Größen von monatlichen x sind zusammengezählt und kumuliert aufgezeichnet.

Streikbewegung an italienischen Krankenhäusern

z.erb.Rom. Kaum war der Tarifvertrag zwischen der Einheitsgewerkschaft FLO und dem Dienstherrn unterzeichnet, sind die nichtärztlichen Beschäftigten der Krankenhäuser in der Region Venetien Anfang Oktober mit der Forderung nach 60000 Lire zusätzlicher Lohnerhöhung in den Streik getreten und haben Straßen und Eisenbahnlinien blockiert. Bereits nach zwei Tagen mußte die Regionalregierung eine zusätzliche Lohnerhöhung von 27000 Lire und eine einmalige Zahlung von 100000 Lire (250 DM) zugestehen. Nach dem neuen Tarifvertrag erhält z.B. ein Krankenträger 280000 Lire (unter 700 DM) netto und eine Krankenschwester 370000 bis 400000 Lire (900 bis 980 DM). Seit dem 5.10. sind die Lohnabhängigen an den Krankenhäusern von Florenz im Streik gegen diesen unzureichenden Abschluß. Sie haben eine Streikleitung gewählt, die sich vor allem aus Mitgliedern der Einheitsgewerkschaft zusammensetzt. Ihre Forderungen sind zusätzliche Lohnerhöhungen um 40000 Lire und Bezahlung der Streiktage. In der folgenden Woche hat sich der Streik auf die ganze Toskana ausgedehnt, an der regionalen Demonstration in Florenz am 17.10. haben sich 10000 beteiligt. Seit letzter Woche wird auch in Mailand, Rom, Neapel und Sizilien für die Durchsetzung der 40000 Lire gestreikt, teilweise werden auch Forderungen gegen die kapitalistische Rationalisierung erhoben. Mit Dienstverpflichtung und Einsatz von Militär zum Streikbruch versucht die Regierung seit dem 18.10., in Rom den Streik zu zerschlagen. Ohne Erfolg: Täglich wird die Streikbewegung in ganz Italien größer.

Österreich: Beschäftigte im Öffentlichen Dienst gegen 4,2%

z.pek.Wien. Am 2. Oktober haben die Verhandlungskomitees der Gewerkschaften der Öffentlichen Bediensteten, der Gemeindebediensteten, der Post und der Eisenbahnen einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen, der eine Lohnerhöhung von 4,2% ab 1.1.1979 vorsieht. Für die unteren Lohngruppen sind das netto 150 bis 200 Schilling (ca. 20 bis 30 DM), was nicht einmal reicht, um die gestiegenen Kosten für Grundnahrungsmittel auszugleichen. Durch Dienstposteneinsparungen bei der Post, der Bahn, in den Krankenhäusern und kommunalen Einrichtungen wurde zudem die Arbeitshetze für die Beschäftigten verschärft. Aufgrund des Drucks der Beschäftigten mußte der Zentralvorstand der Gewerkschaft der Öffentlichen Bediensteten am 11. Oktober den Abschluß innerhalb der Erklärungsfrist ablehnen und einen Streik der Beamten erwägen. Der Vorstand forderte von der Regierung die Wiederaufnahme der Verhandlungen und eine „spürbare Verbesserung des Regierungsangebots“, ohne jedoch einen Forderungsbetrag klar festzulegen. Hier witterte Bundeskanzler Kreisky auch gleich Spaltungsmöglichkeiten: „Wegen eines Zehntelprozents mehr Gehalt werden so verantwortungsbewußte Leute wie Polizisten nicht streiken. Verschiedene Gewerkschaftseinheiten erheben, so wie Beschäftigte des Psychiatrischen Krankenhauses Wien, folgende Forderungen: *Kein Abgehen von der*

wird die Streikbewegung in ganz Italien größer.

Österreich: Beschäftigte im Öffentlichen Dienst gegen 4,2%

z.pek.Wien. Am 2. Oktober haben die Verhandlungskomitees der Gewerkschaften der Öffentlichen Bediensteten, der Gemeindebediensteten, der Post und der Eisenbahnen einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen, der eine Lohnerhöhung von 4,2% ab 1.1.1979 vorsieht. Für die unteren Lohngruppen sind das netto 150 bis 200 Schilling (ca. 20 bis 30 DM), was nicht einmal reicht, um die gestiegenen Kosten für Grundnahrungsmittel auszugleichen. Durch Dienstposteneinsparungen bei der Post, der Bahn, in den Krankenhäusern und kommunalen Einrichtungen wurde zudem die Arbeitshetze für die Beschäftigten verschärft. Aufgrund des Drucks der Beschäftigten mußte der Zentralvorstand der Gewerkschaft der Öffentlichen Bediensteten am 11. Oktober den Abschluß innerhalb der Erklärungsfrist ablehnen und einen Streik der Beamten erwägen. Der Vorstand forderte von der Regierung die Wiederaufnahme der Verhandlungen und eine „spürbare Verbesserung des Regierungsangebots“, ohne jedoch einen Forderungsbetrag klar festzulegen. Hier witterte Bundeskanzler Kreisky auch gleich Spaltungsmöglichkeiten: „Wegen eines Zehntelprozents mehr Gehalt werden so verantwortungsbewußte Leute wie Polizisten nicht streiken. Verschiedene Gewerkschaftseinheiten erheben, so wie Beschäftigte des Psychiatrischen Krankenhauses Wien, folgende Forderungen: Kein Abgehen von der
6,3%-Forderung! 500 Schilling Mindesterhöhung der Grundgehälter! Inkrafttreten der Erhöhung mit Abschluß der Verhandlungen!

Weiter Streiks im öffentlichen Dienst in Frankreich

z.jon.Paris. Während die reformistischen und revisionistischen Gewerkschaftsführungen nationale Aktionstage vorbereiten, an denen zwischen dem 24. und 25.10. jeweils eine Abteilung der Postbediensteten einen Tag lang streiken soll (s. KVZ 42/78), sind die selbständigen Streiks bei Bahn und Post gegen die kapitalistische Rationalisierung einer nach dem anderen oft ohne Ergebnis abgebrochen worden. Im Postverteilerzentrum von Le Mans stimmten die Arbeiter am 17.10. nach sieben Tagen Streik für Abbruch. Ihre Forderung nach Neueinstellung ist nicht erfüllt worden. Das einzige „Zugeständnis“ der Dienstaufsicht war, daß die Lohneinbußen aus dem Streik über mehrere Monate hinweg verteilt werden. Die Arbeiter in St. Etienne bei Lyon haben ihren Streik am 14.10. abgebrochen. Die Kündigungen, gegen die sich der Streik richtete, wurden „provisorisch“ zurückgenommen, eine Prüfung der übrigen Forderungen wurde zugesagt. Die Arbeiter halten jedoch an ihren Forderungen fest. Bereits zum zweiten Mal innerhalb von 14 Tagen streikten am 19.10. die Arbeiter und Angestellten der staatlichen Fernsehgesellschaft SFP gegen Entlassungspläne. Am 18. und 19.10. traten die Eisenbahner des Pariser Bahnhofs St. Lazare erneut in einen 24-stündigen Streik, weil die Bahnverwaltung entgegen ihrer Zusage bei einem früheren Streik eine Disziplinarmaßnahme gegen einen Eisenbahner nicht rückgängig gemacht hatte.

Planfeststellungsverfahren für Asse II geplant

Wolfenbüttel. Die niedersächsische Landesregierung will nach dem Auslaufen der Genehmigung für mittelaktiven Atommüll auf jeden Fall in den Schacht Asse II bei Wolfenbüttel weiter einlagern. Ministerpräsident Albrecht fordert, daß nach dem Auslaufen der Genehmigungen die weitere Einlagerung nur nach einem Planfeststellungsverfahren unter „Bürgerbeteiligung" erfolgen soll. Bis Abschluß des Planfeststellungsverfahrens soll eine Übergangsregelung gelten, an der im Moment von Bund und Land gebastelt wird. In der „Wolfenbütteler Zeitung" vom 14.10. heißt es: „... läßt die Regierung durch unabhängige Gutachten prüfen, ob der bereits eingelagerte Atommüll sicherheitstechnisch unbedenklich zwischengelagert werden und möglicherweise wieder aus dem Bergwerk herausgeholt werden kann... Dem Landeskabinett ist schon jetzt berichtet worden, ... daß es möglich sei, die bereits eingelagerten Rückstände wieder aus dem Bergwerk herauszuholen." Nachdem die Betreiber seit Jahren zugeben mußten, daß der Atommüll nicht wieder herausgeholt werden soll, wird eine alte Lüge wieder hervorgekramt. Der Zweck ist, die Übergangsregelung, die schon ab 1.1.79 gelten soll, durchzusetzen, indem den Massen Hoffnung gemacht wird, daß der Atommüll doch noch mal ganz herausgeholt wird.

Wer friert schon gern, wenn er nicht muß

z.haw. „Private Haushalte heizen sparsamer", heißt es in einem Schaubild des „Handelsblattes" vom 13./14.10. Verbreitet wird in diesem Schaubild eine Untersuchung des Esso Magazins. Laut Esso ist der Durchschnittsverbrauch von leichtem Heizöl je zentralbeheizter Wohnung von 3,8 cbm 1970 über 3,5 cbm 1973 auf 3,4 cbm 1977 gesunken.

In den gleichen Zeitabständen ist der Preis für 100 l leichtes Heizöl um 138,07% gestiegen, nämlich von 1970 = 12,87 DM über 1973 = 20,68 DM auf 30,64 DM 1977. Diese Preise gelten bei einer Abnahme von 5000 l auf einmal, frei Haus. Die 11% Mehrwertsteuer, die das Statistische Jahrbuch 1978 dezent unterschlagen hat, haben wir dazugerechnet.

Wen wundert es da, daß der Verbrauch von leichtem Heizöl zurückgeht? Errechnet man den Preis des durchschnittlichen Verbrauchs pro Wohnung für 1977, kommt man auf einen Betrag von 1041,76 DM. Für die meisten Arbeiter entspricht dieser Betrag einem Monatslohn. Mit „Sparsamkeit" der Volksmassen, wie uns das Esso Magazin weismachen will, hat das nichts zu tun, sondern damit, daß die Volksmassen diesen Betrag für Heizkosten nicht aufbringen können. Die einzige Möglichkeit, um überhaupt über die Runden zu kommen, besteht darin, die Heizung um einige Grade tiefer einzustellen. Die zunehmenden Erkrankungen an den Atemorganen können nur eine zwangsläufige Folge daraus sein.

Neue Gesellschaft für das
„Handelsblattes" vom 13./14.10. Verbreitet wird in diesem Schaubild eine Untersuchung des Esso Magazins. Laut Esso ist der Durchschnittsverbrauch von leichtem Heizöl je zentralbeheizter Wohnung von 3,8 cbm 1970 über 3,5 cbm 1973 auf 3,4 cbm 1977 gesunken.
In den gleichen Zeitabständen ist der Preis für 100 l leichtes Heizöl um 138,07% gestiegen, nämlich von 1970 = 12,87 DM über 1973 = 20,68 DM auf 30,64 DM 1977. Diese Preise gelten bei einer Abnahme von 5000 l auf einmal, frei Haus. Die 11% Mehrwertsteuer, die das Statistische Jahrbuch 1978 dezent unterschlagen hat, haben wir dazugerechnet.
Wen wundert es da, daß der Verbrauch von leichtem Heizöl zurückgeht? Errechnet man den Preis des durchschnittlichen Verbrauchs pro Wohnung für 1977, kommt man auf einen Betrag von 1041,76 DM. Für die meisten Arbeiter entspricht dieser Betrag einem Monatslohn. Mit „Sparsamkeit" der Volksmassen, wie uns das Esso Magazin weismachen will, hat das nichts zu tun, sondern damit, daß die Volksmassen diesen Betrag für Heizkosten nicht aufbringen können. Die einzige Möglichkeit, um überhaupt über die Runden zu kommen, besteht darin, die Heizung um einige Grade tiefer einzustellen. Die zunehmenden Erkrankungen an den Atemorganen können nur eine zwangsläufige Folge daraus sein.

Neue Gesellschaft für das Gorleben-Projekts

z.rüb. Noch in diesem Jahr will die Bundesregierung die „Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfälle mbH" (DBE) gründen, die die Planung für das Atommüllendlager Gorleben durchführen soll. (Handelsblatt, 16.10.78) Die DBE besteht aus der „Industrieverwaltungs GmbH" (Aufgabe: Management), der „Saarberg Interplan GmbH" (Aufgabe: Bergbauarbeiten) und der „Salzgitter Maschinen und Anlagen AG" (Aufgaben: Bau der technischen Anlagen .

Alle drei Unternehmen gehören der Bundesregierung, die Industrieverwaltungs GmbH und die Salzgitter Maschinen und Anlagen AG sind Tochtergesellschaften des Salzgitter Konzerns. Mit der Gründung dieser Gesellschaft will die Bundesregierung das Atommüllendlager Gorleben beschleunigt vorantreiben. Bereits 1979 sollen die ersten Tiefbohrungen durchgeführt werden.

Neben der Planung und Durchführung des Baus des Endlagers soll die DBE vor allem die „Physikalisch Technische Bundesanstalt (PTB)" in Braunschweig, die nach § 23 des Atomgesetzes als Technische Oberbehörde für Gorleben fungiert, „beraten", um „Interessenkollisionen mit den Kernkraftwerksbetreibern zu vermeiden". (Handelsblatt) „Hinsichtlich der Eignung des vorgesehenen Standortes für das Entsorgungszentrum bestehen keine sicherheitstechnischen Bedenken", schrieben die Wissenschaftler der PTB im Oktober 1977 in einem Bericht über die Beurteilung der „Strahlenschutzkommission der Bundesregierung" (PTB-Technische Mitteilungen 11/77). Auf 1 Milliarde DM aus Steuergeldern schätzt die PTB bisher die Kosten für Gorleben.

Rentenbesteuerung! – aus „Gerechtigkeitsgründen"

Ein Arbeitspapier des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel

z.frb. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft hat ein 64seitiges Arbeitspapier hergestellt, das „Das Besteuerungspotential der Renteneinkommen in der BR Deutschland" untersucht. Datiert ist es vom Juli, auf der Titelseite des Manuskripts steht vermerkt, es würde „von den Verfassern möglichen Interessenten in einer vorläufigen Fassung zugänglich gemacht". Da wir in den Kreis der „möglichen Interessenten" der Schrift gekommen sind, wollen wir nicht versäumen, hiermit möglichst viele weitere „mögliche Interessenten" über deren Inhalt in Kenntnis zu setzen.

Der Zweck der Kieler Studie ist, den Bourgeois der verschiedenen Sparten in Politik, Wissenschaft, Presse usw. die Vorteile einer Besteuerung der Renten warm ans Herz zu legen und die nötigen „Argumentationshilfen" für die Propaganda anzubieten. Bitter beklagt sich der Autor – Herbert Weise –, daß „die Frage der Erfassung dieser Einkünfte (der Renten) im Rahmen der Einkommen(Lohn-)steuer nur als ein Randthema behandelt oder vielfach gar als indiskutabel vom Tisch verwiesen wird, wobei naturgemäß (?) die Schwierigkeiten der politischen Durchsetzbarkeit eine hintergründige (?) Rolle spielen." Nach gründlichster Erwägung aller Gründe für und gegen kommt der Herr Wissenschaftler zu der Ansicht, daß „die erst seit 1955 etablierte steuerliche Erfassung der Renten- bzw. Rentnereinkommen allen wesentlichen Prinzipien einer modernen Einkommensbesteuerung, ganz besonders hinsichtlich der Postulate der Allgemeinheit, der Gleichartigkeit der Behandlung, der Verhältnismäßigkeit und der Gerechtigkeit, speziell in Verbindung mit dem ‚Fundamentalprinzip' der Besteuerung nach der wirtschaftlichen und sozialen Leistungsfähigkeit" widerspreche. Wie nur konnte es geschehen – so muß sich der erschütterte „Steuerbürger" fragen –, daß all diese Prinzipien jahrelang einfach mißachtet wurden! Vielleicht wegen der „Schwierigkeiten der politischen Durchsetzbarkeit"?

Bislang wird von den Renten der „Ertragsanteil" besteuert. Dabei wird unterstellt, daß Rente aus einem Kapitalvermögen gezahlt wird, das der Bezieher der Rente bis zum Rentenbeginn angesammelt hat. Die jeweilige Rentenzahlung wird rechnerisch aufgeteilt in einen Teil, der als Rückzahlung der früher eingezahlten Gelder zählt, und in einen Teil, der als Zins auf dieses Geld zählt. Konsequent geschieht so mit den Beitragszahlungen zur Rentenversicherung, was in der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt mit aufgeschatztem Geld geschieht: Es wird in zinstragendes Kapital verwandelt.

Versteuert werden muß der „Ertrag", der errechnete Zins, nicht jedoch der Kapitalrückzahlungsanteil. Die Rechnung, bis man dahin kommt, ist kompliziert, und im Einkommenssteuergesetz sind verschiedene Pauschalregelungen festgelegt, die insgesamt dazu führen, „daß die meisten Renten bei der gesamten einkommensteuerrechtlichen Freibetrags-bzw. Tarifstruktur unbesteuert bleiben". Damit tritt eine für jeden Bourgeois unerträgliche „steuerliche Ungleichbehandlung bzw. Diskriminierung zwischen ‚Aktiven' und ‚Ruheständlern'" ein. Folgende Tabelle aus dem Arbeitspapier zeigt an der unterschiedlichen Höhe des steuerfreien Einkommens für Lohn und für Rente das ganze Ausmaß der schreienden Ungerechtigkeit.

	ledig	verheiratet
Lohnabhängiger unter 50 J. (St.Kl. I bzw. III/0)	427,00	752,00
über 50 Jahre (II/0 bzw. III/0)	509,50	752,00
Altersrentner (ohne sonst. Einkünfte)	2 220,83	3 658,33

Nun ist es beileibe nicht so, daß die Renten gar nicht versteuert wären. Denn die Beiträge, die jeder Arbeiter zur Rentenversicherung zahlen muß, sind nur zum Teil steuerfrei. Ein lediger steuerpflichtiger Lohnabhängiger, dessen Entlohnung der Beitragsbemessungsgrenze entsprach, mußte 1976 51% und 1977 55% seiner Beiträge aus versteuertem Lohn finanzieren. Großzügig tritt der Kieler Wissenschaftler dafür ein, daß als Gegenleistung zur Rentenbesteuerung die Beiträge vollständig steuerfrei sein sollten. Doppelte Besteuerung wäre dann doch der Gerechtigkeit zuviel.

Auch dies wiederum hat seine Nachteile, wie jeder gewiefte Oberfinanzrat sofort erkennt. Wenn die Beiträge zur Versicherung vollständig vom Lohn als Freibetrag abgezogen werden können, ehe die Steuerformel zur Anwendung kommt, so entsteht „ein z.T. erheblicher Progressionsverlust für den Fiskus". Denn zwar wird der Beitrag jetzt versteuert, wenn er als Rente an einen anderen Arbeiter ausgezahlt wird. Aber da die Rente niedriger als der Lohn, kommt sie nicht so weit in die Progression. Wie also doch noch das Höchstmaß an Gerechtigkeit finden? Durch Ausrechnen, was der Staatskasse, der Gemeinschaftskasse der Kapitalistenklasse, am meisten erbringt.

11 Milliarden würde die reine Besteuerung der Renten etwa erbringen. Aber es soll ja gar nicht das ganze „Besteuerungspotential der Rentenein kommen" ausgeschöpft werden. Denn „es darf allerdings nicht übersehen werden, welches schwerwiegende Politikum auf den Plan gerufen würde mit der Bereitschaft, das Rentenproblem auch von der steuerpolitischen Seite her anzugehen". Der „Besteuerungsschock" soll dadurch wattiert werden, daß alle Renten *brutto* einheitlich um 9,5% angehoben werden; dies würde bedeuten, daß Renten unter 650 DM nicht gekürzt würden. So hoch liegt der Sozialhilfebetrag für eine Witwe über 65 Jahre.

Ganz abgesehen von dieser Großzügigkeit kommt sowieso wieder alles den Renten zugute. Denn die Gelder, die der Staatskasse durch die Einbeziehung der Renten in die allgemeine Einkommensteuerpflicht zufließen, können ja wiederum dazu dienen, als Bundeszuschuß an die Rentenversicherung zu gehen. So brauchen die Beiträge nicht erhöht zu werden, rechnen die Schlaumeier vor. Man bedenke den Vorzug, je höher die Besteuerung der Renten, um so höher der Bundeszuschuß und um so geringer die Versicherungsbeiträge – bis schließlich die Renten vollständig aus der vollständigen Besteuerung der Renten finanziert werden und überhaupt keine Beiträge mehr gezahlt werden müssen!

Anteil der steuerpflichtigen Renten
(ledige und verwitwete Rentner)

	Männer Plan	Männer jetzt	Frauen Plan	Frauen jetzt	Witwen Plan	Witwen jetzt
Arbeiter-Rentenvers.	93	0	36	0	74	0
Angestellten-Versicherung	97	2	72	0	86	0
Knappschaftsversicherung	97	3	–	–	93	0

Es geht nicht einfach um Senkung der Renten, sondern um Senkung der gesamten Lebensmittel der Arbeiterklasse und der Lohnabhängigen. Denn man muß das „derzeitige Rentenproblem im Rahmen einer allgemeinen Revision des Anspruchsniveaus in der modernen Konsumgesellschaft" sehen.

Den Rahmen sehen wir auch. Deshalb wird die Demagogie nicht verfangen, und die Pläne werden Pläne bleiben. Die Forderung ist: Zahlung aller Versicherungskosten ausschließlich durch die Kapitalisten! 1 500 DM steuerfrei!

Schon ein „gewöhnlicher" Polizeiüberfall in Hannover

r.pel. „In Hannover haben Polizisten bei der Fahndung nach Terroristen eine Wohnung gestürmt und einen Mann und eine Frau vorläufig festgenommen. Sie werden Terroristenkreisen zugerechnet."

Das „ZDF" gibt sich nüchtern am 11.10. „Unsere Polizei" arbeitet rasch, gründlich und erfolgreich soll vermittelt werden. Die hannoversche Presse verkauft den Vorfall als Reißer:

„In Linden hat die Polizei gestern möglicherweise einen Unterschlupf von Terroristen endeckt. Im vierten Stock des Hauses Kochstraße 7 wurde kurz nach 13 Uhr eine Zweizimmerwohnung mit Tränengas ausgeräuchert, nachdem es nach Aussagen von Zeugen zu einem Schußwechsel zwischen dem Mieter und der Polizei gekommen war." (Hannoversche Allgemeine Zeitung,

ten und Sprengstoff ja wohl angemessen. Zudem:

„Bei der verhafteten Frau handelt es sich um die Schwester der Elisabeth von Dyck, die zu den meistgesuchten Terroristinnen zählt." „Es fiel nur auf, daß die Fenster selten geöffnet waren und kaum Licht brannte." (NHP12.10.)

Am nächsten Tag heißt es lapidar: „Ein Schlag ins Wasser" (BILD) und „Was danebenging" (NHP). Die Polizei hatte die „gefährlichen Terroristen" freilassen müssen, die Bundesanwaltschaft erklärte sie für unverdächtig. Alles erwies sich als erstunken und erlogen. Die Bürgerkriegsaktion, durch das „Razziengesetz" gesetzlich abgesichert, jedoch war durchgeführt:

etablierte steuerliche Erfassung der Renten- bzw. Rentnereinkommen allen wesentlichen Prinzipien einer modernen Einkommensbesteuerung, ganz besonders hinsichtlich der Postulate der Allgemeinheit, der Gleichartigkeit der Behandlung, der Verhältnismäßigkeit und der Gerechtigkeit, speziell in Verbindung mit dem ‚Fundamentalprinzip' der Besteuerung nach der wirtschaftlichen und sozialen Leistungsfähigkeit" widerspreche. Wie nur konnte es geschehen – so muß sich der erschütterte „Steuerbürger" fragen –,
Folgende Tabelle aus dem Arbeitspapier zeigt an der unterschiedlichen Höhe des steuerfreien Einkommens für Lohn und für Rente das ganze Ausmaß der schreienden Ungerechtigkeit.
ledig verheiratet
Lohnabhängiger unter 50 J. (St.Kl. I bzw. III/0) 427,00 752,00
über 50 Jahre (II/0 bzw. III/0) 509,50 752,00
Altersrentner (ohne sonst. Einkünfte) 2 220,83 3 658,33
Nun ist es beileibe nicht so, daß die Renten gar nicht versteuert wären.
steuerungspotential der Rentenein kommen" ausgeschöpft werden. Denn „es darf allerdings nicht übersehen werden, welches schwerwiegende Politikum auf den Plan gerufen würde mit der Bereitschaft, das Rentenproblem auch von der steuerpolitischen Seite her anzugehen". Der „Besteuerungsschock" soll dadurch wattiert werden, daß alle Renten *brutto* einheitlich um 9,5% angehoben werden; dies würde bedeuten, daß Renten unter 650 DM nicht gekürzt würden. So hoch liegt der Sozialhilfebetrag für eine Witwe
der Renten, sondern um Senkung der gesamten Lebensmittel der Arbeiterklasse und der Lohnabhängigen. Denn man muß das „derzeitige Rentenproblem im Rahmen einer allgemeinen Revision des Anspruchsniveaus in der modernen Konsumgesellschaft" sehen.
Den Rahmen sehen wir auch. Deshalb wird die Demagogie nicht verfangen, und die Pläne werden Pläne bleiben. Die Forderung ist: Zahlung aller Versicherungskosten ausschließlich durch die Kapitalisten! 1 500 DM steuerfrei!
Schon ein „gewöhnlicher" Polizeiüberfall in Hannover
r.pel. „In Hannover haben Polizisten bei der Fahndung nach Terroristen eine Wohnung gestürmt und einen Mann und eine Frau vorläufig festgenommen. Sie werden Terroristenkreisen zugerechnet."
Das „ZDF" gibt sich nüchtern am 11.10. „Unsere Polizei" arbeitet rasch, gründlich und erfolgreich soll vermittelt werden. Die hannoversche Presse verkauft den Vorfall als Reißer:
„In Linden hat die Polizei gestern möglicherweise einen Unterschlupf von Terroristen endeckt. Im vierten Stock des Hauses Kochstraße 7 wurde kurz nach 13 Uhr eine Zweizimmerwohnung mit Tränengas ausgeräuchert, nachdem es nach Aussagen von Zeugen zu einem Schußwechsel zwischen dem Mieter und der Polizei gekommen war." (Hannoversche Allgemeine Zeitung,
12.10.) Nachdem der Versuch, die Wohnungstür mit Sprengstoff zu öffnen, fehlgeschlagen war, traten Beamte des Mobilen Einsatzkommandos die Tür ein. Vorher hatten Kollegen Tränengasbomben in die Wohnung gefeuert – irrtümlich war auch ein Nachbarfenster getroffen worden. (Neue Hannoversche Presse, 13.10.)

Nüchtern oder reißerisch, die Sache scheint klar: Ein „Terroristennest" wurde aufgedeckt, die Leute waren bewaffnet, haben auf die Polizei geschossen, da sind ein paar Tränengasgranaten und Sprengstoff ja wohl angemessen. Zudem:

„Bei der verhafteten Frau handelt es sich um die Schwester der Elisabeth von Dyck, die zu den meistgesuchten Terroristinnen zählt." „Es fiel nur auf, daß die Fenster selten geöffnet waren und kaum Licht brannte." (NHP12.10.)
Am nächsten Tag heißt es lapidar: „Ein Schlag ins Wasser" (BILD) und „Was danebenging" (NHP). Die Polizei hatte die „gefährlichen Terroristen" freilassen müssen, die Bundesanwaltschaft erklärte sie für unverdächtig. Alles erwies sich als erstunken und erlogen. Die Bürgerkriegsaktion, durch das „Razziengesetz" gesetzlich abgesichert, jedoch war durchgeführt:

„Streng bewacht wurde der alte Ziegelsteinbau, in den keiner ohne Ausweis hineinkam." (Neue Hannoversche Presse)

„Als ich aus der Stadt wiederkam, war die Straße völlig abgeriegelt. Etwa 20 Polizisten stürmten schwerbewaffnet über die Straße." (Der Hausmeister)

Ernst Albrecht, Propagandist der Folter, hat seinen Polizeiapparat üben lassen, Häuserkämpfe. Das sollte die bürgerliche Lumpenpresse vertuschen. Die Arbeiterklasse muß *ihre* Presse verbreiten.

Am 21. 10. führten SRK und KBW der Bezirke Bremen, Hamburg und Weser-Ems einen Aktionstag in Osterholz-Scharmbeck und Garlstedt durch. Mehrere Hundertschaften Bereitschaftspolizei, Polizeihubschrauber, ein Heer von Streifenwagen und Zivilspitzeln konnten weder die Durchführung der festgelegten Kundgebungen, Autokonvois und die Inspektion des Kasernenzaunes durch die 400 Teilnehmer verhindern, noch, daß auf zehn Meter Breite auf dem Zaun die Parole „Amis go home" angebracht wurde. „Bevölkerung bejubelt US-Besatzer", wie Apel im ZDF zur Kasernenübergabe verkündete, reduziert sich so im Wahrheitsgehalt auf Apel und Konsorten selber, weshalb sie sich zum Jubeln auch lieber einfliegen lassen als die Straße zu benutzen.

Die Aufhebung des Nachtbackverbots dient den Interessen der Backwarenkapitalisten

r.mas. Bereits im Juli gründete die Backwaren*industrie* ein „Aktionskomitee der Bäcker" gegen das Nachtbackverbot. Anfang dieses Monats sprach sich das Bäcker*handwerk* durch seinen Präsidenten Schlüter für die Erhaltung des Nachtbackverbots aus und wies damit die Angriffe der Backkapitalisten auf diesen von den Arbeitern erkämpften Arbeitsschutz zurück.

Bas Bäckereiarbeitszeitgesetz, welches die Backwarenkapitalisten abschaffen wollen, verbietet generell, daß von montags bis freitags von 22 bis 4 Uhr und samstags von 22 bis 24 Uhr in Bäckereien gearbeitet wird. Ausnahmen bestehen für Vorbereitungstätigkeiten, wobei die Anzahl der Arbeiter für diese Ausnahmezeiten (ab 3 Uhr) von der Größe des Betriebs abhängt (Vorarbeiten sind Teigherstellung etc.). Diese gesetzlichen Schranken haben die Kapitalisten teilweise schon über den gedrückten Lohn eingerissen. So haben die Strathmann und Meyer-Kapitalisten (eine Keksfabrik in Bielefeld) ihre Arbeiter zu Nacht- und Überstundenarbeit zwingen können. Einem Arbeiter haben sie angeboten, nachdem sie ihn 18 Stunden ausgepreßt hatten, sich für 4 Stunden in der Fabrik schlafen zu legen, um danach weiter zu produzieren. Der Kapitalist beutet im Schnitt 500 Arbeitskräfte aus (ohne Fahrer usw.). Die Löhne liegen je nach Eingruppierung zwischen 5 und 10 DM pro Stunde.

Es geht den Backwarenkapitalisten darum, eine maximale Ausbeutung der Arbeitskraft zu erreichen und zu diesem Zwecke ihre Maschinerie rund um die Uhr in Bewegung zu halten. Mit dem Nachtbackverbot würde auch das Auslieferungsverbot von Bäckerei- und Konditorwaren von 22 bis 5.45 Uhr aufgehoben. Damit hätte die Backwarenindustrie eine wesentliche Schranke beseitigt, die sie am Aufbau eines eigenen Verteilernetzes für frische Frühstückswaren wie Brötchen etc. noch hindert. Das gerade würde die Konkurrenz zum Bäckerhandwerk ungemein verschärfen. Das würde zur noch schnelleren Ruinierung vieler kleiner Bäckereien führen. Schon heute ist es so, daß viele kleine Bäckereien gezwungen sind, das Nachtbackverbot zu durchbrechen, um sich überhaupt in der Konkurrenz mit den Backkapitalisten halten zu können. Die Überschreitungen des Nachtbackverbots werden in diesen Fällen vom bürgerlichen Staat hoch bestraft. So ist ein Bäcker zu 113 DM Buße, ersatzweise 6 Wochen Haft, verurteilt worden, weil er um 3.30 Uhr mit dem Backen angefangen hat.

Das Bäckerhandwerk hat sich daher für die Erhaltung des Nachtbackverbots ausgesprochen. Die Erklärung des Präsidenten des Deutschen Bäckerhandwerks Schlüter können die Arbeiter der Backwarenindustrie im Kampf für die Beschränkung des Arbeitstages nutzen. „Das (Nachtbackverbot-)Gesetz habe die Aufgabe, die rund 203000 Beschäftigten des Backgewerbes vor gesundheitsschädigender Nachtarbeit zu schützen", begründet Schlüter die Stellungnahme gegen die Pläne, das Nachtbackverbot aufzuheben.

Das sind günstige Bedingungen für die Arbeiter und Angestellten der Backwarenindustrie, die Pläne ihrer Ausbeuter zu zerschlagen. Letzlich verhindern können die Arbeiter diese Pläne nur, wenn sie die ständige Durchbrechung der Grenzen des Normalarbeitstages allseitig bekämpfen. Grundlage dafür, daß die Kapitalisten die Nachtarbeit durchsetzen können, ist der Lohn, der zu niedrig ist und daher die Arbeiter zu jeder möglichen Zulagenarbeit zwingt, um genug zum Leben zu verdienen.

Günter Döding, zur Zeit 1. Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung, Genußmittel, Gaststätten, ist – wie er erklärt hat – für Arbeitszeitverkürzung. Er wird seinen Irrtum korrigieren müssen, daß das mit Lohnverzicht zu erreichen sei.

„Jeder Dritte arbeitet in der Landwirtschaft oder Folgeindustrie"

r.scd. „Jeder Dritte in diesem Bundesland (Niedersachsen) arbeitet in der Landwirtschaft oder in den nachfolgenden Industrien." Dieser Aussage der Fernsehregionalnachrichten anläßlich eines Berichtes über die Infa (Hannover) sind wir nachgegangen und haben beim Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten nachgefragt. Demnach kann man 25 bis 30% zugrundelegen, wenn neben den Arbeitern in der Land- und Forstwirtschaft und der Nahrungs- und Genußmittelindustrie die Beschäftigten im Großhandel, Einzelhandel, bei Banken, Transport und Verkehr und in der Düngemittel- und Maschinenbauindustrie hinzugerechnet werden, sofern sie Zulieferer oder in der Weiterverarbeitung tätig sind. 7% der 2048900 Beschäftigten in Niedersachsen arbeiten in der Land- und Forstwirtschaft und in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Demnach entfallen die restlichen 18 bis 23% auf die anderen Industriezweige.

Die Bourgeoisie hat ein besonderes Interesse an diesem Industriekomplex. „Das Agrarland Niedersachsen ist in der EG Spitzenreiter. So groß wie Dänemark, größer als die Niederlande, und das, was hier produziert wird, muß an den Mann gebracht werden." (Fernsehregionalnachrichten)

Ca. 10% der ausgeführten Werte aus der Bundesrepublik sind landwirtschaftliche Produkte und landwirtschaftliche Maschinen. Der Anteil am Gesamtexport steigt. Der Kampf um fremde Märkte in der EG, den USA und der Dritten Welt kann nur erfolgreich von der Bourgeoisie geführt werden, wenn die Löhne in diesen Industriezweigen weiterhin gedrückt werden können. Wir haben exemplarisch die Durchschnittslöhne aus der Nahrungs- und Genußmittelindustrie und dort speziell der Obst- und Gemüseverarbeitung mit denen der Eisen- und Stahlindustrie und der Bekleidungsindustrie ins Verhältnis gesetzt. Die höchste Wochenstundenarbeitszeit, die höchste Zahl von Überstunden und der niedrigste Lohn kennzeichnen die Nahrungs- und Genußmittelindustrie.

Vergleich der durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten, Überstunden und Bruttoverdienste der Industriearbeiter ausgewählter Industriezweige

	Wochenarbeitsstunden		Überstunden		Bruttostundenlohn	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Industrie im Durchschnitt	42,4	40,0	2,3	0,5	12,01	8,90
Eisen- und Stahlindustrie	40,1	39,6	0,8	0,4	12,49	9,38
Bekleidungsindustrie	42,3	40,4	1,9	0,2	10,34	7,99
Nahrungs- und Genußmittel	45,7	41,1	5,1	1,4	10,84	7,76
Obst- und Gemüseverarbeitung	48,4	41,1	8,0	1,4	10,01	7,29

(Quelle: Statistische Monatshefte Niedersachsen, 10/77, Daten für Juli 1977.)
Obwohl es sich bei diesen Angaben um Durchschnittslöhne- und Arbeitszeiten handelt, die den tatsächlichen Verhältnissen in den unteren und mittleren Lohngruppen nicht entsprechen, erlauben sie doch einen Vergleich zwischen den verschiedenen Industriezweigen

EG-Räuber bekämpfen Weltzuckerabkommen

z.anb. Am 9. Oktober haben die EG-Imperialisten in London Verhandlungen mit den zuckerproduzierenden Ländern Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raumes geführt über ein neues Weltzuckerabkommen. Gegen den Vormarsch der EG auf dem Weltzuckermarkt hatten die Länder der dritten Welt im Abkommen von Lomé durchgesetzt, daß die EG auf unbegrenzte Zeit jährlich 1,3 Mio. t Rohrzucker abnehmen muß. Jetzt, wo es im Rahmen des Integrierten Rohstofffonds um die Festlegung von Exportquoten geht, haben sich die britischen Imperialisten eine besondere Betrügerei ausgedacht. Für sie sind die Rohrzuckerimporte „die Lebensader der Raffinerien", von denen sie den Hauptteil wieder auf den Weltmarkt werfen, ein fettes Geschäft. Durch das Steigen des Weltmarktpreises, das zu erwarten ist, wenn ein Abkommen den Preisspekulationen der Imperialisten zur Ausplünderung der Erzeugerländer Schranken setzt, kämen die britischen Räuber fein heraus, während die anderen EG-Konkurrenten mit ihrer „Überschußproduktion" auf dem Trockenen säßen. Als Vorschlag zur Güte meinen nun die britischen Imperialisten, die EG solle geschlossen gegen die dritte Welt antreten und behaupten, die britischen Zuckerexporte seien ja gar keine, weil es sich lediglich um eine Weiterführung der Exporte der Erzeugerländer selbst handle. Folglich dürfe man sie auch in der Gesamtquotenbegrenzung für die EG unberücksichtigt lassen.

Novelle des Weingesetzes: Bundesregierung plant Verschärfung der Weinqualitätskontrolle

Die Ruinierung der kleinen Winzer soll beschleunigt werden

z.chk. Die Novelle des deutschen Weingesetzes biete „keinen Grund für polemische Ausführungen", erklärte Staatssekretär Hellser aus dem Bundesfinanzministerium am 17.10. im „Trierischen Volksfreund"; den Belangen der Winzer würde voll Rechnung getragen. Wogegen sich die kleinen Winzer zusammenschließen, ist die Verschärfung der Qualitätsklassifizierung für den Wein, die das Kernstück des Weingesetzes darstellt. Rechnung getragen wird mit der Novelle den Interessen der Weinbaukapitalisten. Ihnen sind die bisherigen Prüfungsmethoden „zu durchlässig", die Ergebnisse „zu ungenau". Durch Verschärfung der Prüfungen soll die Ruinierung der kleinen Winzer beschleunigt werden.

Das Deutsche Weingesetz, 1971 in Kraft getreten, schreibt haarklein die Eigenschaften vor, die ein Wein haben muß, damit ihm eine staatliche Prüfungsnummer zuerkannt wird bzw. der Winzer den Wein als Qualitätswein verkaufen darf. Insgesamt 6 Qualitätsstufen schreibt das Weingesetz vor:

Qualitätswein bestimmter Anbaugebiete, und dann Qualitätswein mit bestimmten Prädikaten, Kabinett, Spätlese, Auslese, Beerenauslese und

sich nur auf die Erzeugerpreise der kleinen Winzer; Weinbaukapitalisten wie z.B. Weinbauernverbandspräsident Tyrell, die bis hin zum Weinver-

Weinerzeugerpreise für das Gebiet Mittelmosel/Ruwer

	Preis pro Fuder/DM	Preis pro Flasche/DM
Qualitätswein bestimmter Anbaugebiete	1200 – 1300	3,00
Kabinett	1500 – 1600	3,50
Spätlese	2000 – 2200	4,00 – 4,50
Auslese	4000	6,00

kauf alle Teile der Produktion unter ihrem Kommando zentralisiert haben, erzielen z.B. für Qualitätswein bestimmter Anbaugebiete leicht den dreifachen Preis.

Für die kleinen Winzer kann die Herabklassifizierung den Ruin bedeuten. Überhaupt ist es nicht so, daß ein verregneter Sommer, ein sogenannter „kleiner Jahrgang", alle Weinbauern gleich treffen würde.

Sind die Temperaturen wie in diesem Jahr niedrig, ist das Ausgangsmostgewicht, das für die Entwicklung des Al-

z.chk. Die Novelle des deutschen Weingesetzes biete „keinen Grund für polemische Ausführungen", erklärte Staatssekretär Hellser aus dem Bundesfinanzministerium am 17.10. im „Trierischen Volksfreund"; den Belangen der Winzer würde voll Rechnung getragen. Wogegen sich die kleinen Winzer zusammenschließen, ist die Verschärfung der Qualitätsklassifizierung für den Wein, die das Kernstück des Weingesetzes darstellt. Rechnung getragen wird mit der Novelle den Interessen der Weinbaukapitalisten. Ihnen sind die bisherigen Prüfungsmethoden „zu durchlässig", die Ergebnisse „zu ungenau". Durch Verschärfung der Prüfungen soll die Ruinierung der kleinen Winzer beschleunigt werden.

Das Deutsche Weingesetz, 1971 in Kraft getreten, schreibt haarklein die Eigenschaften vor, die ein Wein haben muß, damit ihm eine staatliche Prüfungsnummer zuerkannt wird bzw. der Winzer den Wein als Qualitätswein verkaufen darf. Insgesamt 6 Qualitätsstufen schreibt das Weingesetz vor:

Qualitätswein bestimmter Anbaugebiete, und dann Qualitätswein mit bestimmten Prädikaten, Kabinett, Spätlese, Auslese, Beerenauslese und Trockenbeerenauslese. Für jede Qualitätsstufe sind Rebenart, Anbaugegend, Erntezeit, Ausgangsmostgewichte, Alkoholgehalt, Farbe, Klarheit, Geruch und Geschmack genau vorgeschrieben.

Nach einem 20-Punkte-System werden die einzelnen Merkmale bewertet. Die Mindestpunktzahl für Qualitätswein beträgt 11 Punkte, weitere Prädikate gibt es erst ab 13 Punkten aufwärts.

Dieser sogenannten Sinnenprüfung gehen noch zwei weitere Prüfungen voraus: die Leseprüfung und die Analysenprüfung. Bei der Leseprüfung muß vor der Lese die Ernte nach Qualität und Menge auf dem Bürgermeisteramt angemeldet werden. Der Winzer muß das Mostgewicht angeben. Mit Beginn der Ernte muß er über die geernteten Reben genauestens Buch führen. Für die Analysenprüfung fodert die staatliche Prüfstelle ein chemisches Gutachten. Die Prüfungsnummer für den Wein wird von der Prüfstelle erst mit bestandener Prüfung erteilt.

Für die kleinen Winzer sind diese Qualitätskontrollen kleinlichste Schikane. Die kleinen Winzer sind aber dazu gezwungen, diese Prüfungsnummer und auch eine möglichst hohe Einstufung zu bekommen, um wenigstens den durchschnittlichen Preis für ihre Lese zu bekommen. Die Preisunterschiede zwischen den einzelnen Klassifizierungen sind beträchtlich.

In der Tabelle sind die Durchschnittspreise der letzten Jahre für die verschiedenen Qualitäten im Gebiet Mittelmosel/Ruwer zusammengestellt. Diese Durchschnittspreise beziehen sich nur auf die Erzeugerpreise der kleinen Winzer; Weinbaukapitalisten wie z.B. Weinbauernverbandspräsident Tyrell, die bis hin zum Weinverkauf alle Teile der Produktion unter ihrem Kommando zentralisiert haben, erzielen z.B. für Qualitätswein bestimmter Anbaugebiete leicht den dreifachen Preis.

Weinerzeugerpreise für das Gebiet Mittelmosel/Ruwer

	Preis pro Fuder/DM	Preis pro Flasche/DM
Qualitätswein bestimmter Anbaugebiete	1200 – 1300	3,00
Kabinett	1500 – 1600	3,50
Spätlese	2000 – 2200	4,00 – 4,50
Auslese	4000	6,00

Für die kleinen Winzer kann die Herabklassifizierung den Ruin bedeuten. Überhaupt ist es nicht so, daß ein verregneter Sommer, ein sogenannter „kleiner Jahrgang", alle Weinbauern gleich treffen würde.

Sind die Temperaturen wie in diesem Jahr niedrig, ist das Ausgangsmostgewicht, das für die Entwicklung des Alkoholgehalts des Weins ausschlaggebend ist, niedrig, so können die kapitalistischen Weinbaubetriebe trotzdem allemal Qualitätsweine produzieren.

Ihre Läger sind groß genug, sich Weine mit hohem Zuckergehalt, entsprechend hohem Mostgewicht in Reserve zu halten, die sie dann dem weniger zuckerhaltigen zusetzen lassen. Nach dem Weingesetz ist der „Verschnitt" die einzig erlaubte Methode der Verbesserung des Qualitätsweins. Die kleinen Winzer verfügen nicht über solche riesigen Kelleranlagen. Sie sind gezwungen, ihre vorjährigen Lagerbestände meist zu Schleuderpreisen an Weinkomissionäre zu verkaufen, um ihre Keller für die neue Ernte freizubekommen. Für sie bedeutet ein schlechter Jahrgang beschleunigte Ruinierung. Daß die kleinen Winzer gezwungen sind, sich mit anderen Methoden zu behelfen, liegt auf der Hand. Dies durch verschärfte Kontrollen bei den kleinen Winzern härter zu bestrafen, z.B. durch Entzug der Prüfungszulassung bis zu drei Jahren ist Absicht der Novelle. Bisher haben die kleinen Winzer das Mostgewicht der staatlichen Prüfungskomission mitgeteilt. Die chemische Analyse, erstellt in einem gewerblichen Labor, wurde miteingereicht. Laut Novelle soll das Mostgewicht jetzt von der staatlichen Weinprüfungsstelle selber ermittelt werden.

Den staatlichen Weinkontrolleuren soll noch umfassender Zugang zu den Weinbergen und Wirtschaftsgebäuden der kleinen Winzer verschafft werden.

Im Gebiet Mittelmosel/Ruwer stellt die Mehrzahl der kleinen Winzer Qualitätswein mit Prädikat Kabinett her.

Durch Verschärfung der Kontrollen sollen die kleinen Winzer eine Qualitätsstufe niedriger gedrückt werden, so daß der Erzeugerpreis bei gleichbleibender Qualität des Weins und gleich großer Intensität der Arbeit um knapp die Hälfte gedrückt werden kann. Die Masse der kleinen Winzer erst einmal in die Kategorie der einfachen Qualitätsweine gedrückt, bzw. dazu getrieben den Betrieb aufzugeben, erhoffen sich die Weinbaukapitalisten bei der Produktion von Qualitätsweinen umso höhere Profite.

Sowieso schneiden die kleinen Winzer bei der Qualitätsklassifizierung immer schlechter ab als die Weinbaukapitalisten, selbst wenn sie günstige Lagen bebauen. Nicht weil in ihren Weinbergen von Natur aus schlechterer Wein wüchse, sondern weil die kapitalistischen Weinbaubetriebe über das Kapital verfügen, ihre Maschinerie beständig umzuwälzen. So erreichen die kleinen Winzer die erforderliche Punktzahl für das Merkmal „Klarheit" oft nicht, weil sie nur über alte Handpressen verfügen, mit denen sie trotz mehrmaligen Auspressens nicht an die Bewertung des Weins der Weinbaukapitalisten herankommen, die diese Arbeit mit Hilfe großer Zentrifugen erledigen lassen. Genauso bei den Merkmalen „Geruch und Geschmack". Damit sich Geruch und Geschmack des Weins richtig entfalten können, ist längere und auch kühle Lagerung notwendig, d.h. entweder unterirdische oder klimatisierte Weinkeller (Baukosten für einen 80 qm unterirdischen Keller in 3 m Tiefe: mindestens 80000 DM.) Nur kapitalistische Betriebe verfügen über solche Anlagen.

Die Prüfung der Qualität des Weines ist nichts anderes als ein Mittel in den Händen des Staatsapparates die Ruinierung der kleinen Winzer zu beschleunigen

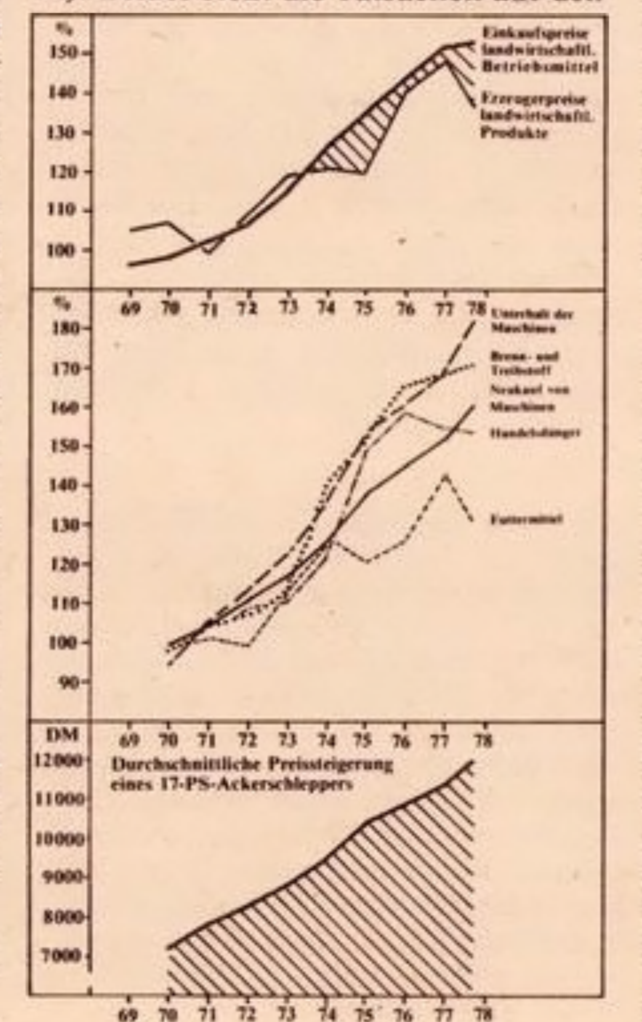
Durch Verschärfung der Kontrollen sollen die kleinen Winzer eine Qualitätsstufe niedriger gedrückt werden, so daß der Erzeugerpreis bei gleichbleibender Qualität des Weins und gleich großer Intensität der Arbeit um knapp die Hälfte gedrückt werden kann. Die Masse der kleinen Winzer erst einmal in die Kategorie der einfachen Qualitätsweine gedrückt, bzw. dazu getrieben den Betrieb aufzugeben, erhoffen sich die Weinbaukapitalisten bei der Produktion von Qualitätsweinen umso höhere Profite.

Sowieso schneiden die kleinen Winzer bei der Qualitätsklassifizierung immer schlechter ab als die Weinbaukapitalisten, selbst wenn sie günstige Lagen bebauen. Nicht weil in ihren Weinbergen von Natur aus schlechterer Wein wüchse, sondern weil die kapitalistischen Weinbaubetriebe über das Kapital verfügen, ihre Maschinerie beständig umzuwälzen. So erreichen die kleinen Winzer die erforderliche Punktzahl für das Merkmal „Klarheit" oft nicht, weil sie nur über alte Handpressen verfügen, mit denen sie trotz mehrmaligen Auspressens nicht an die Bewertung des Weins der Weinbaukapitalisten herankommen, die diese Arbeit mit Hilfe großer Zentrifugen erledigen lassen. Genauso bei den Merkmalen „Geruch und Geschmack". Damit sich Geruch und Geschmack des Weins richtig entfalten können, ist längere und auch kühle Lagerung notwendig, d.h. entweder unterirdische oder klimatisierte Weinkeller (Baukosten für einen 80 qm unterirdischen Keller in 3 m Tiefe: mindestens 80000 DM.) Nur kapitalistische Betriebe verfügen über solche Anlagen.

Die Prüfung der Qualität des Weines ist nichts anderes als ein Mittel in den Händen des Staatsapparates die Ruinierung der kleinen Winzer zu beschleunigen

Steigende Produktionskosten und sinkende Agrarpreise

z.gab. Anfang Oktober hat Bundeslandwirtschaftsminister Ertl im „Handelsblatt" veröffentlichen lassen: Die Einkaufspreise für landwirtschaftliche Betriebsmittel sind in diesem Jahr stabil geblieben, gegen Ende des Wirtschaftsjahres sogar gesunken gegenüber dem entsprechenden Vorjahresniveau. Auf dem diesjährigen Erntedankfest hatte Ertl angekündigt, die in diesem Jahr zu erwartenden Rekordernten würden wieder zu „vernünftigen Nahrungsmittelpreisen" führen, worauf der bundesdeutsche Landwirt stolz sein könne. Dementsprechend hatte dann auch die „Wirtschaftswoche" Anfang Oktober um 7,6% gesunkene Agrarpreise für den Monat August 1978 gemeldet (vergl. KVZ Nr. 42). Beides stellt die Tatsachen auf den



Kopf. Betrachtet man die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebsmittelpreise seit 1969 einerseits und die Entwicklung der Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte andererseits, stellt sich die Sache schon anders dar. Seit 1973 liegen die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Preissteigerungsraten für die Produkte der Bauern unter den Preissteigerungsraten für die zur landwirtschaftlichen Produktion notwendigen Betriebsmittel. Was zwischen den beiden Kurven aufklafft, ist die wachsende Verschuldung der kleinen und mittleren Bauern, die mit jedem Kauf eines neuen Traktors, eines Ackerschleppers, der neuen Saat, dem Dünger oder dem Futtermittel für das Vieh tiefer in die Schuldknechtschaft der Banken getrieben werden. Von 26 Mrd. DM im Jahre 1970 auf rund 34 Mrd. DM Ende 1977 ist der Anteil des „Fremdkapitals" an landwirtschaftlichen Betrieben gestiegen, die Zinsen, die die verschuldeten Bauern an das Finanzkapital abtragen müssen, von 1,4 Mrd. 1970 auf über 2 Mrd. DM Ende '77. Kräftig hat die Bourgeoisie diese Kluft zwischen dem Erlös der Bauern durch den Verkauf ihrer Produkte und dem zu zahlenden Preis für Maschinen, Düngemittel, Brenn- und Treibstoffe, Saat und Futtermittel in diesem Jahr vergrößert. Die Auswirkungen kann man sich ausrechnen. Das erste Schaubild stellt die Betriebsmittelpreise, berechnet nach dem monatlichen Preisindex für landwirtschaftliche Betriebsmittel von Januar bis August 1978 des Statistischen Bundesamtes, noch in ihrer Gesamtheit als *stabil* dar. Betrachtet man die Preissteigerungsraten der einzelnen Betriebsmittel, wie den Unterhalt von Maschinen, den Neukauf eines Ackerschleppers, des Brenn- und Treibstoffs usw., stellt sich selbst dies als falsch heraus.

„Prämien" für Akkordzwang sechs Tage in der Woche

z.rua. Auf Beschluß der bulgarischen Regierung von Anfang Oktober sollen Arbeiter, die sich für mindestens fünf Jahre zur Arbeit in den agro-industriellen Komplexen verpflichten, als einmalige Prämie einen Betrag ihres bisherigen Jahreslohns erhalten. Dieser Beschluß ist „Folge des übermäßigen Migrationsprozesses" und soll eine Stabilisierung der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft" bewirken. Die Sozialimperialisten, an die Bulgarien 4/5 seiner Exporte abliefern muß, halten sich das Land als Korn- und Gemüsekammer und unterdrücken die Entwicklung anderer Zweige der Produktion. Seit Beginn der 70er Jahre wurden in Bulgarien die agro-industriellen Komplexe errichtet. Die Anzahl der Landarbeiter wurde von 549657 (1973) auf 937793 im Jahre 1976 um 71% gesteigert. Rekrutiert wurden die Landarbeiter aus den kleinen Bauern. Die jährlichen Durchschnittslöhne der Landarbeiter stiegen von 469 Leva (1960) auf 1213 Leva (1972) und 1320 Leva 1977. Die Löhne der Industriearbeitar betrugen 1960 939 Leva, bis 1977 stiegen sie auf 1812 Leva. Seit 1977 hat die neue Bourgeoisie zur Erfüllung der Pläne, bis 1980 die landwirtschaftliche Produktion um 20% gegenüber 1975 zu steigern, die Höhe der Löhne von der Erfüllung der tatsächlichen Planvorgaben abhängig gemacht. Werden die Pläne nicht erfüllt, wird der Lohn entsprechend gekürzt. Während die Industriearbeiter 1976 die Fünf-Tage-Woche durchsetzen konnten, müssen die Landarbeiter weiter an sechs

z.rua. Auf Beschluß der bulgarischen Regierung von Anfang Oktober sollen Arbeiter, die sich für mindestens fünf Jahre zur Arbeit in den agro-industriellen Komplexen verpflichten, als einmalige Prämie einen Betrag ihres bisherigen Jahreslohns erhalten. Dieser Beschluß ist „Folge des übermäßigen Migrationsprozesses" und soll eine Stabilisierung der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft" bewirken. Die Sozialimperialisten, an die Bulgarien 4/5 seiner Exporte abliefern muß, halten sich das Land als Korn- und Gemüsekammer und unterdrücken die Entwicklung anderer Zweige der Produktion. Seit Beginn der 70er Jahre wurden in Bulgarien die agro-industriellen Komplexe errichtet. Die Anzahl der Landarbeiter wurde von 549657 (1973) auf 937793 im Jahre 1976 um 71% gesteigert. Rekrutiert wurden die Landarbeiter aus den kleinen Bauern. Die jährlichen Durchschnittslöhne der Landarbeiter stiegen von 469 Leva (1960) auf 1213 Leva (1972) und 1320 Leva 1977. Die Löhne der Industriearbeitar betrugen 1960 939 Leva, bis 1977 stiegen sie auf 1812 Leva. Seit 1977 hat die neue Bourgeoisie zur Erfüllung der Pläne, bis 1980 die landwirtschaftliche Produktion um 20% gegenüber 1975 zu steigern, die Höhe der Löhne von der Erfüllung der tatsächlichen Planvorgaben abhängig gemacht. Werden die Pläne nicht erfüllt, wird der Lohn entsprechend gekürzt. Während die Industriearbeiter 1976 die Fünf-Tage-Woche durchsetzen konnten, müssen die Landarbeiter weiter an sechs Tagen in der Woche arbeiten, zur Erntezeit haben sie überhaupt keinen freien Tag.

Venezuela entwickelt eigene Landmaschinenproduktion

z.rua. Am 22.9. wurde in der venezolanischen Stadt Bolivar die erste nationale Traktoren- und Motorenfabrik „Fanatracto" in Betrieb genommen. Bis zum Ende des Jahres werden hier 300 Traktoren produziert. Wenn die Fabrik 1984 ihre volle Kapazität erreicht hat, werden es jährlich 6000 Traktoren sein. In Tachira wird noch in diesem Jahr die zweite Traktorenfabrik die Produktion aufnehmen. Durch die Inbetriebnahme eigener Produktionsstätten soll möglichst schnell die Importabhängigkeit beseitigt werden. Auf einer Veranstaltung zur Übergabe von Stipendien an venezolanische Studenten rief Präsident Peres zu einer „neuen Schlacht von Ayacucho" auf. In dieser Schlacht hatten die venezolanischen Volksmassen die spanischen Kolonialherrscher geschlagen und die nationale Unabhängigkeit errungen. Präsident Peres betonte, daß es zur Erringung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit nötig ist, die Herrschaft der Imperialisten über Wissenschaft und Technologie zu brechen. Im ganzen Land werden Forschungszentren zur Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion aufgebaut. Durch Düngung und Bewässerung werden Hektarerträge von 2250 kg. erzielt. Durch Nutzung von Bewässerungsanlagen wurde im letzten Jahr die Ernte bei Mais, Reis, Kartoffeln und Sorghum um 11% erhöht. In dem am 19.9. verabschiedeten Wirtschaftsentwicklungsprogramm ist vorrangig der Bau und die Reparatur von Bewässerungsanlagen sowie die Errichtung von Dämmen gegen Flutkatastrophen vorgesehen. 3 Mio. Hektar sollen so für den Ackerbau und die Viehzucht nutzbar gemacht w

Kultusministerium NRW beschließt Verschärfung der Juristenausbildung

z.klr. „Staat und Gesellschaft brauchen Juristen, die den Anforderungen unserer Zeit gewachsen sind", so NRW-Justizministerin Donnepp am 21.9. im Landtag zu Düsseldorf. Aufgerufen war die erste Lesung des Entwurfs für das 6. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die juristische Staatsprüfung. Ministerpräsident Rau hat in seiner Regierungserklärung angekündigt, daß mehr Studenten in die Universitäten gesaugt werden sollen, deren Arbeitskraft bei ständig geringer werdender Bezahlung durch Studien- und Prüfungsreform immer stärker vernutzt werden soll. Die Durchfallquoten bei der 1. Staatsprüfung zum Abschluß der ersten Ausbildungsphase Jura an den Universitäten in NRW lag 1977 bei 27% der Prüfungskandidaten (1976: 30%). Sie sollen noch höher getrieben werden. Durch die größere Zahl von Pflichtscheinen und schärfere Anforderungen in der ersten Staatsprüfung hat sich die Studiendauer der Jurastudenten enorm erhöht. 1971 waren 57,9% der Prüflinge der ersten Staatsprüfung im 9. und 10. Semester und nur 19,2% im 11. Semester. 1977: 38,2% im 9. und 10. und 54,5% im 11. Semester. Eine wachsende Zahl von Studenten wird während des Studiums auf diese Weise zum Abbruch gezwungen. Die erste Staatsprüfung selber besteht aus drei Teilen, der schriftlichen Arbeit, den Klausuren und vier mündlichen Prüfungen, die 3 - 5 Monate nach den Klausuren abgelegt werden müssen. Der Gesetzentwurf erhöht die Zahl der mündlichen Prüfungen auf fünf, „um dem Studenten die Möglichkeit zu geben, daß sein Wahlfach auch rechnerisch für die Benotung gewertet wird"(Donnepp). Gekoppelt damit sollen „Täuschungsversuche", die bisher eine Wiederholung der einzelnen Prüfung zur Folge hatten, schärfer unterdrückt werden. Für die wachsende Zahl von durchgefallenen Prüfungskandidaten soll das Prüfungsverfahren verkürzt werden. Bisher mußte ein Student, der bereits nach dem zweiten Teil der Staatsprüfung durchgefallen war, zur mündlichen Prüfung erscheinen. Jetzt soll die Prüfung bereits dann beendet sein, wenn der Student Hausarbeit und Klausuren mit „ungenügend" abgeschlossen hat. Zur mündlichen Prüfung braucht er dann nicht mehr zu erscheinen. Der politische und ideologische Druck der Nachprüfung wird verschärft, indem sie 3 - 5 Monate vorverlegt wird. Entsprechend wird auch das Prüfungsverfahren der 2. Staatsprüfung, mit der die gesamte Ausbildung nach Ablauf der zweijährigen Referendarszeit abgeschlossen wird, verkürzt werden, um die durchgefallenen Referendare „nicht in den Genuß der Anwärterbezüge kommen zu lassen."

Vorbereitung der Fachschaftsratswahlen in Baden-Württemberg

z.hue. Die Bourgeoisie sieht in der Ausschaltung der Fachschaften als Vertretungs- und Kampforgane der besitzlosen Studentenmassen die Voraussetzung für die Durchsetzung der Schmude-Reform. Die Hauptmethode, derer sie sich dabei bedient, ist, jene in den Organen der Studenten jetzt zu fördern, die die Ansicht vertreten: „Zumindest vorläufig darf man nicht kämpfen. Durch Arrangement mit den Professoren fährt man besser. Andernfalls weckt man nur schlafende Hunde und verliert womöglich noch den Fachschaftsraum." Der Verlauf der Lehrveranstaltungen in der ersten Semesterwoche straft die Opportunisten Lügen. Die Professoren ernten dort Kampf für ihre Versuche, in der Durchsetzung der Studienverschärfungen in diesem Jahr „Entscheidendes" (Schmude) zu leisten. Statt, wie erhofft, in der ersten Lehrveranstaltung des Wintersemesters die Seminarbedingungen kurzerhand diktieren zu können, sah sich gar mancher Dozent gezwungen, mit der Fachschaft, den Semestersprechern und den Seminarteilnehmern insgesamt, verhandeln zu müssen. Briefe an Dekane und Rektoren mit den Forderungen der Aktionsprogramme der Fachschaften wurden in Lehrveranstaltungen diskutiert und beschlossen.

Die Kommunistischen Hochschulgruppen haben den Vorschlag unterbreitet, in der Woche vom 26.11. bis zum 3.12. landesweit Fachschaftswahlen durchzuführen. Der Vorschlag erweist sich als geeignet, die Kraft, die die Studentenmassen in den noch zersplitterten Auseinandersetzungen in den Lehrveranstaltungen schon entfalten, zusammenzufassen in einer einheitlichen, landesweiten Kampfaktion. Man kann so dem Engler-Ministerium geschlossen entgegentreten, seinen Plan, die Fachschaften als Vertretungsorgane zu liquidieren, vereiteln, und es wird erleichtert, Fachschaften wieder aufzubauen, wo sie zerschlagen wurden, und die bestehenden Fachschaften zu stärken. Bis Donnerstag der ersten Semesterwoche haben in Baden-Württemberg acht Fachschaftsräte den Vorschlag beschlußmäßig unterstützt und entsprechende Tätigkeiten eingeleitet, um die Unterstützung des Vorschlages zu verbreitern. Acht weitere Fachschaftsräte haben den Vorschlag begrüßt, aber noch keinen Beschluß dazu gefaßt bzw. Tätigkeiten eingeleitet, um ihn durchzusetzen. Das sind noch zu wenige. Man kann das aber ändern, denn die Studentenmassen finden den Vorschlag richtig, weil sie sehen, daß es besser ist, einheitlich vorzugehen, als daß jede Fachschaft auf sich allein gestellt kämpft. Die Opportunisten mauern nach Kräften und spalten auf der Linie: „Bis Weihnachten kann ja jede Fachschaft, die es möchte, Wahlen durchführen." Durch Zusammenschluß der Kommilitonen in den Lehrveranstaltungen kann man auch die Opportunisten zur Zustimmung zwingen.

drei Teilen, der schriftlichen Arbeit, kommen zu lassen."

Vorbereitung der Fachschaftsratswahlen in Baden-Württemberg

z.hue. Die Bourgeoisie sieht in der Ausschaltung der Fachschaften als Vertretungs- und Kampforgane der besitzlosen Studentenmassen die Voraussetzung für die Durchsetzung der Schmude-Reform. Die Hauptmethode, derer sie sich dabei bedient, ist, jene in den Organen der Studenten jetzt zu fördern, die die Ansicht vertreten: „Zumindest vorläufig darf man nicht kämpfen. Durch Arrangement mit den Professoren fährt man besser. Andernfalls weckt man nur schlafende Hunde und verliert womöglich noch den Fachschaftsraum." Der Verlauf der Lehrveranstaltungen in der ersten Semesterwoche straft die Opportunisten Lügen. Die Professoren ernten dort Kampf für ihre Versuche, in der Durchsetzung der Studienverschärfungen in diesem Jahr „Entscheidendes" (Schmude) zu leisten. Statt, wie erhofft, in der ersten Lehrveranstaltung des Wintersemesters die Seminarbedingungen kurzerhand diktieren zu können, sah sich gar mancher Dozent gezwungen, mit der Fachschaft, den Semestersprechern und den Seminarteilnehmern insgesamt, verhandeln zu müssen. Briefe an Dekane und Rektoren mit den Forderungen der Aktionsprogramme der Fachschaften wurden in Lehrveran-

wahlen durchzuführen. Der Vorschlag erweist sich als geeignet, die Kraft, die die Studentenmassen in den noch zersplitterten Auseinandersetzungen in den Lehrveranstaltungen schon entfalten, zusammenzufassen in einer einheitlichen, landesweiten Kampfaktion. Man kann so dem Engler-Ministerium geschlossen entgegentreten, seinen Plan, die Fachschaften als Vertretungsorgane zu liquidieren, vereiteln, und es wird erleichtert, Fachschaften wieder aufzubauen, wo sie zerschlagen wurden, und die bestehenden Fachschaften zu stärken. Bis Donnerstag der ersten Semesterwoche haben in Baden-Württemberg acht Fachschaftsräte den Vorschlag beschlußmäßig unterstützt und entsprechende Tätigkeiten eingeleitet, um die Unterstützung des Vorschlages zu verbreitern. Acht weitere Fachschaftsräte haben den Vorschlag begrüßt, aber noch keinen Beschluß dazu gefaßt bzw. Tätigkeiten eingeleitet, um ihn durchzusetzen. Das sind noch zu wenige. Man kann das aber ändern, denn die Studentenmassen finden den Vorschlag richtig, weil sie sehen, daß es besser ist, einheitlich vorzugehen, als daß jede Fachschaft auf sich allein gestellt kämpft. Die Opportunisten mauern nach Kräften und spalten auf der Li-

BAFöG-Forderung der GEW

z.tob. Keinen Pfennig mehr will die Regierung nach Schmudes Worten bis zum Oktober 1979 zahlen. Wenn überhaupt, dann sowieso nur durch verstärkte Plünderung der lohnabhängigen Eltern und durch Zementierung der BAföG-Systems, das objektive Spaltung zwischen der Studentenbewegung und der Arbeiterbewegung schafft, weil jeder Fortschritt im Lohnkampf und jeder Fortschritt im Kampf gegen die Steuerausplünderung sich als Senkung des BAFöG darstellt.

Wir haben in der Graphik die Wirkungen der Forderung der GEW nach 700 DM Höchstsatz und 1400 DM Elternfreibetrag mit der Wirkung unserer Forderung nach 100 DM mehr für jeden BAFöG-Bezieher und 1500 DM Elternfreibetrag verglichen. Aufgetragen sind jeweils die absoluten Veränderungen bei Durchsetzung der Forderung für den Nettolohn der Eltern, die Auszahlung an den Studenten und die Summe beider Veränderungen, die der absoluten Veränderung des Familieneinkommens entspricht. Man sieht, daß in einem großen Bereich, wo bisher wenig gezahlt wurde, unsere Forderung mehr einbringt, weil der Elternfreibetrag stärker erhöht wird. Dieser Elternfreibetrag entzieht einen bestimmten Teil der Löhne auf jeden Fall dem Zugriff des imperialistischen Staates, und seine Erhöhung wirkt direkt gegen die spalterische Wirkung dieses reaktionären Gesetzes. Das ist ein Schritt dahin, daß nicht mehr die Eltern gesetzlich zur Zahlung verpflichtet werden, sondern die Bezahlung der Arbeitskraft durch Tarifvertrag für die Studenten erkämpft wird. Daher auch 100 DM mehr ausschließlich vom Staat und *keine Erhöhung des „Bedarfssatzes"*, der ja zunächst nur den Umfang regelt, in dem der Staat auf die Löhne der Arbeiterklasse Zugriff erhält.

Man sieht noch mehr: Die Erhöhung der Auszahlung an die Studenten wird bei der Forderung der GEW finanziert durch Streichung des Ausbildungsfreibetrages. Dieser beträgt 350 DM pro Monat. Er wird vor Ermittlung der Steuer vom Bruttolohn abgezogen. Allerdings werden von den 350 DM die „Zuschüsse" nach BAFöG (ausgezahltes Geld minus Darlehen) abgezogen, so daß er nur Familien etwas bringt, deren Kinder wenig oder kein BAFöG erhalten.

„Kostenneutrale" Reform durch Streichung dieses Ausbildungsfreibetrages will die GEW, die Maßnahme würde mindestens 700 Mio. DM jährlich einbringen. Der Freibetrag wäre eine „Privilegierung reicher Familien", erklärt die GEW-Führung. Tatsache ist, daß die Streichung eine Spaltung quer durch die Lohnabhängigen bewirken würde. Ab etwa 2500 DM Bruttolohn sinkt das Familieneinkommen sogar, und das entspricht z.B. einem mittleren Angestellten, dessen Frau noch in Teilzeitarbeit schaffen muß. „Die eine Gruppe, deren Eltern Kindergeld und Steuerfreibetrag erhalten, ist nicht gehalten, etwa nach dem 4. Semester einen Leistungsnachweis vorzulegen", begründet der DGB-Hauptvorstand die Streichung des Freibetrages. Da muß Gerechtigkeit walten! Während vorher der Staat noch keinen unmittelbaren Zugriff auf den Lohn hatte, wird jetzt das Geld direkt durch Steuererhöhung abgezogen und gleichzeitig Zehntausende neuer Studenten den Formblatt-9-Schikanen unterworfen.

Auch bei Durchsetzung der Forderung nach 100 DM mehr und 1500 DM Elternfreibetrag gibt es Plünderung des Elterneinkommens, durch die spalterische Wirkung des Freibetrages an sich. Man sieht schon, daß grundlegend die Gemeinheiten des Steuersystems und insbesondere der Verkoppelung von Steuerausplünderung und BAFöG-Ausplünderung bekämpft werden müssen. Das Gerede der bürgerlichen Politiker von einer „Verstetigung der Erhöhungen" zielt darauf ab, dieses System ein für allemal festzuschreiben und laufend zu verschärfen. Dagegen kann die Studentenbewegung im Kampf für die Bezahlung der Arbeitskraft durch Ausbildungs- und Tarifvertrag als bewußten Schritt gegen die im BAFöG-System angelegte Spaltung die Forderungen der Arbeiterklasse gegen die 2-Prozent-Lohnleitlinie der Regierung und das geplante Steuerbetrugsmanöver unterstützen.

Niedersächsische Studenten kämpfen gegen Erhöhung der Studentenwerksbeiträge

z.ans. Mit dem Niedersächsischen Hochschulgesetz (NHG) werden die Studentenwerke in direkte staatliche Verwaltung genommen und als erstes die Gebühren erhöht. Haftpflicht-, Unfall- und Diebstahlversicherung will der niedersächsische Wissenschaftsminister Pestel streichen, die Röntgenuntersuchung ebenfalls. Für die Ausplünderung der Studenten wie vor allem die Plünderung des Lohns ihrer Eltern – denn wer soll die Versicherungen für die in Ausbildung Befindlichen bezahlen? – bedeutet das: Die Studenten an den niedersächsischen Hochschulen hätten insgesamt 3006600.- DM zu zahlen. 1977 hatte die Regierung 2746794.- DM an Landes„zuschuß" gezahlt. Mindestens 349806.- DM will also die Regierung an Landeszuschüssen streichen, nach Informationen des Studentenwerks ca. 13% insgesamt. Dagegen kämpfen die niedersächsischen Studenten:

Braunschweig. Nach Ansichten der Opportunisten des AStA der TU Braunschweig handelt es sich um einen „Klacks", den sie allemal zahlen können. Sie versuchen, den Kampf der Studenten um eine Vollversammlung, die Boykott beschließt, zu unterdrücken. Sofort haben z.B. 120 Kommilitonen eine Unterschriftensammlung für Boykott und Vollversammlung unterschrieben vor dem Immatrikulationsamt. Ein Fachschaftentreffen verlangt mit 17:9 Stimmen die Vollversammlung und daß nicht gezahlt wird bzw. nicht belegt. 100 Studenten mußten jetzt den neuen Beitrag bezahlen, viele sind nicht zur Immatrikulation gegangen. Jetzt bereiten die Fachschaften die Vollversammlung am 26.1. vor.

Osnabrück. Die Vollversammlung der Fachhochschule hat am 18.10. beschlossen, den Boykott weiterzuführen. Die Studenten in Osnabrück zahlen seit 1974 keine Studentenwerksbeiträge, weil „das Land für die Sozial einrichtungen sorgen soll". Von 200 Studenten haben 197 für Fortsetzung des Boykotts gestimmt. Pestel will von den Osnabrücker Studenten eine Nachzahlung von 250000.- DM.

Göttingen. An der Universität wurden knapp 1000 Unterschriften für Boykott gesammelt. Die Vollversammlung mit anfangs 1000 Teilnehmern hat beschlossen, nicht mehr als den alten Beitrag zu zahlen, also die Erhöhung abzulehnen. Außerdem ruft sie alle Studentenschaften in Niedersachsen auf, „gegen die Erhöhung zu protestieren, Unterschriften dagegen zu sammeln und sich entsprechend den örtlichen Verhältnissen an einem Boykott zu beteiligen." Knapp, mit 30 Stimmen Unterschied, wurde der Antrag abgelehnt, daß diese gemeinsame Aktion unter den Forderungen nach Selbstverwaltung der Studentenwerke und Bezahlung durch den Staat durchgeführt werden muß. Die Vollversammlung der Universität fordert weiterhin die Konferenz Niedersächsischer Studentenschaften (KNS) auf, „für einen landesweit koordinierten Boykott einzutreten."

Schritt dahin, daß nicht mehr die Eltern gesetzlich zur Zahlung verpflichtet werden, sondern die Bezahlung der Arbeitskraft durch Tarifvertrag für die Studenten erkämpft wird. Daher auch 100 DM mehr ausschließlich vom Staat und keine Erhöhung des „Bedarfssatzes", der ja zunächst nur den Umfang regelt, in dem der Staat auf die Löhne der Arbeiterklasse Zugriff erhält.

Man sieht noch mehr: Die Erhöhung der Auszahlung an die Studenten wird bei der Forderung der GEW finanziert durch Streichung des Ausbildungsfreibetrages. Dieser beträgt 350 DM pro

ist, daß die Streichung eine Spaltung quer durch die Lohnabhängigen bewirken würde. Ab etwa 2500 DM Bruttolohn sinkt das Familieneinkommen sogar, und das entspricht z.B. einem mittleren Angestellten, dessen Frau noch in Teilzeitarbeit schaffen muß. „Die eine Gruppe, deren Eltern Kindergeld und Steuerfreibetrag erhalten, ist nicht gehalten, etwa nach dem 4. Semester einen Leistungsnachweis vorzulegen", begründet der DGB-Hauptvorstand die Streichung des Freibetrages. Da muß Gerechtigkeit walten! Während vorher der Staat noch keinen

Ausplünderung bekämpft werden müssen. Das Gerede der bürgerlichen Politiker von einer „Verstetigung der Erhöhungen" zielt darauf ab, dieses System ein für allemal festzuschreiben und laufend zu verschärfen. Dagegen kann die Studentenbewegung im Kampf für die Bezahlung der Arbeitskraft durch Ausbildungs- und Tarifvertrag als bewußten Schritt gegen die im BAFöG-System angelegte Spaltung die Forderungen der Arbeiterklasse gegen die 2-Prozent-Lohnleitlinie der Regierung und das geplante Steuerbetrugsmanöver unterstützen.

Niedersächsische Studenten kämpfen gegen Erhöhung der Studentenwerksbeiträge

z.ans. Mit dem Niedersächsischen Hochschulgesetz (NHG) werden die Studentenwerke in direkte staatliche Verwaltung genommen und als erstes die Gebühren erhöht. Haftpflicht-, Unfall- und Diebstahlversicherung will der niedersächsische Wissenschaftsminister Pestel streichen, die Röntgenuntersuchung ebenfalls. Für die Ausplünderung der Studenten wie vor allem die Plünderung des Lohns ihrer Eltern – denn wer soll die Versicherungen für die in Ausbildung Befindlichen bezahlen? – bedeutet das: Die Studenten an den niedersächsischen Hochschulen hätten insgesamt 3006600.- DM zu zahlen. 1977 hatte die Regierung 2746794.- DM an Landes„zuschuß" gezahlt. Mindestens 349806.- DM will also die Regierung an Landeszuschüs-

Braunschweig handelt es sich um einen „Klacks", den sie allemal zahlen können. Sie versuchen, den Kampf der Studenten um eine Vollversammlung, die Boykott beschließt, zu unterdrücken. Sofort haben z.B. 120 Kommilitonen eine Unterschriftensammlung für Boykott und Vollversammlung unterschrieben vor dem Immatrikulationsamt. Ein Fachschaftentreffen verlangt mit 17:9 Stimmen die Vollversammlung und daß nicht gezahlt wird bzw. nicht belegt. 100 Studenten mußten jetzt den neuen Beitrag bezahlen, viele sind nicht zur Immatrikulation gegangen. Jetzt bereiten die Fachschaften die Vollversammlung am 26.1. vor.

Osnabrück. Die Vollversammlung der Fachhochschule hat am 18.10. beschlossen, den Boykott weiterzufüh-

den Osnabrücker Studenten eine Nachzahlung von 250000.- DM.

Göttingen. An der Universität wurden knapp 1000 Unterschriften für Boykott gesammelt. Die Vollversammlung mit anfangs 1000 Teilnehmern hat beschlossen, nicht mehr als den alten Beitrag zu zahlen, also die Erhöhung abzulehnen. Außerdem ruft sie alle Studentenschaften in Niedersachsen auf, „gegen die Erhöhung zu protestieren, Unterschriften dagegen zu sammeln und sich entsprechend den örtlichen Verhältnissen an einem Boykott zu beteiligen." Knapp, mit 30 Stimmen Unterschied, wurde der Antrag abgelehnt, daß diese gemeinsame Aktion unter den Forderungen nach Selbstverwaltung der Studentenwerke und Bezahlung durch den Staat durch-

Die Schulen der dänischen Minderheit sind lückenloser Kontrolle unterworfen

r.clm. „Ein besonderes Bindeglied zwischen unseren Staaten sind die nationalen Minderheiten, denen eine nicht unbedeutende Vermittlerrolle zwischen unseren Staaten zukommt. Die Verhältnisse der beiden Minderheiten zu ihrem Staat sind beispielhaft ... geregelt. ... hat sich in den letzten über 20 Jahren erwiesen." In diese Worte kleidet Stoltenberg, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Anfang Oktober vor der Deutsch-Dänischen Gesellschaft in Kopenhagen die Versuche der westdeutschen Imperialisten, die Identität der dänischen Minderheit in Südschleswig zu brechen.

Seit 1955 ist die Zahl der Schulen der dänischen Minderheit von 89 auf 57, die der Schüler von 7722 auf 4340 reduziert worden. Öffentliche Minderheitsschulen sind verboten, „es besteht das Recht, private Minderheitsschulen zu errichten." Dafür ist die Genehmigung des schleswig-holsteinischen Kultusministers erforderlich. „Dänische Minderheitsschulen dürfen nur insoweit von den Lehrplänen deutscher Schulen abweichen, als es notwendig ist, um Kenntnisse der dänischen Sprache und Kultur angemessen zu vermitteln." Die deutschen Schulaufsichtsbeamten sind berechtigt, jederzeit dem Unterricht beizuwohnen und die Leistungen der Schule zu überprüfen. Darüberhinaus können sie jede Aufklärung über die Schulen und den Unterricht verlangen. Falls die Voraussetzungen für die Genehmigung der Schulerrichtung, der Unterrichts- oder Leistungserlaubnis entfallen, kann der Kultusminister als Schulaufsichtsbehörde alle Genehmigungen widerrufen.

Das Verbot öffentlicher Schulen der Minderheit soll die Eltern zwingen, ihre Kinder auf deutsche Schulen zu schicken. Weil das alleine nicht die gewünschte Wirkung erzielt, sind die dänischen Schulen lückenloser Kontrolle unterworfen. Der 80-prozentige staatliche Zuschuß wird so kanalisiert, daß durch Zentralisierung die Unterdrückung und Kontrolle noch weiter verschärft wird. K. O. Meier, Vertreter des Südschleswigschen Wählerverbandes im Landtag, gibt Stoltenberg zu bedenken: „Ich glaube nicht, auf lange Sicht Ruhe im Grenzland bewahren können, wenn Sie weiterhin meinen, daß unsere Eltern zwar 100% Steuern zahlen sollen, während sie für den Unterricht nur 80% von dem geben, was sie für die Schüler öffentlicher Schulen bezahlen."

Belgien: Wie geht es weiter im Kampf gegen die Verdopplung der Einschreibgebühren?

z.scc.Brüssel. Rund 10000 Studenten hatten, wie berichtet, am 11.10. in Brüssel gegen die Verdopplung der Einschreibgebühren auf 10000bfr demonstriert. In der Stille der Semesterferien hatte die Tindemans-Regierung diesen Coup durchsetzen und gleichzeitig die Stipendien für Studenten im zweiten Studienabschnitt durch verzinste Kredite ersetzen wollen. Die Rechnung war nicht aufgegangen: an den meisten Universitäten hatten die Studenten noch in den Ferien Aktionen gegen die Maßnahmen organisiert und eine Zahlung der erhöhten Gebühren teilweise verhindert.

Tindemans hat inzwischen gehen müssen, weil ihn die Mehrheit der Finanzbourgeois für ungeeignet hielt, den Ausplünderungsfeldzug gegen die Volksmassen in der gewünschten Weise durchzuführen. Mit seiner „Demission" hat er ihnen an den Universitäten einen (vorläufig) letzten Gefallen erwiesen: Gegen wen solle man denn jetzt die Forderungen der Studenten nach Rücknahme der Maßnahmen durchsetzen?, stifteten die Opportunisten interessiert Verwirrung und predigten gegen die Organisierung eines landesweiten Streiks – Abwarten. Nicht erfolglos. Die Vollversammlung der „Freien Universität Brüssel" beispielsweise beschloss einen Tag nach der zentralen Demonstration mehrheitlich, ihren Streik vorläufig zu unterbrechen. Die Gelegenheit, die machtvolle Demonstration zu einheitlichen Aktionen, zum Aufbau einer landesweiten Streikfront zu nutzen, und damit den möglichen Erfolg auch tatsächlich zu erringen, wurde – vorerst – vertan. Der Kampf der Studenten, so schwungvoll begonnen, droht sich zu zersplittern. Nicht, daß ihr Kampfeswille gebrochen, ihr Widerstand erlahmt wäre. In Brüssel, Leuven, Gent und Mons fanden nach der zentralen Demonstration weitere Demonstrationen statt, an der sich Tausende Studenten beteiligten. In mehreren Universitätsstädten besetzten Hunderte von Studenten öffentliche Gebäude, so die Rundfunkanstalt. In Gent werden u.a. die philosophische und die landwirtschaftliche Fakultät vollständig bestreikt. Auch an der „Freien Universität Brüssel" setzen die Studenten nach dem Abbruch des Vollstreiks ihre Streikaktionen fort und verhindern durch Streikposten mehrere Seminare. Die Mehrheit der Studenten ist, ganz unbestreitbar, *nicht* bereit, den unersättlichen Rachen der Finanzbourgeoisie zu stopfen. Selbst bürgerliche Rechnungen gehen davon aus, daß ein Student schon im letzten Jahr 9500 Mark zu zahlen hatte – dafür, daß er seine Arbeitskraft dem bürgerlichen Staat zu Ausbildungszwecken zur Verfügung stellt. Hohe Verschuldung kennzeichnet die Lage der mittellosen Studenten. Wie also *könnten* sie zahlen? Ob sie letzten Endes zahlen *müssen* und dabei in schier unerträgliche Schuldknechtschaft geraten, hängt einzig davon ab, ob sie den hemmenden Einfluß der opportunistischen Strömung liquidieren und eine landesweite Streikfront aufbauen können.

Mit großer Begeisterung begrüßten die Studenten der zentralen Demonstration und der Vollversammlung in der Brüsseler Universität die Solidaritätsresolutionen des AStA der Uni Mainz und der Gesamthochschule Kassel. Darin heißt es u.a.: „Der AStA der GHS Kassel unterstützt euren Streik gegen die 10000 Franc Einschreibgebühren und gegen die Einführung einer Darlehensregelung für die Bezieher staatlicher Ausbildungsförderung ...". „Es gibt auch in der Bundesrepublik ähnlich gelagerte Probleme und wir hoffen, daß es euch und uns gelingt, unsere berechtigten Forderungen durchzusetzen."

Westdeutscher Militäraufmarsch: „Vorneverteidigung" an der Ostsee

z.kea. Fast die gesamte Flotte der westdeutschen Imperialisten ist an der Ostseeküste und, zusammen mit den Marinefliegern, in Schleswig-Holstein konzentriert. Im Rahmen der NATO-Strategie, die hauptsächlich von den Interessen der Supermacht USA bestimmt wird, haben diese Flottenverbände zwei Aufgaben: Zum einen sollen sie der Flotte der Sozialimperialisten die Atlantikzugänge von der Ostsee versperren, um im Kriegsfall die Atlantikverbindung USA – Westeuropa zu schützen. Dafür sind besonders die Meerengen Kleiner und Großer Belt und der Sund geeignet. Diese Aufgabe nehmen kleinere bewegliche Boote und Minenleger wahr. Zum anderen soll mit Landungsoperationen an der polnischen und DDR-Küste der geplante Ostvorstoß von NATO-Panzerdivisionen in der norddeutschen Tiefebene unterstützt werden. Die neuen westdeutschen Fregatten werden allerdings nicht in der Ostsee, sondern in Wilhelmshaven stationiert. Sie dienen eigenen weltumspannenden Seemachtsplänen der westdeutschen Bourgeoisie.



Die Punkte zeigen die Standorte der Marine und Marineflieger. Die Kreuze zeigen die Standorte der 6. Panzergrenadierdivision. Die großen Kreuze bezeichnen Standorte des NATO-Kommandos Rendsburg, des Divisionsstabes Neumünster und der Panzergrenadierbrigade 17 in Hamburg.

Marinestützpunkte an der Ostsee: *Glücksburg: Flottenkommando. Flensburg:* Schpellbootflotille: 3. Schnellbootgeschwader (10 Schnellboote 148). 1. Minensuchgeschwader (7 Minensucher 340, 3 Minensucher 341, 2 Minentransporter 762).Flottendienstgeschwader (5 U-Boot-Jäger 420). Marineschule Mürwik. *Olpenitz:* 12. Schnellbootgeschwader (10 Schnellboote 143). 5. Schnellbootgeschwader (10 Schnellboote 148). 5. Minensuchgeschwader (11 Minensucher 341). *Eckernförde:* 11. U-Bootgeschwader (6 U-Boote 205, 6 U-Boote 206). 3. U-Bootgeschwader (12 U-Boote 206). Minentaucherkompanie. Marinewaffenschule. Kommando für Truppenversuche der Marine. Erprobungsstelle 71 der Bundeswehr. *Kiel:* Marinefliegerdivision. Zerstörerflottille. U-Bootflottille. Marineführungsdienstkommando. Forschungsanstalt der Bundeswehr für Wasserschall und Geophysik. Marinearsenal. 1. Zerstörergeschwader (3 Zerstörer 103, Lütjens-Klasse). 3. Zerstörergeschwader (4 Zerstörer 119). 7. Schnellbootgeschwader (10 Schnellboote 142). 3. Minensuchgeschwader (8 Binnenminensucher 393). 1. Landungsgeschwader (17 Mehrzwecklandungsboote 520). 1. Versorgungsgeschwader. Marinefliegergeschwader 5 (20 DO 28, 20 Sea-King). *Neustadt:* 17. Minensuchgeschwader (10 Binnenminensucher 394). U-Bootlehrgruppe. *Westerland:* Marinefliegerlehrgruppe. Marinelager. **Standorte der 6. Panzergrenadierdivision:** *Neumünster:* Divisionsstab. Panzerbataillon 184. Fernmeldebataillon 6. Panzerartilleriebataillon 185. Nachschubkompanie 180. Instandsetzungskompanie 180. *Lütjenburg:* Flugabwehrbataillon 6. *Plön:* Pionierbataillon 6. *Eutin:* Panzeraufklärerbataillon 6. *Segeberg:* Panzergrenadierbataillon 182. *Lübeck:* Jägerbataillon 172. *Albersdorf:* ABC-Abwehrbattaillon 610. *Itzehoe:* Sanitätsbataillon 6, Heeresfliegerbataillon 6. *Kellinghusen:* Artillerieregiment 6. *Wentdorf:* Panzergrenadierbrigade 16. *Hamburg:* Panzergrenadierbrigade 17. *Breitenburg/Nordoe:* Jägerbataillon 391. *Eggebek:* Marinefliegergeschwader 2 bis 57 (F-104 G). *Jagel:* Marinefliegergeschwader 1 bis 60 (F-104 G). *Leck:* Marinedepot (Munition, Reparatur, Torpedos, Grund-Treibminen). Aukfklärungsgeschwader 52.

Die Interessen der Lohnabhängigen bei den Besatzern richten sich gegen das NATO-Truppenstatut

r.mas. Die Besatzer in Westdeutschland halten über das NATO-Truppenstatut ihre Lohnabhängigen in einer völlig rechtlosen und zersplitterten Lage. Gleich nach der Zerschlagung des Hitler-Faschismus haben die britischen Besatzer ausländische Söldner (vor allem aus osteuropäischen Ländern), die auf seiten der deutschen Wehrmacht gegen die Befreiungskämpfe ihrer eigenen Völker gekämpft haben, in eine spezielle Abteilung ihrer Armee (MSO) eingesöldnert. Deutsche wurden in die paramilitärische Organisation GSO (Germany Special Organisation) gezwungen. Zunächst, in den Jahren 1945 bis 1949, war die MSO mit Waffen ausgerüstet. Heute dienen diese Organisationen als Arbeitsdienstlager. Die Arbeiter sind darin in Trupps zusammengefaßt. Diese Trupps haben keinen festen Arbeitsplatz, sie werden von Kaserne zu Kaserne hinbefohlen und auf Manövern mitgeschleift, um den Besatzern den Nachschub zu transportieren. Die Trupps haben jeweils eine Standortkaserne, in der ihre Kommandantur sitzt. Die Kommandantur besteht aus britischen Offizieren und höheren Dienstgraden der GSO. Diese Kommandos unterstehen den Führungsstäben der jeweiligen britischen Korps. Die Arbeiter in diesen Trupps, die inzwischen auch aus Arbeitslosen rekrutiert werden, kennen die jeweilige Lage in den Kasernen nicht und bekommen keinen Überblick über den Zweck ihrer Tätigkeit. Der wird von den Besatzern systematisch verschleiert.

Den Angehörigen der britischen Soldaten und des Gefolges sowie ausgedienten Soldaten bieten die Besatzer sogenannte Dependentsstellen an. Diese Dependents (Abhängige) sind außerhalb des Tarifs angestellt. Sie haben daher keine Vertretung im Betrieb. Ihr Stundenlohn beträgt im Durchschnitt 3 bis 4 DM. Der Lohn von Mannschaftsdienstgraden bei MSO und GSO beträgt im Schnitt monatlich 600 bis 700 DM, die Vorarbeiter bekommen durchschnittlich 1300 DM ausgezahlt. Mit derart gedrückten Löhnen wollen die Besatzer die unterschiedlichen Tarifgruppen bzw. die außer Tarif Beschäftigten gegeneinander in Konkurrenz bringen.

Die GSO und die MSO haben sich die Besatzer über das NATO-Truppenstatut (Artikel 56) gesichert. Die Dependents sowie ihr Einsatzbedarf regelt Artikel 9 des NATO-Truppenstatuts. Die Besatzer haben sich mit diesen Arbeitsdiensttrupps und tariflosen Arbeitern Druckmittel gegen die Produzenten des Nachschubs, die zivilen Beschäftigten (das sind Arbeiter und Angestellte, die per Tarif und festen Arbeitsplatz zur Produktion und Wartung der Versorgung der Besatzer mit Lebensmitteln und Gebrauchsgütern eingestellt werden) und das zivile Gefolge (das sind Techniker und Mechaniker) geschaffen.

Der Kampf dieser Lohnabhängigen gegen ihre elende Lage in der Besatzerarmee ist wichtig und gut, um diese Besatzerarmee zu zersetzen. Das zeigt die Betriebsversammlung der Arbeiter und Angestellten des 85 Supply Depots in Bielefeld im Februar 1978. Dort haben die Arbeiter unter Führung der Bäcker der zentralen Bäckerei der Besatzer von Nordrhein-Westfalen die Forderungen nach Übernahme in den öffentlichen Dienst und für eine einheitliche Kampforganisation der Arbeiter und Angestellten aufgestellt sowie die tarifliche Einbeziehung der Dependents gefordert. Diese Forderungen sind gegen das NATO-Truppenstatut gerichtet, mit dem die Besatzer unter anderem die Beschäftigten in Schach halten wollen und das jede ihrer Maßnahmen zur Bewahrung ihrer militärischen Sicherheit sichert.

Japan: Seemanöver gegen sozialimperialistische Flottenprovokationen

z.pek. Am 11. Oktober haben in Japan die umfangreichsten Seemanöver seit dem Zweiten Weltkrieg begonnen. Mit 190 Schiffen, 17o Flugzeugen und 28000 der insgesamt 41000 Soldaten der Seestreitkräfte wird die Verteidigung der japanischen Seewege geübt. Der Schwerpunkt liegt dabei in der Kontrolle der drei Meerengen, die die Verbindung zwischen dem Pazifischen Ozean und dem Japanischen Meer herstellen, – der Straßen von Tsushima, Tsugarn und Soya. Die 5. sowjetische Flotte, die in Wladiwostok am Japanischen Meer stationiert ist, ist auf die Durchfahrt durch diese Meerengen angewiesen, um überhaupt im Pazifik operieren zu können. Der größte Teil der Überwasser-Kampfschiffe, die großen Reparaturwerften und die logistische Infrastruktur für die Einsatzfahrten der sowjetischen Pazifikflotte im Seegebiet östlich von Okinawa, in der Philippinen-See und im Indischen Ozean befinden sich im Gebiet von Wladiwostok. Seit 1970 hat die Sowjetunion mit einer Serie von großen Seemanövern ihren Anspruch auf die Beherrschung der Seewege des Japanischen Meers deutlich gemacht. 150 Kriegsschiffe senden die Sozialimperialisten jährlich durch die Straße von Tsushima am südlichen Ausgang des Japanischen Meers, 50 Kriegs- sowie 100 Spähschiffe durch die Straßen von Tsugaru und Soya.

Im Nordpazifik stellt die Durchfahrt zwischen den Kurilen-Inseln den einzigen freien Zugang der sowjetischen Pazifikflotte aus dem Ochotskischen Meer in den offenen Pazifik dar. „Frei" halten sich die Sozialimperialisten diesen Zugang dadurch, daß sie nach wie vor die zu Japan gehörenden südlichen Kurilen besetzt halten. Japan fordert von der Sowjetunion die Herausgabe dieser Inseln.

Das japanische Verteidigungsweißbuch für das Jahr 1978 bestätigt eine Verstärkung der sowjetischen Streitkräfte im Fernen Osten und vermehrte Einsätze von Schiffen und Flugzeugträgern in den Gewässern Japans. Um 120 Schiffe wurde die sowjetische Pazifikflotte in den letzten Jahren verstärkt. Dazu gehören 40 atomgetriebene U-Boote und raketenbestückte Kampfschiffe der Klasse Kresta II. Die gesamte Stärke der Pazifikflotte beträgt jetzt 750 Schiffseinheiten mit über 1,2 Mio. Tonnen. Der Bericht stellt weiter fest, daß die Marineoperationen der Sowjetunion darauf ausgerichtet sind, politischen Druck auf Japan auszuüben. Über 300 Anflüge sowjetischer Kampfflugzeuge auf den japanischen Luftraum wurden im letzten Jahr registriert. Im Dezember 1977 fotografierte die japanische Luftwaffe im japanischen Luftraum einen sowjetischen Bomber vom Typ TU-16, der mit Lenkwaffen ausgerüstet war. Mehrfach haben sowjetische U-Boote die Fangnetze japanischer Fischer zerrissen. Getarnt als „ozeanographische Forschungsschiffe" betrieben sowjetische Schiffseinheiten eine intensive Spionagetätigkeit in den Gewässern um Japan.

Die Nachbarschaft der Sozialimperialisten und deren ständige Flottenprovokationen zwingen Japan, seine Verteidigungsmaßnahmen zu treffen. Ende Juni erhielten die Generalstäbe der Teilstreitkräfte die Weisung, einen „umfassenden Plan gegen eine eventuelle ausländische Invasion" zu erstellen. Am 20. Oktober hat die japanische Regierung den im August mit der Volksrepublik China geschlossenen Friedens- und Freundschaftsvertrag ratifiziert.

Die US-Imperialisten haben in Japan Besatzertruppen in der Stärke von 46000 Mann stationiert und versuchen, Japan als Werkzeug ihrer Rivalität mit der anderen Supermacht einzusetzen. Zunehmend versuchen die japanischen Imperialisten aber auch, mit ihren eigenen Expansionsplänen voranzukommen. In diesem Jahr wurde der Bau von vier Flugzeugträgern „zur Erfüllung des Verteidigungsauftrags jenseits der eigenen Hoheitsgewässer" in Auftrag gegeben.



Die Punkte zeigen die Standorte der Marine und Marineflieger. Die Kreuze zeigen die Standorte der 6. Panzergrenadierdivision. Die großen Kreuze bezeichnen Standorte des NATO-Kommandos Rendsburg, des Divisionsstabes Neumünster und der Panzergrenadierbrigade 17 in Hamburg.

Marinestützpunkte an der Ostsee: *Glücksburg: Flottenkommando. Flensburg:* Schpellbootflotille: 3. Schnellbootgeschwader (10 Schnellboote 148). 1. Minensuchgeschwader (7 Minensucher 340, 3 Minensucher 341, 2 Minentransporter 762).Flottendienstgeschwader (5 U-Boot-Jäger 420). Marineschule Mürwik. *Olpenitz:* 12. Schnellbootgeschwader (10 Schnellboote 143). 5. Schnellbootgeschwader (10 Schnellboote 148). 5. Minensuchgeschwader (11 Minensucher 341). *Eckernförde:* 11. U-Bootgeschwader (6 U-Boote 205, 6 U-Boote 206). 3. U-Bootgeschwader (12 U-Boote 206). Minentaucherkompanie. Marinewaffenschule. Kommando für Truppenversuche der Marine. Erprobungsstelle 71 der Bundeswehr. *Kiel:* Marinefliegerdivision. Zerstörerflottille. U-Bootflottille. Marineführungsdienstkommando. Forschungsanstalt der Bundeswehr für Wasserschall und Geophysik. Marinearsenal. 1. Zerstörergeschwader (3 Zerstörer 103, Lütjens-Klasse). 3. Zerstörergeschwader (4 Zerstörer 119). 7. Schnellbootgeschwader (10 Schnellboote 142). 3. Minensuchgeschwader (8 Binnenminensucher 393). 1. Landungsgeschwader (17 Mehrzwecklandungsboote 520). 1. Versorgungsgeschwader. Marinefliegergeschwader 5 (20 DO 28, 20 Sea-King). *Neustadt:* 17. Minensuchgeschwader (10 Binnenminensucher 394). U-Bootlehrgruppe. *Westerland:* Marinefliegerlehrgruppe. Marinelager. **Standorte der 6. Panzergrenadierdivision:** *Neumünster:* Divisionsstab. Panzerbataillon 184. Fernmeldebataillon 6. Panzerartilleriebataillon 185. Nachschubkompanie 180. Instandsetzungskompanie 180. *Lütjenburg:* Flugabwehrbataillon 6. *Plön:* Pionierbataillon 6. *Eutin:* Panzeraufklärerbataillon 6. *Segeberg:* Panzergrenadierbataillon 182. *Lübeck:* Jägerbataillon 172. *Albersdorf:* ABC-Abwehrbattaillon 610. *Itzehoe:* Sanitätsbataillon 6, Heeresfliegerbataillon 6. *Kellinghusen:* Artillerieregiment 6. *Wentdorf:* Panzergrenadierbrigade 16. *Hamburg:* Panzergrenadierbrigade 17. *Breitenburg/Nordoe:* Jägerbataillon 391. *Eggebek:* Marinefliegergeschwader 2 bis 57 (F-104 G). *Jagel:* Marinefliegergeschwader 1 bis 60 (F-104 G). *Leck:* Marinedepot (Munition, Reparatur, Torpedos, Grund-Treibminen). Aukfklärungsgeschwader 52.

sozialimperialistische Flottenprovokationen

z.pek. Am 11. Oktober haben in Japan die umfangreichsten Seemanöver seit dem Zweiten Weltkrieg begonnen. Mit 190 Schiffen, 17o Flugzeugen und 28000 der insgesamt 41000 Soldaten der Seestreitkräfte wird die Verteidigung der japanischen Seewege geübt. Der Schwerpunkt liegt dabei in der Kontrolle der drei Meerengen, die die Verbindung zwischen dem Pazifischen Ozean und dem Japanischen Meer herstellen, – der Straßen von Tsushima, Tsugarn und Soya. Die 5. sowjetische Flotte, die in Wladiwostok am Japanischen Meer stationiert ist, ist auf die Durchfahrt durch diese Meerengen angewiesen, um überhaupt im Pazifik operieren zu können. Der größte Teil der Überwasser-Kampfschiffe, die großen Reparaturwerften und die logistische Infrastruktur für die Einsatzfahrten der sowjetischen Pazifikflotte im Seegebiet östlich von Okinawa, in der Philippinen-See und im Indischen Ozean befinden sich im Gebiet von Wladiwostok. Seit 1970 hat die Sowjetunion mit einer Serie von großen Seemanövern ihren Anspruch auf die Beherrschung der Seewege des Japanischen Meers deutlich gemacht. 150 Kriegsschiffe senden die Sozialimperialisten jährlich durch die Straße von Tsushima am südlichen Ausgang des Japanischen Meers, 50 Kriegs- sowie 100 Spähschiffe durch die Straßen von Tsugaru und Soya.

Im Nordpazifik stellt die Durchfahrt zwischen den Kurilen-Inseln den einzigen freien Zugang der sowjetischen Pazifikflotte aus dem Ochotskischen Meer in den offenen Pazifik dar. „Frei" halten sich die Sozialimperialisten diesen Zugang dadurch, daß sie nach wie vor die zu Japan gehörenden südlichen Kurilen besetzt halten. Japan fordert von der Sowjetunion die Herausgabe dieser Inseln.

Das japanische Verteidigungsweißbuch für das Jahr 1978 bestätigt eine Verstärkung der sowjetischen Streitkräfte im Fernen Osten und vermehrte Einsätze von Schiffen und Flugzeugträgern in den Gewässern Japans. Um 120 Schiffe wurde die sowjetische Pazifikflotte in den letzten Jahren verstärkt. Dazu gehören 40 atomgetriebene U-Boote und raketenbestückte Kampfschiffe der Klasse Kresta II. Die gesamte Stärke der Pazifikflotte beträgt jetzt 750 Schiffseinheiten mit über 1,2 Mio. Tonnen. Der Bericht stellt weiter fest, daß die Marineoperationen der Sowjetunion darauf ausgerichtet sind, politischen Druck auf Japan auszuüben. Über 300 Anflüge sowjetischer Kampfflugzeuge auf den japanischen Luftraum wurden im letzten Jahr registriert. Im Dezember 1977 fotografierte die japanische Luftwaffe im japanischen Luftraum einen sowjetischen Bomber vom Typ TU-16, der mit Lenkwaffen ausgerüstet war. Mehrfach haben sowjetische U-Boote die Fangnetze japanischer Fischer zerrissen. Getarnt als „ozeanographische Forschungsschiffe" betrieben sowjetische Schiffseinheiten eine intensive Spionagetätigkeit in den Gewässern um Japan.

Die Nachbarschaft der Sozialimperialisten und deren ständige Flottenprovokationen zwingen Japan, seine Verteidigungsmaßnahmen zu treffen. Ende Juni erhielten die Generalstäbe der Teilstreitkräfte die Weisung, einen „umfassenden Plan gegen eine eventuelle ausländische Invasion" zu erstellen. Am 20. Oktober hat die japanische Regierung den im August mit der Volksrepublik China geschlossenen Friedens- und Freundschaftsvertrag ratifiziert.

Die US-Imperialisten haben in Japan Besatzertruppen in der Stärke von 46000 Mann stationiert und versuchen, Japan als Werkzeug ihrer Rivalität mit der anderen Supermacht einzusetzen. Zunehmend versuchen die japanischen Imperialisten aber auch, mit ihren eigenen Expansionsplänen voranzukommen. In diesem Jahr wurde der Bau von vier Flugzeugträgern „zur Erfüllung des Verteidigungsauftrags jenseits der eigenen Hoheitsgewässer" in Auftrag gegeben.

Das neue Verteidigungsgesetz der DDR

Aggression nach außen, Reaktion im Innern, im Dienste des Sozialimperialismus

z.krk. Am 13. Oktober ist in der DDR das neue Verteidigungsgesetz von der Volkskammer verabschiedet worden. Das erste Gesetz dieser Art entstand 1961. Die Notwendigkeit der Neufassung begründete Verteidigungsminister Hoffmann, Mitglied des Politbüros des ZK der SED: „Der Hauptgrund für die Überarbeitung und die Neufassung des Verteidigungsgesetzes besteht darin, die Konsequenzen der Verfassung von 1974 für die gesetzlichen Regelungen über die Landesverteidigung zu ziehen..." Die neue Fassung des Gesetzes entspricht den „heutigen und künftigen Bedingungen, die sich... aus unseren Verpflichtungen im Rahmen der sozialistischen Staatengemeinschaft und aus der internationalen Lage ergeben. Sie stimmt insbesondere vollauf mit der Verfassung vom 7. Oktober 1974, mit dem Freundschaftsvertrag mit der UdSSR vom 7. Oktober 1975... überein."

Schon in der Verfassung von 1974 wird die Hörigkeit der DDR der Sowjetunion gegenüber bindender als jemals zuvor festgelegt: „Die DDR ist für immer und unwiderruflich mit der UdSSR verbündet... Die DDR ist untrennbarer Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft. Sie trägt getreu den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus zu ihrer Stärkung bei, pflegt und entwickelt die Freundschaft, die allseitige Zusammenarbeit und den gegenseitigen Beistand mit allen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft." (Art. 6) Noch weiter geht in dieser Hinsicht der 1975 abgeschlossene Freundschaftsvertrag mit der UdSSR, dessen Präambel besagt, daß „die Unterstützung, die Festigung und der Schutz der sozialistischen Errungenschaften... gemeinsame internationalistische Pflicht der sozialistischen Länder" ist. Weiter heißt es in Artikel 8 desselben Vertrages: „Im Falle eines bewaffneten Überfalls irgendeines Staates oder irgendeiner Staatengruppe auf die eine der hohen vertragschließenden Seiten wird die andere hohe vertragschließende Seite dies als einen Angriff auf sich selbst betrachten." Diese Vereinnahmung der DDR-Armee für das Ringen der Sowjetunion um die Weltherrschaft war auch 1975 nicht neu. Neu war, daß die Beistandspflicht der DDR weltweit ausgelegt wurde, wogegen im Freundschaftsvertrag von 1964 sie sich nur auf kriegerische Auseinandersetzungen in Europa bezog. In Afrika hat sich die DDR-Armee – bis jetzt zumindest durch ihre Berater – als zuverlässiger Bündnispartner erwiesen.

War im Verteidigungsgesetz von 1961 noch die Rede davon, daß die DDR „strittige Fragen durch friedliche Verhandlungen und durch Vereinbarungen zu lösen" versucht, so enthält die neue Fassung als erstes die vollkommene Unterordnung der Armee unter die Ziele der Sowjetunion bzw. ihres Instruments, des Warschauer Paktes: „Die DDR verfolgt in engem Bündnis mit der UdSSR und den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft..., den Krieg endgültig aus dem Leben der Völker zu verbannen..." und §1, „Grundlagen der Landesverteidigung" stellt nochmal fest: „Eine grundlegende Voraussetzung für die Landesverteidigung der DDR ist die auf den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus beruhende enge Waffenbrüderschaft der nationalen Volksarmee mit den Armeen der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten." Das Bündnis mit der Sowjetunion war zwar auch Bestandteil des ersten Gesetzes, es enthielt jedoch nicht diese bedingungslose Festknüpfung an den Zielen der Sowjetunion.

Imperialismus nach außen bedeutet Verschärfung der Reaktion nach innen. Das widerspiegeln die weiteren Veränderungen am Gesetz.

Der Verteidigungszustand kann von dem Verteidigungsrat beschlossen werden. 1. „im Falle eines unmittelbar bevorstehenden Angriffs gegen die DDR". 2. „im Falle eines bewaffneten Überfalles auf die DDR" oder 3. „in Erfüllung internationaler Bündnisverpflichtungen". Diese, jede imperialistische Aggression ermöglichenden und vorbereitenden Bestimmungen waren bereits im ersten Gesetz enthalten und sind genauso ins zweite übernommen worden. Neu ist dagegen, daß die allgemeine Mobilmachung auch ohne die Verkündigung des Verteidigungszustandes eingeleitet werden kann – diese Bestimmung zielt eindeutig auf die Niederschlagung revolutionärer Aufstände, auf den Einsatz der Armee gegen das eigene Volk.

Weitere Veränderungen betreffen die Organisierung der Wirtschaft und den Zivildienst.

Die Einheiten der Volkswirtschaft haben Leistungen für den Verteidigungszustand und auch für Übungen „aus ihren Grundmitteln zu erbringen", d.h. schon bei Übungen kann die Produktion von ganzen Fabriken ein- bzw. umgestellt werden, die Löhne brauchen weder ganz noch überhaupt gezahlt zu werden. Die Bürger der DDR müssen sich einer beliebigen Ausbildung unterwerfen und überall im Lande, auch außerhalb ihres Wohnsitzes zu Übungszwecken bereitstehen.



Fahnenoffiziere der Nationalen Volksarmee (NVA) bei einer Parade.

Durch das neue Gesetz wird das bisherige Gesetz über die Zivilverteidigung außer Kraft gesetzt, die Bestimmungen für die Zivilverteidigung sind insgesamt ins neue Gesetz eingegliedert worden und gleichzeitig die Leitung der Zivilverteidigung dem Verteidigungsminister unterstellt, um eine größtmögliche Zentralisierung der Kräfte zu erreichen und damit die Schlagkräftigkeit der Armee und den disziplinarischen Druck zu erhöhen.

Das neue Verteidigungsgesetz ist wahrhaft ein beeindruckendes Dokument der sozialimperialistischen Kriegsvorbereitung, deswegen ist es wohl auch – sozusagen als Vorbild für die anderen Warschauer-Pakt-Staaten – unmittelbar vor der Herbsttagung des Warschauer Paktes verabschiedet worden. Aber wie alle Gesetze, so ist auch dies zuerstmal ein Stück Papier, das es durchzusetzen gilt.

Dabei gibt es Schwierigkeiten. Die Jugend stellt unangenehme Fragen, wozu der Wehrkundeunterricht notwendig sei, Soldaten der NVA protestieren wegen miserabler Verpflegung. Unlängst hat ein Oberst der NVA-Militärakademie sich wegen der mangelhaften „sozialistischen Moral" der Soldaten in der Zeitschrift „Militärwesen" beklagt.

Mit Carters Dienst-Reform gegen die Streikbewegung im öffentlichen Dienst

z.gek. Unter dem Eindruck der anhaltenden Streikbewegung in den öffentlichen Diensten hat sich die US-Reaktion zu Washington, bevor der Kongreß sich über den Herbst vertagt hat, im Eilverfahren noch auf die Endversion von Carters Öffentlicher-Dienst-Reform geeinigt. Verschärft worden sind nochmals die Klauseln, die es in Zukunft erlauben, die Arbeiter und Angestellten des Bundes nach Belieben zu heuern und zu feuern und ihren Lohn weitgehend nach dem „Verhalten im Dienst" zu bemessen. Auf dem Gegenpol macht das Gesetz die Dienstaufsicht scharf. Es winken saftige Gehaltserhöhungen je nach gezeigter Leistung bei der Rationalisierung der Dienste und der Durchsetzung von Zucht und Ordnung. Die Gewerkschaften der Bundesbediensteten erhalten allerhand „Mitbestimmungs"-Schnickschack, aber kein Tarifrecht, wie sie verlangt haben.

Im Zentrum stehen jetzt die großen Lehrerstreiks in Cleveland und in Memphis. In Memphis ist „Zurück-zur-Arbeit" befohlen. Die Lehrergewerkschaft hält den Streik aufrecht, gegen organisierten Streikbruch. Aber zwei Drittel der Schüler gehen aus Solidarität nicht zur Schule. Und die Gewerkschaft der Polizei wie der Feuerwehrleute von Memphis, die selbst einen schweren Streik durchgestanden haben, haben erklärt, daß keines ihrer Mitglieder gegen die Streikposten der Lehrer vorgehen werde.


Streikende Eisenbahner Ende September. Ihnen soll das schwer erkämpfte Streikrecht von neuem genommen werden.

Teuer bezahltes Erdgas

z. mih. Vier Jahre lang haben über 10000 Mitglieder der FDJ in der Sowjetunion geschafft, um zum 29. Jahrestag der DDR die „Drushba-Trasse", den Bauabschnitt der DDR an der „Sojus"-Erdgasleitung, fertigzustellen. In einem Generalabkommen der 28. RGW-Tagung 1974 wurde die Erschließung der Orenburger Erdgasvorkommen und deren Aufbereitung und Förderung festgelegt. Rumänien wurde die Errichtung von Aufbereitungsanlagen in Orenburg auferlegt. Bulgarien, Ungarn, die DDR, Polen und die CSSR übernahmen die volle Verantwortung bis hin zur Finanzierung für je einen Bauabschnitt der „Sojus"-Erdgasleitung. Die entsprechenden Kredite der Internationalen Investitionsbank Moskau von insgesamt



2 Mrd. Dollar wurden auf sie zu gleichen Teilen abgewälzt. Auf 518 km der „Drushba-Trasse" wurden 154000 Tonnen 1420-mm-Stoßrohre mit fast 30000 Schweißnähten verlegt, auf 268 km in die Erde, 8 Mio. Kubikmeter Erde wurden bewegt, 130000 Kubikmeter Stahlbeton verarbeitet. 5 von 22 Verdichtungsstationen, die den ständigen Betriebsdruck von 75 at sichern, wurden gebaut. Zugleich sind sie die Zapfstellen für die Erdgasleitung der Industrie in der RSFSR und sichern deren Energieversorgung. Über 500 Wohnungen wurden übergeben. Dafür erhält z.B. die DDR in den nächsten zehn Jahren „kostenlos" 6 Mrd.m³ Erdgas pro Jahr und hat für die dann folgenden Jahre „Liefermöglichkeiten zu ähnlich günstigen Bedingungen". Das Orenburger Erdgas soll im Gegensatz zum eigenen, das einen um 65% geringeren Heizwert hat, in der chemischen Industrie z.B. der Stickstoffdüngemittelproduktion, als Energieträger von Hochtemperaturprozessen in der Metallurgie, bei Glas und Keramik und bei der Baustoffproduktion eingesetzt werden. Die fertigen Produkte müssen zu großen Teilen wieder in die UdSSR exportiert werden.

Teuer bezahltes Erdgas

z. mih. Vier Jahre lang haben über 10000 Mitglieder der FDJ in der Sowjetunion geschafft, um zum 29. Jahrestag der DDR die „Drushba-Trasse", den Bauabschnitt der DDR an der „Sojus"-Erdgasleitung, fertigzustellen. In einem Generalabkommen der 28. RGW-Tagung 1974 wurde die Erschließung der Orenburger Erdgasvorkommen und deren Aufbereitung und Förderung festgelegt. Rumänien wurde die Errichtung von Aufbereitungsanlagen in Orenburg auferlegt. Bulgarien, Ungarn, die DDR, Polen und die CSSR übernahmen die volle Verantwortung bis hin zur Finanzierung für je einen Bauabschnitt der „Sojus"-Erdgasleitung. Die entsprechenden Kredite der Internationalen Investitionsbank Moskau von insgesamt



2 Mrd. Dollar wurden auf sie zu gleichen Teilen abgewälzt. Auf 518 km der „Drushba-Trasse" wurden 154000 Tonnen 1420-mm-Stoßrohre mit fast 30000 Schweißnähten verlegt, auf 268 km in die Erde, 8 Mio. Kubikmeter Erde wurden bewegt, 130000 Kubikmeter Stahlbeton verarbeitet. 5 von 22 Verdichtungsstationen, die den ständigen Betriebsdruck von 75 at sichern, wurden gebaut. Zugleich sind sie die Zapfstellen für die Erdgasleitung der Industrie in der RSFSR und sichern deren Energieversorgung. Über 500 Wohnungen wurden übergeben. Dafür erhält z.B. die DDR in den nächsten zehn Jahren „kostenlos" 6 Mrd.m³ Erdgas pro Jahr und hat für die dann folgenden Jahre „Liefermöglichkeiten zu ähnlich günstigen Bedingungen". Das Orenburger Erdgas soll im Gegensatz zum eigenen, das einen um 65% geringeren Heizwert hat, in der chemischen Industrie z.B. der Stickstoffdüngemittelproduktion, als Energieträger von Hochtemperaturprozessen in der Metallurgie, bei Glas und Keramik und bei der Baustoffproduktion eingesetzt werden. Die fertigen Produkte müssen zu großen Teilen wieder in die UdSSR exportiert werden.

Der belgische Franc fällt – Tindemans mit ihm

z.gek.Brüssel. Mit dem sang- und klanglosen Abtritt des belgischen Ministerpräsidenten Tindemans hat die Reihe westeuropäischer Regierungskrisen ihre jüngste Fortsetzung gefunden. Den geräuschvollen Vordergrund bildete, von Tindemans Christlicher Volkspartei aus Flandern aufgerührt, von den wallonischen Sozialisten aufgenommen, der „Sprachenstreit" – der stets dazu dient, die Hauptfronten des Klassenkampfes in diesem Land zu verwischen.

Tatsächlich hat Tindemans das „Vertrauen" eines Teils der herrschenden Klasse verloren, nachdem sich die Geschäftslage der belgischen Monopole in den letzten Wochen dramatisch verschlechtert hat. Ausgedrückt hat sich dies vor allem im raschen Verfall des belgischen Francs gegenüber der D-Mark. Für die belgischen Bourgeois verteuern sich dadurch die Importe aus der BRD, während sich der Wert ihrer Exporte in die BRD weiter verringert. Wachsen tun stattdessen die Zinszahlungen an westdeutsche Gläubiger. Die Regierung Tindemans hatte, um das klaffende Defizit in der Handelsbilanz auszugleichen und den Franc-Kurs zu halten, den belgischen Staat seit Mitte August mit allein 42,6Mrd. Francs (ca. 2,7Mrd. DM) beim „Europäischen Fonds für Währungszusammenarbeit" verschuldet, zu einem Zinssatz von 8%. Die so aufgenommenen D-Mark und Dollar hatte sie als zeitweilige „Deckung" für die Ausgabe frischgedruckter Banknoten benutzt, um die ins Astronomische gewachsene Staatsschuld zu begleichen.

Mit den „Sondervollmachten" im Rahmen des Anti-Krisen-Gesetzes sind Handhaben geschaffen, um ohne langes Hin und Her die Steuerschraube anzuziehen, den Angriff auf die Sozialversicherungen zu führen, staatliche Zwangsarbeit in breitem Umfang einzuführen, und darüber den Lohn um Stufen zu senken. Die entsprechende politische Reaktion auf der ganzen Linie natürlich vorausgesetzt. Das etwa ist das Programm in seiner kargen Schönheit. Wohl hat Tindemans und seine (fast) Allparteienregierung darin einige Vorarbeit geleistet. Zum Beispiel sind allein in den ersten neun Monaten dieses Jahres knapp 70000 Arbeitslose, 15% der offiziellen Reservearmee, von Staats wegen an die Arbeit gebracht worden. Aber alles dies ist zu spät, zu zögernd, und außerdem noch zu „unsolide" finanziert. Es braucht einen anderen Marschtritt. Mit der Regierungsbildung beauftragt wurde Paul Vanden Boeynants, bisheriger Verteidigungsminister, mit allen Wassern gewaschener christlicher Reaktionär alter Schule.

Geschlossene Streikfront der Ford-Arbeiter

Produktivitätsabkommen und „Preiskontrollen" sollen die 5% retten

z.hef.London. „20 Pfund mehr, eine Stunde weniger pro Tag", „Productivity is a Fraud", Produktivitätsabkommen sind Betrug, steht auf den Ansteckknöpfen, die viele Arbeiter in der Schlange vor dem Streiklokal bei dem Ford-Werk Dagenham tragen. „Fraud" ist dabei in gleicher Schrift und Farbe wie das „Ford"-Markenzeichen. Ein Arbeiter in der Schlange, Bandarbeiter im Motorenwerk, sagt zu den Produktivitätsabkommen, die Ford will: „ Ich glaube nicht, daß wir überhaupt noch irgendwie mehr produzieren können". An seinem Band, in der OHC-Montage, haben die Kapitalisten im letzten Jahr die Stückzahl auf 133 Motoren pro Stunde heraufsetzen können, „Als sie uns diese Geschwindigkeit im letzten September aufzwangen, haben sie gesagt, daß dies seit acht Jahren ihre Absicht gewesen sei. Vorher hatten wir 127 Stück gemacht, sieben Jahre lang. Jetzt 133, und manche müssen zusätzliche Arbeit machen. Sie sagen, das produzieren sie in Deutschland."

Das Streikgeld, das hier im Streiklokal der TGWU abgeholt wird, beträgt 6 Pfund pro Woche, dazu die Steuerrückzahlung, die die Kapitalisten wöchentlich an Schaltern vor den Werkstoren auszahlen müssen. Zwischen 15 und 25 Pfund hat ein Arbeiter pro Streikwoche. Ein Bandarbeiter kommt sonst auf 50 Pfund netto, bei 68 Pfund brutto für die 40-Stunden-Woche.

Am Donnerstag, wenn Streikgelder ausgezahlt werden, kommen alle 24500 Dagenham-Arbeiter zum Werk. Viele bleiben länger, als es dauert, Streikgeld und Steuerrückzahlung abzuholen. Die Vertrauensleute sind oft den ganzen Tag da und sprechen mit ihren Leuten. Belegschaftsversammlungen während des Streiks, wie sie z.B. die Vertrauensleute von Halewood organisiert hatten, haben bisher in Dagenham nicht stattgefunden. Die Vertrauensleute berichten von ihrer letzten Versammlung am Dienstag, wo sie die Ablehnung des letzten Ford-Angebots von 8% durch die Verhandlungskommission gebilligt hatten. Von Rückkehr zur Arbeit spricht niemand. „ Wir sehen uns Weihnachten im Werk", heißt es oft, wenn ein Arbeiter geht. „Ich rechne mit weiteren vier bis fünf Wochen Streik", sagt uns ein Vertrauensmann. „Von Anfang an war den Arbeitern die Lage klar, auch mit dem Streikgeld. Und sie waren gut vorbereitet auf den Kampf. Auf unserer Versammlung waren es nur 100 von 4000, die gegen den Streik stimmten. Und dabei wußten die Arbeiter damals, daß sie nicht nur gegen die Ford-Motor-Company stehen, sondern daß sie so etwas, was man einen politischen Streik nennen kann, führen müssen."

Der jetzt vierwöchige Streik hat sichtbare Auswirkungen. Die Gewerkschaften bei Vauxhall haben als

sonst auf 50 Pfund netto, bei 68 Pfund brutto für die 40-Stunden-Woche.
Am Donnerstag, wenn Streikgelder ausgezahlt werden, kommen alle 24500 Dagenham-Arbeiter zum Werk. Viele bleiben länger, als es dauert, Streikgeld und Steuerrückzahlung abzuholen. Die Vertrauensleute sind oft den ganzen Tag da und sprechen mit ihren Leuten. Belegschaftsversammlungen während des Streiks, wie sie z.B. die Vertrauensleute von Halewood organisiert hatten, haben bisher in Dagenham nicht stattgefunden. Die Vertrauensleute berichten von ihrer letzten Versammlung am Dienstag, wo sie die Ablehnung des letzten Ford-Angebots von 8% durch die Verhandlungskommission gebilligt hatten. Von Rückkehr zur Arbeit spricht niemand. „ Wir sehen uns Weihnachten im Werk", heißt es oft, wenn ein Arbeiter geht. „Ich rechne mit weiteren vier bis fünf Wochen Streik", sagt uns ein Vertrauensmann. „Von Anfang an war den Arbeitern die Lage klar, auch mit dem Streikgeld. Und sie waren gut vorbereitet auf den Kampf. Auf unserer Versammlung waren es nur 100 von 4000, die gegen den Streik stimmten. Und dabei wußten die Arbeiter damals, daß sie nicht nur gegen die Ford-Motor-Company stehen, sondern daß sie so etwas, was man einen politischen Streik nennen kann, führen müssen."
Der jetzt vierwöchige Streik hat sichtbare Auswirkungen. Die Gewerkschaften bei Vauxhall haben als
Antwort auf ein Angebot unter 5% den Kapitalisten einen Streik in zwei Wochen angekündigt, falls kein wesentlich höheres Angebot vorgelegt wird. Massenversammlungen in allen Vauxhall-Werken finden statt, auf der ersten stimmten die 3000 Arbeiter des Werkes Ellesmere Port für Streik. 3000 Arbeiter der Industriegasfirma British Oxygen haben ein 8%-Angebot der Kapitalisten abgelehnt, zum 1. November wollen die Kapitalisten ein neues Angebot vorlegen. Mit 27000 gegen 8000 stimmten die Schuharbeiter gegen die Annahme eines von der Gewerkschaftsführung empfohlenen 5%-Abschlusses. Die Krankenschwestern fordern 15%, und die Regierung hat sich beeilt, ihnen Behandlung als „speziellem Fall" zuzusichern.

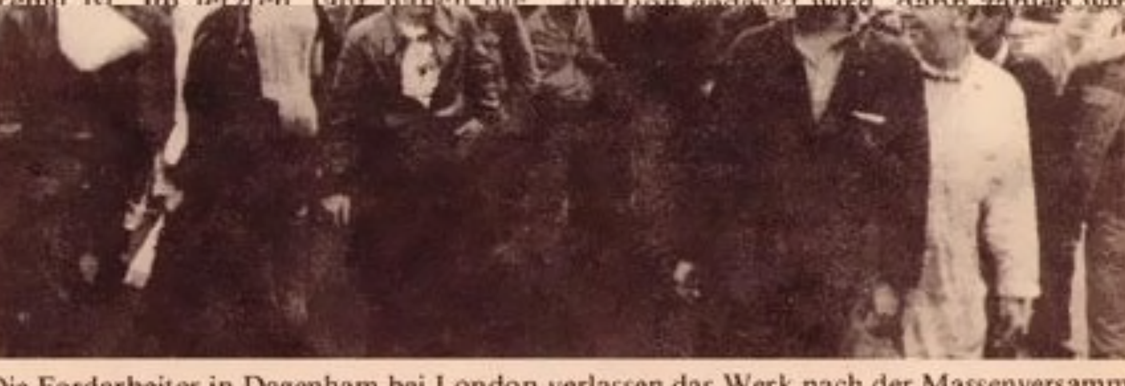
Die sichtbare Unterstützung für den Ford-Streik wächst, z.B. wird Geld geschickt. Zur großen Verbitterung der Kapitalisten bleiben die Häfen gesperrt für Ford-Produkte, und auf der Autoausstellung in Birmingham konnte kein einziger neuer Ford-Wagen ausgestellt werden, wegen einer Solidaritätsaktion der Messearbeiter. Die Sozialdemokraten versuchen mit allen Mitteln, eine Ausweitung der Streiks zu verhindern, vor allem auf die über eine Million Arbeiter des öffentlichen Dienstes, deren Verhandlungen jetzt anstehen. Statt die Front zu stärken, lassen sie die Ford-Belegschaft allein vorne stehen und geben ganz offen die Parole aus: ‚Abwarten, was bei Ford herauskommt'. Dadurch kommt die 14-Tage-Warnung bei Vauxhall zustande, auch der Termin 1. November für das nächste Angebot bei British Oxygen. Die


Die Fordarbeiter in Dagenham bei London verlassen das Werk nach der Massenversammlung am 25. September, auf der sie den Streik beschlossen.



Zahl der Arbeiter, für die Mitte Oktober Tarifverträge abgeschlossen waren, ist mit 150000 um 30% niedriger als im Vorjahr.

Daß Ford ein Angebot außerhalb der 5%-Lohnleitlinie gemacht hat, heißt noch nicht, daß die Leitlinie gesprengt ist.


Die Fordarbeiter in Dagenham bei London verlassen das Werk nach der Massenversammlung am 25. September, auf der sie den Streik beschlossen.



Zahl der Arbeiter, für die Mitte Oktober Tarifverträge abgeschlossen waren, ist mit 150000 um 30% niedriger als im Vorjahr.
Daß Ford ein Angebot außerhalb der 5%-Lohnleitlinie gemacht hat, heißt noch nicht, daß die Leitlinie gesprengt ist.
Im letzten Jahr haben die Ford-Arbeiter ebenfalls die Zehn-Prozent-Linie durchbrochen, trotzdem ist es den Kapitalisten gelungen, in weiten Bereichen die zehn Prozent durchzusetzen. Zur weitestmöglichen Rettung der Lohnleitlinie führt die Regierung Dauerverhandlungen mit der Führung des Gewerkschaftsbundes TUC. In der letzten Woche hat der TUC verschärfte Preiskontrollen als ein Mittel eines „Kompromisses" in die Debatte gebracht.

Aber alles hängt davon ab, ob es ihnen gelingt, bei Ford einen *baldigen* und *niedrigen* Abschluß durchzusetzen. Während Fernsehen und Zeitungen breit über angebliche „Hausfrauenrevolten" der Frauen der Ford-Arbeiter für den Abbruch des Streiks berichten, versenden die Kapitalisten Briefe an die „Lieben Beschäftigten", in denen sie behaupten, es gäbe keinen Grund für den Streik mehr, die Gewerkschaften wollten nicht verantwortlich verhandeln. Am Donnerstag wurde in allen Ford-Werken ein Flugblatt der Verhandlungskommission als Antwort verteilt, in dem die Kommission erklärt, daß sie nicht verhandeln würde, „ohne eine realistische Antwort auf die Forderung, die wir im Auftrag der Fordarbeiter aufgestellt haben". Heute, am Freitag, kann man in den Zeitungen lesen, daß der Vorsitzende der Verhandlungskommission den Kapitalisten Verhandlungen außerhalb der eigentlichen Lohnverhandlungen anbietet, um aus dem „fürchterlichen Zustand" herauszukommen, in dem die Verhandlungen seien. Ford-Kapitalist Beckett wittert Morgenluft und läßt heute im Fernsehen los: „Lassen Sie mich soviel sagen, wir wollen jetzt ein ansehnliches zusätzliches Angebot machen, aber das muß sich auf die Produktivität beziehen, auf alle Dinge, die tatsächlich zur Produktion von mehr Ware führen. Wenn wir uns in diesem Land einfach mehr Geld zahlen, und es nicht von tatsächlicher Pro-

sen Sie mich soviel sagen, wir wollen jetzt ein ansehnliches zusätzliches Angebot machen, aber das muß sich auf die Produktivität beziehen, auf alle Dinge, die tatsächlich zur Produktion von mehr Ware führen. Wenn wir uns in diesem Land einfach mehr Geld zahlen, und es nicht von tatsächlicher Pro-
duktion gedeckt wird, dann zahlen wir den Leuten in Wirklichkeit Konfetti-Geld ...". Die Frechheit kann er sich leisten, weil die sozialdemokratische TUC-Spitze die Verhandlungskommission inzwischen weichgeklopft hat. Die Ford-Arbeiter haben Erfahrung mit putschartigen Abschlüssen der Sozialdemokraten und sind fest entschlossen, weder Produktivitätsabkommen noch niedrigen Prozentabschluß hinzunehmen.

Bausparen. Oder: wie man aus Lohn Kapital macht

z.erb.Rom. Einen Bauspar-Gesetzentwurf hat die italienische Regierung verabschiedet. Die Massen sollen danach zum Kauf von Wohnungen auf gesperrten Sparbüchern ansparen, die Festsetzung des – jedenfalls niedrigen – Zinssatzes behält sich die Regierung vor, außerdem sollen von der offiziellen Teuerungsrate 75 Prozent gutgeschrieben werden. Die Zinsen werden nicht ausgezahlt, sondern „zum Kapital geschlagen". Ist ein Viertel der Kaufsumme erreicht – eine Zwei- bis Drei-Zimmerwohnung kostet heute 30 bis 40 Millionen Lire (75000 bis 100000 DM) – gibt es für den Rest einen Kredit, der mit mindestens 3 Prozent plus Dreiviertel der Teuerungsrate zu verzinsen und in 20 Jahren zurückzuzahlen ist. Was wäre aus dieser „neuen Möglichkeit der Eigentumsbildung für die werktätigen Massen", so der revisionistische Parlamentsausschußvorsitzende Peggio, geworden, wenn ein Stahlfacharbeiter schon in den letzten sechs Jahren nach diesem Programm 5 Prozent seines Lohns „gespart" hätte? Ein Achtel des „Eigenanteils" hätte er jetzt beisammen, haben wir berechnet, mal sechs gibt 48 Jahre.

Frankreich: Der Staat will kranke Arbeiter kontrollieren

z.jon.Paris. Der französische Minister für Arbeit und Mitbestimmung Boulin hat erneut die Verabschiedung eines Gesetzes angekündigt, das die „ Kontrolle von Arbeitsunterbrechungen aus Krankheitsgründen" vorsieht. Bei Krankschreibungen sollen die Kapitalisten berechtigt sein, ein „Gegengutachten" bei einem Arzt anzufordern, den sie selbst vorschlagen können und der dafür vom Staat bezahlt wird. Diese Ärzte sollen Krankschreibungen *aufheben* können! Seit Januar verhindert der entschiedene Widerstand der Gewerkschaften die Verabschiedung dieses Dekrets. Seit Januar 1978 zahlen die Kapitalisten einen Beitrag zum Krankengeld, das ansonsten die Krankenkasse zahlen muß. Dafür maßen sie sich jetzt ein Kontrollrecht über die Arbeiter an. Die Kapitalisten haben sich bareits eine eigene Spitzelorganisation für diesen Zweck, die Securex, geschaffen. Das neue Dekret würde daneben noch eine staatlich finanzierte Organisation stellen, die die Überwachung lückenlos machen soll.

Absichten bei der EG-Erweiterung

z.scc.Brüssel. Die „großangelegten Maßnahmen", die die EG-Imperialisten den „Beitrittskandidaten" Griechenland, Portugal und Spanien zwecks „Umstrukturierung der Landwirtschaft" angedroht haben, nehmen Gestalt an. *Noch* produzieren zum Beispiel die griechischen Bauern vor allem Obst und Gemüse, Oliven und Wein; über 50% ihrer landwirtschaftlichen Ausfuhren werden in die EG exportiert. Die EG-Kommission arbeitet verbissen an der Beseitigung dieser unliebsamen Konkurrenz für die großen Agrarkapitalisten: Die griechischen Weinexporte in die EG wurden letztjährlich um ein Drittel gekürzt; griechischen Tomatenkonzentraten wird mit Mindestpreisen und Einfuhrbeschränkungen der Weg auf die EG-Märkte erschwert; gegen griechische Pfirsiche wurden die Zölle gleich mehrfach erhöht; griechische Olivenölexporte wurden drastisch beschränkt.

Alle drei Länder verfügen über große Getreideanbaugebiete, vor allem für Weizen und Mais. Schon lange juckt es die EG-Imperialisten, die noch vorhandene Abhängigkeit von Getreideimporten abzustreifen und die „Weizenwaffe" nicht den US-Imperialisten allein zu überlassen. Dazu u.a. wollen sie sich die südeuropäischen Länder einverleiben. Deren Ernteerträge sind ihnen jedoch bei weitem noch zu niedrig.

,,Display Determination '78'': US-Imperialisten demonstrieren Entschlossenheit

NATO-Manöver im Mittelmeer

z.ulg.Rom. ,,Die militärischen Ziele der Vereinigten Staaten im Mittelmeerraum sind unverändert'', beginnt eine Anfang 1977 für den US-Senat angefertigte Studie über die Stützpunktpolitik in diesem Raum. Die ,,speziellen'' Ziele sind: ,,1. die Stärke der NATO-Südflanke aufrechtzuerhalten'', 2. die Versorgungslinien der Freien Welt im Mittelmeerraum aufrechtzuerhalten, 3. befreundete Staaten außerhalb der NATO, besonders Israel, zu unterstützen, 4. die Sowjetunion an der Nutzung des Suez-Kanals zu Kriegszeiten zu hindern''. Gleich drei dieser ,,speziellen Ziele'' sind speziell gegen den nationalen Befreiungskampf und die Unabhängigkeit der arabischen Völker gerichtet, der Anspruch auf ungehinderte Plünderung ihrer natürlichen Reichtümer (,,Versorgungslinien der Freien Welt'') nicht minder als die Unterstützung des zionistischen Aggressorstaates und die unverhohlene Ankündigung, spätestens ,,zu Kriegszeiten'' Ägypten zu besetzen, ,,um die Sowjetunion an der Nutzung des Suez-Kanals zu hindern''.

Die beiden Supermächte, die bei weitem die größten Flotten im Mittelmeer unterhalten, haben den Mittelmeerraum zum Kampfplatz ihres Ringens um Hegemonie in Europa und um das Monopol auf die Plünderung der Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas gemacht. Anfang Oktober hat die NATO im Mittelmeer ihr jährliches Herbstmanöver ,,Display Determination'' abgehalten, um dem sozialimperialistischen Rivalen ebenso wie den Ländern der Dritten Welt zu demonstrieren, daß es diesen Räubern an ,,Entschlossenheit'' bestimmt nicht fehlt. ,,Wie im Krieg'' würden sie sich anstrengen, hat der US-Admiral Smedberg bei dieser Gelegenheit auf seinem Flaggschiff getönt. Über 40000 Mann waren für das Manöver aufgeboten worden, außer Verbänden der US-Imperialisten selbst Truppen aus Großbritannien, Italien, Belgien, Portugal, der Türkei und – freilich noch erst mit einem ,,kleinen Kontingent'' – aus Westdeutschland. 93 Kriegsschiffe und über 300 Flugzeuge waren im Einsatz.

Laut Manöverlage waren ,,feindliche Truppen'' gleichzeitig in Griechenland und in Norditalien eingefallen und hatten die NATO-Flotte im westlichen Mittelmeer angegriffen. Während in Nordost-Italien ein Heeresmanöver abgehalten wurde, probte die US-Marine-Infanterie eine Landung in Südgriechenland und führte die Flotte im Ligurischen Meer nördlich von Korsika ,,die größte kombinierte Luft- und Seeschlacht seit dem Zweiten Weltkrieg'' auf. Griechenland ist seit 1974 aus der militärischen Integration der NATO ausgetreten, was dem Landungsmanöver an seiner Küste wohl besondere ,,Realitätsnähe'' geben sollte. Jedenfalls gab die ,,Lage'' Gelegenheit, sowohl den Mittelmeerländern die wilde Entschlossenheit der US-Imperialisten zu Interventionen als auch der sowjetischen Mittelmeer-,,Eskadra'' – die zwecks Beobachtung des Manövers angeblich alle anderen Operationen eingestellt hatte – die Überlegenheit der VI. US-Flotte zu demonstrieren. Regulär gehört zur Sechsten Flotte eine ,,Amphibische Einheit'', zu deutsch: eine Gruppe von Landungsbooten mit einem kompletten Bataillon Marineinfanterie an Bord. Während des Manövers wurden für die Landung in Griechenland aus den USA weitere Einheiten der berüchtigten Interventionstruppe der ,,Marines'' eingeflogen, ,,um die griechische Armee zu unterstützen''.

Pünktlich zu Manöverbeginn wußte die ,,Washington Post'' zu melden, endlich sei es gelungen, die Türkei zur Wiedereröffnung der vier nach dem US-Waffenembargo 1974 geschlossenen ,,Beobachtungsposten'' der US-Imperialisten zu pressen. ,,Es wird angenommen, daß die Reaktivierung der vier strategischen Einrichtungen Bedingung für den Abschluß eines neuen türkisch-amerikanischen Abkommens über militärische Zusammenarbeit ist'', also für die Wiederaufnahme von Waffenlieferungen an die Türkei. Die ,,gleichen Quellen'' prahlten bei dieser Gelegenheit, ganz hätten sie sich eh nie aus der Türkei herauswerfen lassen. Die übrigen 21 US-Stützpunkte hätten auch während des Embargos ,,mehr oder weniger normal funktioniert''. Starke Besetzung im Land ist den US-Imperialisten allemal das liebste Mittel, um die Kontrolle über die strategisch wichtigen türkischen Meerengen fest in den eigenen Händen zu halten.

Wie die Türkei haben sie auch Spanien, Italien und Griechenland mit einem dichten Spinnennetz von Stützpunkten überzogen, nur die wichtigsten davon sind auf der Karte verzeichnet. Mehr als 60000 Mann ihrer Söldnertruppen haben sie auf diesen Stützpunkten und bei der VI. US-Flotte im Einsatz. Vor wenigen Jahren noch hätten wir auch im Süden des Mittelmeers US-Stützpunkte einzeichnen müssen. Die Basis in Wheelus in Libyen haben sie nach der libyschen Revolution 1969 räumen müssen, das NATO-Hauptquartier Südeuropa unter dem Oberbefehl des von der maltesischen Regierung zur unerwünschten Person erklärten US-Admirals mußte 1971 in aller Eile von Malta nach Neapel verlegt werden, und erst in den letzten Wochen haben die US-Imperialisten auch ihren letzten Stützpunkt in Nordafrika, in Kuneitra / Marokko, aufgeben müssen.

Vor allem in der Türkei und Griechenland, aber auch in Spanien und Italien hat sich in den letzten Jahren eine starke antiimperialistische Volksbewegung gegen die Anwesenheit der Supermacht entwickelt. In der Türkei gelang es den Imperialisten Anfang der siebziger Jahre nur durch die Installierung einer Militärdiktatur, die Bewegung vorübergehend zurückzuschlagen. ,,Zum Beispiel'', schreibt Jesse W. Lewis von der US-Botschaft in Saudi-Arabien, ,,verursachten gewalttätige Unruhen in Istanbul und Izmir 1969 und 1970, während derer mehrere amerikanische Seeleute verletzt und ins Meer geworfen wurden, eine zeitweilige Unterbrechung der Besuche der VI. Flotte in türkischen Häfen. Als die Besuche vorsichtig wieder aufgenommen wurden, liefen die Schiffe zunächst nur kleine, abgelegene Küstenstädte an, wo am wenigsten mit Demonstrationen zu rechnen war. Im März 1971 wurde in der Türkei das Kriegsrecht verhängt, und bis zum März 1972 hatte sich die innere Situation soweit beruhigt, daß die größeren Hafenstädte wieder auf die Liste der VI. Flotte gesetzt werden konnten.''

Während die Sozialimperialisten sich im östlichen Mittelmeer nach US-Angaben nur Anlaufrechte in einigen syrischen Häfen verschaffen konnten und im westlichen Mittelmeer ganz auf Ankerplätze auf hoher See angewiesen sind, können sich die US-Imperialisten im Kampf um die Hegemonie in Südeuropa und Nordafrika auf die Beherrschung Italiens stützen. Italien ist nicht nur das an Bevölkerung und neben Frankreich auch an Produktivkräften reichste Land am Mittelmeer, von dort ist auch die Straße von Sizilien, die das östliche und das westliche Mittelmeerbecken miteinander verbindet, zu kontrollieren. Die US-Imperialisten versprechen sich davon sowohl ein Sprungbrett nach Nordafrika als auch die Möglichkeit, im Kriegsfall der sowjetischen Flotte den Zugang ins westliche Mittelmeer zu versperren oder sie dort einzuschließen. In keinem anderen Land in diesem Raum ist eine solche Zahl von US-Truppen und hohen Kommandostellen konzentriert wie in Italien. Mit Ausnahme des Oberkommandos über die Landstreitkräfte, das ein italienischer General führt, sind auch alle entscheidenden Natokommandos dort mit hohen US-Offizieren besetzt. Über einen möglicherweise erzwungenen Abzug der US-Truppen aus Italien heißt es in der eingangs zitierten Studie: ,,Wenn die Vereinigten Staaten dazu gezwungen wären, würde die Fähigkeit der VI. Flotte und ihrer Bestandteile und der Einheiten der US-Luftwaffe in Europa... ihren Auftrag zu erfüllen, fühlbar beeinträchtigt werden.'' Am Ende müßte man sich gar nach Westdeutschland und Spanien zurückziehen, fürchten die Verfasser. Daß die US-Imperialisten nicht daran denken, die Vorherrschaft über diese Schlüsselstellung auch nur mit ihren eigenen Verbündeten zu teilen, haben sie erst kürzlich wieder durch ein gesondertes Abkommen über militärische Zusammenarbeit bewiesen, mit dem sie sich den Hauptteil der Ausrüstungslieferungen für die italienische Armee gesichert haben. Passenderweise hatten italienische Einheiten bei ,,Display Determination'' den Feind zu spielen, sozusagen der Übung halber, ,,für alle Fälle''.

AZOREN 1000 Mann – PORTUGAL – SPANIEN 10000 Mann – FRANKREICH – UNGARN – RUMÄNIEN – UdSSR – JUGOSLAWIEN – BULGARIEN – ALBANIEN – GRIECHENLAND – TÜRKEI 7000 Mann – ITALIEN 12000 Mann – ZYPERN – SYRIEN – LIBANON – ISRAEL – KANARISCHE INSELN – MAROKKO – ALGERIEN – TUNESIEN – LIBYEN – ÄGYPTEN

US-Hauptquartier – NATO-Hauptquartier – Stützpunkt der Landstreitkräfte
Marinestützpunkt – Luftwaffenstützpunkt – ,,Beobachtungsposten'' zur elektronischen Spionage
Fernmeldezentrum – Treibstoff- und Munitionsdepot

Imperialisten drängen auf Zerschlagung der Landreform in Süd-Portugal

z.jon. Die portugiesische Regierung unternimmt einen neuen Versuch, die Kooperativen der Landarbeiter und armen Bauern in der südportugiesischen Provinz Alentejo zu zerschlagen, und das Land der Kooperativen an die enteigneten Großgrundbesitzer und ausländischen Monopole wieder zurückzugeben. Bei Kämpfen mit der berüchtigten Nationalgarde sind in der vergangenen Woche mehr als 70 Bauern verletzt worden. Immer wenn die Polizei von einem von ihr eroberten Gut wieder abzieht, wird es erneut von den vertriebenen Bauern besetzt und gegen die Polizei verteidigt. Die Regierung da Costa beruft sich auf das ,,Landreformgesetz'' vom Juli 1977, das die 1974 erkämpfte Landreform rückgängig machen soll, indem es die Möglichkeit zur Enteignung von Großgrundbesitzern und Großbauern einschränkt. Die Zerschlagung der Bauernbewegung war eine der wichtigsten Bedingungen, die die westeuropäischen und US-Imperialisten gestellt haben, bevor sie Anfang 1978 der portugiesischen Regierung über den Internationalen Währungsfonds Kredite von 750Mio. Dollar und Verhandlungen über die Aufnahme in die EG zusagten. ,,In einer zu 50% ländlichen Bevölkerung muß das Land mehr als die Hälfte seiner Nahrungsmittel wegen der extremen Schwäche seiner landwirtschaftlichen Produktivität importieren'', bedauert heuchlerisch das US-amerikanische Magazin The Banker und fordert die Schaffung von Bedingungen für den Import von Landmaschinen als ,,unabdingbare Voraussetzungen einer Besserung''. Eine der Waffen, die die portugiesische Regierung gegen die Kooperativen im Alentejo eingesetzt hat, war gerade die systematische Verweigerung von Krediten für Saatgut und Landmaschinen, um sie an der Entwicklung der Produktion zu hindern. Die Imperialisten fordern die Vertreibung der landlosen und armen Bauern, um die natürlichen Reichtümer Portugals uneingeschränkt zu plündern. Vor allem aber wollen sie sie in besitzlose Proletarier für die Montageindustrie verwandeln, mit der sie das Land überziehen.



Die portugiesischen Volksmassen bekämpfen die Maßnahmen der Regierung in Streiks und Demonstrationen

Die sozialdemokratische Regierung Soares wurde im Frühjahr dieses Jahres abgesetzt, weil sie nicht fähig war, das ,,Landreformgesetz'' durchzusetzen. Der Anfang August eingesetzten Regierung des Industriemanagers da Costa wurde ihrerseits am 14.9. vom Parlament das Vertrauen verweigert. Offiziell führt sie nur die Geschäfte fort bis zur Bildung einer neuen Regierung. Tatsächlich versucht sie die Maßnahmen der Imperialisten jetzt durchzudrücken.

Imperialisten drängen auf Zerschlagung der Landreform in Süd-Portugal

z.jon. Die portugiesische Regierung unternimmt einen neuen Versuch, die Kooperativen der Landarbeiter und armen Bauern in der südportugiesischen Provinz Alentejo zu zerschlagen, und das Land der Kooperativen an die enteigneten Großgrundbesitzer und ausländischen Monopole wieder zurückzugeben. Bei Kämpfen mit der berüchtigten Nationalgarde sind in der vergangenen Woche mehr als 70 Bauern verletzt worden. Immer wenn die Polizei von einem von ihr eroberten Gut wieder abzieht, wird es erneut von den vertriebenen Bauern besetzt und gegen die Polizei verteidigt. Die Regierung da Costa beruft sich auf das ,,Landreformgesetz'' vom Juli 1977, das die 1974 erkämpfte Landreform rückgängig machen soll, indem es die Möglichkeit zur Enteignung von Großgrundbesitzern und Großbauern einschränkt. Die Zerschlagung der Bauernbewegung war eine der wichtigsten Bedingungen, die die westeuropäischen und US-Imperialisten gestellt haben, bevor sie Anfang 1978 der portugiesischen Regierung über den Internationalen Währungsfonds Kredite von 750Mio. Dollar und Verhandlungen über die Aufnahme in die EG zusagten. ,,In einer zu 50% ländlichen Bevölkerung muß das Land mehr als die Hälfte seiner Nahrungsmittel wegen der extremen Schwäche seiner landwirtschaftlichen

gerade die systematische Verweigerung von Krediten für Saatgut und Landmaschinen, um sie an der Entwicklung der Produktion zu hindern. Die Imperialisten fordern die Vertreibung der landlosen und armen Bauern, um die natürlichen Reichtümer Portugals unein-



Die portugiesischen Volksmassen bekämpfen die Maßnahmen der Regierung in Streiks und Demonstrationen

geschränkt zu plündern. Vor allem aber wollen sie sie in besitzlose Proletarier für die Montageindustrie verwandeln, mit der sie das Land überziehen.

Die sozialdemokratische Regierung Soares wurde im Frühjahr dieses Jahres abgesetzt, weil sie nicht fähig war, das ,,Landreformgesetz'' durchzuset-

---

	EG insg.	,,Kandidaten'' insg.
Weizenanbaufläche in 1000 ha	9342	4240
Weizenernte in 1000 t	35625	7481
Hektarerträge in 100 kg/ha	38,1	17,6

Mit einer ,,Änderung der Bodenordnung'', d.h. Vernichtung des kleinbäuerlichen Eigentums und Errichtung großer Plantagen, mit Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise in der Landwirtschaft Südeuropas peilen die EG-Imperialisten ihr ehrgeiziges Ziel an.

Mangankonferenz: Einheitlicher Preis und eigene Verarbeitung!

z.rua. Anfang Oktober fand in der Hauptstadt Gabuns, Libreville, die erste Konferenz von manganproduzierenden Ländern statt. An ihr nahmen Gabun, Ghana, Obervolta, Zaire, Indien und Mexiko teil, die zu den größten Manganproduzenten der Welt gehören. Mangan ist notwendig zur Legierung von Stahl, Eisen, Aluminium und anderen Metallen. Außer den Sozialimperialisten, die die zweitgrößten Reserven der Welt besitzen, verfügen die anderen imperialistischen Mächte selbst kaum über Manganvorkommen. Über ihre Kolonie Südafrika, wo mit 1,68 Mrd. Tonnen die weltgrößten Reserven lagern, haben die Imperialisten den Preis von 1,58 Dollar pro Tonne (1957) auf fast ein Drittel (0,54 Dollar) im Jahre 1970 gedrückt. Nachdem die Länder der Dritten Welt bis 1975 die Steigerung des Weltmarktpreises auf 1,38 Dollar erzwungen hatten, begannen die Imperialisten – gegen die Anträge der Dritten Welt auf der UNO-Seerechtskonferanz – mit dem Abbau von Manganknollen aus der Tiefsee. Sie hoffen, so den Weltmarktpreis aufs neue drücken zu können. Die Konferenz der manganproduzierenden Länder fand statt, um in Vorbereitung der von der UNCTAD einberufenen Konferenz mit den imperialistischen Importländern eine gemeinsame Position über den Weltmarktpreis zu erarbeiten und die selbständige Verarbeitung des Mangans zu organisieren. Es wurde beschlossen, in Gabun, das über die größten Reserven verfügt, gemeinsame Anlagen zur Manganverarbeitung und Eisenerzeugung aufzubauen.

Argeninien fordert höhere Laderaten im Seefrachtverkehr.

z.bil. Beunruhigt stellen die westlichen Imperialisten den Rückgang ihrer Handelsschiffe fest. Die Handelsflotte der Europäischen Gemeinschaft hat 1976 einen Anteil von 20,8% an der Weltflotte. In der Mitte der sechziger Jahre lag der Anteil bei 30%. 1965 verfügten die 9 westlichen EG-Imperialisten über 13010 Seeschiffe mit 46,2 Millionen Bruttoregistertonnen (BRT).

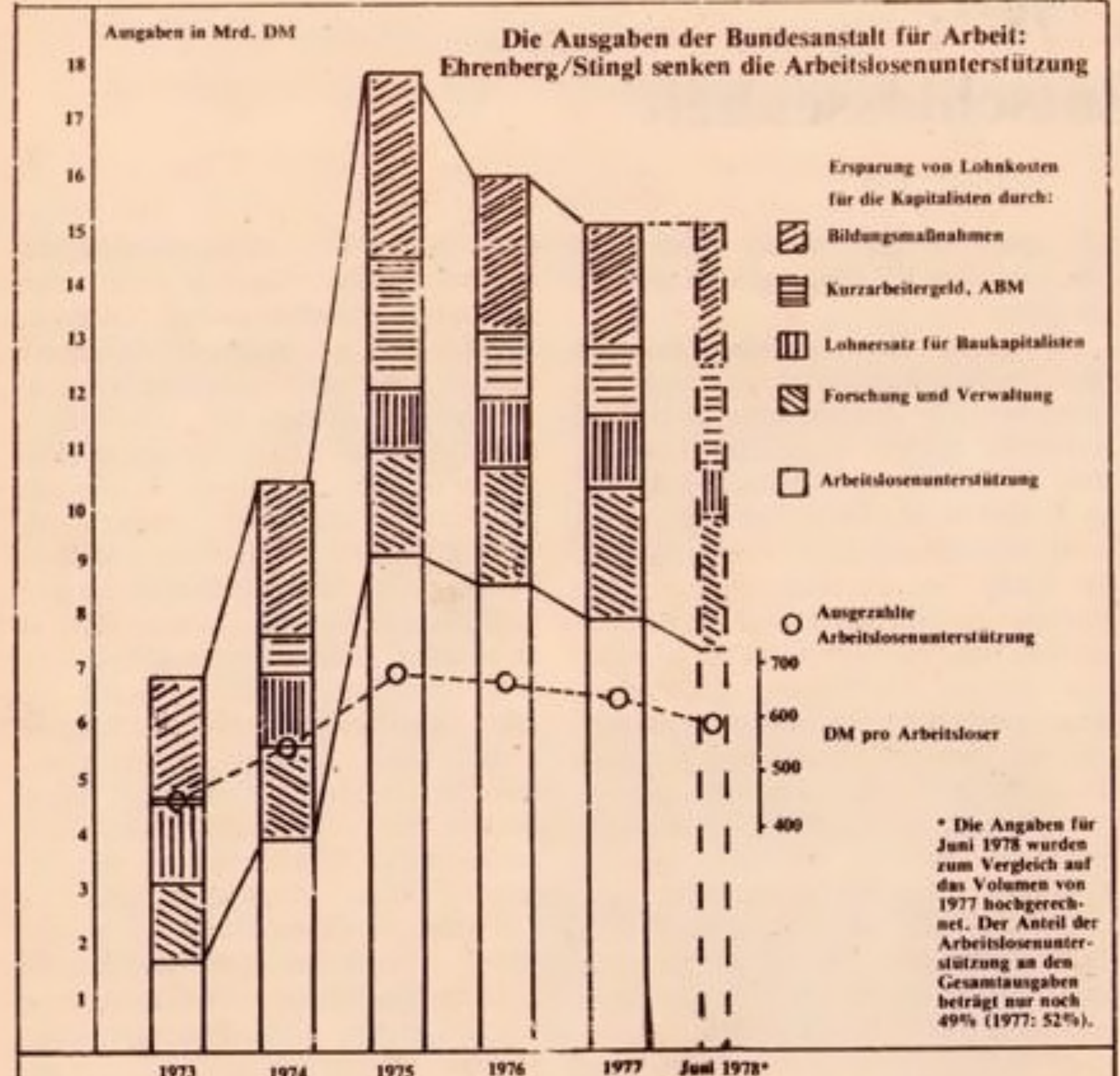
Die Länder der dritten Welt fordern einen höheren Anteil am Transport ihrer eigenen Rohstoffe. So hat jetzt Argentinien das seit vielen Jahren bestehende Abkommen der Ladungsaufteilung (Frachtenpools im Seeverkehr zwischen Argentinien und Europa) zum 1.10.78 gekündigt. Die argentinischen Reedereien bestehen auf folgenden Forderungen: 55% Ladungsanteile für die argentinische Flagge, 45% für alle europäischen nationalen Flaggen. Weiter wird ein Ladungsanteil im Verkehr zwischen Europa und Brasilien gefordert. Die BRD-Imperialisten empören sich. ,,Erstmals in der neueren Schiffahrtsgeschichte habe damit ein bedeutendes Land der dritten Welt in massiver Form einen Ladungsanteil von über 50% beansprucht. Das Prinzip der Gleichheit zwischen Käufer- und Verkäuferflagge werde von Argentinien offensichtlich nicht mehr anerkannt. Sollte eine Einigung nicht möglich sein, so ist auf privatwirtschaftlicher Basis ein Frachtschiffverkehr von oder nach Argentinien nicht mehr aufrechtzuerhalten.'' (Frankfurter Allgemeine Zeitung)

Die profitablen Wege des Shell-Öls bedroht

z.hef. 3000 Ölarbeiter begannen am 11. Oktober in Curacao (Niederländische Antillen) einen Streik für hundertprozentige Lohnerhöhung. Die Raffinerie der Royal Dutch (Königlich Holländischen) Shell, der Ölhafen Curacao, die Schiffahrtslinie Curacao Shipping Company und die Shell-Verkaufsorganisation Niederländisch Antillen sind lahmgelegt. Alle Firmen sind Shell-Tochtergesellschaften. Die Petroleum. Arbeitergewerkscnaft Curacaos hatte zu dem Streik aufgerufen nachdem die Kapitalisten die Forderung abgelehnt und mit der schlechten finanziellen Lage der Raffinerie begründet hatten.

Curacao und fünf andere Inseln sind seit dem 16. Jahrhundert niederlndische Kolonie. Sie liegen in der karibischen See direkt vor der Nordküste Venezuelas. Die königlich-holländische Shell läßt Rohöl aus Venezuela, aber auch aus dem Nahen Osten in die Kolonie schaffen, dort zu Niedrigstlöhnen verarbeiten und das Benzin und andere Ölprodukte dann weiter auf die US-Märkte verschiffen. Nicht nur die Ölarbeiter, auch die ölproduzierenden Länder machen das nicht mehr mit.

Auf einem Seminar der OPEC in Wien am 9. Oktober sagte Scheich Ali Khalifa Sabah, Präsident der OPEC und Erdölminister Saudi-Arabiens, die OPEC-Staaten würden die Behinderung und Sabotage des Aufbaus einer eigenständigen Verarbeitungsindustrie nicht weiter hinnehmen. Die Imperialisten erlauben den ölproduzierenden Staaten nur den Export geringer Mengen von Ölprodukten. Außerdem werden überhöhte Preise für die Ausrüstung gefordert. ,,Diese Beschränkungen werden nicht mehr friedlich hingenommen von der OPEC'', sagte der OPEC-Präsident. ,,Es könnte bald sein, daß die Abschaffung solcher Praktiken eine Bedingung für die Lieferung von Rohöl wird.'' Zu der OPEC-Kommission, die diese Frage weiter untersucht, gehört auch Venezuela.



z.mif. 1975 war Stingl gezwungen, die Kasse für Zahlungen von Arbeitslosenunterstützung zu öffnen. Seitdem haben Ehrenberg und Stingl mit zahllosen Schikanen die Zahlung je Arbeitslosen von 683 auf 583 DM im Monat gedrückt. ,,Weiterbildung", ,,Kurzarbeitergeld", ,,Schlechtwettergeld" – unter solchen Namen schont das den Arbeitslosen geraubte Geld die Lohnausgaben der Kapitalisten.

Zumutbarkeitserlaß als Gesetz – Arbeitsminister Ehrenberg am 21. November die entsprechende 5. Novelle zum Arbeits-

Ein Umzug ist nicht barbarisch / ,,Die Hemmnisse in der Konjunkturentwicklung gehen vom Arbeitsmarkt aus" / Textilgewerkschaft fordert ersatzlose Streichung der Zumutbarkeitsregelungen für Arbeitslose

z.her. Ende September 1978 eröffnet Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff die Debatte um die günstige Entwicklung des Konjunkturverlaufs. Dem schloß sich im großen und ganzen auch die Wirtschaft an. Aber Herr Rodenstock, der frisch gewählte Nachfolger von BDI-Präsident Schleyer, macht Hinweise auf Probleme und Dinge, die ihm am Herzen liegen: ,,... aber ein selbstverständlicher Schwerpunkt meiner Tätigkeit als Präsident ist in jedem Fall die Notwendigkeit, für Arbeitsplätze zu sorgen..., die Kosten- und Angebotslage so zu verbessern, daß sie in Zukunft weltweit bestehen kann" (ZDF, 25.9.78).

Graf Lambsdorff sagte zwar dann am 29. September, er stütze sich auf ein Gutachten des Sachverständigenrates, aber man kann es nicht übersehen, er hat seine ,,Analyse" dem Rodenstock vom Munde abgelesen: Die Geschäfts*erwartungen* der deutschen Wirtschaft seien allenthalben gestiegen, deswegen käme es jetzt auf die Schaffung von weltweit rentablen Angeboten an. Und in diesem Zusammenhang zur Beschäftigungspolitik: Die Wirtschaftspolitik habe keine andere Wahl, als die Beschäftigungsprobleme – die Herr Rodenstock ja an erster Stelle seines Katalogs nannte – durch offensive, aber realistische Wachstumsrate zu lösen.

Kaum zwei Wochen später bringt Emminger, Präsident der Bundesbank, die Sache auf den Nenner: 10 bis 15% der deutschen Unternehmen seien durch Arbeitskräftemangel behindert. Diese Hemmnisse gingen vom Arbeitsmarkt aus. Ohne diese Behinderung könnte die deutsche Konjunktur real um ein halbes Prozent zusätzlich gewachsen sein (nach: Süddeutsche Zeitung, 12.10.78).

Man kann schon sehen, die Zumutbarkeitsklauseln sind von der Wirtschaft diktiert und ihre Durchsetzung wird jetzt eingefordert – die Geschäftserwartung ist sozusagen günstig.

Die westdeutschen Imperialisten sind soweit, daß sie eine neue Warenexportoffensive starten können. Die kapitalistische Rationalisierung und die damit verbundene Umwälzung der Technik ist soweit vorbereitet. Mit der Umwälzung und Verkleinerung der Belegschaften ist erreicht, was seit 1969 nicht mehr so der Fall war: die Lohnkosten pro Produktionseinheit sind gesenkt worden.

Lohnkosten pro Produktionseinheit*

1969	1975	1976	1977	1978
88,8	143,1	*143,7*	149,1	*154,0*
90,0	144,7	144,5	151,5	*153,0*
89,6	*145,0*	146,9	153,3	
94,0	*144,6*	148,6	153,3	

* Angaben vierteljährlich aus dem Beiheft Nr. 4 der Monatsberichte der Deutschen Bundesbank

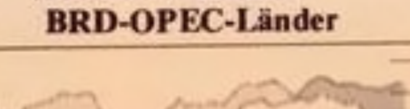
Die BRD-Kapitalisten können also in die billige Serienproduktion gehen, das jedenfalls ist ihr Vorhaben – sie wollen sich den Alptraum vom billigen Hemd aus Saigon vom Hals schaffen.

An diesem Glück fehlt lediglich noch die Beseitigung der ,,Arbeitsmarkthemmnisse", und wie sie's mit dem Lohn halten wollen, hat Herr Rodenstock schon verkündet: ,,Im Nein-Sagen werden wir uns bestimmt nicht erschöpfen, das kann ich Ihnen versprechen" (ZDF-Interview direkt nach seiner Wahl zum BDI-Präsidenten).

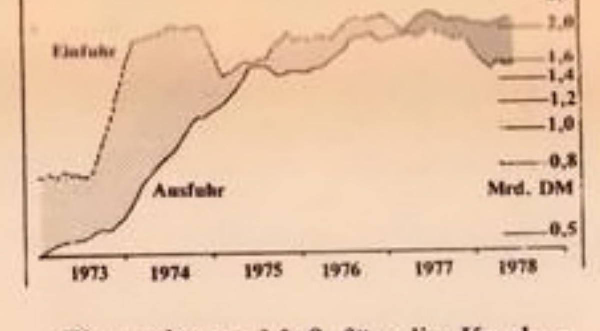
Erstmals seit 1975 zeigen auch wieder die Verbrauchsgüteraufträge aus dem Ausland eine entschiedene Steigerung. Dabei ist die Entwicklung der Exporte der westdeutschen Kapitalisten in die OPEC-Länder interessant: ,,Die OPEC – vom Gegner zum Partner", schreibt die ,,Süddeutsche Zeitung" am 7.10.: Seit 1973 ist die Ausfuhr von Waren in diese Länder von 6 Mrd. DM auf 25 Mrd. DM pro Jahr gestiegen und hat den Import aus diesen Ländern, also die Rohstoffe, überrundet. Und die westdeutschen Imperialisten hoffen, den Gebrauchsgütermarkt dieser Länder mit serienmäßig hergestellten Produkten aus Westdeutschland zu überschwemmen. Die OPEC habe noch für 6 Billionen Dollar Ölreserven – ,,man muß die Zahl einmal niederschreiben", der Journalist der ,,Süddeutschen Zeitung" ist ganz aus dem Häuschen und zählt dann auf, welch gewaltige Warenmassen dieser Markt noch aufnehmen kann, bis die Wirtschaft dieser Entwicklungsländer sozusagen auf eigenen Füßen stehen kann, was die Bourgeoisie hierzulande wird verhindern wollen.

Ausfuhr / Einfuhr – BRD-USA





Ausfuhr / Einfuhr – BRD-OPEC-Länder



Ein weiteres Maß für die Konkurrenzfähigkeit, d.h. die Fähigkeit der westdeutschen Kapitalisten, die westdeutsche Arbeiterklasse auszubeuten, ist die steigende Ausfuhr von Waren in die USA, dem entwickeltsten Ausbeuterstaat.

In der Elektroindustrie spricht die Bourgeoisie zwar derzeit noch davon, daß eine Tendenzwende sich noch nicht abzeichne, aber man erwartet sie sozusagen stündlich. Immerhin verzeichnet die Elektroindustrie bislang in diesem Jahr einen Zuwachs von 7,8%. Dabei sei es gelungen, den Export um 6,3% zu steigern, aber noch immer würden aus dem Ausland 9,4% der Elektroartikel in die BRD importiert. Die Elektroindustrie bereitet sich darauf vor, das Inlandsgeschäft parallel zum Auslandsgeschäft zu ,,beleben", wie das dann so schön heißt, wenn sie die Lebenskraft der Arbeiter in die Profitproduktion einsaugen.

Selbst die ewig laborierende Textilindustrie hat derzeit eine verbesserte Auftragslage aus dem Ausland zu verzeichnen. Und wie Minister Ehrenberg auf dem Textilgewerkschaftstag in Mannheim lobend bemerkte, hätten die Textilarbeiter und die Textilindustrie ja ohne staatliche Subventionen die ,,Strukturumwandlung" vollbracht. Zehntausende von entlassenen Textilarbeitern, wie diejenigen, die jetzt mehr und für weniger Lohn dort arbeiten müssen, werden sich höchstlich bedanken für dieses Lob. Was außerdem noch gelogen ist, wie die Subventionierung des von Delden-Konzerns z.B. in Nordhorn belegt, ebenso wie der Kampf der Belegschaft dort gegen die geplanten Entlassungen durch ,,Umstrukturierung", nämlich Schließung des Zweigwerkes des von Delden-Konzerns.

Doch gerade in diesen beiden genannten Industrien ist große Serienproduktion für Gebrauchsgüter anwendbar. Durch die hohe Kapitalkonzentration sind diese Produktionen auch örtlich zumeist konzentriert. Ein starkes Motiv, die Mobilität von Arbeiterheeren zu erzwingen, je nachdem wie gerade die ,,Geschäftslage" günstig fällt, sind sie dann einsetzbar.

Um das zu erwirken, wird die gesetzgeberische Zwangsverschickung gefordert – und der ,,Gesetzgeber" beeilt sich auch mit einer Gesetzesverschärfung überzukommen und den bisherigen internen Diensterlaß 230 vom August 1978 der Bundesanstalt für Arbeit zu ersetzen, zumal der Widerstand der Arbeiter gegen diesen Erlaß und alle Zumutbarkeitsregelungen, die ja bei Nichtbefolgung mit der Sperre des Arbeitslosengeldes verbunden sind, ständig wächst:

Sperrzeiten wegen unberechtigter Ablehnung einer vom Arbeitsamt angebotenen zumutbaren Arbeit oder beruflichen Bildungsmaßnahme (§ 119 Abs. 1 Nr. 2 – 4 AFG)

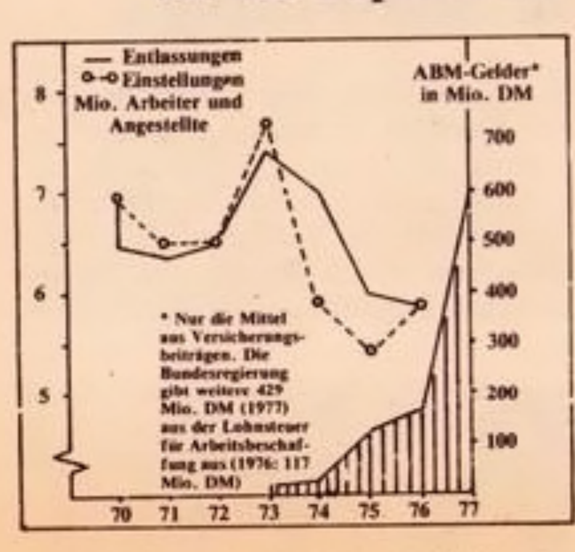
1975	1976	1977
44443	61889	71292

Widersprüche und Klagen gegen Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit 1977

	Förderung der Arbeitsaufnahme	Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung
Widersprüche ..	6461	268
Zunahme gegenüber 1976	92,0%	101,5%
Klagen	458	17
Zunahme gegenüber 1976	98,3%	112,5%

Quelle: Geschäftsbericht 1977

Gewaltige Umwälzung der Arbeiter für die kapitalistische Rationalisierung

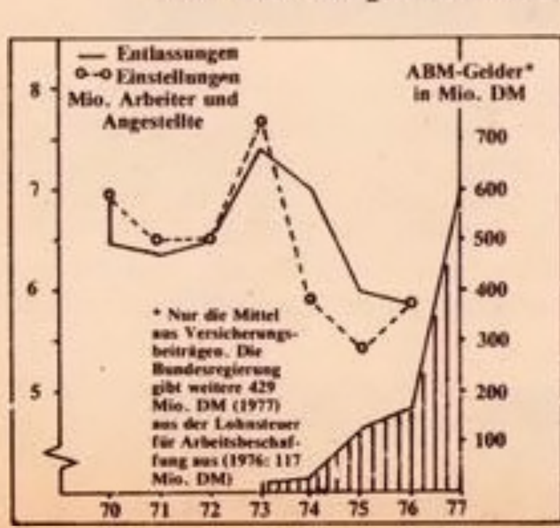




z.mif. Die magische Zahl ,,1 Million Arbeitslose", auf die die Bundesanstalt für Arbeit seit drei Jahren die Aufmerksamkeit der arbeitenden Massen zu konzentrieren sucht, markiert nur den sichtbaren Teil eines viel größeren, seine Zusammensetzung stets wechselnden Körpers. Für den Zeitraum 1970 bis 1976 haben wir die Summe der Einstellungen und die Summe der Entlassungen dargestellt. Es zeigt sich, daß die Kapitalisten jährlich 5 bis 8 Millionen der rund 20 Millionen Arbeiter und Angestellten umwälzen, am meisten 1973 in der stoßweise vorangetriebenen Rationalisierung.

Entwertung der Kenntnisse und Fertigkeiten der Arbeiter, äußerste Beanspruchung von Teilfertigkeiten, Erfordernis größter Anspannung der Konzentration und gleichzeitig höchste Stumpfsinnigkeit der Tätigkeit rund um die Uhr, immer schärfere Auspressung des Schweißes und Aussaugung der Lebenskräfte der Arbeiterklasse gegen einen Lohn, der zur Wiederherstellung der Kräfte nicht reicht – Ehrenberg und Stingl wissen schon, warum sie in den Runderlaß 230 und in das Arbeitsförderungsgesetz ausdrückllich aufnehmen, daß eine Verschlechterung der ,,sonstigen Arbeitsbedingungen" zumutbar sei. Akkord-, Schicht- und Nachtarbeit sind Trümpfe der Kapitalisten für die Weltprofitschlacht. – Die Ausweitung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Formierung eines Sklavenheeres gegen die freie Lohnarbeit, betreibt Stingl nach dem Vorbild der amerikanischen Sklavenhalter, nur vielseitiger. In einer ,,ABM-Ideenbörse" müssen sich die Beschäftigten des Arbeitsamts immer neue Einsatzmöglichkeiten für die Arbeiter in ABM ausdenken. In der Septemberausgabe sind es bereits 212 verschiedene Vernutzungen von Zwangsarbeit. ,,Ausbau von Entwässerungsgräben", ,,soziale Betreuung von Zigeunerfamilien", ,,Entfernung von wilden Plakatierungen und Parolen". Immer geht es darum, den Tarif im öffentlichen Dienst und in allen Branchen zu brechen.

Gewaltige Umwälzung der Arbeiter für die kapitalistische Rationalisierung





z.mif. Die magische Zahl ,,1 Million Arbeitslose", auf die die Bundesanstalt für Arbeit seit drei Jahren die Aufmerksamkeit der arbeitenden Massen zu konzentrieren sucht, markiert nur den sichtbaren Teil eines viel größeren, seine Zusammensetzung stets wechselnden Körpers. Für den Zeitraum 1970 bis 1976 haben wir die Summe der Einstellungen und die Summe der Entlassungen dargestellt. Es zeigt sich, daß die Kapitalisten jährlich 5 bis 8 Millionen der rund 20 Millionen Arbeiter und Angestellten umwälzen, am meisten 1973 in der stoßweise vorangetriebenen Rationalisierung.

Entwertung der Kenntnisse und Fertigkeiten der Arbeiter, äußerste Beanspruchung von Teilfertigkeiten, Erfordernis größter Anspannung der Konzentration und gleichzeitig höchste Stumpfsinnigkeit der Tätigkeit rund um die Uhr, immer schärfere Aus-

Kräfte nicht reicht – Ehrenberg und Stingl wissen schon, warum sie in den Runderlaß 230 und in das Arbeitsförderungsgesetz ausdrückllich aufnehmen, daß eine Verschlechterung der ,,sonstigen Arbeitsbedingungen" zumutbar sei. Akkord-, Schicht- und Nachtarbeit sind Trümpfe der Kapitalisten für die Weltprofitschlacht. – Die Ausweitung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Formierung eines Sklavenheeres gegen die freie Lohnarbeit, betreibt Stingl nach dem Vorbild der amerikanischen Sklavenhalter, nur vielseitiger. In einer ,,ABM-Ideenbörse" müssen sich die Beschäftigten des Arbeitsamts immer neue Einsatzmöglichkeiten für die Arbeiter in ABM ausdenken. In der Septemberausgabe sind es bereits 212 verschiedene Vernutzungen von Zwangsarbeit. ,,Ausbau von Entwässerungsgräben", ,,soziale Betreuung von Zigeunerfamilien", ,,Entfernung von wilden

Stelle seines Katalogs nannte – durch offensive, aber realistische Wachstumsrate zu lösen.

Kaum zwei Wochen später bringt Emminger, Präsident der Bundesbank, die Sache auf den Nenner: 10 bis 15% der deutschen Unternehmen seien durch Arbeitskräftemangel behindert. Diese Hemmnisse gingen vom Arbeitsmarkt aus. Ohne diese Behinderung könnte die deutsche Konjunktur real um ein halbes Prozent zusätzlich gewachsen sein (nach: Süddeutsche Zeitung, 12.10.78).

Man kann schon sehen, die Zumutbarkeitsklauseln sind von der Wirtschaft diktiert und ihre Durchsetzung wird jetzt eingefordert – die Geschäftserwartung ist sozusagen günstig.

Die westdeutschen Imperialisten sind soweit, daß sie eine neue Warenexportoffensive starten können. Die kapitalistische Rationalisierung und die damit verbundene Umwälzung der Technik ist soweit vorbereitet. Mit der Umwälzung und Verkleinerung der Belegschaften ist erreicht, was seit 1969 nicht mehr so der Fall war: die Lohnkosten pro Produktionseinheit sind gesenkt worden.

Lohnkosten pro Produktionseinheit*

1969	1975	1976	1977	1978
88,8	143,1	*143,7*	149,1	*154,0*
90,0	144,7	144,5	151,5	*153,0*
89,6	*145,0*	146,9	153,3	
94,0	*144,6*	148,6	153,3	

* Angaben vierteljährlich aus dem Beiheft Nr. 4 der Monatsberichte der Deutschen Bundesbank

list der ,,Süddeutschen Zeitung" ist ganz aus dem Häuschen und zählt dann auf, welch gewaltige Warenmassen dieser Markt noch aufnehmen kann, bis die Wirtschaft dieser Entwicklungsländer sozusagen auf eigenen Füßen stehen kann, was die Bourgeoisie hierzulande wird verhindern wollen.

Ausfuhr / Einfuhr – BRD-USA



Ausfuhr / Einfuhr – BRD-OPEC-Länder

Ein weiteres Maß für die Konkurrenzfähigkeit, d.h. die Fähigkeit der westdeutschen Kapitalisten, die westdeutsche Arbeiterklasse auszubeuten, ist die steigende Ausfuhr von Waren in die USA, dem entwickeltsten Ausbeuterstaat.

In der Elektroindustrie spricht die Bourgeoisie zwar derzeit noch davon, daß eine Tendenzwende sich noch nicht abzeichne, aber man erwartet sie sozusagen stündlich. Immerhin verzeichnet die Elektroindustrie bislang in

produktion für Gebrauchsgüter anwendbar. Durch die hohe Kapitalkonzentration sind diese Produktionen auch örtlich zumeist konzentriert. Ein starkes Motiv, die Mobilität von Arbeiterheeren zu erzwingen, je nachdem wie gerade die ,,Geschäftslage" günstig fällt, sind sie dann einsetzbar.

Um das zu erwirken, wird die gesetzgeberische Zwangsverschickung gefordert – und der ,,Gesetzgeber" beeilt sich auch mit einer Gesetzesverschärfung überzukommen und den bisherigen internen Diensterlaß 230 vom August 1978 der Bundesanstalt für Arbeit zu ersetzen, zumal der Widerstand der Arbeiter gegen diesen Erlaß und alle Zumutbarkeitsregelungen, die ja bei Nichtbefolgung mit der Sperre des Arbeitslosengeldes verbunden sind, ständig wächst:

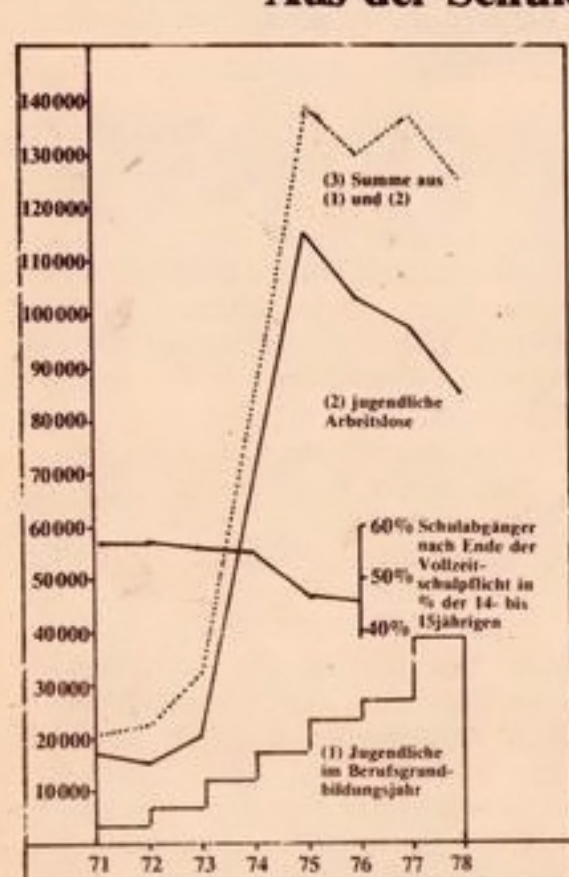
Sperrzeiten wegen unberechtigter Ablehnung einer vom Arbeitsamt angebotenen zumutbaren Arbeit oder beruflichen Bildungsmaßnahme (§ 119 Abs. 1 Nr. 2 – 4 AFG)

1975	1976	1977
44443	61889	71292

Widersprüche und Klagen gegen Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit 1977

	Förderung der Arbeitsaufnahme	Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung
Widersprüche ..	6461	268
Zunahme gegenüber 1976	92,0%	101,5%
Klagen	458	17

Jugendliche Arbeitskraft: Aus der Schule in die Fabrik



z.mif. Um die 400000 Jugendliche wirft alljährlich nach Ableistung ihrer ,,Vollzeitschulpflicht" die Hauptschule aus. Eine wachsende Zahl Sonderschüler (1971: 35518, 1976: 46790) und etwa noch einmal soviele Realschüler und Gymnasiasten werden mittels Notensieb aussortiert, und alle finden sich wieder auf dem Arbeitsmarkt, eine Armee von der Größe der Bundeswehr.

Nicht daß die Kapitalisten zimperlich wären in der Rekrutierung jugendlicher Arbeitskraft. Sie haben, welch tugendhaftes Werk, die Quote arbeitsloser Jugendlicher im September 1978 gegenüber September 1977 von 4,6 auf 4,1% gedrückt. In Zahlen: von 98360 auf 84778. Die älteren Arbeiter dem Ehrenbergministerium überantworten und junge Arbeitskraft mobilisieren, warum nicht? Eine Fessel ist natürlich die Berufsschulpflicht. Zwei halbe Tage in der Woche ohne Ausbeutung ist nicht gut für die Profitrate. Das Messer, mit dem die Bourgeoisie diese Fessel zerschneidet, ist das Berufsgrundbildungsjahr. 39173 Jugendliche befinden sich 1977/78 darin, zehnmal so viel wie 1971/72, neuerdings auf BAföG gesetzt. Das Schaubild zeigt, wie der Ausbau des Berufsgrundbildungsjahres eine dämpfende Wirkung auf die Anzahl jugendlicher Arbeitsloser ausübt. Die Kurve (3) stellt dar, wie hoch die Jugendarbeitslosigkeit wäre, befänden sich alle Teilnehmer am Berufsgrundbildungsjahr stattdessen auf dem Arbeitsmarkt. Im Schuljahr 1977/78 sind 27% der Schüler dem ,,Berufsfeld Metall" zugeteilt, 21% der ,,Ernährung und Hauswirtschaft", 17% der ,,Wirtschaft und Verwaltung", auch alle anderen Branchen werden versorgt.

(Quellen der Schaubilder: Jahresbericht und Presseinformationen der Bundesanstalt für Arbeit, Statistisches Jahrbuch, Broschüre des Bundesinstituts für Berufsbildung ,,Daten zum Entwicklungsverlauf des Berufsgrundbildungsjahres".)

Vollständige Selbstverwaltung der Versicherten Forderungen aus dem Programm des KBW



– Verbesserte Sozialversicherung für alle Lohnabhängigen:

Einheitliche Versicherung für alle Lohnabhängigen.

Vollständiger Schutz für alle Arten des Verlustes oder Minderung der Arbeitsfähigkeit durch Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter, Mutterschaft und für den Fall der Arbeitslosigkeit.

Herabsetzung des Rentenalters auf 50 Jahre bei Frauen, 55 Jahre bei Männern. Erhöhung der Renten auf mindestens 75% eines Facharbeiterlohnes; regelmäßige und gleichzeitige Erhöhung der Renten mit den Löhnen.

Zahlung eines Arbeitslosengeldes von mindestens 80% des Lohns für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit.

Unentgeltliche ärztliche Hilfe und Versorgung mit allen Arzneimitteln. Übertragung des Gesundheitswesens an eine sich selbst verwaltende Krankenkasse, deren Leitung von den versicherten Lohnabhängigen gewählt wird. Bestreitung aller Versicherungskosten ausschließlich durch die Kapitalisten; sofern es sich um Lohnabhängige in staatlichen Betrieben oder Einrichtungen handelt, durch den Staat.

Vollständige Selbstverwaltung der Versicherten in allen Versicherungsinstitutionen.

– Umwandlung der Arbeitsämter aus staatlichen Einrichtungen in Einrichtungen, die ausschließlich von den Lohnabhängigen selbst verwaltet und aus dem Versicherungsfonds unterhalten werden.

Kinderarbeit kostenlos

Vechta. Die Kirche vermittelt junge Mädchen im Alter von 14 bis 15 Jahren, zum Teil auch darunter, zum freiwilligen Dienst auf den Stationen in Krankenhäusern. Sonntags müssen die Jugendlichen das Essen austragen, aufräumen und alle anfallende Arbeit machen, die als nicht qualifiziert eingestuft wurde. Jeden Sonntag sind in dem Krankenhaus in Vechta auf jeder der 13 Stationen je zwei Hilfen. Sie arbeiten jeweils einmal im Jahr. Ein Arbeitsdienst für Mädchen kann leicht daraus werden.

Plünderung der Versicherung

Herne. Vor zwei Wochen wurden durch das Arbeitsamt Herne zwei Elektriker, ein Maurer und ein Gärtnergehilfe an das Josef-Hospital vermittelt. Mit den Ehrenbergschen Maßnahmen wurden vier Arbeiter ins Josefs-Hospital übernommen; ohne Arbeitsvertrag kann der Personalleiter Ochmann jeden Arbeiter auf die Straße setzen, was auch am 18. Oktober geschehen ist.

Die beiden Elektriker, die schon zwei bzw. eineinviertel Jahre da waren, wurden rausgeschmissen und ein Gartenarbeiter wurde gekündigt. Der Personalchef Ochmann hat seinen Obermonteur gerufen, der in der Mitarbeitervertretung hockt, und ihn beauftragt, die Kündigungen auszusprechen. Er sagte zu den beiden Elektrikern, er würde nichts mehr bezahlen und sie wären schon lange genug dagewesen.

Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahme wäre schon lange zu Ende, nur das Arbeitsamt hätte das halt erst jetzt bemerkt. ,,Zu spät bemerkt". Weshalb wurden dann der Maurer, die beiden Elektriker und der Gärtnergehilfe vor zwei Wochen vermittelt, ebenfalls über eine ABM-Maßnahme?

will dem Bundeskabinett förderungsgesetz vorlegen

Gegen 45800 Sperrzeitbescheide wurde Widerspruch erhoben, davon mußten die Arbeitsämter noch 12500 Widersprüchen stattgeben, = 29,3%. Diese Statistik stimmt die Bourgeoisie nicht froh.

Als neu ließ sie deshalb Ehrenberg und Stingl Maßnahmen ankündigen zur Beseitigung längerfristiger Arbeitslosigkeit – am 28.9.im Zweiten Deutschen Fernsehen. Bald war aber heraußen, es handelt sich um den Erlaß 230 vom August, und es geht auch nicht um „längerfristig". „Nur wenige längere Zeit ohne Beschäftigung", ... „Durchschnittsarbeitslosendauer wesentlich geringer als angenommen", verkündet die wohl nicht von der Initiative unterrichtete „Süddeutsche Zeitung" noch am 30. September. Tatsächlich gelingt es aber den Arbeitsämtern vor allem nicht, Arbeitslose, die 1 bis 3 Monate arbeitslos sind, und solche, die zwischen 6 Monaten und 12 Monaten arbeitslos sind, zu verschicken oder sie in Arbeiten, die nicht ihrem Beruf entsprechen, zu zwingen, was regelmäßig mit drastischen Lohnverzichen verbunden werden soll. Seit zwei Jahren kann die Bourgeoisie hier nicht durchdringen:

Dauer der Arbeitslosigkeit – Männer

	1 bis 3 Monate	6 bis 12 Monate
1975	136876	145051
1976	*104088*	*92395*
1977	*105271*	*84315*

In dem Diensterlaß der Bundesanstalt für Arbeit 230 ist deshalb auch Gewicht gelegt auf die Überprüfungsmarke *sechs Monate,* und es ist eingefügt die Möglichkeit der vorfristigen Erledigung. Vorverlegt werden kann, wann überprüft wird, daß eine Verschickung zumutbar ist, ebenso wann eine Abqualifizierung in den erstellten Qualitätsklassen A, B und C vorzunehmen ist. Wobei eine Qualifikation A, wenn kein entsprechender Arbeitsplatz vorhanden, sofort auf C abgestuft werden kann, das ist Hilfsarbeitertätigkeit – während A-Qualifikation Fachhochschul-bzw. Hochschulausbildung darstellen soll.

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit Stingl zeigte sich am 18. Oktober in der ZDF-Sendung „Bilanz" ehrlich überrascht über die Diskussion zu seinem Erlaß. Völlig erstaunt stellt er sich, daß die Arbeiterbewegung das nicht mehr weiter hinzunehmen gedenkt. Als bekannt wurde, daß aus dem schweinischen Erlaß auch noch ein Gesetz werden soll, ist das bei der Arbeiterbewegung auf große Empörung gestoßen. Gerade die Gewerkschaft Textil hat sofort beschlossen, die Beseitigung des Erlasses zu verlangen, und zwar die ersatzlose Streichung – sofort. In einem Schreiben an Stingl und Ehrenberg fordert der Gewerkschaftsvorstand, den Zustand vor dem Haushaltssicherungsgesetz wiederherzustellen, in dem erstmals die Zumutbarkeitsklauseln enthalten sind. Das Haushaltssicherungsgesetz hat der Bundesanstalt für Arbeit freie Hand gegeben. Wie die Sperrzeiten zeigen, hat Stingl nicht gespart. Abgesichert wurde das Ganze dann noch planmäßig, wie häufig, wenn es sich um eine besonders schwierig durchzusetzende Angelegenheit gegen die Arbeiterbewegung handelt, durch ein höchstrichterliches Urteil des Bundessozialgerichtes, das dann erst mal als Gesetz fungiert. Das besonders Hinterfotzige an diesem Urteil ist, daß es sich auch noch um einen Fall (aus dem Jahre 1973) handelte, wo der arbeitslose Ingenieur, der gegen eine Sperrzeit wegen Nichtannahme eines minderen Arbeitsplatzes klagte, die Klage gewann. In dem Urteil wurden dann die Grundsätze festgelegt, die sich im Stingl-Erlaß wiederfinden.

Nach dem jetzigen Sturm der Empörung hat sich sogar die SPD-Fraktion im Bundesparlament gegen die „ungerechte Schärfe" des Erlasses gewandt; bzw. man liest, daß die Fraktion das vorhabe, es hat sich aber zunächst lediglich der arbeitsmarktpolitische Sprecher gemeldet, ein gewisser Lutze. Einer muß aber auch, nachdem die CSU München z.B. nichts Eiligeres zu tun hatte, als dem Erlaß, so wie er ist, Beifall zu zollen, so daß die Regierung und ihre Parlamentsfraktionen sich jetzt in der Lage befinden, sich die Opposition selber organisieren zu müssen – damit das abgekartete Spiel, wie man zu dem Urteil, dann zu dem Erlaß gekommen ist und jetzt zu dem entsprechend ausgefeilten Gesetz kommen will, nicht auffliegt.

Man soll sich jetzt also auf das Parlament verlassen? Herr Lutze macht aber gar kein Hehl daraus, daß die Fraktion nicht grundsätzlich gegen eine Zumutbarkeitsregelung ist – es kann damit auch eine Abstufung verbunden sein, aber von A nach C, das sei nicht nach dem Willen des Gesetzgebers, wie es im Haushaltssicherungsgesetz festgehalten ist. – Und dann Umzug ohne Rücksicht auf die Familie – nein!

Minister Ehrenberg hat schon versprochen, daß er das ändern will, und auch, wie: Die Familie soll beileibe nicht zum Umziehen gezwungen werden (könnte einer ja noch ein Umzugsgeld beanspruchen wollen) – nein, das sei nicht zumutbar. Aber das soll nicht heißen, daß ein Arbeitsplatz als unzumutbar abgelehnt werden kann, weil der Weg von und zur Arbeitsstätte an



einem Tag nicht zu schaffen ist. Was kümmert es auch den Herrn Ehrenberg, ob die Familie zusammen ist oder nicht. So wird eine zusätzliche Verschärfung hochgeschaukelt als Eingehen auf die Forderungen der Arbeiterbewegung.

Wenn man sich dann die Vorschläge des Vorsitzenden des DGB in Hessen anschaut, enthalten diese neben der geheuchelten Ablehnung eine ebenfalls üble Variante: Die Beschäftigten in den Arbeitsämtern sollen durch laxe Handhabung der Dienstanweisung dem Erlaß die „Speerspitze" nehmen. Erstens machen das die Beschäftigten schon lange, so gut sie bei der Dienstaufsicht sich damit durchsetzen können, und zweitens muß es auch aus diesem Grunde eine Verschärfung in Form eines Gesetzes geben – da kann dann gleich die Reform des Radikalenerlasses greifen, wenn das Gesetz nicht befolgt wird.

Kein Wort davon, was Ehrenberg und Stingl für ein Komplott gegen die Arbeiterklasse schmieden und daß es das zu verhindern gilt, während die Regierung schon bereit steht, am 21. November die Vorlage zu verabschieden. Man will aber Rechtshilfe stellen und vor die Gerichte gehen und sich dort abholen, was rechtens ist. Nicht genug hat die IG Metall der Arbeiterklasse die Aussperrungsurteile einhandeln lassen – hier gibt es ja schon ein Urteil des höchsten Gerichtes, das Grundlage für den Erlaß wie das Gesetz bildet.

Auch Bundesvorstandsmitglied Muhr stellt sich die Arbeiter denn doch gar zu blöde vor, oder wen sonst will er glauben machen, der Vorstand sei erstens dagegen und habe zweitens nichts davon gewußt, daß seine Vertreter in der sogenannten Selbstverwaltung der Versicherungskassen dem Erlaß zugestimmt haben – wo ihnen doch Tag und Nacht nichts anderes näher am Herzen liegt als die Probleme der Arbeitsplatzbeschaffung, da soll ihnen der Erlaß entgangen sein? Der lügt doch frech die Leute an. Eine innerorganisatorische Panne soll das sein, wenn Tausende von Arbeitern wie Eilpakete verschickt werden und sich zu einem Niedrigstlohn verkaufen sollen.

Diese Scharte gegenüber der Arbeiterbewegung ist nur auszuwetzen, wenn sich die Gewerkschaftsführungen entschließen, die Forderungen der Mitglieder zu übernehmen und wie die Textilarbeitergewerkschaft den Kampf für die ersatzlose Streichung des Erlasses, und zwar auch aus dem Haushaltssicherungsgesetz, zu organisieren. Insgesamt täte die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung gut daran, sich von diesem Minister für Arbeit und Soziales doch etwas zu distanzieren.

1977 105271 84315

In dem Diensterlaß der Bundesanstalt für Arbeit 230 ist deshalb auch Gewicht gelegt auf die Überprüfungsmarke *sechs Monate,* und es ist eingefügt die Möglichkeit der vorfristigen Erledigung. Vorverlegt werden kann, wann überprüft wird, daß eine Verschickung zumutbar ist, ebenso wann eine Abqualifizierung in den erstellten Qualitätsklassen A, B und C vorzunehmen ist. Wobei eine Qualifikation A, wenn kein entsprechender Arbeitsplatz vorhanden, sofort auf C abgestuft werden kann, das ist Hilfsarbeitertätigkeit – während A-Qualifikation Fachhochschul-bzw. Hochschulausbildung darstellen soll.

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit Stingl zeigte sich am 18. Oktober in der ZDF-Sendung „Bilanz" ehrlich überrascht über die Diskussion zu seinem Erlaß. Völlig erstaunt stellt er sich, daß die Arbeiterbewegung das nicht mehr weiter hinzunehmen gedenkt. Als bekannt wurde, daß aus dem schweinischen Erlaß auch noch ein Gesetz werden soll, ist das bei der Arbeiterbewegung auf große Empörung gestoßen. Gerade die Gewerkschaft Textil hat sofort beschlossen, die Beseitigung des Erlasses zu verlangen, und zwar die ersatzlose Streichung – sofort. In einem Schreiben an Stingl und Ehrenberg fordert der Gewerkschaftsvorstand, den Zustand vor dem Haushaltssicherungsgesetz wiederherzustellen, in dem erstmals die Zumut-

men will, nicht auffliegt.

Man soll sich jetzt also auf das Parlament verlassen? Herr Lutze macht aber gar kein Hehl daraus, daß die Fraktion nicht grundsätzlich gegen eine Zumutbarkeitsregelung ist – es kann damit auch eine Abstufung verbunden sein, aber von A nach C, das sei nicht nach dem Willen des Gesetzgebers, wie es im Haushaltssicherungsgesetz festgehalten ist. – Und dann Umzug ohne Rücksicht auf die Familie – nein!

Minister Ehrenberg hat schon versprochen, daß er das ändern will, und auch, wie: Die Familie soll beileibe nicht zum Umziehen gezwungen werden (könnte einer ja noch ein Umzugsgeld beanspruchen wollen) – nein, das sei nicht zumutbar. Aber das soll nicht heißen, daß ein Arbeitsplatz als unzumutbar abgelehnt werden kann, weil der Weg von und zur Arbeitsstätte an



Bereitstellung der Arbeitskraft für die Kapitalisten

Entwicklung der Arbeitsförderungsgesetze

z.bil. Am 21. November legt Ehrenberg das 5. Arbeitsförderungsgesetz dem Kabinett vor. „Mobilität" ist dabei die Losung, die Marschroute der „aktiven Arbeitsmarktpolitik".

Ziemlich präzise mit dem Einsetzen der krisenhaften Entwicklung des BRD-Imperialismus und den ersten selbständigen Streikbewegungen der Arbeiterklasse, den Septemberstreiks 1969 hat die Bourgeoisie das Arbeitsförderungsgesetz verabschiedet. Seitdem dreht sie an den Bestimmungen – „aktive Arbeitsmarktpolitik" ist Bereitstellung eines Arbeiterkörpers zu jedweder schamlosen Ausbeutung bei Billigstlöhnen.

1969 bei Verabschiedung des Ar beitsförderungsgesetzes wurde folgende Regelung getroffen:

§103

„Der Arbeitsvermittlung steht zur Verfügung, wer
1. eine Beschäftigung unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarkts ausüben kann und darf, sowie
2. bereit ist, jede zumutbare Beschäftigung anzunehmen, die er ausüben kann.

Was „zumutbar" ist, daran hängt es, ob die Arbeitermassen jederzeit verschiebbar und beliebig in den verschiedensten Produktionen einsetzbar sind. Für die Kapitalistenklasse ist die Ant-



wort eindeutig: *Alles* ist zumutbar.

Am *18. Dezember 1975* wird das Gesetz zur „Verbesserung der Haushaltsstruktur im Geltungsbereich des Ar beitsförderungsgesetzes" beschlossen. Über eine Million Arbeiter und Angestellte sind ohne Arbeit. Das Arbeitsförderungsgesetz wird geändert. Folgender Absatz kommt hinzu:

„(1a) Bei der Beurteilung der Zumutbarkeit sind die Lage und die Entwicklung des Arbeitsmarkts, die Interessen der Gesamtheit der Beitragszahler und die des Arbeitslosen zu berücksichtigen. Beschäftigungen sind nicht deshalb unzumutbar, weil
1. sie nicht der bisherigen beruflichen Tätigkeit des Arbeitslosen entsprechen,
2. der Beschäftigungsort vom Wohnort des Arbeitslosen weiter entfernt ist als der bisherige Beschäftigungsort oder
3. die Arbeitsbedingungen ungünstiger sind als bei der bisherigen Beschäftigung, insbesondere lediglich der tarifliche Arbeitslohn gezahlt wird oder im Vergleich zur früheren Beschäftigung übertarifliche Zuschläge oder sonstige Vergünstigungen entfallen."

Mit dieser Änderung war der Zwang ausgesprochen, jedweder Tätigkeit unabhängig vom erlernten Beruf nachzugehen. Sie war der Stachel, mit dem die Akkord-, Schicht-, Überstunden- und Nachtarbeit hingenommen werden mußte – das alles bei gleichzeitiger Lohnsenkung.

Heftigen Widerstand seitens der Arbeiterbewegung, die seit 1969 in großen Streikbewegungen für mehr Lohn gekämpft hat, muß auch das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung in Nürnberg feststellen, das 1975 für die Bundesanstalt für Arbeit eine großangelegte „repräsentative' Umfrage unter 6063 Arbeitern und Angestellten durchführt, die am Stichtag ein Jahr zuvor arbeitslos waren. 67% hatten den Wirtschaftszweig inzwischen gewechselt, 44% den Beruf, von denen drei Viertel wenig bis nichts von ihren beruflichen Kenntnissen verwenden konnten. Das monatliche Nettoeinkommen nach der Arbeitslosigkeit hat sich im Durchschnitt um rund 100 DM verringert. 16% der „wiedereingegliederten Arbeitslosen" waren seit Beginn der Arbeitslosigkeit an einen anderen Ort gezogen, davon nur 6%, um eine neue Stelle zu bekommen, und 10% aus „sonstigen Gründen" (vgl. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 2/77, S. 201ff.)

Die Bourgeoisie ist mit diesen Zahlen keineswegs zufrieden. Begleitende Maßnahmen in Richtung Zwangsarbeit werden getroffen. Das zweite Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres wird auch im Dezember 1975 im Bundestag verabschiedet. Es sieht für die Bezahlung eines Arbeitstages ein „Taschengeld, das 6% der in der Rentenversicherung der Arbeiter geltenden Beitragsbemessungsgrenze nicht übersteigt", für angemessen an. Über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden Arbeiter und Angestellte in die öffentlichen Dienste gezwungen, frei von allen erkämpften Rechten wie einem unbefristeten Arbeitsvertrag, Streikrecht und Personalvertretung. Die Durchsetzung der „Dienstverpflichtung" und Annahme jeglicher Arbeit erfolgt über die Verhängung der Sperrzeiten. „Hat der Arbeitslose ... trotz Belehrung... eine Arbeit nicht angenommen", so erhält er beim ersten „Verstoß" eine Sperrzeit vom Arbeitslosengeld für vier Wochen. Bei weiteren „Verstößen" wird das Arbeitslosengeld ganz gestrichen. (§119 AFG) 1975 verhängten die Arbeitsämter 44443 Sperrzeitbescheide, 1976 waren es schon 61889 und 1977 71292. Gegen 45800 Sperrzeitbescheide wurde Widerspruch erhoben, davon mußten die Arbeitsämter 12500 Widersprüchen stattgeben. Das Bundessozialgericht hat in einem Prozeß gegen die Verhängung der Sperrzeit, in dem der Kläger recht bekam, bei dieser Gelegenheit hinterhältigerweise die Bedingungen der „Zumutbarkeit" von Arbeit genauer definiert.

Stingl und Ehrenberg berufen sich auf das Obergericht. Der Runderlaß 230 ist der Startschuß für die Novellierung des 5. Arbeitsförderungsgesetzes. Seine Präambel lautet:

„Im Interesse einer alsbaldigen Beendigung seiner Arbeitslosigkeit schuldet der Leistungsempfänger der Versichertengemeinschaft eine weitgehende Anpassung seiner Vermittlungswünsche und Vorstellungen an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes. ... Der Kreis zumutbarer Beschäftigungen weitet sich mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit aus. Diese Ausweitung erstreckt sich auf die Art der Tätigkeit (berufliche Mobilität), die Lage des Arbeitsplatzes (räumliche Mobilität) und die sonstigen Arbeitsbedingungen."

Im einzelnen. Wir zitieren aus dem Erlaß:

Berufliche Mobilität: „Der Arbeitslose muß von vornherein bereit sein, zumindest auch verwandte und andere gleichwertige Beschäftigungsarten anzunehmen. Dies gilt auch, wenn hierfür ein Wechsel vom Angestellten zum gewerblichen Arbeitnehmer erforderlich ist..."

Räumliche Mobilität: ... „Nach sechs Monaten sind grundsätzlich Arbeitsstellen zumutbar, die nur durch Wochenendpendeln erreichbar sind..." Dabei ist es *zumutbar,* wenn dem Arbeiter 40 Stunden am Wochenende daheim bleiben. „Nach längerer Dauer der Arbeitslosigkeit ist grundsätzlich die Aufnahme einer Dauerbeschäftigung zumutbar, die einen Umzug erfordert..."

Keine wichtigen Gründe zur Ablehnung der Aufnahme der Arbeit an einem anderen Ort sind:
- Bindungen an die Verwandschaft
- schulpflichtige Kinder
- Nebenerwerbslandwirtschaft
- Berufstätigkeit des Ehegatten.

Sonstige Arbeitsbedingungen: „Während der ersten sechs Monate der Arbeitslosigkeit sind Einkommenseinbußen bis 10% gegenüber dem bisherigen Arbeitsentgelt zumutbar. *Nach* der ersten Zeit der Arbeitslosigkeit sind sonstige Arbeitsbedingungen ... nicht etwa deshalb unzumutbar, weil sie im Vergleich mit der bisherigen Beschäftigung erheblich ungünstiger sind." Dabei muß eine Arbeit angenommen werden, die dem Nettotabellensatz des Arbeitslosengeldes oder der Arbeitslosenhilfe entspricht.

Senkung der Löhne bis zum Arbeitslosenhilfesatz – das ist auf der gleichen Linie, wie der „Vorschlag" Klasens zum diesjährigen Lohnkampf, wo er mit 2% Lohnerhöhung in der „Bild"-Zeitung hervorgetreten ist. Nun soll *dieser* Runderlaß 230 nicht Gesetz werden, dafür macht sich die Sozialdemokratie stark. Was werden soll, dafür garantiert das Ministerium des Arbeitsministers Ehrenberg: „Zwar zeige der Erlaß grundsätzlich in die richtige Richtung, doch sei er bei der Interpretation jener zumutbaren Beschäftigungen, die einen Umzug erforderlich machten, etwas ungeschickt formuliert", zitiert die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" den Minister am 19.10. Man kann sich also noch auf einiges gefaßt machen.

„aktive Arbeitsmarktpolitik" ist Bereitstellung eines Arbeiterkörpers zu jedweder schamlosen Ausbeutung bei Billigstlöhnen.

1969 bei Verabschiedung des Ar beitsförderungsgesetzes wurde folgende Regelung getroffen:

§103

„Der Arbeitsvermittlung steht zur Verfügung, wer
1. eine Beschäftigung unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarkts ausüben kann und darf, sowie
2. bereit ist, jede zumutbare Beschäftigung anzunehmen, die er ausüben kann.

Was „zumutbar" ist, daran hängt es, ob die Arbeitermassen jederzeit verschiebbar und beliebig in den verschiedensten Produktionen einsetzbar sind. Für die Kapitalistenklasse ist die Ant-



ler und die des Arbeitslosen zu berücksichtigen. Beschäftigungen sind nicht deshalb unzumutbar, weil
1. sie nicht der bisherigen beruflichen Tätigkeit des Arbeitslosen entsprechen,
2. der Beschäftigungsort vom Wohnort des Arbeitslosen weiter entfernt ist als der bisherige Beschäftigungsort oder
3. die Arbeitsbedingungen ungünstiger sind als bei der bisherigen Beschäftigung, insbesondere lediglich der tarifliche Arbeitslohn gezahlt wird oder im Vergleich zur früheren Beschäftigung übertarifliche Zuschläge oder sonstige Vergünstigungen entfallen."

Mit dieser Änderung war der Zwang ausgesprochen, jedweder Tätigkeit unabhängig vom erlernten Beruf nachzugehen. Sie war der Stachel, mit dem die Akkord-, Schicht-, Überstunden- und Nachtarbeit hingenommen werden mußte – das alles bei gleichzeitiger Lohnsenkung.

Heftigen Widerstand seitens der Arbeiterbewegung, die seit 1969 in großen Streikbewegungen für mehr Lohn gekämpft hat, muß auch das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung in Nürnberg feststellen, das 1975 für die Bundesanstalt für Arbeit eine großangelegte „repräsentative' Umfrage unter 6063 Arbeitern und Angestellten durchführt, die am Stichtag ein Jahr zuvor arbeitslos waren. 67% hatten den Wirtschaftszweig inzwischen gewechselt, 44% den Beruf, von denen drei Viertel wenig bis nichts von ihren

230 ist der Startschuß für die Novellierung des 5. Arbeitsförderungsgesetzes. Seine Präambel lautet:

„Im Interesse einer alsbaldigen Beendigung seiner Arbeitslosigkeit schuldet der Leistungsempfänger der Versichertengemeinschaft eine weitgehende Anpassung seiner Vermittlungswünsche und Vorstellungen an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes. ... Der Kreis zumutbarer Beschäftigungen weitet sich mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit aus. Diese Ausweitung erstreckt sich auf die Art der Tätigkeit (berufliche Mobilität), die Lage des Arbeitsplatzes (räumliche Mobilität) und die sonstigen Arbeitsbedingungen."

Im einzelnen. Wir zitieren aus dem Erlaß:

Berufliche Mobilität: „Der Arbeitslose muß von vornherein bereit sein, zumindest auch verwandte und andere gleichwertige Beschäftigungsarten anzunehmen. Dies gilt auch, wenn hierfür ein Wechsel vom Angestellten zum gewerblichen Arbeitnehmer erforderlich ist..."

Räumliche Mobilität: ... „Nach sechs Monaten sind grundsätzlich Arbeitsstellen zumutbar, die nur durch Wochenendpendeln erreichbar sind..." Dabei ist es *zumutbar,* wenn dem Arbeiter 40 Stunden am Wochen ende daheim bleiben. „Nach längerer Dauer der Arbeitslosigkeit ist grundsätzlich die Aufnahme einer Dauerbeschäftigung zumutbar, die einen Um-

Weg mit den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen



Kampf der ABM-Beschäftigten in Öffentlichen Diensten für Aufhebung der ABM-Maßnahmen und Einstellung.

Ivens bereitet Zwangsarbeit vor

Kassel. Anfang der letzten Woche hat der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, Hans Ivens, dem Bundesvorstand der Gewerkschaft für Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft einen Besuch abgestattet. Er will sich erneut mit der Gewerkschaft „einigen", daß und wie die Zivildienstleistenden in Staatsforsten, beim Wegebau und Ähnlichem einzusetzen seien. Schon im Frühjahr hatte der Vorstand der Gewerkschaft Ivens eine Abfuhr erteilt und gefordert, falls überhaupt, müßten die Zivildienstleistenden einen richtigen und vollen Lohn bekommen wie alle anderen Arbeiter in dem Bereich nach dem Tarif.

Werftarbeiter kämpfen gegen Entlassungen

Sofort nach Bekanntwerden der Massenentlassungspläne der Werft-Kapitalisten in Hamburg (HDW-Werft) haben die Arbeiter spontan die Arbeit niedergelegt, ihre Forderung: Keine Entlassungen auf der Werft. Die Gewerkschaftsführung ist gezwungen, den Kampf der Arbeiter gegen das Massenentlassungsprogramm in allen westdeutschen Werften zu organisieren, das sich die westeuropäischen Werft-Kapitalisten in der EG unter der Beteiligung der jeweiligen Regierungen ausgekocht haben. Am 23. Oktober ruft die IG Metall Hamburg auf allen westdeutschen Werften zu einem einstündigen Streik auf. Ein Autokonvoi und eine Großkundgebung im Hamburger Hafen soll Anfang November stattfinden. Alle Einzelgewerkschaften des DGB sind aufgerufen, diese Demonstration zu unterstützen. In Bremen soll am 25. Oktober eine große Demonstration der Werftarbeiter durchgeführt werden. Der Bremer Bürgermeister und Stellvertretende Vorsitzende der SPD Koschnick will zu den streikenden Werftarbeitern sprechen. Er wird wie immer versprechen, alles zu tun und sich bei der Regierung einzusetzen, und wird die alte Leier ablassen, wie sehr ihm und seiner ganzen Partei die Erhaltung der Arbeitsplätze die vornehmste Pflicht sei – während man genau weiß, daß er und „seine" Partei maßgeblich an der Erstellung dieses Entlassungsprogramms beteiligt sind. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung in Hamburg will die Demonstration der Werftarbeiter für ihre Interessen unter das Motto „Arbeiter für die Werften – Arbeiten für Hamburg – Gegen die Demontage der HDW" stellen. Was haben die Arbeiter davon, wenn sie *für Hamburg arbeiten* und *für die Werften* sind, die den Kapitalisten gehören – einen Dreck. Richtig ist, in diesen Kämpfen gegen die Entlassungen die Forderung nach vollständiger Selbstverwaltung der Versicherten zu erheben und die Bezahlung der Beiträge durch die Kapitalisten zu fordern. Sonst werden hernach die Arbeiter wieder mit den schon hinreichend bekannten schlechten Sozialplänen abgespeist.

Reformistisches vaterländisches Getöse: Alles für den Profit der Werftherren!

r.hek. Am 20.10.1978 verteilte die Industriegewerkschaft Metall ein Flugblatt, in dem sie aufrief, „die Öffentlichkeit und die Politiker auf die schwierige Arbeitsplatzsituation *demonstrativ* aufmerksam zu machen". Von den Werftunternehmern fordert Bezirksleiter Otto vom Steeg „eine offensive Geschäftspolitik, um den bisherigen Anteil der Schiffsbauproduktion an der gesamten Produktion in der Welt wieder zu erreichen". Unterstützung von der Landesregierung, Subventionen und internationale Abkommen zum Wohle der „notleidenden" Werftindustrie von der Bundesregierung – dafür sollen am Montag (23. 10. 1978) die westdeutschen Werftarbeiter eine Stunde streiken.

Die Reformisten hatten am Donnerstag (12.10.1978) die von 2000 Vulkan-Arbeitern geforderte Betriebsversammlung, anläßlich der zu Tode gehetzten beiden Arbeiter, für die Organisierung des Kampfes zum Verbot des Akkordsystems, abgelehnt. Die Werftarbeiter sammeln jetzt Unterschriften, die die sofortige Einberufung der zusätzlichen Betriebsversammlung für Donnerstag, den 26.10.1978, 9.00 Uhr fordern. Die Maschinenbrenner stellten auf ihrer Branchenversammlung eine Festgeldforderung von 138 DM zum anstehenden Tarifkampf auf. Sie unterschrieben alle die Forderung nach der zusätzlichen Betriebsversammlung.

„Bürgersprechtag spricht die Bürger nicht an"

r.les. „Im Rathaus Schöneberg verstärken sich die Bedenken gegen ein auf den ersten Blick sehr interessantes Experiment des Regierenden Bürgermeisters Dietrich Stobbe: den Bürgersprechtag. Auf Anfrage verlautete gestern aus der FDP-Fraktion sogar, ‚man müsse darüber nachdenken, ob man das nicht lieber einschlafen läßt'. Der Aufwand sei nicht mehr gerechtfertigt." (Berliner Morgenpost, 12.10.78) Seit Mitte Mai hat der Regierende Bürgermeister versucht, mit den „Bürgern in hautnahen Kontakt" zu kommen. Nachdem es anfangs 120 waren und dann im Juli nur noch 30, die Stobbe sprechen wollten, wurde dieses Experiment erstmal bis November ausgesetzt. Die Bürgersprechstunde sollte der Ersatz für die abgesetzte Sendung „Wo uns der Schuh drückt" sein. Diese wöchentliche Sendung mußte damals abgesetzt werden, weil es von der CDU aus Krach gab. Die CDU warf der SPD vor, „Wo uns der Schuh drückt" als Propagandaveranstaltung für die Politik der SPD zu nutzen. Genausowenig wie die Massen diese Sendung interessierte, sind sie für die Bürgersprechstunde zu begeistern, was die rückläufigen Zahlen beweisen. Die einzige Möglichkeit, die Stobbe jetzt noch bleibt, sind Hausbesuche, wovon er aber wahrscheinlich Abstand nehmen wird, da ihm dort das Risiko zu groß ist.

Van Delden kassiert 60 Millionen vom Staat zur Verschärfung der Ausbeutung

Die Entlassung der Povelarbeiter ist ein Teil des Sanierungskonzepts

r.boj. Der Nordhorner Betrieb Povel, Teil des van Delden-Konzerns, der über 5000 Textilarbeiter ausbeutet, geht pleite.

1969 galt Povel als „gutgehender" Betrieb, als „gesundes und marktstarkes führendes Unternehmen der deutschen Textilindustrie" (Erklärung der Firmenleitung von Povel und des Delden-Konzerns). Die Delden-Sippe hat nach dem zweiten imperialistischen Weltkrieg ihren großen Aufschwung erlebt: 1950 noch 31 Mio. DM Umsatz, 1968 209 Mio. DM. Nachdem Povel und andere Betriebe aufgekauft worden waren, waren es 1974 schon 690 Mio. DM. Die Grundlage für einen solchen steilen Aufstieg zum größten westdeutschen Textilkonzern war der niedrige Lohn in der Textilindustrie und darauf basierend die hemmungslose Steigerung der Ausbeutung. 8,04 DM, das ist zur Zeit der höchste tariflich abgesicherte Stundenlohn (für Weber) in der Textilindustrie im Tarifbezirk Westfalen/Osnabrück. Auf der Grundlage haben die Textilkapitalisten der Nordhorner Textilindustrie die Akkorde im Schnitt auf 145 bis 150% geschraubt. Weiter die Wechselbäder von Kurzarbeit, Sonderschichten und Überstunden. So wurde bei Povel von Weihnachten 1976 bis November 1977 Kurzarbeit gefahren, dann von Dezember 1977 bis in den Sommer 1978 hinein Sonderschichten, wobei nur die 24-stündige Sonntagsruhezeit eine Schranke bot, ab August 1978 wieder Kurzarbeit, oft für die Arbeiter nur acht Stunden pro Woche. Gleichzeitig wurden bei M. van Delden in Gronau Sonderschichten gefahren, die aber von einigen Schichten geschlossen verweigert wurden, und bei Eilermark, das ebenfalls zum Delden-Konzern gehört, pressen sie zur Zeit einen Teil der Arbeiter in 12-Stunden-Schichten.

Der Zusammenbruch von Povel ist Ausdruck der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise. Der Gewerkschaftssekretär Arens hat auf der Kundgebung in Nordhorn gesagt, Povel habe eine der modernsten Spinnereien Europas. Die Vernichtung von Produktivkräften ist für die Kapitalisten die einzige Möglichkeit, aus der Krise herauszukommen. Die Landesregierungen unterstützen dabei den Delden-Konzern tatkräftig. Der Delden-Konzern hat bereits 65 Mio. DM an Landesbürgschaften bekommen. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen gewährt jetzt für die westfälischen Teile des Konzerns weitere 40 Mio. DM. Die niedersächsische Landesregierung weigert sich, auch nur für einen weiteren Pfennig zu bürgen. Gegenseitig schieben sie sich die Schuld an der Pleite in die Schuhe.

Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des nordrhein-westfälischen Landtages Schwefers, CDU, dazu: „Die Abkoppelung des Nordhorner Unternehmens sei eine entscheidende Voraussetzung für die Erhaltung der übrigen Unternehmensteile." Er gehe davon aus, „daß unter diesen Bedingungen eine Abnabelung der Ludwig Povel und Co. in Nordhorn in einem Liquidationsvergleich erfolgen kann."

Widerwärtig verlogen seine Parteifreundin, Wirtschaftsministerin und Millionärstochter Breuel aus Hannover: Sie beurteile „die Chancen, einen Interessenten für Povel zu finden, als gar nicht so ungünstig" (Handelsblatt, 10.10.). Das „Handelsblatt" selbst dagegen unverblümt: „Schon vor Tagen hatte NINO Nordhorn die Übernahmemöglichkeit von Povel mit den Worten ausgeschlossen: Wir haben Backsteine und Eisen genug."

Deutlicher wird die Breuel, wenn es im gleichen Artikel im „Handelsblatt" heißt: „Für die Frist von einem Jahr, so Frau Breuel, ist Hannover im Gegensatz zu vorangegangenen Erklärungen nun außerdem bereit, auf die Durchgriffshaftung zu verzichten. Bedingung sei allerdings, daß auch die übrigen Beteiligten stillhalten und die Delden-Gruppe auf jeden Fall für den Sozialplan für die 1036 Mitarbeiter in Nordhorn aufkommt." Einen Sozialplan braucht man dann, wenn man die Arbeiter auf die Straße setzen will. Bei dem Hauen und Stechen, das die Textilkapitalisten auf dem Weltmarkt gegenseitig ausführen, ist das Entlassen von Arbeitern und das Stillegen ganzer Betriebe nicht nur eingeplant, sondern eine der Hauptwaffen im Konkurrenzkampf.

Verschiedene bürgerliche Politiker von der DKP bis hin zur christlichen Reaktion reden jetzt viel von den „Management-Fehlern" des Delden-Konzerns. Also handelt es sich um unfähige Kapitalisten? Nein, sie verstehen sich auf das Geschäft der Plusmacherei. Wie sonst hätten sie sich in den letzten zehn Jahren zu dem größten westdeutschen Textilkonzern aufgeschwungen? Die Stillegung von Povel entspringt vielmehr gesetzmäßig dem grenzenlosen Profitstreben, das die Delden-Kapitalisten mit allen Kapitalisten teilen. Die propagierte Mitbestimmung soll gerade davon ablenken und die Arbeiter besser Sanierungsstrategien gefügig machen.

Der KBW hat in mehreren tausend Flugblättern, die vor allen Nordhorner Betrieben verteilt wurden, die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Krise dargelegt und den Kampf um die Arbeitslosenversicherung als Schutzrechte der Arbeiter gegen die Folgen der kapitalistischen Produktionsweise propagiert.



Über 2000 Menschen beteiligten sich an der Demonstration und Kundgebung der Gewerkschaft Textil und Bekleidung gegen die Schließung des Textilbetriebes Povel, für den der Delden-Konzern den Vergleich beantragt hat.

Gesundheitsamt Salzgitter verweigert kostenlose Impfung gegen Gelbsucht

r.crs. Schon Mitte September ist die erste Erkrankung an ansteckender Gelbsucht in einem Hochhausblock im

Schulklasse wurde nicht geimpft, der Unterricht ging weiter.

Bis Anfang Oktober sind in den drei

klärt „Gesundheitsvorsteher" Globke mit dem Verweis auf das Bundesseuchengesetz, daß die Wohnungen erst

terzeichneten eine Erklärung an das Gericht gegen den Prozeß gegen die Genossin Düring wegen angeblicher

Der Bergbau im Bezirk Südostniedersachsen – Ausbau und Schließung sind kein Wider-

Bürger nicht an"

r.les. „Im Rathaus Schöneberg verstärken sich die Bedenken gegen ein auf den ersten Blick sehr interessantes Experiment des Regierenden Bürgermeisters Dietrich Stobbe: den Bürgersprechtag. Auf Anfrage verlautete gestern aus der FDP-Fraktion sogar, ‚man müsse darüber nachdenken, ob man das nicht lieber einschlafen läßt'. Der Aufwand sei nicht mehr gerechtfertigt." (Berliner Morgenpost, 12.10.78) Seit Mitte Mai hat der Regierende Bürgermeister versucht, mit den „Bürgern in hautnahen Kontakt" zu kommen. Nachdem es anfangs 120 waren und dann im Juli nur noch 30, die Stobbe sprechen wollten, wurde dieses Experiment erstmal bis November ausgesetzt. Die Bürgersprechstunde sollte der Ersatz für die abgesetzte Sendung „Wo uns der Schuh drückt" sein. Diese wöchentliche Sendung mußte damals abgesetzt werden, weil es von der CDU aus Krach gab. Die CDU warf der SPD vor, „Wo uns der Schuh drückt" als Propagandaveranstaltung für die Politik der SPD zu nutzen. Genausowenig wie die Massen diese Sendung interessierte, sind sie für die Bürgersprechstunde zu begeistern, was die rückläufigen Zahlen beweisen. Die einzige Möglichkeit, die Stobbe jetzt noch bleibt, sind Hausbesuche, wovon er aber wahrscheinlich Abstand nehmen wird, da ihm dort das Risiko zu groß ist.

Weihnachten 1976 bis November 1977 Kurzarbeit gefahren, dann von Dezember 1977 bis in den Sommer 1978 hinein Sonderschichten, wobei nur die 24-stündige Sonntagsruhezeit eine Schranke bot, ab August 1978 wieder Kurzarbeit, oft für die Arbeiter nur acht Stunden pro Woche. Gleichzeitig wurden bei M. van Delden in Gronau Sonderschichten gefahren, die aber von einigen Schichten geschlossen verweigert wurden, und bei Eilermark, das ebenfalls zum Delden-Konzern gehört, pressen sie zur Zeit einen Teil der Arbeiter in 12-Stunden-Schichten.

Der Zusammenbruch von Povel ist Ausdruck der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise. Der Gewerkschaftssekretär Arens hat auf der Kundgebung in Nordhorn gesagt, Povel habe eine der modernsten Spinnereien Europas. Die Vernichtung von Produktivkräften ist für die Kapitalisten die einzige Möglichkeit, aus der Krise herauszukommen. Die Landesregierungen unterstützen dabei den Delden-Konzern tatkräftig. Der Delden-Konzern hat bereits 65 Mio. DM an Landesbürgschaften bekommen. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen gewährt jetzt für



Über 2000 Menschen beteiligten sich an der Demonstration und Kundgebung der Gewerkschaft Textil und Bekleidung gegen die Schließung des Textilbetriebes Povel, für den der Delden-Konzern den Vergleich beantragt hat.

Gesundheitsamt Salzgitter verweigert kostenlose Impfung gegen Gelbsucht

Der Bergbau im Bezirk Südostniedersachsen – Ausbau und Schließung sind kein Widerspruch

r.pek. 4551 Beschäftigte des westdeutschen Bergbaus arbeiten im Bereich der Industrie- und Handelskammer (IHK) Braunschweig (Stand 1976). Gegenüber dem Vorjahr nahm ihre Zahl um 11,5% ab; der Grund liegt in der Schließung wie auch im Ausbau von Betrieben. Bei Helmstedt wird Braunkohle gefördert, Eisen bei Lengede, Blei und Zink im Harz. Der Abbau von Ölschiefer im Braunschweiger Raum ist geplant.

Die Grube Lengede wurde dieses Jahr stillgelegt. In Brasilien z.B. ist die Ausbeutung profitabler; alle Eisen- und Stahlmonopole der BRD haben dort Tochtergesellschaften. Bei Blei und Zink (Preussag) ist erst 1972 ein 40 Millionen-DM-Investitionsprogramm beschlossen worden. Mehr Maschinen untertage, eine Skip-Förderanlage für das Erzbergwerk Bad Grund und Ausweitung der Aufbereitung bewirkten von 1968 bis 1974 eine Steigerung der Förderleistung um ein Drittel auf 400000 t pro Jahr. Die Belegschaft wurde im selben Zeitraum von 808 auf 652 gesenkt. In beiden Harzer Gruben, Rammelsberg und Bad Grund, wird schon das ganze Jahr über kurzgearbeitet. Die Preussag rechnet mit einer positiven Bilanz. Gerecht, Direktor des Erzbergwerks Bad Grund, bezeichnet seinen Betrieb als „solide" und „lohnend".

Ausbau und Stillegung sind nur verschiedene Wege, den Profit zu sichern. Der Ölschiefer hat dabei noch „bundespolitische" Aspekte (IHK). Mit Aufschließung des Vorkommens würden die Ölvorräte der BRD verdreifacht. Ohne Sprit fährt kein Panzer ‚und bis dahin will man das „deutsche Öl" „einsetzen, um die OPEC-Preise zu drücken.

r.crs. Schon Mitte September ist die erste Erkrankung an ansteckender Gelbsucht in einem Hochhausblock im Stadtteil Fredenberg bekannt geworden. Eine Lehrerin, die am Schulzentrum unterrichtet, war am 21.9. auf die Infektionsstation des Lebenstedter Krankenhauses eingeliefert worden. Der einzige Internist für die 10000 Einwohner des Stadtteils verweigert zunächst der Familie und anderen Bewohnern des Hochhauses die kostenlose Impfung und Untersuchung, mit Hinweis auf die Regreßpflicht, die mit dem Ehrenbergschen Kostendämpfungsgesetz verschärft worden ist. Dabei ist die Ausbreitung der Krankheit leicht zu verhindern, indem bei Infektionsgefahr alle mit einem Impfstoff – Gammaglobulin – zweimal im Abstand von vier Wochen geimpft werden. Der Impfstoff kostet 44,80 DM pro Spritze. Mit Familie und Nachbarn gehen etliche Hausbewohner ins Wartezimmer des Arztes und verlangen die sofortige Untersuchung und Impfung. Er läßt dann zu Hause anrufen, daß die Untersuchungen und Impfungen gemacht werden auf Krankenschein.

Nach dem Bundesseuchengesetz ist infektiöse Hepatitis eine meldepflichtige Erkrankung an das zuständige Gesundheitsamt. Sechs Tage nach Einlieferung der zuerst Erkrankten ins Krankenhaus schritt dann das Gesundheitsamt ein, indem ein Beauftragter im Krankenhaus erschien, nach engeren Kontakten fragte. Mittlerweile war der erste Fall in der Schule aufgetreten. Der Mutter des Kindes wurde gesagt, sie habe kein Recht, selbständig die Schule von der Art der Krankheit des Sohnes zu unterrichten, das würde der „Gesundheitsvorsteher", Medizinaldirektor Globke, schon machen. Die Schulklasse wurde nicht geimpft, der Unterricht ging weiter.

Bis Anfang Oktober sind in den drei Hochhäusern, in denen jeweils 16 Parteien wohnen mit durchschnittlich je vier Familienangehörigen, insgesamt sieben Erkrankungen aufgetreten, Kinder aus allen drei Schulen des Schulzentrums Fredenberg sind darunter. Seit 1966 nimmt die Zahl der an infektiöser Hepatitis Erkrankten zu: 1973 34 Fälle, 1974 35, 1975 sind es 42 und 1976 schon 47.

Infektionsquellen sind verunreinigte Nahrungsmittel und Trinkwasser (nach Lehrbuch für Innere Medizin, Heilmeyer), dieselben Infektionsquellen, auf die die seit 1962 ständig steigenden Infektionen mit Darmbakterien zurückzuführen sind. „Ergebnisse einiger Laboratorien weisen darauf hin, daß man heutzutage bei 70 oder 100% der Geflügelschlachtkörper mit einem Nachweis von Krankheitserregern rechnen muß." (Bundesernährungsbericht 1976) Die Imperialisten verwandeln aufgrund ihrer Profitsucht die Lebensmittel, die die Massen ihnen abkaufen müssen, immer mehr in minderwertige, Massen von Krankheitskeimen übertragende Lebensmittel. In Fredenberg müssen auf engstem Raum zusammengepfercht in den Wohnsilos die Bewohner von acht Hochhäusern eine Waschküche zusammen benutzen, was die Ansteckungsgefahr begünstigt.

Infektiöse Hepatitis ist eine ernste Erkrankung, nicht behandelt kann sie in ein chronisches Stadium übergehen oder gar zu einer Leberzirrhose (Schrumpfleber) und zum Tode führen. Im Kampf gegen die Ausbreitung der Hepatitis in Fredenberg fordern die Bewohner: „Kostenlose Untersuchung und Schutzimpfung". Zunächst erklärt „Gesundheitsvorsteher" Globke mit dem Verweis auf das Bundesseuchengesetz, daß die Wohnungen erst dann desinfiziert werden, wenn amtlich nachgewiesen ist, daß eine Infektion vorliegt, Impfungen zur Vorbeugung würden nur in Haushaltungen vorgenommen, in denen eine Erkrankung auftritt. Man solle sich nicht aufregen, Hepatitis trete sowieso immer auf.

Bei einer Aktion der Stadtteilzelle des KBW wurde beschlossen, ein Flugblatt herauszugeben, das Gesundheitsamt ständig mit Anrufen zu bombardieren. 18 Bewohner des Stadtteils unterzeichneten eine Erklärung an das Gericht gegen den Prozeß gegen die Genossin Düring wegen angeblicher Beleidigung des Ministers Ehrenberg als Schreibtischmörder, in der das Ministerium anhand der Erfahrungen im Stadtteil und mit dem Gesundheitsamt angegriffen wurde und die kostenlose Impfung und Untersuchung gefordert wurde. Die Erklärung wurde gemeinsam veröffentlicht, das Gesundheitsamt mußte auch Impfungen über die Reihen der direkt Betroffenen hinaus zugestehen. Aber die Forderung nach kostenloser Untersuchung und Impfung steht weiterhin.

Bei Eintritt in die Lohnarbeit steigert sich die Unfallzahl sprunghaft

r.gör. Nach den statistischen Erhebungen der Bourgeoisie (zuletzt für 1976 veröffentlicht) sind pro Monat etwa 15 bis 16% der Bevölkerung krank, mehr als 10 Millionen Menschen. Bei Kindern und Jugendlichen ist der Krankenstand relativ niedriger. Die jugendliche Arbeitskraft ist noch unverbraucht und daher weniger anfällig für Krankheit. Die starke Zunahme von Krankheiten mit dem Lebensalter erklärt sich aus dem Verschleiß, durch Ausbeutung und vom Kapitalismus erzwungene Lebensweisen.

Gleichwohl beginnt der gesundheitliche Ruin bereits in der Kindheit. Von den Kindern unter 15 Jahren sind etwa 9% pro Monat krank, jeder Elfte. Rechnet man die Unfälle hinzu, so kommt man auf 10 bis 11%. (Man vergleiche damit die Zahl der Kinderärzte, die zuletzt veröffentlichte Zahl für 1976: dreieinhalb Kinderärzte pro 10000 Kinder)

Der Einfluß der als Ausbeutung der Arbeitskraft organisierten Produktion zeigt sich besonders drastisch an den Unfällen. Die jüngste Umfrage (für Mai 1976) hat allein für *einen* Monat 692000 Unfälle aufgezeigt. Den größten Anteil daran hat die jugendliche Arbeitskraft. Bei den Jugendlichen im Alter von 15 bis 20 Jahren steigt die Unfallhäufigkeit sprunghaft an; sie sinkt dann mit steigendem Alter *etwas* und geht stark erst in den Altersjahrgängen, die aus der Produktion ausscheiden, zurück. „Immer noch die meisten Unfallverletzungen (ereignen sich) in Ausübung einer Erwerbstätigkeit", schreibt das Statistische Bundesamt. Die Arbeitsunfälle bilden den Hauptanteil an allen Unfällen. Die Statistik enthüllt zugleich, wie groß das Ausmaß der von den gesetzlichen Unfallversicherungen unterdrückten Arbeitsunfälle ist. 1,8 Mio. Arbeitsunfälle haben diese Versicherungen der Kapitalisten für 1976 angezeigt; um 500000 Unfälle liegen die hochgerechneten Zahlen aus Umfragen des Statistischen Bundesamtes darüber.

Die Statistik zeigt weiterhin eine deutliche Verschiebung: relativ weniger Arbeitsunfälle, relativ mehr Unfälle in der Reproduktionssphäre, insbesondere im Verkehr. Die strikt und kostensenkend organisierte Ausbeutung im Produktionsprozeß äußert sich in erhöhter Unfallhäufigkeit der verbrauchten Arbeitskraft außerhalb der Fabriken.

„Werftkontor"

b.rül. Einen „erfolgreichen Verlauf" bescheinigt die bürgerliche Presse der „Ersten Kieler-Schiffbau-Konferenz der SPD", die vorletztes Wochenende unter Leitung von Norbert Gansel stattgefunden hat. Die Pläne der Kapitalisten liegen bereits auf dem Tisch: Sie fordern 20 bis 25% Baukostenzuschüsse und Erhöhung der Reederhilfe. Damit wollen sie die Rationalisierung und Schweißauspressung vorantreiben auf den Werften, und so gestützt auf die verschärfte Ausbeutung der Werftarbeiter ihre Konkurrenten niederschlagen. Die Regierung hat schon die Unterstützung dieser Pläne zugesagt. Sie bietet bislang 250 Millionen DM Subventionen an. Die „Kieler-Schiffbau-Konferenz" dazu: Das sei aber nicht der Kern. Vielmehr müßten „durchgreifende Strukturveränderungen" folgen. Als ob die Kapitalisten nicht schon dabei wären: Ausweitung des Kriegsschiffbaus, Ausweitung des Programmlohns hat jüngst Henke von HDW als sein Programm verkündet. 15000 Werftarbeiter wollen die Werftkapitalisten entlassen, um aus dem Rest das doppelte und dreifache herauszuholen. Die IGM soll diesem Programm zustimmen. Den Vorschlag, den die IGM-Führung auf der „Kieler-Schiffbau-Konferenz" wieder ausgebreitet hat, um dieses Programm durchzusetzen, ist die chauvinistische Spaltung der westdeutschen Werftarbeiter von ihren Klassenbrüdern in den anderen Ländern, um sie mittels dieser Spaltung den Konkurrenzschlachten der Werftkapitalisten zu unterwerfen.

Kapazitätsabbau und Entlassungen ja, aber wenn, dann nicht höher als im Ausland. „Internationale Subventionskontrolle und Kapazitätsbeschränkungen... im Rahmen einer europäischen Einigung" ist deshalb der Vorschlag der IG-Metall. Um die Konkurrenz unter den westdeutschen Kapitalisten zu beschränken, soll ein „nationales Werftkontor" gebildet werden. Das würde die „Beschäftigungseinbrüche" mildern und eine Mauer gegen die Konkurrenz schaffen. Der Vorschlag ist alt. 1969 hat ihn die Bundesregierung bereits über einige Professoren verkünden lassen.

Ob daraus mehr wird als nur Propaganda der Regierungs- und Gewerkschaftssozialdemokratie, ist heute genauso unsicher wie vor neun Jahren. Gefährlich aber ist er so oder so. Was mit dem nationalen Kohlenkontor – sprich Ruhrkohle-AG geworden ist, weiß man; insbesondere aber, was dabei mit den Löhnen und Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter geschehen ist. Drastische Lohneinbußen, ungeheure Rationalisierungen und Verschärfung der Arbeitshetze waren das Ergebnis. Dabei mitzumachen, das hat die IGM auf der „Kieler-Schiffbau-Konferenz" angekündigt.

deutschen Werftarbeiter von ihren Klassenbrüdern in den anderen Ländern, um sie mittels dieser Spaltung den Konkurrenzschlachten der Werftkapitalisten zu unterwerfen.

Kapazitätsabbau und Entlassungen ja, aber wenn, dann nicht höher als im Ausland. „Internationale Subventionskontrolle und Kapazitätsbeschränkungen... im Rahmen einer europäischen Einigung" ist deshalb der Vorschlag der IG-Metall. Um die Konkurrenz unter den westdeutschen Kapitalisten zu beschränken, soll ein „nationales Werftkontor" gebildet werden. Das würde die „Beschäftigungseinbrüche" mildern und eine Mauer gegen die Konkurrenz schaffen. Der Vorschlag ist alt. 1969 hat ihn die Bundesregierung bereits über einige Professoren verkünden lassen.

Ob daraus mehr wird als nur Propaganda der Regierungs- und Gewerkschaftssozialdemokratie, ist heute genauso unsicher wie vor neun Jahren. Gefährlich aber ist er so oder so. Was mit dem nationalen Kohlenkontor – sprich Ruhrkohle-AG geworden ist, weiß man; insbesondere aber, was dabei mit den Löhnen und Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter geschehen ist. Drastische Lohneinbußen, ungeheure Rationalisierungen und Verschärfung der Arbeitshetze waren das Ergebnis. Dabei mitzumachen, das hat die IGM auf der „Kieler-Schiffbau-Konferenz" angekündigt.

Kern des ganzen Programms der Kapitalistenklasse ist die Senkung der Löhne der Werftarbeiter. Schwerpunkte der kommenden Lohnrunde sei nicht mehr der Lohnkampf, hat Hilsebein von der IGM schon auf der letzten Betriebsversammlung bei HDW verkündet. Das paßt zum Werftkontor. Den Interessen der Werftarbeiter entspricht es, wenn sie sich jetzt rasch über die Forderungen in der kommenden Lohnrunde einigen und über Forderungen gegen die Steuerausplünderung. Gelingt das, dann wird auch das Konzept „Werftkontor" schnell vom Tisch sein.

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstr. 15, 3000 Hannover, Telefon: 0511/814045
Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876/77
Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348
Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/382168
Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Telefon 0421/6160455
Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Telefon 030/6145099
Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/730231
Geschäftsstelle Saarbrücken: Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken
Geschäftsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Telefon 0621/16279
Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/611805
Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348

Altenzentrum Neumühlen-Dietrichsdorf

Die Kollegen beraten Kampfschritte gegen die Rationalisierungsmaßnahmen der Stadt Kiel

b. chc. Für die Kollegen im Altenzentrum Neumühlen-Dietrichsdorf hat sich die Arbeitshetze durch die Rationalisierungsmaßnahmen der Stadt Kiel soweit zugespitzt, daß jetzt Kampfschritte dagegen beraten werden. War die Personalsituation schon vor der Urlaubszeit keineswegs ausreichend, und gibt es weder Urlaubs- noch Krankheitsvertretungen, so ist durch Urlaub und Krankheit die Arbeit gegenwärtig überhaupt nicht mehr zu schaffen. Bei 107 Pflegefällen auf drei Abteilungen und einer Blindenstation arbeiten 14 Schwestern, davon vier Halbtagskräfte. Hinzu kommen 15 Pflegehelferinnen, vier Zivildienstleistende und drei Schülerinnen aus dem Anscharkrankenhaus. Die Zivildienstleistenden sind für die Begleitung zu Arztbesuchen, für Gehübungen und Spaziergänge mit den alten Leuten eingestellt. Sie arbeiten zur Zeit voll den Schichtdienst auf den Pflegeabteilungen. Die Schülerinnen werden bei der Schichtplanung als volle Arbeitskräfte mitgezählt.

Das Altenzentrum besteht jetzt seit elf Monaten. Der Stellenplan wurde vor Bezug des Hauses aus den Durchschnittswerten der übrigen Kieler Altenheime errechnet. Mag er die ersten Wochen noch gestimmt haben, jetzt aber mit Sicherheit nicht mehr. Die Kollegen haben sich einige Zeit mit dem Argument des Leiters des Sozialamtes, der Stellenplan sei voll ausgeschöpft und alle Planstellen besetzt, zufrieden gegeben. Bei den Untersuchungen über die Intensivierung der Arbeit wurde jetzt aber von den Kollegen erkannt, daß der Arbeitsanfall weitaus mehr geworden ist, besonders in den letzten sechs Monaten. Von den 107 Pflegefällen sind 37 schwerste und 57 schwere Pflegefälle. Allein 1977 wurden 49 Sterbefälle gezählt und 79 Neuaufnahmen. Diese Arbeit, die zusätzlich anfällt, und das pro Pflegestation zwei- bis dreimal im Monat, ist schon viel. Dazu kommt die laufende Pflege der kranken, alten Menschen. Zu Recht sind die Kollegen verärgert, wenn am Wochenende dann keine Zeit für Augentropfen, Verbände und andere notwendige Anwendungen ist.

Im Küchen- und Hausbereich ist die Lage nicht anders. Saubergemacht werden die Zimmer tageweise umschichtig, am Wochenende überhaupt nicht. In der Küche ist an der Tagesordnung, daß vier bis fünf Frauen das Essen für 139 Bewohner zubereiten müssen, zusätzlich Diabetes- und Magenschonkostdiäten. Daß dabei nicht nur die Töpfe auf dem Herd dampfen, ist kein Wunder. Laut Aussagen des Dienstherren versorgen sich die 32 Rentner der oberen zwei Stockwerke selbst. Die Wirklichkeit sieht aber so aus, daß bei zwei Rentnern zweimal täglich Insulin gespritzt, drei weitere drei- bis viermal täglich Medikamente verabreicht bekommen müssen und alle, die krank sind, in ihren Zimmern mit Essen versorgt werden müssen. Diese Arbeiten werden von den Kräften der Pflegestation mitgemacht.

Der Krankenstand mit 25% bei den Kollegen ist am höchsten bei allen Kieler Altersheimen. Wundern tut das nicht: zwölf Tage ohne Pause arbeiten und dann nur zwei Tage frei, um die Arbeitskraft zu reproduzieren. Um diese unerträgliche Lage sowohl für die Kollegen als auch für die Bewohner zu ändern, haben die Kollegen jetzt beraten, gegen den Dienstherrn Forderungen zur Verbesserung ihrer Lage durchzusetzen. Geplant ist, einen Brief an Bürgermeister Bantzer und die Ratsversammlung zu schicken und an den Leiter des Sozialamtes Dr. Haugk.

Gefordert wird von den Kollegen, für die oberen Stockwerke mit den 32 Rentnern eine zusätzliche Planstelle einzurichten und sie sofort zu besetzen. Weiter wird eine Untersuchung des jetzt bestehenden Personalschlüssels gefordert, und eine Neuberechnung, die dem jetzigen Arbeitsanfall gerecht wird. Einig sind sich die Kollegen darin, daß pro Schicht auf den Pflegeabteilungen drei bis vier Kräfte vorhanden sein müssen.

In den Beratungen haben die Kollegen den Aufbau einer Streikfront und das Einschalten der Öffentlichkeit diskutiert, um diese Zustände, maßgeschneidert nach dem Muster des Ehrenbergschen Mordprogramms, anzugreifen. Eingesetzt werden sollen diese Kampfmaßnahmen, um die gut bekannten, langwierigen Entscheidungen des Kieler Magistrats abzukürzen. Eine Kollegin meinte sehr richtig: „Wir haben überhaupt keine Zeit mehr. Jeden Tag ein Stück mehr Lebenskraft am Arbeitsplatz zurücklassen; da kannst Du Dir ja ausrechnen, wann Du als Frührentner in diesen Kasten kommst."

amtes, der Stellenplan sei voll ausgeschöpft und alle Planstellen besetzt, zufrieden gegeben. Bei den Untersuchungen über die Intensivierung der Arbeit wurde jetzt aber von den Kollegen erkannt, daß der Arbeitsanfall weitaus mehr geworden ist, besonders in den letzten sechs Monaten. Von den 107 Pflegefällen sind 37 schwerste und 57 schwere Pflegefälle. Allein 1977 wurden 49 Sterbefälle gezählt und 79 Neuaufnahmen. Diese Arbeit, die zusätzlich anfällt, und das pro Pflegestation zwei- bis dreimal im Monat, ist schon viel. Dazu kommt die laufende Pflege der kranken, alten Menschen. Zu Recht sind die Kollegen verärgert, wenn am Wochenende dann keine Zeit für Augentropfen, Verbände und andere notwendige Anwendungen ist.

Im Küchen- und Hausbereich ist die Lage nicht anders. Saubergemacht werden die Zimmer tageweise umschichtig, am Wochenende überhaupt nicht. In der Küche ist an der Tagesordnung, daß vier bis fünf Frauen das Essen für 139 Bewohner zubereiten müssen, zusätzlich Diabetes- und Magenschonkostdiäten. Daß dabei nicht nur die Töpfe auf dem Herd dampfen, ist kein Wunder. Laut Aussagen des Dienstherren versorgen sich die 32 Rentner der oberen zwei Stockwerke selbst. Die Wirklichkeit sieht aber so aus, daß bei zwei Rentnern zweimal täglich Insulin gespritzt, drei weitere

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

Staatsschutzkammer

A.Schmidt

Sofortige Einstellung aller Prozesse gegen die Soldaten- und Reservistenkomitees!
Prozeß gegen Claus-Udo Monica:
Flensburg, Landgericht. Beginn: 1.11., 9 Uhr

KBW **SRK**

Staatsschutzkammer

Sofortige Einstellung aller Prozesse gegen die Soldaten- und Reservistenkomitees!
Prozeß gegen Claus-Udo Monica:
Flensburg, Landgericht. Beginn: 1.11., 9 Uhr

KBW SRK

Müllverbrennungsanlage Stapelfeld

Die Inbetriebnahme kann verhindert werden

Müllverbrennungsanlage Stapelfeld
Die Inbetriebnahme kann verhindert werden

b.wis. Der Bau der Müllverbrennungsanlage in Stapelfeld ist inzwischen fast abgeschlossen. Zur Zeit werden bereits Probeläufe durchgeführt. In der Müllverbrennungsanlage soll der Müll aus den Kreisen Stormarn, Herzogtum-Lauenburg und dem Nordteil Hamburgs vernichtet werden. 105 Millionen DM wendet die Bourgeoisie aus Steuergeldern für dieses Projekt auf. Der Bau sei erforderlich geworden, weil die Müllmengen ständig zunehmen.

Im Bereich des Müllbeseitigungsverbandes Stormarn stieg das Müllvolumen von 215000 cm³ 1970 auf 458000 cm³ im Jahr 1976. Zugleich jammert Verbandsvorsteher Samosch (Bürgermeister in Ahrensburg): „Es sei traurig, daß die Probleme der Abfallbeseitigung kaum wahrgenommen werden,",um die Schuld an den wachsenden Müllmengen den Volksmassen zuzuschieben. Der steigende Anteil von Müll entspringe den geänderten Lebensgewohnheiten der Konsumenten.

Sicher, die Lebensgewohnheiten der Arbeiter und Angestellten haben sich geändert, da immer mehr Frauen arbeiten müssen, um die notwendigen Reproduktionsmittel für die Familie kaufen zu können, sind sie darauf angewiesen, vorbereitete Lebensmittel zu nehmen, die natürlich aufwendiger verpackt sind. Zugleich sind die Familien gezwungen, aus Zeitmangel auf Vorrat einzukaufen, was ebenfalls aufwendigere Verpackung notwendig macht. Eine weitere Ursache für den erhöhten Verpackungsanfall sind die Rationalisierungen im Einzelhandel. Die Waren müssen dafür „selbstbedienungsgerecht" verpackt sein.

Die Vertreter der Bourgeoisie begründen den Bau der Müllverbrennungsanlage ferner damit, daß der Platz für Mülldeponien zur Neige geht. Das wesentliche aber wird sein, daß die Aufwendungen für die Deponierung des Mülls ansteigen, allein schon wegen der Steigerung der Bodenpreise – abgesehen von der Unterhaltung der „geordneten Deponien". Die Möglichkeiten zur Wiederverwertung der Müllbestandteile (Papier, Glas, Plastik, Metalle) interessiert die Bourgeoisie nicht, solange sie die Rohstoffe billiger bekommt. Die Kosten für den Bau und die Unterhaltung der Müllverbrennungsanlage will die Bourgeoisie auf die Volksmassen abwälzen. Zugleich lassen sich aus der Gewinnung der Elektrizität, Fernwärme und Schlacken Einnahmen von 4 Millionen DM erzielen, während die Verbrennung einer Tonne Müll 50 bis 60 DM kosten würde. Diese Kosten sollen aus den Gebühren für die Müllbeseitigung gedeckt werden. Deshalb will der Müllbeseitigungsverband die Gebühren für eine 50-Liter-Tonne von 3,60 DM auf 5,10 DM (plus 41,5%) ab 1979 erhöhen. (Stormarner Tageblatt, 8.12.1977)

Die Bourgeoisie bemüht sich, die Müllverbrennungsanlage als sehr umweltfreundlich darzustellen. Dennoch ist sie auf erheblichen Widerstand bei den Volksmassen gestoßen. Zu klar ist, daß durch die Verbrennung zahlreiche Schadstoffe in die Luft gehen. Trotz aller Beteuerungen, daß beim Bau die neuesten und modernsten Filter eingesetzt werden. Zuverlässig sind die Verbrennungsanlagen keineswegs. So warnte unlängst die Verwaltung der Müllverbrennungsanlage in Kiel die anliegenden Kleingärtner vor dem Verzehr ihres mühsam angelegten Gemüses, weil bei Renovierungsarbeiten am Schornstein ein Schadstoff ausgetreten war.

Die Mitglieder der Bürgerinitiative Umweltschutz Südstormarn machten den Fehler, sich auf den juristischen Weg zu verlassen. Sie haben nicht geklärt, daß die Kapitalistenklasse die Verantwortung für den rapiden Anstieg der Müllmengen trägt. Die Kapitalisten haben auch die Beseitigung des Mülls durch die Kommunalverwaltung unter ihre Kontrolle gebracht. Die Bourgeoisie ist nicht in der Lage, die Beseitigung sinnvoll zu organisieren, sondern nur dazu, den Müll zu vernichten, bzw. nur das, was Profit abwirft, wieder in die Produktion zurückzuführen. Gleichzeitig wird sie die Müllverbrennungsanlage nutzen, um ihren eigenen bei der Produktion anfallenden Müll billig zu beseitigen durch Sondertarife, was das Volk dann entsprechend über die Erhöhung der Gebühren bezahlen soll. Darauf haben die Mitglieder nicht geachtet, sondern lediglich gegen die Ungerechtigkeit, daß man ihnen die Müllverbrennungsanlage vor die Tür gesetzt hat, protestiert. Da sie auf dem juristischen Weg nur Niederlagen erlitten haben, haben sie aufgegeben. Richtig wird es sein, wenn sich die anwohnenden Arbeiter, Angestellten und Bauern auf dieser Grundlage gegen die Inbetriebnahme zusammenschließen, um Samosch und Konsorten einen Strich durch die Rechnung zu machen.

Veranstaltungen und Termine

Montag, 23.10. bis Freitag, 27.10.
Schulung: Manifest der Kommunistischen Partei
Pinneberg. Karl-Sörensen-Schule, Lindenstr.
jeweils 19.00 bis 21.00 Uhr

Mittwoch, 25.10.78
Prozeß gegen C.U. Monica, Sekretär der Bezirksleitung des Bezirksverbandes Flensburg-Westküste des KBW wegen Beleidigung Ehrenbergs als Schreibtischmörder u.a.
Flensburg. Amtsgericht, Am Südergraben, Zi. 8, 11 Uhr

Donnerstag, 26.10.78
Fortsetzung des Prozesses gegen F. Siedenburg. In der Anklage geht es darum, sie habe Filbinger öffentlich mittels des Plakats gegen das Kontaktsperregesetz verächtlich gemacht.
Ahrensburg. Amtsgericht, 14.30 Uhr

Kreisveranstaltung Rendsburg-Eckernförde. „Kündigungsdrohungen gegen die Werftarbeiter als Mittel zur Erzwingung von Überstunden und verschärftem Arbeitstempo"
Rendsburg. Alte Dorfschule, Kieler Straße, 20 Uhr

Freitag, 27.10.78
Prozeß gegen U.v.Appen wegen Verkaufs der Kommunistischen Volkszeitung vor der Berufsschule IV in Kiel
Kiel. Amtsgericht, Harmstr., Zi. 90, 10 Uhr

Montag, 30.10.78
Kaltefleiter- oder Quarktopfprozeß. Angeklagt sind 10 Studenten wegen Freiheitsberaubung und Nötigung des Vizepräsidenten der Universität Kiel
Kiel. Amtsgericht, Harmsstr., Zi. 108, 9 Uhr

Veranstaltung zum Prozeß
Kiel. Alte Mensa, 18 Uhr

Mittwoch, 1.11.78
Neueröffnung des Wehrkraftzersetzungsprozesses gegen C.U. Monica vor der Staatsschutzkammer Flensburg
Flensburg. Landgericht, Südergraben, Zi. 58, 9 Uhr

Veranstaltung zum Prozeß
Flensburg. Löhmannschule, Am Sandberg, 20 Uhr

Prozeß des Rentners Mahler. Er hat während der KZ-Haft Schäden am ganzen Körper erlitten und kämpft um die Anerkennung als Frührentner
Schleswig. Oberlandesgericht, Zi. 13, 9.30 Uhr

Prozeß gegen F. Kontny wegen Durchführung eines Agitationsstandes ohne Genehmigung
Lübeck: Amtsgericht, Zi. 252, 12.30 Uhr

Prozeß gegen H.Berger. Der Rendsburger Senat versucht, die Kündigung des Assi-
der Berufsschule IV in Kiel
Kiel. Amtsgericht, Harmstr., Zi. 90, 10 Uhr

Montag, 30.10.78
Kaltefleiter- oder Quarktopfprozeß. Angeklagt sind 10 Studenten wegen Freiheitsberaubung und Nötigung des Vizepräsidenten der Universität Kiel
Kiel. Amtsgericht, Harmsstr., Zi. 108, 9 Uhr

Veranstaltung zum Prozeß
Kiel. Alte Mensa, 18 Uhr

Mittwoch, 1.11.78
Neueröffnung des Wehrkraftzersetzungsprozesses gegen C.U. Monica vor der Staatsschutzkammer Flensburg
Flensburg. Landgericht, Südergraben, Zi. 58, 9 Uhr

Veranstaltung zum Prozeß
Flensburg. Löhmannschule, Am Sandberg, 20 Uhr

Prozeß des Rentners Mahler. Er hat während der KZ-Haft Schäden am ganzen Körper erlitten und kämpft um die Anerkennung als Frührentner
Schleswig. Oberlandesgericht, Zi. 13, 9.30 Uhr

Prozeß gegen F. Kontny wegen Durchführung eines Agitationsstandes ohne Genehmigung
Lübeck: Amtsgericht, Zi. 252, 12.30 Uhr

Prozeß gegen H.Berger. Der Rendsburger Senat versucht, die Kündigung des Assistenzarztes Berger aus dem Krankenhaus gerichtlich zu bestätigen
Kiel: Arbeitsgericht. Gartenstraße, 11 Uhr

Donnerstag, 2.11.78
Fortsetzung des Wehrkraftzersetzungsprozesses gegen C.U. Monica vom 1.11.78
Flensburg. Landgericht, Südergraben, Zi. 58, 9 Uhr

„1848: Die ungarische Revolution wird durch Österreich und Rußland zerschlagen."
Kiel. Humboldtschule, Knooper Weg

Freitag, 3.1.78
Kreisveranstaltung Kiel: „Mit Prozessen und Kündigungen versucht der bürgerliche Staat, den Kampf gegen das Ehrenberg-Programm zu unterdrücken"
Kiel. Ellerbeker Kegelbahn, Ostring, 20

Beurteilungsbögen zurückgenommen

b.Kiel. Die verschärften Beurteilungsbögen, die der Schulleiter an der Krankenpflegeschule der Universitätskliniken Kiel vor einigen Monaten eingeführt hat, mußten jetzt von ihm zurückgenommen werden. Zum einen deshalb, weil die Schüler gegen sie waren, außerdem die Jugendvertretung kein Mitwirkungsrecht hatte (Personalvertretungsgesetz) und zum anderen deshalb, weil viele Stationsschwestern sich geweigert haben, sie auszufüllen. Jezt plant er neue herauszugeben, doch die Mehrheit der Auszubildenden vertritt, daß diese Bögen nur der Schikane und Unterdrückung dienen, und daß sie weg müssen.

Lohnsenkungen und Entlassungen bei der MaK

b.Kiel. Auf der MaK wurden bislang an die Zeitlohnarbeiter jährlich eine Zulage im September und Oktober gezahlt. In diesem Jahr gibt es die Zulage nicht mehr. Zusätzlich haben die Kapitalisten den einen Tag Winterurlaub gestrichen mit der Begründung, durch den Tarifvertrag des letzten Jahres seien zwei Tage Urlaub mehr für die Kollegen ausreichend, der Winterurlaubstag als betriebliche Vereinbarung also nicht mehr von Nöten. Der Betriebsrat hat beiden Streichungen zugestimmt. Außerdem hören gegenwärtig die Arbeiter der MaK häufig, die Geschäftsleitung plane, bis zu 350 Entlassungen vorzunehmen. Wird der Betriebsrat daraufhin angesprochen, weiß er von keinen Entlassungsplänen und tut alles als Gerücht und Gerede ab. In der Gießerei ist es aber so, daß ein Teil der Arbeiter wegen der mangelnden Aufträge in andere Abteilungen versetzt werden, was durchweg nicht ohne Herabgruppierung der Lohngruppe passiert. Für einen Facharbeiter, vorher Lohngruppe 7 mit 15,56 DM die Stunde im Zeitlohn bedeutet die weitere Beschäftigung im Lager, daß er jetzt nach Lohngruppe 6 mit einem Grundlohn von 8,39 DM plus einer Zulage von 1,67 DM die Stunde, was einen Stundenlohn von 10,06 brutto ergibt, bezahlt wird. Im Monat macht das 600 DM weniger. Mit Entlassungsdrohungen und Druck gegen die Kollegen, die krank sind, wird die Lohnabstufung vorgenommen.

HBV-Delegiertenkonferenz: „35-Stundenwoche, 5 Arbeitstage je 7 Stunden“

b.brg. Am Samstag, den 14. Oktober fand in Kiel die Hauptdelegiertenkonferenz der Bezirksverwaltung Nordwest der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen statt. Anwesend waren 55 Delegierte. Auf der Tagesordnung stand unter anderem ein Bericht zur „Rationalisierung im Dienstleistungsgewerbe“ und Anträge an die Delegiertenkonferenz.

Als Initiativantrag, unterzeichnet von 32 der Delegierten, wurde folgender Antrag eingebracht: „Die Teilnehmer an der Delegiertenkonferenz sind für die Durchsetzung der 35-Stundenwoche an 5 Arbeitstagen je 7 Stunden bei vollem Lohnausgleich. Die Delegierten fordern den Vorstand auf, sich für die Forderung einzusetzen. Die Delegiertenkonferenz beschließt die Weiterleitung des Antrages an den Gewerkschaftstag der HBV.“ (findet 1980 statt)

„Begründung: Durch Rationalisierung und Personalabbau ist die Intensivierung der Arbeit in allen Bereichen vorangetrieben worden. In den Kaufhäusern z.B. ist die Zahl der Kollegen in manchen Abteilungen über die Hälfte reduziert worden. Immer mehr werden Teilzeitkräfte eingesetzt, die dann in den arbeitsintensiven Zeiten eingesetzt werden, womit jede Verschnaufpause gestrichen werden soll. Der Umsatz pro Beschäftigten ist kontinuierlich angestiegen in den letzten Jahren, allein im ersten Halbjahr 1978 gegenüber 1977 um 5,8%. Der Krankheitsstand steigt rapide an. Um eine frühzeitige Ruinierung der Gesundheit der Kollegen zu

„Der sichere Weg ins Leben“

Tag der offenen Tür in der geburtshilflichen Abteilung des Kreiskrankenhauses Itzehoe

b. peo. Am Mittwoch, den 18.10.1978 um 18 Uhr veranstaltete auf Veranlassung des Vereins der Freunde und Förderer das Kreiskrankenhaus Itzehoe in der Geburtshilfe-Abteilung einen „Tag der offenen Tür“. Gezeigt wurde der Film „Der sichere Weg ins Leben“. Anschließend wurde eine Führung durch die geburtshilfliche Abteilung gemacht.

Propagieren wollte die Bourgeoisie mit diesem Tag der offenen Tür eine schnellere Geburt und das „Rooming in“. Man strebe eine „natürlichere Geburt“ und eine „Verbesserung der Mutter-Kind Beziehung“ an.

„Natürlichere Geburt“ bedeutet die jetzige Zeit von ca. zehn bis zwölf Stunden auf vier bis sechs Stunden zu reduzeiren. Die werdende Mutter soll sich dazu viel selbständig bewegen. Einsparen will man die Arbeitskraft von Schwestern und Zeit. Möglichst flott soll das alles über die Bühne gehen. „Rooming in“ oder die „Verbesserung der Mutter-Kind Beziehung“ bedeutet, daß das Kind den Tag über bei der Mutter ist. Im Prinzip eine gute Sache, unter den Bedingungen im Itzehoer Krankenhaus aber nichts anderes als eine weitere Durchsetzung der Ehrenberg-Gesetze. Ab 4 Uhr bis 6 Uhr und von 9 Uhr bis abends, außer in den Besuchszeiten, bekommt die Mutter ihr Kind. Die Zimmer sind mit drei Betten ausgestattet, manchmal wird ein viertes hineingeschoben. Sind die Neugeborenen mit auf dem Zimmer, bedeutet das, daß tagsüber sechs bis acht Personen auf dem Zimmer sind. Fängt ein Baby an zu schreien, schreien gleich alle mit. Ruhe hat dort niemand.

Die Bourgeoisie hat damit vor, einen Teil der Räumlichkeiten und vor allen Dingen Kinderschwestern zu sparen. Das „Rooming in“ wird seit einem Jahr auf der Privatstation erprobt und ist seit Mai 1978 auf alle Gruppen erweitert. Auf den Privatstationen mit den Einzelzimmern und der besonderen Personalbesetzung finden das die Mütter sicherlich gut. „Daß dieses System von den Müttern begeistert aufgenommen wird“ (Norddeutsche Rundschau 5.10.1978) ist jedoch eine üble Lüge, um die Kostendämpfung zu propagieren und die Interessen von Müttern und Pflegepersonal gegeneinander zu setzen.

Die Ausgaben der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK) Itzehoe für jeden Entbindungsfall zeigen, warum Sozialminister Claussen bei der offiziellen Eröffnung des Krankenhauses Brunsbüttel das „Rooming in“ so sehr lobte. 1975 wurden pro Entbindungsfall 3732 DM ausgegeben. 20,9% mehr als 1974. 1976 waren es 4063 DM, eine Steigerung um 8,9%. 1977 wurden nur 3611 DM gezahlt, weniger als 1975, was einen Rückgang um 11,1% bedeutet.

Ca. 100 Menschen waren zum „Tag der Offenen Tür“ gekommen. Sie wurden in Vierergruppen durch die Abteilungen geschleust. Die Gruppen wurden jeweils von einem Arzt geführt. In der einen Gruppe schilderte ein Arzt die zu schlechte personelle Besetzung der Abteilung und forderte die Besucher auf, sich beim obersten Dienstherrn, dem Landrat Brümmer zu beschweren, um die Einstellung von mehr Personal zu erreichen, denn so sei die Arbeit kaum zu schaffen. In einem Raum mit einer Reihe von Stühlen und einigen hübschen Bildern an den Wänden wurde erklärt, hier könnten die Väter warten. Auch nachts sei hier immer Licht und alles ausgeschildert. Ein Vater meldete sich zu Wort und meinte, er sei hier nachts schon mal gewesen, aber erstens sei alles dunkel gewesen und zweitens auch nicht ausgeschildert. Der führende Arzt sagte, da hätten sie wohl gerade Anweisung zum Sparen gehabt. Als eine Gruppe ein Krankenzimmer besichtigte, wurde angegriffen, daß der Aufenthalt in so einem Raum mit sechs bis acht Personen wohl kaum angenehm und der Verbesserung der Mutter-Kind Beziehung förderlich sei.

Ganz durchkommen konnte die Bourgeoisie mit ihrer Propagierung der Kostendämpfung unter dem Mantel der „Verbesserung der Mutter-Kind Beziehung“ und dem „Zurück zur natürlichen Geburt“ nicht. Hinkommen will die Bourgeoisie über kurz oder lang zur „amerikanischen Entbindung“, d.h. die Frauen bleiben nach der Geburt noch 24 Stunden in der Klinik, versorgen in dieser Zeit ihr Kind selbst und werden dann wieder entlassen. Den Rest muß die Familie besorgen.

Der oberste Dienstherr, Landrat Brümmer sagte auf der Krankenhauszwecksverbandsversammlung am 17. Februar 1978 zum „Rooming in“, man hätte zwar zuerst 25000 DM Extraausgaben gehabt, es sei aber jetzt wirtschaftlicher und billiger. Klar ist, die Bourgeoisie will die Versicherungskassen plündern und hat sich dazu die ersten Gesetze geschaffen. Zur Senkung der Krankenhauskosten wird der Lohn gedrückt, durch das „Rooming in“ werden Kinderschwestern überflüssig gemacht, die Arbeitshetze für die verbliebenen Kollegen nimmt zu. Durchkommen wird sie damit nicht.

Zweck der „Steuerreform“: Spaltung der Belegschaft im Lohnkampf
Untersuchungsergebnisse am Beispiel des Städtischen Krankenhauses Kiel
b.ulr. Die Zelle Krankenhaus des KBW in Kiel hat anhand einer Lohnverteilungskurve untersucht, wie sich die „Steuerreform“ auf die verschiedenen Teile der Belegschaft auf den Stationen auswirkt und wo genau die Spaltungslinien verlaufen. Die Lohnverteilungskurve setzt sich aus den Beschäftigten von drei Stationen des Städtischen Krankenhauses in Kiel zusammen und umfaßt 45 Personen. Die Stadt veröffentlicht entsprechende Daten nicht, von daher ist die Lohnverteilung unvollständig. Sie zeigt aber ausreichend auf, wo die Spaltung greifen soll und wieviele es betrifft. Ca. 40% der Belegschaft verdienen unter 2000 DM brutto. Diese untere Lohngruppe setzt sich aus den Zivildienstleistenden zusammen (die werden von der Stadt extra aufgeführt und bezahlt), den Auszubildenden in der Krankenpflege, den jungen Hausangestellten (sie bringen das Essen auf die Stationen und transportieren Patienten durch das Krankenhaus), den Krankenpflegehelferinnen und den jungen Krankenschwestern. Sie erhalten ihre 7 bis 18 DM „Reformertrag“. Die übrigen Krankenschwestern, die MTA's und Krankengymnastinnen verdienen zwischen 2000 DM und 2500 DM brutto. Sie machen ungefähr 45% der Belegschaft aus. Sie erhalten durch die „Reform“ 35 DM bis 60 DM netto mehr. Der Graben zwischen diesen Teilen der Be-
Nettoreformertrag der Steuerreform zusammen so aus, wie eine Festgeldforderung vor der Steuerreform.
Es ergibt sich allgemein: Es ist in diesem Jahr gar nicht möglich, eine so hohe Festgeldforderung aufzustellen, daß das kombinierte Ergebnis ungefähr „für alle in Mark und Pfennig gleich“ ausfiele. Erreicht werden muß die Anhebung des Steuerfreibetrages um 2000 DM jährlich mehr, als es der Plan für den 1.1.1979 vorsieht. Eine solche Anhebung bringt für alle Lohn- und Gehaltsstufen zwischen 40 DM und 60 DM netto mehr monatlich. Damit wären den Spaltungsabsichten der Bourgeoisie einige Steine in den Weg gerollt. Die Notwendigkeit einer solchen Forderung zeigt auch die Bemerkung im „ÖTV-Magazin“, daß nach einer Mehrwertsteuererhöhung vom Reformertrag nur noch ein bis zwei DM für die unteren Lohngruppen übrig bleiben. Sieben Beschäftigte der Universität Kiel haben in der letzten Woche einen Brief an den Bundesfinanzminister Matthöfer geschrieben, in dem sie erklären, daß sie die Steuerreform ablehnen und die Erhöhung des Steuerfreibetrages auf 5690 DM fordern. Viele Kollegen auf den Stationen finden diese Forderung richtig. Es ist notwendig und möglich, sich um einen entsprechenden Brief zusammenzuschließen.
Diese „Steuerreform“ soll in den
stern, die nach KR IV und KR V bezahlt werden, ruhig gehalten werden sollen.
In der nächsten Lohnrunde wird es aber ohne Festgeldforderung auf gar keinen Fall gehen. Allerorten wird verbreitet, daß die Preissteigerungsrate bei 2,5% liege, wie es auch das „ÖTV-Magazin“ im Oktober getan hat. In der „Bild-Zeitung“ tönte auch gleich der ehemalige Bundesbankpräsident Klasen: die nächste Tariferhöhung darf nicht über 2% liegen. Die Richtschnur müsse die jetzige Preissteigerungsrate von gut zwei Prozent sein. Dabei handelt es sich bei dieser Preissteigerungsrate von „gut zwei Prozent“ um eine glatte unverschämte Lüge der Bourgeoisie, wenn man sich die tatsächlichen Preise ansieht. Wir haben die Preise nachgerechnet, die
z.B. zur Kinderaufzucht nötig sind: Im Sommer 1976 kosteten sechs Babyflaschen mit Kappen und Sauger, drei Ersatzsauger, Flaschenständer, Flaschenwärmer für sechs Flaschen, Kaltsterilisationsmittel und Nährzucker zusammen 73,85 DM. Für die gleichen Artikel mußte man im März 1978 bereits 90,20 DM aufbringen, was einer Preissteigerungsrate von 21,8% entspricht. Bei den Grundnahrungsmitteln sind die Preissteigerungsraten auch entsprechend unverhältnismäßig hoch. Die steigenden Preise schlagen sich auch in dem ständig sinkenden Verbrauch von Obst nieder: Pro Kopf wurden 1969/70 45,2 kg Äpfel, 4,1 kg Kirschen und 7,2 kg Pflaumen verbraucht; 1974/75 dagegen 29,7 kg Äpfel, 3,3 kg Kirschen und 5,9 kg Pflaumen (aus: „Report der Lebensmittelzeitung“ 1976/77).



„35-Stundenwoche, 5 Arbeitstage je 7 Stunden“
b.brg. Am Samstag, den 14. Oktober fand in Kiel die Hauptdelegiertenkonferenz der Bezirksverwaltung Nordwest der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen statt. Anwesend waren 55 Delegierte. Auf der Tagesordnung stand unter anderem ein Bericht zur „Rationalisierung im Dienstleistungsgewerbe“ und Anträge an die Delegiertenkonferenz.
Als Initiativantrag, unterzeichnet von 32 der Delegierten, wurde folgender Antrag eingebracht: „Die Teilnehmer an der Delegiertenkonferenz sind für die Durchsetzung der 35-Stundenwoche an 5 Arbeitstagen je 7 Stunden bei vollem Lohnausgleich. Die Delegierten fordern den Vorstand auf, sich für die Forderung einzusetzen. Die Delegiertenkonferenz beschließt die Weiterleitung des Antrages an den Gewerkschaftstag der HBV.“ (findet 1980 statt)
„Begründung: Durch Rationalisierung und Personalabbau ist die Intensivierung der Arbeit in allen Bereichen vorangetrieben worden. In den Kaufhäusern z.B. ist die Zahl der Kollegen in manchen Abteilungen über die Hälfte reduziert worden. Immer mehr werden Teilzeitkräfte eingesetzt, die dann in den arbeitsintensiven Zeiten eingesetzt werden, womit jede Verschnaufpause gestrichen werden soll. Der Umsatz pro Beschäftigten ist kontinuierlich angestiegen in den letzten Jahren, allein im ersten Halbjahr 1978 gegenüber 1977 um 5,8%. Der Krankheitsstand steigt rapide an. Um eine frühzeitige Ruinierung der Gesundheit der Kollegen zu
verhindern, ist eine Verkürzung des Arbeitstages auf 7 Stunden unerläßlich. Gleichzeitig ist es notwendig, den Kampf gegen Überstunden, die Ausdehnung des Ladenschlußgesetzes und gegen die Einführung akkordähnlicher Bezahlung (nach Umsatz oder mit Prämie) zu führen.“ Weiter ist ein Antrag der Fachgruppe Groß- und Außenhandel für die Ausweitung des Urlaubs auf 30 Arbeitstage für alle mit 31 Stimmen angenommen worden und der Antrag, daß die Tarifkommissionsmitglieder auf künftig höhere Abschlüsse hinwirken sollen (von der Fachgruppe Großhandel). Ein Antrag, ebenfalls aus dem Großhandel, daß die Fachgruppe immer vor den Tarifrunden tagt, konnte nicht durchgesetzt werden. Beschlossen war das sowohl von der Fachgruppe Groß- und Außenhandel wie auch von der Fachgruppe Einzelhandel. Man muß jetzt danach handeln. Am 31.12.1978 wird der Manteltarifvertrag für den Einzelhandel und Buchhandel gekündigt.

Berufsschuldirektor greift KVZ-Verkauf vor der Schule an

b. Kiel. Am Freitag, 27.10. um 10 Uhr findet in Kiel vor dem Amtsgericht ein Prozeß wegen „Hausfriedensbruch“ gegen einen Verkäufer der KVZ statt. Der Genosse ist angeklagt, im Frühjahr in der Vorbereitung des Schulstreiks gegen den Schulgesetzentwurf vor der Berufsschule IV auf einem offenen Platz die KVZ verkauft und die Flugblätter der Landesschülervertretung verteilt zu haben. Daß diese Agitation auf großes Interesse der Schüler stieß, hat den Direktor Nürnberger so gewurmt, daß er zweimal die Polizei holte. Jetzt ist das Schulgesetz verabschiedet, aber der „Schulfrieden“ kehrt nicht ein.

Zweck der „Steuerreform“: Spaltung der Belegschaft im Lohnkampf

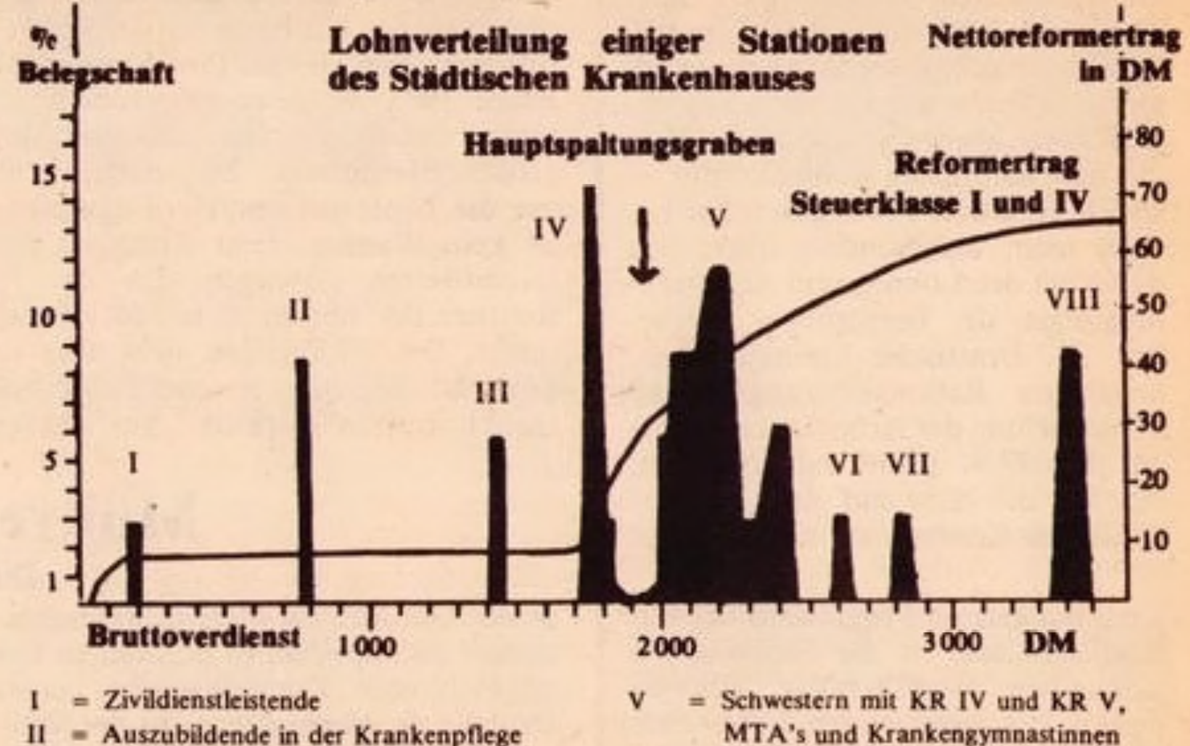
Untersuchungsergebnisse am Beispiel des Städtischen Krankenhauses Kiel

b.ulr. Die Zelle Krankenhaus des KBW in Kiel hat anhand einer Lohnverteilungskurve untersucht, wie sich die „Steuerreform“ auf die verschiedenen Teile der Belegschaft auf den Stationen auswirkt und wo genau die Spaltungslinien verlaufen. Die Lohnverteilungskurve setzt sich aus den Beschäftigten von drei Stationen des Städtischen Krankenhauses in Kiel zusammen und umfaßt 45 Personen. Die Stadt veröffentlicht entsprechende Daten nicht, von daher ist die Lohnverteilung unvollständig. Sie zeigt aber ausreichend auf, wo die Spaltung greifen soll und wieviele es betrifft. Ca. 40% der Belegschaft verdienen unter 2000 DM brutto. Diese untere Lohngruppe setzt sich aus den Zivildienstleistenden zusammen (die werden von der Stadt extra aufgeführt und bezahlt), den Auszubildenden in der Krankenpflege, den jungen Hausangestellten (sie bringen das Essen auf die Stationen und transportieren Patienten durch das Krankenhaus), den Krankenpflegehelferinnen und den jungen Krankenschwestern. Sie erhalten ihre 7 bis 18 DM „Reformertrag“. Die übrigen Krankenschwestern, die MTA's und Krankengymnastinnen verdienen zwischen 2000 DM und 2500 DM brutto. Sie machen ungefähr 45% der Belegschaft aus. Sie erhalten durch die „Reform“ 35 DM bis 60 DM netto mehr. Der Graben zwischen diesen Teilen der Belegschaft wird vertieft. Dies ist auch der Hauptzweck dieser „Reform“. Sie soll spalten im Lohnkampf. Für die besser verdienenden Arbeiter und Angestellten – im Städtischen Krankenhaus also der Großteil der Schwestern, der MTA's und der Krankengymnastinnen – wirkt sich z.B. eine Festgeldforderung von nur 50 DM mit dem Nettoreformertrag der Steuerreform zusammen so aus, wie eine Festgeldforderung vor der Steuerreform.

Es ergibt sich allgemein: Es ist in diesem Jahr gar nicht möglich, eine so hohe Festgeldforderung aufzustellen, daß das kombinierte Ergebnis ungefähr „für alle in Mark und Pfennig gleich“ ausfiele. Erreicht werden muß die Anhebung des Steuerfreibetrages um 2000 DM jährlich mehr, als es der Plan für den 1.1.1979 vorsieht. Eine solche Anhebung bringt für alle Lohn- und Gehaltsstufen zwischen 40 DM und 60 DM netto mehr monatlich. Damit wären den Spaltungsabsichten der Bourgeoisie einige Steine in den Weg gerollt. Die Notwendigkeit einer solchen Forderung zeigt auch die Bemerkung im „ÖTV-Magazin“, daß nach einer Mehrwertsteuererhöhung vom Reformertrag nur noch ein bis zwei DM für die unteren Lohngruppen übrig bleiben. Sieben Beschäftigte der Universität Kiel haben in der letzten Woche einen Brief an den Bundesfinanzminister Matthöfer geschrieben, in dem sie erklären, daß sie die Steuerreform ablehnen und die Erhöhung des Steuerfreibetrages auf 5690 DM fordern. Viele Kollegen auf den Stationen finden diese Forderung richtig. Es ist notwendig und möglich, sich um einen entsprechenden Brief zusammenzuschließen.

Diese „Steuerreform“ soll in den Tarifkämpfen als Spaltungsversuch von der Bourgeoisie dazu benutzt werden, z.B. die Krankengymnastinnen von den jungen Hausangestellten abzuspalten. Die Schwesternschülerinnen, die jungen und älteren Hausangestellten und die Krankenpflegehelferinnen sollen im Lohn noch tiefer gedrückt werden, während die Schwestern, die nach KR IV und KR V bezahlt werden, ruhig gehalten werden sollen.

In der nächsten Lohnrunde wird es aber ohne Festgeldforderung auf gar keinen Fall gehen. Allerorten wird verbreitet, daß die Preissteigerungsrate bei 2,5% liege, wie es auch das „ÖTV-Magazin“ im Oktober getan hat. In der „Bild-Zeitung“ tönte auch gleich der ehemalige Bundesbankpräsident Klasen: die nächste Tariferhöhung darf nicht über 2% liegen. Die Richtschnur müsse die jetzige Preissteigerungsrate von gut zwei Prozent sein. Dabei handelt es sich bei dieser Preissteigerungsrate von „gut zwei Prozent“ um eine glatte unverschämte Lüge der Bourgeoisie, wenn man sich die tatsächlichen Preise ansieht. Wir haben die Preise nachgerechnet, die z.B. zur Kinderaufzucht nötig sind: Im Sommer 1976 kosteten sechs Babyflaschen mit Kappen und Sauger, drei Ersatzsauger, Flaschenständer, Flaschenwärmer für sechs Flaschen, Kaltsterilisationsmittel und Nährzucker zusammen 73,85 DM. Für die gleichen Artikel mußte man im März 1978 bereits 90,20 DM aufbringen, was einer Preissteigerungsrate von 21,8% entspricht. Bei den Grundnahrungsmitteln sind die Preissteigerungsraten auch entsprechend unverhältnismäßig hoch. Die steigenden Preise schlagen sich auch in dem ständig sinkenden Verbrauch von Obst nieder: Pro Kopf wurden 1969/70 45,2 kg Äpfel, 4,1 kg Kirschen und 7,2 kg Pflaumen verbraucht; 1974/75 dagegen 29,7 kg Äpfel, 3,3 kg Kirschen und 5,9 kg Pflaumen (aus: „Report der Lebensmittelzeitung“ 1976/77).



Der Kampf der Soldaten gegen die imperialistische Armee hat Tradition.

Bericht aus der Eggerstedt-Kaserne in Pinneberg

b.ulh. Bei ihren Versuchen, die Bundeswehr einsatzfähig für den imperialistischen Krieg zu machen, unternimmt die Bundeswehrführung große Anstrengungen, die Soldaten möglichst die gesamte Dauer der Dienstzeit in der Kaserne eingesperrt zu halten und von den Kämpfen der Arbeiterklasse und Volksmassen zu isolieren. Großartig bietet Kriegsminister Apel zwei Freifahrten im Monat an, um die Soldaten den Rest des Monats in die Kaserne pressen zu können. Um das tatsächlich durchzusetzen, soll jeder Zusammenschluß der Soldaten im Keim erstickt werden. Vertrauensleute, die den Kampf um Arbeiterrechte und für politische und gewerkschaftliche Freiheiten in der Armee unterstützen wollen, werden eilends versetzt oder gleich entlassen. Verteiler der Volksmiliz werden angegriffen und sollen wie die presserechtlich Verantwortlichen zu hohen Strafen verurteilt werden, weil die Volksmiliz dem Zusammenschluß der Soldaten nützt.

In Pinneberg, dem Standort eines Luftwaffenausbildungsregiments, versucht die Generalität ganz intensiv, den Aufbau des Soldaten- und Reservistenkomitees zu behindern. Einerseits ist die Luftwaffe Kernstück für die Expansionsabsichten des BRD-Imperialismus, andererseits haben die Herren Offiziere einige Erfahrung, wie die Soldatenbewegung zu unterdrücken ist, und daß das SRK ihnen dabei außerordentlich hinderlich ist. Ein Genosse, der seit Jahren an den Kämpfen in der Eggerstedt-Kaserne teilgenommen hat, ist am 4.10. zu einer Haftstrafe von achtzehn Monaten verurteilt worden (siehe Meldung in der KVZ Nr. 42), gerade nachdem er bei der Verteilung der Volksmiliz angegriffen wurde. Wir haben jetzt einige Berichte aus der Eggerstedt-Kaserne erhalten, die die lange Tradition der Kämpfe der Soldaten zeigen:

Ab 1964 wurde der Manöverzuschlag zum Sold (3,55 DM pro Tag) nicht mehr bezahlt. Zeitsoldaten und Wehrpflichtige hatten sich beraten und wollten dagegen vor Gericht klagen. Durch Denunziation durch den (eingesetzten) Ob-Mann und anschließende Versetzung der „Rädelsführer“ konnten die Offiziere den Kampf zerschlagen.

1968 nahmen die Zeitsoldaten einen neuen Anlauf und protestierten dagegen, daß sie keine Zeit zum Umziehen zwischen Werkstattarbeit und Apell hatten und ungenügend Arbeitskleidung. Bis 1970 spitzte sich der Kampf zu auf die Forderungen nach kürzerer Dienstzeit und 150 DM Zuschlag bei den üblichen 14-Stunden-Diensten. Wieder konnte der Kampf durch einige fristlose Entlassungen unterdrückt werden. Die Soldaten, die sich um Unterstützung außerhalb der Kaserne bemühten, erhielten diese nicht: eine Petition wurde vom Pinneberger Tageblatt nicht abgedruckt. Die DKP, die illegal Flugblätter in der Kaserne verteilen ließ, tat ebenfalls nichts zur öffentlichen Unterstützung der Soldaten.

1966, während eines Manövers in Lauenburg-Hitzacker, weigerten sich die zivilen Beschäftigten, nachts zu reparieren und blockierten einen Zug mit einem Bergungspanzer. Sie wandten sich an die Soldaten und erklärten, daß acht Stunden genug sind. Dadurch schufen sie eine Meinung unter den Soldaten, daß der Befehl des Feldwebels, den Bergungspanzer zu sprengen, nicht ausgeführt wurde.

1968 in Munster-Soltau wurde bei einer ähnlichen Aktion ein Bergungspanzer von britischen am Manöver beteiligten Truppen zerschossen. Im Panzer stirbt der zivile Mechaniker Günther Sternberger. Die Folge war, daß mehrere Kompanien rebellierten, die Holländer von sich aus das Manöver abbrachen und die Scharnhorster Wehrpflichtigen in die Kaserne zurückbeordert werden mußten. Auch in diesem Fall konnten die Soldaten eine öffentliche Anprangerung nicht durchsetzen.

Diese Kämpfe wurden unterdrückt und zerschlagen, weil dem Offizierskorps Spaltung und Isolierung gelang. Ziel der SRKs ist, die Einheit der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes gegen die Kasernenunterdrückung, für Arbeiterrechte und politische und gewerkschaftliche Freiheiten in der Armee herzustellen. Es sind die jahrelangen Erfahrungen der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Kasernenunterdrükkung, gegen die imperialistische Armee, die die Grundlagen für die Unterstützung der aktuellen Kämpfe der Soldaten bildet.

Lohnsenkung, Arbeitsdienst, Innere Sicherheit

In der Debatte über den Haushalt 1979 haben die bürgerlichen Parteien mehr über ihre Absichten herausgelassen, als in ihrem Wahlprogramm steht

Einen ,,Hauch von Landtagswahlkampf'' will Stoltenberg auf der Sitzung des schleswig-holsteinischen Landtags am 19. September verspürt haben, als es um den ersten Entwurf des Landeshaushalts für 1979 ging. Tatsächlich haben die bürgerlichen Parteien sich auf dieser Sitzung und bei der Beratung eine Reihe von ideologischen Vorgefechten geliefert, Positionen markiert, mit denen sie im kommenden Landtagswahlkampf die Volksmassen für den Expansionsfeldzug des westdeutschen Finanzkapitals gewinnen und vor allem spalten wollen. Der Haushalt selber liegt erst grob vor: das Gesamtvolumen sowie die Gesamttitel der einzelnen Ministerien. Welche einzelnen Projekte die Landesregierung mit diesem Haushalt plant, hat sie nur bruchstückhaft in der Haushaltsdebatte herausgelassen. ,,Der Abbau ... leistungs- und wachstumshemmender Faktoren'' solle Kernstück der Finanzpolitik sein, hat Finanzminister Lausen auf der Landtagssitzung gefordert. Steigerung der Arbeitsleistung der Arbeiterklasse und der Bauern und damit Wachstum der Profite der Kapitalisten als das Kernproblem, so heißt das, wenn man es deutsch übersetzt. Das dies geschehen soll, darüber waren sich alle Parteien einig. Wie, darüber gab es Streit, den zu untersuchen allein schon deshalb wichtig ist, weil so manches dabei von den Absichten der Bourgeoisparteien ans Licht kommt.

b.rül. Haushaltspläne der bürgerlichen Klasse sind immer politische Dokumente, an denen sich die Absichten des Finanzkapitals, vertreten durch die jeweilige Regierung, ablesen lassen. Die Landesregierung von Schleswig-Holstein hat im Spätsommer dieses Jahres ihren Haushaltsentwurf für 1979 vorgelegt. Inzwischen liegt das Protokoll der 1. Landtagsberatung vom September über diesen Haushaltsentwurf vor.

Neben den Wahlprogrammen, die die verschiedenen bürgerlichen Parteien in den letzten Monaten für die kommenden Landtagswahlen vorgelegt haben, ist dieser Haushalt und die darüber geführte Debatte ein zentrales Dokument für die Absichten des Finanzkapitals in diesem Land. Ihr Studium ist daher nützlich.

8 Mrd. DM umfaßt der Haushalt 79 des Landes Schleswig-Holstein, genauer 8,048 Mrd. DM, eingesetzt zum Zweck der imperialistischen Expansion des westdeutschen Finanzkapitals. Eine ungeheure Ausplünderung der Massen, eine umfassende Knebelung der Interessen der Arbeiterklasse und der Volksmassen und ihrer Kämpfe, zum Zweck der Senkung des Lohns und des Ausbaus des Gewaltapparats der Kapitalistenklasse sind seine Elemente.

Gewiefte Betrüger braucht es da, um solch ein Programm unter den Volksmassen zu vertreten. Nach 8,8 Mio. DM im Jahr 1977 ist denn auch der Etat für den Landtag – Titel Personalausgaben – auf 11,8 Mio. DM angehoben worden. Das sind die Schmiergelder für die Parlamentarier, und die Lohngelder für ihr Dienstpersonal, das ihnen die Arbeit abnehmen soll.

Propaganda der Klassenversöhnung und Liberalismus...

Propaganda der Klassenversöhnung, um die Arbeiterklasse und die Volksmassen zu spalten und sie sodann der Kapitalistenklasse zu unterwerfen, ist eine der Grundaufgaben der bürgerlichen Parlamentarier. In der Landtagsdebatte haben sie davon alle reichlich Kostproben gegeben.

,,Es geht darum, Vollbeschäftigung

des Landes Schleswig-Holstein, genauer 8,048 Mrd. DM, eingesetzt zum Zweck der imperialistischen Expansion des westdeutschen Finanzkapitals. Eine ungeheure Ausplünderung der Massen, eine umfassende Knebelung der Interessen der Arbeiterklasse und der Volksmassen und ihrer Kämpfe, zum Zweck der Senkung des Lohns und des Ausbaus des Gewaltapparats der Kapitalistenklasse sind seine Elemente.

Gewiefte Betrüger braucht es da, um solch ein Programm unter den Volksmassen zu vertreten. Nach 8,8 Mio. DM im Jahr 1977 ist denn auch der Etat für den Landtag – Titel Personalausgaben – auf 11,8 Mio. DM angehoben worden. Das sind die Schmiergelder für die Parlamentarier, und die Lohngelder für ihr Dienstpersonal, das ihnen die Arbeit abnehmen soll.

Propaganda der Klassenversöhnung und Liberalismus...

Propaganda der Klassenversöhnung, um die Arbeiterklasse und die Volksmassen zu spalten und sie sodann der Kapitalistenklasse zu unterwerfen, ist eine der Grundaufgaben der bürgerlichen Parlamentarier. In der Landtagsdebatte haben sie davon alle reichlich Kostproben gegeben.

,,Es geht darum, Vollbeschäftigung
und Umweltschutz, gesicherte und sichere Energie, Arbeitsplatzsicherheit und Humanisierung der Arbeitswelt, soziale Sicherheit und individuellen Freiheitsspielraum miteinander in Einklang zu bringen. Den damit verbundenen Interessenausgleich konkret herbeizuführen und nicht die gesellschaftlichen Gruppen ständig gegeneinander aufzuhetzen, könnte unsere gemeinsame Aufgabe sein'', das hat Matthiesen in der Debatte gleich zu Anfang gesagt. Stoltenberg hat gleich nachgehakt und von ,,verstaubten Klassenkampfparolen, die endgültig aus diesem Hause verschwinden sollten'', dahergeschwätzt und von ,,Politik für die berufstätigen Menschen, die in den Betrieben heute enger zusammenrücken und die gerade in einer schwierigen Zeit erkennen, daß sie mit den alten Klassenkampfparolen überhaupt nichts bewirken können, weder für die eine noch für die andere Seite''.

Allesamt sind sie sich einig, die Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen in einem Meer von Klassenversöhnung und Liberalismus zu ersticken, um sie sodann unterdrücken zu können. Daß letzeres rasch das Hauptproblem werden kann, wenn die Arbeiterklasse sich auf Grundlage ihrer Interessen zusammenschließt und für ihre Interessen kämpft, schwant ihnen gleichwohl.

...sollen die Unterdrückung begleiten. Ausbau des staatlichen Gewaltapparats...

Der Ausbau des bürgerlichen Gewaltapparates in Form der Stärkung der Polizeikräfte ist von daher gemeinsames Ziel:

,,Angesichts der Situation im Bereich der Inneren Sicherheit haben wir wie in diesem Jahr so auch für das kommende Jahr Stellenvermehrungen vorgesehen; es sind insgesamt 157 Stellen'', hat Lausen in seiner Rede zur Einbringung des Haushaltes erklärt. Von Matthiesen hat er dafür eifrig Zuspruch gekriegt: ,,Was die Innere Sicherheit angeht, so ist es zu begrüßen, daß die Landesregierung bereit ist, der Polizei und der Justiz für das Jahr 1979 mehr Stellen zuzubilligen. Stellenvermehrung für eine überlastete Polizei schafft jedenfalls mehr Innere Sicherheit als der erneute Ruf nach den Gesetzen.'' Die Personalausgaben von Innen- und Justizminister stiegen insgesamt in den Jahren 1977 bis 1979 (Entwurf) von 485,3 Mio. DM auf 522,8 Mio. DM, die Ausgaben für die technische Ausrüstung der Polizeikräfte des Landes von 145,9 Mio. DM 1977 auf 236,5 Mio. DM 1979.

Titel	1977	1978	1979 (Entwurf)
	in Millionen DM		
Gesamthaushalt	6870,400	7548,500	8048,800
davon:			
Einnahmen			
Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	3377,600	4017,000	4344,100
Justizminister Verwaltungseinnahmen	84,560	88,580	94,910
Ausgaben			
Zinsen und Kredittilgung	782,700	916,500	1096,900
Landtag (Personelles)	8,814	9,546	11,847
Innenminister Personalausgaben	321,070	335,310	365,180
Sonstige Investitionen und investitionsfördernde Maßnahmen (ohne Baumaßnahmen)	145,930	196,620	236,470
Kultusminister Personalausgaben	1125,740	1144,630	1218,190
Minister f. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Sonstige Investitionen und investitionsfördernde Maßnahmen	145,800	180,050	188,570
Justizminister Personalausgaben	164,240	175,730	187,610

gesamt in den Jahren 1977 bis 1979 (Entwurf) von 485,3 Mio. DM auf 522,8 Mio. DM, die Ausgaben für die technische Ausrüstung der Polizeikräfte des Landes von 145,9 Mio. DM 1977 auf 236,5 Mio. DM 1979.

Landtag natürlich nichts dazu herausgelassen. Zwischen den Zeilen aber taucht das Programm der Kapitalistenklasse, taucht die unbedingte Absicht der Lohnsenkung gegenüber der Arbeiterklasse auf: ,,Die Werften unseres

Titel	1977	1978	1979 (Entwurf)
	in Millionen DM		
Gesamthaushalt	6870,400	7548,500	8048,800
davon:			
Einnahmen			
Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	3377,600	4017,000	4344,100
Justizminister Verwaltungseinnahmen	84,560	88,580	94,910
Ausgaben			
Zinsen und Kredittilgung	782,700	916,500	1096,900
Landtag (Personelles)	8,814	9,546	11,847
Innenminister Personalausgaben	321,070	335,310	365,180
Sonstige Investitionen und investitionsfördernde Maßnahmen (ohne Baumaßnahmen)	145,930	196,620	236,470
Kultusminister Personalausgaben	1125,740	1144,630	1218,190
Minister f. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Sonstige Investitionen und investitionsfördernde Maßnahmen	145,800	180,050	188,570
Justizminister Personalausgaben	164,240	175,730	187,610

... und Spaltung des Kampfes gegen die Entrechtung im öffentlichen Dienst

Einen heftigen Krach haben die Bourgeoispolitiker sich in diesem Zusammenhang über die ,,Gesinnungsschnüffelei'' geliefert. Daß es dabei nicht um die politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten der Arbeiterklasse und der Volksmassen geht, sondern um den richtigen Kurs bei der Spaltung der Massenbewegung und bei der Isolierung der Revolutionäre, konnten sie freilich nicht ganz vertuschen. ,,Wer aktiv die freiheitliche demokratische Grundordnung bekämpft, gehört nicht in den öffentlichen Dienst'', hat Matthiesen erklärt, und Ronneburger hat die Taktik gleich weiter ausgeführt, die er vorschlägt und die sich in etwa mit den jüngsten Manövern von Klose und Koschnick deckt: ,,Ich weiß, daß es durchaus Fälle gibt, in denen der Zugang zum Öffentlichen Dienst verschlossen werden soll. Ich kenne ja aus meiner eigenen Erfahrung im Lande Schleswig-Holstein – Bredstedt – die Frage, ob der Herr Holstein eingestellt werden sollte oder nicht. Das ist einer der ganz typischen Fälle für das Problem, mit dem wir es hier zu tun haben, weil sich dieser Mann ausdrücklich erklärt hat, er bekenne sich zu der Aussage in der Satzung, im Programm der KBW, wo von der Zerstörung der Ordnung dieses Staates durch Waffengewalt die Rede ist. Das ist das Ergebnis eines sorgfältigen Gespräches, einer Einzelfalluntersuchung... Aber wir sind bereit, uns an das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu halten, das eben sagt, die Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen Partei oder Organisation allein sei noch kein Indiz für Zweifel an der Verfassungstreue des Bewerbers. Deswegen sind wir bereit, auch in Zukunft jeden Einzelfall darauf zu prüfen.''

Also: Strikte Unterbindung jeden Zugangs von Revolutionären zum Öffentlichen Dienst, wedeln mit der ,,Einzelfallprüfung'' überall da, wo auf opportunistische Anpassung und Unterwerfung gerechnet werden kann, das ist der ,,Liberalismus'' der FDP und der Sozialdemokraten.

Lohnsenkung, Arbeitsdienst!

Zu welchem Zweck soll der Gewaltapparat ausgebaut und die Unterdrückung verfeinert werden? Direkt haben die bürgerlichen Lumpen im Landtag natürlich nichts dazu herausgelassen. Zwischen den Zeilen aber taucht das Programm der Kapitalistenklasse, taucht die unbedingte Absicht der Lohnsenkung gegenüber der Arbeiterklasse auf: ,,Die Werften unseres Landes – oder richtiger gesagt: die Schiffsbaubetriebe der vier norddeutschen Küstenländer – haben durch Gesetze und Verordnungen seit 1970 eine dramatische Steigerung ihrer Lohnnebenkosten erfahren. Die Lohnkosten sind seit 1970 um 105% angestiegen, und der Anteil der Lohnnebenkosten in den Schiffsbaubetrieben der Küstenländer ist seit 1970 von 48% auf 69% angewachsen.'' Das soll – so Stoltenberg – die Wirkung falscher Gesetze und Verordnungen sein, die nun rasch korrigiert gehören. ,,Es muß sich für die Arbeitnehmer wieder lohnen, mehr zu leisten; es muß sich für die Arbeitgeber wieder lohnen, verstärkt das Risiko neuer Investitionen und Innovationen auf sich zu nehmen'', hat Lausen dazu verlauten lassen. Auf deutsch: die Profite der Kapitalisten sollen sprudeln, und die Akkordarbeit gehört ausgeweitet.

Der Part der SPD ist es, dieses Programm zu ergänzen durch die Forderung des Arbeitsdienstes: ,,Keine arbeitsmarktorientierte Wirtschaftspolitik als Konsequenz'', hat Matthiesen der Landesregierung vorgeworfen und auf die gleichbleibend hohe Zahl der Arbeitslosen hingewiesen.

,,Arbeitsmarktorientierte Politik'', das ist der Arbeitsdienst, am besten unter staatlichem Kommando:,,Wir haben uns für eine Politik der Ausweitung der Stellen im Bereich des öffentlichen Dienstes zur Entlastung des Arbeitsmarktes ausgesprochen'', läßt er weiter verlauten und hat auch schon Möglichkeiten im einzelnen geprüft:,,Arbeitsplatzreserven gibt es nach wie vor im Bereich der Sozialdienste''. Schwerpunkt aber soll dabei auf die Unterdrückung der Jugend und auf die Ausweitung des Arbeitsdienstes für die Jugend gelegt werden:,,Die Jugendarbeitslosigkeit wird uns noch Jahre beschäftigen, wenn nicht erhebliche Sonderanstrengungen von Staat und Wirtschaft unternommen werden''. ,,Angesichts der sprunghaft steigenden Schülerzahlen und Schulabgängerzahlen muß das Land einen eigenen Beitrag leisten, die Ausbildung aller Jugendlichen zu gewährleisten. Dazu sind zusätzliche Plätze im Landesdienst erforderlich'', erklärt Neitzel für die FDP. ,,...sind die Maßnahmen im Bereich des Jugendaufbauwerks zu erwähnen, dessen Förderung die Landesregierung nach wie vor große Bedeutung beimißt'', pflichtet ihm Lausen bei. In den letzten Jahren hat die Landesregierung die Zahl der Plätze im Jugendaufbauwerk von knapp über 1000 auf deutlich über 2000 gesteigert. 11,6 Mio. DM will die Regierung jetzt in die Schaffung neuer Plätze stecken. Man spürt geradezu das Geifern der Kapitalisten und ihrer Politiker nach der jugendlichen Arbeitskraft, wenn Lausen erklärt: ,,...daß in den kommenden Jahren verstärkt Jugendliche der geburtenstarken Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt drängen in der Erwartung, daß es den gemeinsamen Anstrengungen von Wirtschaft und Politik gelingt, ihnen ihre große Sorge, einen krisensicheren, ihren Fähigkeiten entsprechenden Arbeitsplatz zu finden, abzunehmen.''

Subventionen und Zins für das Finanzkapital

Neben diesen Maßnahmen der direkten Lohnsenkung und der Einführung des Arbeitsdienstes bzw. dessen Ausweitung sind große Subventionen für die Kapitalisten vorgesehen. Damit sollen die Kapitalisten ihre Rationalisierungen vorantreiben können und die Ausbeutung steigern: ,,Konsens, meine Damen und Herren, müßte auch möglich sein über das Ziel von Subventionen für die Werftindustrie. Sinnvoll sind solche, die den Strukturwandel

Lausen bei. In den letzten Jahren hat die Landesregierung die Zahl der Plätze im Jugendaufbauwerk von knapp über 1000 auf deutlich über 2000 gesteigert. 11,6 Mio. DM will die Regierung jetzt in die Schaffung neuer Plätze stecken. Man spürt geradezu das Geifern der Kapitalisten und ihrer Politiker nach der jugendlichen Arbeitskraft, wenn Lausen erklärt: ,,...daß in den kommenden Jahren verstärkt Jugendliche der geburtenstarken Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt drängen in der Erwartung, daß es den gemeinsamen Anstrengungen von Wirtschaft und Politik gelingt, ihnen ihre große Sorge, einen krisensicheren, ihren Fähigkeiten entsprechenden Arbeitsplatz zu finden, abzunehmen.''

Subventionen und Zins für das Finanzkapital

Neben diesen Maßnahmen der direkten Lohnsenkung und der Einführung des Arbeitsdienstes bzw. dessen Ausweitung sind große Subventionen für die Kapitalisten vorgesehen. Damit sollen die Kapitalisten ihre Rationalisierungen vorantreiben können und die Ausbeutung steigern: ,,Konsens, meine Damen und Herren, müßte auch möglich sein über das Ziel von Subventionen für die Werftindustrie. Sinnvoll sind solche, die den Strukturwandel
fördern und das Beschäftigungsproblem überwinden helfen. Die Subventionen müssen verstärkt Finanzhilfe dafür sein, neue Technologien zum Beispiel im Spezialschiffbau anzuwenden und Produktionsumstellungen zu erleichtern'', hat Matthiesen verlangt. Dem gleichen Ziel dient die gesamte Zinszahlung an das Finanzkapital, die im kommenden Jahr nach den Schätzungen von Lausen einen Betrag von 584,4 Mio. DM erreichen wird, sowie die Tilgung von Krediten, die sich auf 512,5 Mio. DM beläuft.

Es ist kein Zufall, daß die bürgerlichen Politiker außer den groben Zahlen für die einzelnen Ministerien noch nicht viel mehr über ihr Programm in der Landtagssitzung herausgelassen haben. Die Beratung des Landtags dazu und die Veröffentlichung des Haushalts in seinen einzelnen Bestandteilen wird wohl erst im Frühjahr 79 der Fall sein. Daß dann die bürgerlichen Parteien eine einheitliche Front gegenüber den Volksmassen aufrechterhalten können, ist die Sorge von Ronneburger: ,,...sollten wir uns hier in einem sehr fairen Miteinander um die Lösungen bemühen, die wir doch wohl nach dem Auftrag, den wir vom Wähler bekommen haben, gemeinsam anzustreben haben. Aus diesem Grunde wäre es schon ganz gut, wenn wir uns über bestimmte Grundlagen – hier: die landespolitische Entwicklung – verständigen könnten.''

Diese Absicht gründlich zu durchkreuzen, und demgegenüber ihre eigene Einheit auf Grundlage ihres revolutionären Programms herzustellen, ist die Aufgabe der Arbeiterklasse.

Sofortige Zulassung von P.Drude

b. Hamburg. ,,Wir, die ca. 1200 Teilnehmer der Veranstaltung gegen die Prozesse gegen AKW-Gegner vom 14.10.78 in Hamburg, haben erfahren, daß das Schleswig-Holsteinische Justizministerium dem Assessor Drude die Zulassung zur Anwaltschaft verweigert. Peter Drude soll ,unwürdig' sein, den Beruf eines Rechtsanwalts auszuüben, weil er
– bei der Sprengung der Gründungsversammlung eines reaktionären Studentenklüngels teilgenommen hat und deswegen wegen Nötigung bestraft wurde,,
– weil er an einer Straßenbahnblockade gegen Fahrpreiserhöhungen beteiligt war, was ebenfalls als Nötigung bestraft wurde,
– weil er für den KBW bei den Kommunalwahlen kandidiert hat,
– weil er ,nach MAD-Unterlagen' das Soldaten- und Reservistenkomitee Holstein unterstützt hat.

Uns ist bekannt, daß Peter Drude auch angeklagte AKW-Gegner verteidigt hat, Demonstranten gegen das AKW-Brokdorf.

Die Begründung des Justizministeriums zeigt deutlich, daß ,unwürdig' zum Rechtsanwalt der sein soll, der sich innerhalb und außerhalb des Gerichtssaals für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes einsetzt. Wir aber brauchen solche Anwälte und fordern die sofortige Zulassung von Peter Drude zur Rechtsanwaltschaft.'' (einstimmig angenommen)

b.Kiel. Auf der Mitgliederversammlung der Bürgerinitiative Kiel ,,Kein Kernkraftwerk an der Eckernförder Bucht und anderswo'' am 19.10. wurde von 30 Teilnehmern eine ähnliche Resolution verabschiedet.

Jugendamt organisiert Kinderraub

b.Pinneberg Anfang dieses Jahres entband die Genossin Elise Kiehne ihr zweites Kind im Kreiskrankenhaus Pinneberg. Dort wurde ihr erst gesagt, sie könne ihı Kind sofort mit nach Hause nehmen, dann wurde das Kind jedoch nach Hamburg-Altona verlegt, weil es krank sei. Kurz nach der Verlegung schaltete sich das Jugendamt ein, Elise würde das Kind nicht sofort bekommen, und ein Herr Grüthusen ordnete ihrer Tochter Pflegeeltern zu. Auf dem Gerichtstermin verlangte der Richter dann, daß über Elise ein ,,psychologisches Gutachten'' gemacht werden müsse, ob sie in der Lage sei, das Kind zu erziehen. Das Gutachten wird erstellt von einem Dr. Malsch in Eppendorf. Der läßt denn auch gegen Ende des Gesprächs heraus, was für ein Gutachten erstellt werden soll: ,,Was halten sie denn eigentlich von Helmut Schmidt und unserem Bundespräsidenten Walter Scheel?'' Elises Antwort: Nichts, und sie halte nur etwas vom KBW. Als Malsch auch noch die Frechheit besaß, diesen als Verbrecherorganisation zu bezeichnen, brachen Elise und ihr beisitzender Verlobter das Gespräch ab. Für ihr erstes Kind, Thomas, kämpft Elise schon seit fünf Jahren. Das Jugendamt will auch für Thomas das Erziehungsrecht nicht rausrücken. Von dem Gutachten soll abhän-

nehmern eine ähnliche Resolution verabschiedet.

Jugendamt organisiert Kinderraub

b.Pinneberg Anfang dieses Jahres entband die Genossin Elise Kiehne ihr zweites Kind im Kreiskrankenhaus Pinneberg. Dort wurde ihr erst gesagt, sie könne ihı Kind sofort mit nach Hause nehmen, dann wurde das Kind jedoch nach Hamburg-Altona verlegt, weil es krank sei. Kurz nach der Verlegung schaltete sich das Jugendamt ein, Elise würde das Kind nicht sofort bekommen, und ein Herr Grüthusen ordnete ihrer Tochter Pflegeeltern zu. Auf dem Gerichtstermin verlangte der Richter dann, daß über Elise ein ,,psychologisches Gutachten'' gemacht werden müsse, ob sie in der Lage sei, das Kind zu erziehen. Das Gutachten wird erstellt von einem Dr. Malsch in Eppendorf. Der läßt denn auch gegen Ende des Gesprächs heraus, was für ein Gutachten erstellt werden soll: ,,Was halten sie denn eigentlich von Helmut Schmidt und unserem Bundespräsidenten Walter Scheel?'' Elises Antwort: Nichts, und sie halte nur etwas vom KBW. Als Malsch auch noch die Frechheit besaß, diesen als Verbrecherorganisation zu bezeichnen, brachen Elise und ihr beisitzender Verlobter das Gespräch ab. Für ihr erstes Kind, Thomas, kämpft Elise schon seit fünf Jahren. Das Jugendamt will auch für Thomas das Erziehungsrecht nicht rausrücken. Von dem Gutachten soll abhän-
gen, ob Elise das Erziehungsrecht für die beiden Kinder bekommt. Gegen diese frechen Erpressungsversuche, die Genossin Elise zur Unterwerfung unter die FdGO zu zwingen, muß bis zum nächsten Gerichtstermin eine starke Front stehen.

Alle Versuche, die Anwärterbezüge zu kürzen, geraten unter Beschuß

b.Kiel. Breiten Protest hat es unter den schleswig-holsteinischen Lehrern und auszubildenden Lehrern gegen die Pläne von Bundesregierung und Bundesrat, die Anwärterbezüge zu kürzen, gegeben. Über 700 Unterschriften wurden dagegen in Lübeck gesammelt, über 600 im Kreis Pinneberg und über 200 im Kreis Neumünster.

Die GEW und der DGB hatten eine Protestkundgebung in Bonn geplant, in Kiel sollte eine unterstützende Aktion stattfinden. Kurz zuvor hat die SPD-Bundestagsfraktion verkündet, sie wolle der Kürzung auf keinen Fall zustimmen. Das ist zunächst ein Erfolg. Aber gesichert ist er keineswegs. Daher haben die Referendare des Seminars in Lübeck gleich einen Brief an den Lübecker Bundestagsabgeordneten Engholm (SPD) geschrieben, er solle sich umgehend äußern und öffentlich bestätigen, daß die Kürzung wirklich fällt. Geäußert hat sich Engholm bislang nicht. Kein Wunder, sind doch schon die nächsten schmutzigen Pläne, den auszubildenden Lehrern den Lohn zu kürzen, bekanntgeworden.

Auf der Sitzung des Bundes-AJLE ist bekannt geworden, daß die Landesregierung von NRW vorhat, eine Vorlage in den Bundesrat einzubringen, nach der auszubildende Lehrer im Angestelltenverhältnis als Praktikanten eingestellt werden sollen. Dort wird die Bezahlung noch schlechter sein als bisher schon geplant.

Der Nachrichtenpool der Blockfreien – für die Imperialisten ein Maulkorb

z.anb. Am 21. Juni 1976 erschien die Morgenausgabe der ,,Washington Post“ mit der Schlagzeile: ,,UNESCO trampelt auf den hohen Prinzipien herum, denen zu dienen sie geschaffen wurde“. Wutentbrannte Kommentare waren allenthalben in den großen Zeitungen der imperialistischen Staaten zu lesen. Der Anlaß war die Beteiligung der UNESCO an einer interlateinamerikanischen Konferenz zur Kommunikationspolitik in San José. Dort berieten die lateinamerikanischen Länder über einen Entwurf für eine ,,Deklaration über die Rolle der Massenmedien“, der auf der 19. UNESCO-Generalkonferenz im November 1976 in Nairobi diskutiert werden sollte, ein Thema, ,,dessen politische Brisanz in der westlichen Welt erst mit Verspätung zur Kenntnis genommen wurde“ (Pressekommentar).

Der Entwurf der Deklaration, die sich unter Bezug auf die 'UNESCO-Präambel mit dem Prinzip des ,,freien Informationsflusses“ befaßte, wurde von sämtlichen Imperialisten aufs heftigste bekämpft. Unter der Fahne der ,,Verteidigung der Informationsfreiheit“ traten sie geschlossen gegen die Front der Blockfreien Staaten an, die 1975 einen Pool der Nachrichtenagenturen gegründet hatten, um konkrete Kampfmaßnahmen gegen das Nachrichtenmonopol der imperialistischen Agenturen zu ergreifen. Schon die Gründung dieses Pools war für die Pressehaie Anlaß genug, ein großes Gezeter anzustimmen und üble Hetzkampagnen gegen die ,,einseitige Nachrichtenübermittlung“ der Blockfreien, gegen ,,staatliche Informationskontrolle“ zu lancieren.

Ins Leben gerufen wurde der Nachrichtenpool auf Initiative der jugoslawischen Nachrichtenagentur ,,Tanjug“. Er war die Konsequenz jahrelanger Untersuchung und Beratung der Länder der Dritten Welt; diese Untersuchungen hatten unter anderem erbracht, daß der weltweite Nachrichtenfluß von lediglich vier imperialistischen Monopolen, UPI, AP, Reuters und Agence France Presse, kontrolliert wird.

Nahezu sämtliche Nachrichten fließen aus den imperialistischen Staaten in die Dritte Welt, aber nicht umgekehrt. Ein Beispiel: Die Überprüfung der Berichterstattung internationaler Nachrichtenagenturen über die Konferenz der Blockfreien von 1976 ergab, daß die Hälfte aller von UPI abgesetzten Meldungen die ,,Korea-Frage“ betrafen, die vielleicht 1 Prozent der von der Konferenz behandelten Themenfülle ausmachte.

Die Länder der Dritten Welt haben z.B. auf dieser Konferenz in Colombo (Sri Lanka) auch die nebenstehend abgedruckte Politische Deklaration verabschiedet; sie ist Ausdruck der wachsenden Einheit der Völker, die im Kampf um die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit zunehmend alle Seiten der imperialistischen Unterjochung und Ausbeutung angreifen und mit gegenseitiger Unterstützung überwinden wollen.

Der Aufschwung des bewaffneten Befreiungskampfes als dem wahren Garanten für die vollständige Niederschlagung der imperialistischen und kolonialistischen Herrschaft hat entscheidend dazu beigetragen, daß der Kampf gegen das Nachrichten- und Pressemonopol der internationalen Ausbeuter voranschreitet.

Den Lesern der Kommunistischen Volkszeitung ist bekannt, daß die ZANU in Zimbabwe und in verschiedenen Ländern, wo der Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe unterstützt wird, eine Zeitung, die ,,Zimbabwe News“, verbreitet. Das ist ein bedeutsamer Schritt für die Erringung der Unabhängigkeit, weil über diese Zeitung die Massen nicht nur informiert werden über die tatsächlichen Fortschritte des Befreiungskampfes, sondern geschult, erzogen und gewappnet werden gegen die Spaltungsmanöver, die Lügen und die Ideologie der Imperialisten.

Ohne sich die technologischen Voraussetzungen, die finanziellen Mittel und die Kenntnisse über die Produktion einer Zeitung oder Nachrichtensendung, die Produktion der dazu notwendigen Maschinerie und die Gewinnung der Rohstoffe zu verschaffen, können die Länder der Dritten Welt kein eigenes Pressewesen aufbauen. Sie sind den imperialistischen Medien und deren heimtückischer Propaganda ausgeliefert, ganz zu schweigen von den üblen Plünderungen, die deren Agenturen mit dem Geschäft der Nachrichten verbinden.

Wie sehr der Kampf gegen das Nachrichtenmonopol der Imperialisten mit dem wachsenden Zusammenschluß der Länder der Dritten Welt auf den Gebieten der Technologie, der Finanzierung von Entwicklungsprojekten, von Transport- und Kommunikationsmitteln abhängt, hat unlängst die UNO-Generalversammlung erneut bekräftigt. Am 6. Oktober hat die ,,Gruppe der 77“ erklärt, daß die Zeit reif ist für die Ausarbeitung einer neuen Weltnachrichtenordnung. In einer Deklaration, die die Länder der Dritten Welt an die Delegierten der Generalversammlung verteilt haben, stellen sie den Zusammenhang zum Kampf um eine neue Weltwirtschaftsordnung her; ähnliches hat im August die Konferenz der UNO über technologische Zusammenarbeit der Entwicklungsländer in Buenos Aires festgehalten.

Gegenwärtig finden zahlreiche Beratungen und Konferenzen der Dritten Welt statt, um die für November geplante UNESCO-Generalversammlung in Paris vorzubereiten.

Anfang Oktober ging ein Seminar der afrikanischen Staaten zu Ende, auf dem eine engere Zusammenarbeit im Post- und Fernmeldewesen beschlossen wurde, ,,um den Aufbau der nationalen Wirtschaft und Kultur zu fördern“.

Noch heute sind weit über die Hälfte aller Afrikaner über 15 Jahre Analphabeten. An diesen brutalen Folgen der kolonialen und imperialistischen Unterjochung kann man das Ausmaß der Anstrengungen ermessen, die die afrikanischen Staaten unternehmen, um die Volksmassen auszubilden; an vorderster Front in diesem Kampf um die Entwicklung der Grundfertigkeiten des Lesens und Schreibens, die auch die Voraussetzung für die Verbreitung von Zeitungen und Publikationen sind, stehen die Kämpfer der Volksbefreiungsarmeen. (Bild: SWAPO-Kämpfer erteilt Unterricht in den befreiten Gebieten Namibias.)

Politische Deklaration der 5. Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Blockfreien Länder, Colombo (16. – 19. August 1976)

,,. . . Eine neue internationale Ordnung auf dem Gebiet der Information und Massenkommunikation ist ebenso wichtig wie eine neue internationale Wirtschaftsordnung.

Die Blockfreien Staaten stellen mit Besorgnis die große und immer noch wachsende Kluft zwischen den Kommunikationskapazitäten in den Blockfreien Staaten und in den entwickelten Ländern fest, die ein Erbe der kolonialen Vergangenheit ist. Das hat eine Situation der Abhängigkeit und Beherrschung geschaffen, in der die Mehrheit der Länder darauf reduziert werden, passive Empfänger von einseitiger, ungenügender und verzerrter Information zu sein.

Die Emanzipation und Entwicklung der nationalen Informationsmedien ist ein integraler Bestandteil des allgemeinen Kampfes für politische, wirtschaftliche Unabhängigkeit einer großen Mehrheit der Menschen dieser Welt, denen das Recht, objektiv und korrekt zu informieren und informiert zu werden, nicht vorenthalten werden darf. Die Eigenständigkeit in bezug auf die Informationsquellen ist ebenso wichtig wie die technologische Unabhängigkeit, während umgekehrt die Abhängigkeit auf dem Gebiet der Information auch die Erreichung politischen und wirtschaftlichen Wachstums hemmt.

Die Blockfreien Länder müssen diese Ziele sowohl durch ihre eigenen Anstrengungen als auch durch aktive Zusammenarbeit auf bilateraler, regionaler und interregionaler Basis erreichen sowie durch die Koordination ihrer Aktivitäten im Rahmen der Vereinten Nationen und anderer internationaler Foren.“

Weltweite Verteilung der Kommunikationsmittel

Vergleich zwischen Ländern der Dritten Welt (1) und imperialistischen Ländern (2)

		Anzahl	*Verbreitung insgesamt*	*pro tausend Einwohner*
Zeitungen	(1)	3280	58 Millionen	29
	(2)	4620	350 Millionen	312
		Anzahl	*Radioempfänger*	*pro tausend Einwohner*
Radiostationen	(1)	6670	160 Millionen	80
	(2)	18840	758 Millionen	676
		Anzahl	*Fernsehempfänger*	*pro tausend Einwohner*
Fernsehstationen	(1)	1140	38 Millionen	19
	(2)	23840	327 Millionen	292
		Anzahl (Titel)	*% der Gesamtproduktion*	*% der Gesamtbevölkerung*
Buchproduktion	(1)	180000	31,7%	64,2%
	(2)	388000	68,3%	35,8%

Quelle: UNESCO Statistical Yearbook, 1976

In Bagdad, Irak, hat das Koordinationskomitee des Nachrichtenpools der Blockfreien getagt und die Arbeit der fünf Regionalzentren des Pools überprüft, die jeweils die Nachrichten konzentrieren und bearbeitet an die anderen Agenturen des Pools weiterleiten.

Daneben unterstützt ein Komitee von Experten für Telekommunikation den Pool beim Aufbau neuer nationaler Nachrichtenagenturen in den Fragen der technischen Ausrüstung und Ausbildung von Fachkräften.

Ende September haben sich die arabischen Staaten in Genf über den gemeinschaftlichen Aufbau von Post-, Telegrafen- und Telefonverbindungen verständigt, und Vertreter der Blockfreien haben in Tansania eine Konferenz der Rundfunkanstalten der Dritten Welt durchgeführt.

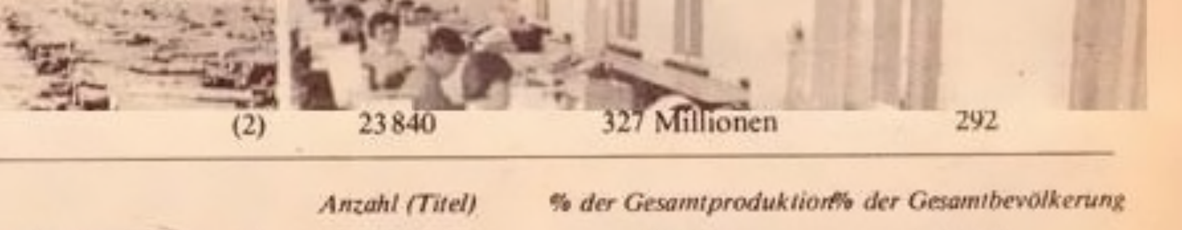
Die Imperialisten hatten dem Nachrichtenpool vorhergesagt, dieses ,,Kind der Blockfreien“ werde, ,,noch ehe es zu gehen beginnt, in mindestens sechs Monaten nach seiner Geburt sterben“. Das war 1975. ,,Tanjug“ schrieb 1976: ,,Was die Blockfreien selbst anbetrifft, haben sie den Weg für die erste Etappe der ,Entkolonialisierung der Information‘ bereits sehr gut asphaltiert. Sie sind sich einig darüber, daß sie in dieser Zusammenarbeit jeden Versuch zum Neokolonialismus vereiteln müssen.“

War der Pool bislang die erste Stufe der Zusammenarbeit zwischen nationalen Agenturen, die selbständig blieben, so geht inzwischen die Planung der Blockfreien entscheidend weiter.

In einem Interview der irakischen Zeitung ,,Bagdad Observer“ mit einer mexikanischen Journalistin findet man folgenden Absatz:

,,Vor allem ist es nicht so, daß Information nur über die großen Nachrichtenagenturen weitergegeben wird. *Wir* haben andere Wege und Möglichkeiten, ja, bald werden wir sogar unsere eigenen Satelliten haben... Der Plan zur Gründung einer *Nachrichtenagentur derBlockfreien* ist ein ganz bedeutender Schritt... und zweifellos trifft dieser Plan auf Gegnerschaft, weil Information Macht ist und die großen Länder wollen diese Macht nicht verlieren.“





Agenturen zu ergreifen. Schon die Gründung dieses Pools war für die Pressehaie Anlaß genug, ein großes Gezeter anzustimmen und üble Hetzkampagnen gegen die ,,einseitige Nachrichtenübermittlung“ der Block- Unterjochung und Ausbeutung angreifen und mit gegenseitiger Unterstützung überwinden wollen.

Der Aufschwung des bewaffneten Befreiungskampfes als dem wahren Garanten für die vollständige Nieder-

turen mit dem Geschäft der Nachrichten verbinden.

Wie sehr der Kampf gegen das Nachrichtenmonopol der Imperialisten mit dem wachsenden Zusammenschluß der Länder der Dritten Welt auf den Gebieten der Technologie, der Finanzierung von Entwicklungsprojekten, von Transport- und Kommunikationsmitteln abhängt, hat unlängst die UNO-Generalversammlung erneut bekräftigt. Am 6. Oktober hat die ,,Gruppe der 77“ erklärt, daß die Zeit reif ist für die Ausarbeitung einer neuen Weltnachrichtenordnung. In einer Deklaration, die die Länder der Dritten Welt an die Delegierten der Generalversammlung verteilt haben, stellen sie den Zusammenhang zum Kampf um eine neue Weltwirtschaftsordnung her; ähnliches hat im August die Konferenz der UNO über technologische Zusammenarbeit der Entwicklungsländer in Buenos Aires festgehalten.

Gegenwärtig finden zahlreiche Beratungen und Konferenzen der Dritten Welt statt, um die für November geplante UNESCO-Generalversammlung in Paris vorzubereiten.

Anfang Oktober ging ein Seminar der afrikanischen Staaten zu Ende, auf dem eine engere Zusammenarbeit im Post- und Fernmeldewesen beschlossen wurde, ,,um den Aufbau der nationalen Wirtschaft und Kultur zu fördern“.

Noch heute sind weit über die Hälfte aller Afrikaner über 15 Jahre Analphabeten. An diesen brutalen Folgen der kolonialen und imperialistischen Unterjochung kann man das Ausmaß der Anstrengungen ermessen, die die afrikanischen Staaten unternehmen, um die Volksmassen auszubilden; an vorderster Front in diesem Kampf um die Entwicklung der Grundfertigkeiten des Lesens und Schreibens, die auch die Voraussetzung für die Verbreitung von Zeitungen und Publikationen sind, stehen die Kämpfer der Volksbefreiungsarmeen. (Bild: SWAPO-Kämpfer erteilt Unterricht in den befreiten Gebieten Namibias.)

	(2)	23840	327 Millionen	292
		Anzahl (Titel)	*% der Gesamtproduktion*	*% der Gesamtbevölkerung*
Buchproduktion	(1)	180000	31,7%	64,2%
	(2)	388000	68,3%	35,8%

Quelle: UNESCO Statistical Yearbook, 1976

In Bagdad, Irak, hat das Koordinationskomitee des Nachrichtenpools der Blockfreien getagt und die Arbeit der fünf Regionalzentren des Pools überprüft, die jeweils die Nachrichten konzentrieren und bearbeitet an die anderen Agenturen des Pools weiterleiten.

Daneben unterstützt ein Komitee von Experten für Telekommunikation den Pool beim Aufbau neuer nationaler Nachrichtenagenturen in den Fragen der technischen Ausrüstung und Ausbildung von Fachkräften.

Ende September haben sich die arabischen Staaten in Genf über den gemeinschaftlichen Aufbau von Post-, Telegrafen- und Telefonverbindungen verständigt, und Vertreter der Blockfreien haben in Tansania eine Konferenz der Rundfunkanstalten der Dritten Welt durchgeführt.

Die Imperialisten hatten dem Nachrichtenpool vorhergesagt, dieses ,,Kind der Blockfreien“ werde, ,,noch ehe es zu gehen beginnt, in mindestens sechs Monaten nach seiner Geburt sterben“. Das war 1975. ,,Tanjug“ schrieb 1976: ,,Was die Blockfreien selbst anbetrifft, haben sie den Weg für die erste Etappe der ,Entkolonialisierung der Information‘ bereits sehr gut asphaltiert. Sie sind sich einig darüber, daß sie in dieser Zusammenarbeit jeden Versuch zum Neokolonialismus vereiteln müssen.“

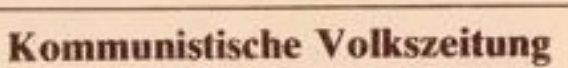
War der Pool bislang die erste Stufe der Zusammenarbeit zwischen nationalen Agenturen, die selbständig blieben, so geht inzwischen die Planung der Blockfreien entscheidend weiter.

In einem Interview der irakischen Zeitung ,,Bagdad Observer“ mit einer mexikanischen Journalistin findet man folgenden Absatz:

,,Vor allem ist es nicht so, daß Information nur über die großen Nachrichtenagenturen weitergegeben wird. *Wir* haben andere Wege und Möglichkeiten, ja, bald werden wir sogar unsere eigenen Satelliten haben... Der Plan zur Gründung einer *Nachrichtenagentur derBlockfreien* ist ein ganz bedeutender Schritt... und zweifellos trifft dieser Plan auf Gegnerschaft, weil Information Macht ist und die großen Länder wollen diese Macht nicht verlieren.“



Stand des Buchvertriebs Hager auf der Frankfurter Buchmesse



Holz wird in der VR China als Rohstoff für eine äußerst vielseitige Produktion verwandt. Neben Möbeln, Musikinstrumenten, Geschirr, Bau- und Isolierungsmaterial wird das Sägemehl, das bei der Verarbeitung dieser Stämme abfällt, für die Produktion von hochwertigem Druckpapier genutzt.

Mit über 100 Ländern in der ganzen Welt unterhält die VR China heute direkte Telefon- und Postverbindungen. Die entlegensten Gebiete der Inneren Mongolei, Sinkiang und Yunnan sind an das Fernmeldenetz angeschlossen. (Bild: internationale Telegrafenzentrale)

Kommunistische Volkszeitung